

JAHRESBERICHT 2007

DEUTSCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG SPEYER

FORSCHUNG ÜBER UND FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Jahresbericht 2007

JAHRESBERICHT 2007

**DEUTSCHES FORSCHUNGSMINISTRIUM
FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SPEYER**

2008

ISSN 1865-1917

Die aktuellen Teile (Mitglieder und Mitarbeiter, Organisation, Rechtsgrundlagen)
befinden sich auf dem Stand von Dezember 2007.

Herstellung:

DEUTSCHES FORSCHUNGSMITTEL FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SPEYER

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagentwurf:

© 8/97 TRIFTY ART Grafik Design • 67550 Worms • Hauptstr. 32 • Tel.: 0 62 41/95 15 38

1. Grußwort des Direktors	1
2. Grundlagen des Forschungsinstituts	3
2.1 Leitbild	3
2.2 Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts	5
2.3 Mitglieder des Forschungsinstituts	8
2.3.1 Ordentliche Mitglieder	8
2.3.2 Korrespondierende Mitglieder	19
2.3.3 Ehrenmitglieder.....	20
2.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	21
2.4.1 Forschungs- und Sektionsreferenten	21
2.4.2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung	33
2.5 Organe des Forschungsinstituts	34
2.5.1 Institutsvorstand	34
2.5.2 Direktorium	34
2.5.3 Institutsverwaltungsrat	35
2.5.4 Wissenschaftlicher Beirat	36
3. Forschungstätigkeit der Sektionen	39
3.1 Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung	41
3.1.1 Leitung	41
3.1.2 Mitglieder	41
3.1.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2008-2012	41
3.1.3.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance	42
3.1.3.2 Folgenabschätzung	44
3.1.4 Projekte	45
3.1.4.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance	45
3.1.4.1.1 Laufende Projekte	45
3.1.4.1.2 Abgeschlossene Projekte	71
3.1.4.2 Folgenabschätzung	84
3.1.4.2.1 Laufende Projekte	84
3.1.4.3 Perspektivplanung	93

3.1.5	Arbeitskreise	94
3.1.5.1	Beendete Arbeitskreise	95
3.1.6	Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006	96
3.1.6.1	Publikationen	96
3.1.6.1.1	Monographien/Herausgeberschaften	96
3.1.6.1.2	Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen	98
3.1.6.1.3	Aufsätze in Sammelwerken	99
3.1.6.1.4	Weitere Veröffentlichungen	102
3.1.6.2	Vorträge	103
3.2	Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik	107
3.2.1	Leitung	107
3.2.2	Mitglieder	107
3.2.3	Forschungsprogramm für den Zeitraum 2008-2012	107
3.2.3.1	Der Europäische Verwaltungsraum – Formelle und informelle Strukturen und Prozesse	109
3.2.3.2	Analyse und Vergleich föderaler Systeme	110
3.2.4	Projekte	112
3.2.4.1	Der Europäische Verwaltungsraum	112
3.2.4.1.1	Laufende Projekte	112
3.2.4.1.2	Abgeschlossene Projekte	120
3.2.4.2	Analyse und Vergleich föderaler Systeme	126
3.2.4.2.1	Laufende Projekte	126
3.2.4.3	Perspektivplanung	132
3.2.5	Arbeitskreise	135
3.2.6	Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006	136
3.2.6.1	Publikationen	136
3.2.6.1.1	Monographien/Herausgeberschaften	136
3.2.6.1.2	Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen	136
3.2.6.1.3	Aufsätze in Sammelwerken	137
3.2.6.1.4	Weitere Veröffentlichungen	139
3.2.6.2	Vorträge	139
3.3	Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren	143
3.3.1	Leitung	143
3.3.2	Mitglieder	143

3.3.3	Forschungsprogramm für den Zeitraum 2008-2012	143
3.3.3.1	Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)	144
3.3.3.2	Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften	146
3.3.4	Projekte	147
3.3.4.1	Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)	147
3.3.4.1.1	Laufende Projekte	147
3.3.4.2	Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften	154
3.3.4.2.1	Laufende Projekte	154
3.3.4.3	Weitergeführte Projekte	162
3.3.4.4	Perspektivplanung	169
3.3.5	Arbeitskreise	172
3.3.6	Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006	173
3.3.6.1	Publikationen	173
3.3.6.1.1	Monographien/Herausgeberschaften	173
3.3.6.1.2	Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen	174
3.3.6.1.3	Aufsätze in Sammelwerken	175
3.3.6.1.4	Weitere Veröffentlichungen	178
3.3.6.2	Vorträge	178
3.4	Sektionsübergreifender Programmschwerpunkt: Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung – Theoretische und methodische Grundlagen	181
3.4.1	Symposienreihe: Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur	182
3.4.2	Interdisziplinäre Arbeitsgruppe	183
4.	Programmungebundene Drittmittelforschung und Servicebereich	184
4.1	Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)	184
4.2	Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen (AfV)	188
4.3	Drittmittelprojektbearbeitung im Servicebereich	189

5. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	194
6. Veranstaltungen	196
6.1 Forschungskolloquien	196
6.1.1 Wintersemester 2005/2006	196
6.1.2 Sommersemester 2006	197
6.1.3 Wintersemester 2006/2007	198
6.1.4 Sommersemester 2007	199
6.2 Forum des Akademischen Mittelbaus in Speyer	199
6.3 Forschungsseminare	200
6.3.1 Rückblick 2006	200
6.3.2 Ausblick auf die nächste Berichtsperiode (2007)	209
6.4 Arbeitstagungen	211
6.4.1 Rückblick 2006	211
6.4.2 Ausblick auf die nächste Berichtsperiode (2007)	213
7. Nationale und internationale Beziehungen	214
7.1 Aufbau und Pflege von Netzwerken	214
7.2 Kooperationsvereinbarungen	214
7.3 Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern	218
8. Strategische Partnerschaften	219
8.1 Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	219
8.2 Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)	219
9. Statistischer Teil	222
9.1 Organisation	222
9.2 Finanzierung	222
9.2.1 Gesamtbudget (in Euro)	223
9.2.2 Drittmittel 2006 getrennt nach Zuwendungs- gebern	223
9.2.3 Drittmittel 2006 getrennt nach Arbeitsschwerpunkten	224
9.2.4 Haushaltsausgaben	225

9.3	Personaldaten	225
9.3.1	Personalübersicht	225
9.3.2	Merkmale des wissenschaftlichen Personals	227
9.4	Stellenplanung für den Programmzeitraum	228
Anhang		
I.	Projektübersicht (Graphik)	229
II.	Übersicht über die in den letzten fünf Jahren abgeschlossenen Forschungsvorhaben	241
III.	Übersicht über die in den letzten fünf Jahren durchgeführten verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagungen und Forschungsseminare	267
IV.	Rechtsgrundlagen	277
	Auszug aus dem Verwaltungshochschulgesetz	279
	Landesverordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer	281
	Institutsordnung	286
V.	Personenverzeichnis	293
VI.	Speyerer Forschungsberichte	299
VII.	Selbständige Verlagspublikationen	321
VIII.	FÖV Discussion Papers	341
IX.	Vorträge	347

1. Grußwort des Direktors

Liebe Freunde und Partner des FÖV,



2007, das Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft, bringt uns dazu, wieder verstärkt über den Europäischen Verfassungsentwurf nachzudenken. Auch das FÖV freut sich über die Impulse, die von der deutschen Ratspräsidentschaft ausgehen, und bezieht zugleich selbst Stellung zu europapolitischen Fragen wie zu der Implementation europäischer Regulative in die deutsche Verwaltung.

Der Jahresbericht 2007 stellt Ihnen die Forschung des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) vor. Das Forschungsinstitut informiert mit dieser Dokumentation über seine Forschung im Jahr 2007, seine laufenden und seine für 2008 bis 2012 geplanten Projekte und über die Ergebnisse der Institutsforschung aus dem vergangenen Jahr (2006). Er enthält damit einen prospektiven Teil (Arbeitsplan und mittelfristiges Forschungsprogramm) und einen dokumentierenden Teil (Jahresbericht).

Folgende Projekte seien in Hinblick auf den europäischen Bezug besonders erwähnt: Zu nennen sind insoweit die Forschungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, mit der das FÖV sich besonders frühzeitig beschäftigt hat. Zum anderen ist die Analyse des Europäischen Forschungsraums zu erwähnen. Diese steht im Zentrum der Untersuchungen der zweiten Phase der Forschergruppe „Governance der Forschung“ (Sprecherin: Prof. Dr. *Dorothea Jansen*), die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft nach einer positiven Evaluation der ersten Phase finanziert wird. Auch das von Prof. Dr. *Thomas König* geleitete Projekt „Domestic Structures and European Integration (DOSEI)“ beschäftigte sich – gefördert mit Mitteln des 5. EU-Rahmenforschungsprogramms – mit Fragen der Europäischen Integration. Darauf aufbauend untersucht Herr *König* nunmehr den Themenkomplex „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ und widmet sich in einem anderen, DFG-geförderten Projekt dem Thema „Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Untersuchung der Unitarisierungsauswirkungen der Europäischen Union auf die Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten“. Europäische Fragen stehen ebenfalls im Zentrum des Projekts „Der Europäische Verwaltungsraum und seine Anforderungen an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland“ (Leiter: em. Prof. Dr. *Heinrich Siedentopf*) und des Projekts „Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes“, das von Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* geleitet wird.

Dem Charakter der FÖV-Forschung entsprechend, den wir Ihnen auf den nächsten Seiten genauer vorstellen, werden die Publikationen aus dem vergangenen Jahr nach Sektionen, dem sektionenübergreifenden Forschungsschwerpunkt und dem Servicebereich aufgeteilt.

Die Lebendigkeit der FÖV-Forschung soll Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch anregen, mit uns in Kontakt zu treten. Wie auch bei der Bewertung der Forschungsberichte und der FÖV-Nachrichten sind wir auf Ihre Anregungen gespannt, die Sie uns gerne unter foev@foev-speyer.de zusenden können. Wir freuen uns auch über einen Besuch auf unserer Homepage (www.foev-speyer.de), auf der Sie sich zugleich intensiver über die einzelnen Forschungsprojekte, die Veranstaltungen und die Viten der Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren können.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Ziekow', written in a cursive style.

Prof. Dr. Jan Ziekow
Direktor des FÖV

2. Grundlagen des Forschungsinstituts

2.1 Leitbild

Selbstverständnis

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) versteht sich als ein Maßstäbe setzendes Kompetenzzentrum deutscher und europäischer verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL). Ihm obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

Das FÖV zeichnet sich durch eine besondere Interdisziplinarität im Bereich der deutschen, europäischen und internationalen Verwaltungsforschung aus. Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, psychologische, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie Methoden der Verwaltungsinformatik erlauben einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik. Die am FÖV durchgeführten Projekte sollen multidisziplinär angelegt sein. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Ordentliche Mitglieder aus verschiedenen nationalen *scientific communities* angehören. Diese sorgen für die Diffusion der Forschungsergebnisse des FÖV in ihre nationalen Forschungszusammenhänge und liefern Anregungen aus diesen für die künftige Forschungsarbeit des FÖV. Ein internationales Netzwerk von Korrespondierenden Mitgliedern sorgt überdies für einen Austausch mit den Nachbarwissenschaften und anderen nationalen *communities*.

Das Forschungsinstitut strebt gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

danach, eine international herausgehobene Position im Bereich der Verwaltungsforschung einzunehmen. Es reagiert andererseits in besonderem Maße auf Forschungsbedarfe aus der Verwaltungspraxis und zielt dabei darauf ab, standardisierende Methoden für die Gestaltung und Evaluierung von Verwaltungsorganisation und Verwaltungshandeln zu entwickeln. Dabei erfolgt die Weitergabe praxisnaher Erkenntnisse an die Verwaltung auch durch die Serviceelemente des FÖV.

Forschung

Das Forschungsinstitut orientiert sich am Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses aus grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung, die unter Nutzung der Vielfalt der am FÖV vertretenen Disziplinen in Forschungsschwerpunkten erarbeitet wird. Die Forschungsschwerpunkte werden aus den Sektionen des Forschungsinstituts heraus entwickelt. Das Forschungsinstitut gestaltet seine For-

schungsprojekte im engen Austausch mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Verwaltungsrat.

Internationale Zusammenarbeit

Zur Förderung der Verwaltungsforschung pflegt das Forschungsinstitut die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Einrichtungen. Zwar sind einige Diskurse im Bereich der Verwaltungsforschung traditionell national angelegt und bedienen sich – etwa im Bereich des Verwaltungsrechts – wissenschaftlicher Veröffentlichungen im nationalen Raum. Gleichwohl verfolgt das Forschungsinstitut im Rahmen seiner Ressourcen einen konsequenten Ausbau seiner internationalen Netzwerke, auch durch die Berufung von ausländischen Wissenschaftlern als Mitglieder.

Wissenschaft und Öffentlichkeit

Das Forschungsinstitut informiert die wissenschaftliche Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger in der Praxis über die erzielten Forschungsergebnisse. Wissenschaftliche Veranstaltungen sollen die Begegnung und den Austausch fördern.

Die Ergebnisse und Zwischenergebnisse der Forschungsprojekte sind zu veröffentlichen. Im Rahmen der für den jeweiligen Kontext geltenden Regeln sollen nach Möglichkeit referierte Publikationsorgane bevorzugt werden. Hinsichtlich seiner Eigenveröffentlichungen sorgt das Institut für eine Qualitätssicherung. Die Ergebnisse der Forschungsprojekte sollen auch über das Internet zu erschließen sein.

Qualität

Das Forschungsinstitut verfolgt eine umfassende Strategie der Sicherung der Qualität seiner Forschung. Das Forschungsprogramm des Instituts wird laufend überprüft und fortgeschrieben. Anträge auf Durchführung von Forschungsprojekten werden zunächst durch die Sektion hinsichtlich der Vereinbarkeit der Anträge mit dem Sektionsprogramm begutachtet. Der Wissenschaftliche Beirat nimmt zu den Forschungsvorhaben, dem jährlichen Arbeitsplan sowie dem mittelfristigen Forschungsprogramm im Dienste der Qualitätssicherung Stellung. Die Beachtung der Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis ist selbstverständlich.

Effizienz

Das Forschungsinstitut achtet auf die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit durch ein hohes Kostenbewusstsein und die Herstellung effizienter Vorgänge. Diese beachten die gesetzlichen Vorgaben und die notwendigen Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch ein kollegial strukturiertes Institut unter Begleitung des Wissenschaftlichen Beirats.

Nachwuchsförderung und Mitarbeiterorientierung

Das FÖV versteht sich als personeller Motor der Rekrutierung und Ausbildung verwaltungswissenschaftlicher Exzellenz. Seine herausgehobene Stellung im Bereich der deutschen verwaltungswissenschaftlichen Forschung wird unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass zahlreiche führende Persönlichkeiten der deutschen Verwaltungswissenschaft und der staatlichen Institutionen frühere oder aktuelle Mitglieder oder Mitarbeiter des FÖV sind.

Das Forschungsinstitut fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (*Gender Mainstreaming*).

Im Dienste einer konsequenten Nachwuchsförderung strebt das FÖV eine auf hoher Qualität aufbauende Personalauswahl, die Förderung wissenschaftlicher Weiterqualifikation sowie die Schaffung von Bewährungs- und Aufstiegsmöglichkeiten an.

2.2 Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer¹ wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet.

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung versteht sich als ein Maßstäbe setzendes Kompetenzzentrum deutscher und europäischer verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL). Ihm obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

Das FÖV zeichnet sich durch eine besondere Interdisziplinarität im Bereich der deutschen, europäischen und internationalen Verwaltungsforschung aus. Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, psychologische, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie Methoden der Verwaltungsinformatik erlauben einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik. Die am FÖV durchgeführten Projekte sollen multidisziplinär angelegt sein. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Ordentliche Mitglieder aus verschiedenen nationalen

1 Durch Änderungsgesetz vom 18.12.1997 (GVBl. 1997 S. 463) wurde die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer mit Wirkung vom 31.12.1997 in „Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer“ umbenannt. Die Organstruktur des Instituts wurde durch Landesverordnung vom 5. Juli 1994 (GVBl. 1994, S. 314) um einen Wissenschaftlichen Beirat erweitert. Durch das Erste Gesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 19.10.2005 (GVBl. Rheinland-Pfalz 2005, S. 488) wurde das Forschungsinstitut in „Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung“ Speyer umbenannt.

scientific communities angehören. Diese sorgen für die Diffusion der Forschungsergebnisse des FÖV in ihre nationalen Forschungszusammenhänge und liefern Anregungen aus diesen für die künftige Forschungsarbeit des FÖV. Ein internationales Netzwerk von Korrespondierenden Mitgliedern sorgt überdies für einen Austausch mit den Nachbarwissenschaften und anderen nationalen *communities*.

Das Forschungsinstitut strebt gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

danach, eine international herausgehobene Position im Bereich der Verwaltungsforschung einzunehmen. Es reagiert andererseits in besonderem Maße auf Forschungsbedarfe aus der Verwaltungspraxis und zielt dabei darauf ab, standardisierende Methoden für die Gestaltung und Evaluierung von Verwaltungsorganisation und Verwaltungshandeln zu entwickeln. Dabei erfolgt die Weitergabe praxisnaher Erkenntnisse an die Verwaltung auch durch die Serviceelemente des FÖV.

Die Rechtsstellung des FÖV ist im Gesetz über die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer näher geregelt. Es wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet. Nach einer grundlegenden Neufassung des Verwaltungshochschulgesetzes im Jahr 2004 ist nunmehr das Erste Gesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 19. Oktober 2005 (GVBl. Rh.-Pf. 2005, S. 488) in Kraft. Das Forschungsinstitut ist Regelungsgegenstand der §§ 67-70 des Verwaltungshochschulgesetzes (DHVG). Die neugefasste Institutsordnung vom 7. Dezember 2004 (verkündet im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz am 7. Dezember 2004, S. 16 ff.) novellierte die Institutsordnung vom 27. September 1977 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 27. Dezember 1977, S. 922) und passte die Organisation des Instituts an die gewandelten Anforderungen an ein konkurrenzfähiges Forschungsinstitut in der sich wandelnden Wissenschaftslandschaft an. Die neugefasste Landesordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, welche am 13. Januar 2006 in Kraft trat, vollendete die Neufassung der Rechtsgrundlagen.

Das Institut hat derzeit die Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts im Ressortbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Das Institut wird im Rahmen der Ausführungsvereinbarung zu Art. 2 Abs. 1 Nr. 5 der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG von den Vertragsschließenden gemeinschaftlich finanziert. Die Einnahmen und Ausgaben des Instituts sind in einem selbständigen Kapitel des Haushaltsplans des Landes Rheinland-Pfalz – Einzelplan Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur – veranschlagt.

Organe des Instituts, das der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) angehört, sind der Institutsvorstand, der Direktor/die Direktorin, der Institutsverwaltungsrat und der Wissenschaftliche Beirat. Der Institutsvorstand besteht aus sechs Ordentlichen Mitgliedern und drei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern. Die Mitglieder des Institutsvorstands werden für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Berufung des Direktors oder der Direktorin und seines Stellvertreters bzw. seiner Stellvertreterin erfolgt auf Vorschlag des Insti-

tutsvorstands durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz. Über den Vorschlag hat der Institutsvorstand das Einverständnis mit der Hochschule herzustellen. Die Berufung bedarf der Zustimmung des Institutsverwaltungsrates. Der Institutsverwaltungsrat besteht aus je drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einer Vertreterin oder einem Vertreter der übrigen Bundesländer. Er dient insbesondere der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis und vermittelt den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis. Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus fünf, nicht dem FÖV angehörenden Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland. Dem Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung der Forschungsleistung und die Unterstützung von Evaluierungen des Instituts sowie die Durchführung von Zwischenevaluationen im Rahmen der Programmbudgetierung.²

Das Institut stellt einen jährlichen Arbeitsplan und ein mittelfristiges Forschungsprogramm auf, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte sowie der für die Durchführung erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergeben. Das Forschungsprogramm wird vom Institutsvorstand im Zusammenwirken mit dem Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet und ist jährlich fortzuschreiben. Mit dem mittelfristigen Forschungsprogramm wird ein Planungsabschnitt von fünf Jahren beschrieben, wobei der jährliche Arbeitsplan den ersten Teil des Programms darstellt.³ Dieser wird durch den Verwaltungsrat des FÖV erörtert (§ 6 Abs. 1 Satz 2 der Landesverordnung).

2 Vgl. die „Mindestanforderungen an Programmbudgets und Handreichung für die Erstellung von Programmbudgets in Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)“ in der Fassung vom 7. Oktober 2003.

3 So die Beschlüsse des Vorstands des Forschungsinstituts vom 11. Juli 1977 sowie vom 15. Juni 1981 und des Institutsverwaltungsrats vom 24. Juli 1981.

2.3 Mitglieder des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder. Zu Ordentlichen Mitgliedern kann der Institutsvorstand für die Dauer von fünf Jahren auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesene Wissenschaftler aus dem In- und Ausland berufen. Voraussetzung der Berufung ist die Vorlage eines individuellen Forschungsplans, der sich in das Forschungsprogramm des Instituts einfügt.

2.3.1 Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder des Forschungsinstituts sind folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:



Univ.-Prof. Dr. iur. *Hans Herbert von Arnim*,
Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-343

E-Mail: vonarnim@foev-speyer.de

Entpflichteter Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunalrecht und Haushaltsrecht, und Verfassungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Leiter der Sektion I des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Verfassungslehre und Demokratietheorie, Finanzrecht, Parteienrecht und Politikfinanzierung, Kommunalrecht und Kommunalpolitik sowie Korruption und Ämterpatronage.

Univ.-Prof. Dr. iur. *Hartmut Bauer*, Potsdam

Tel.: 0331/977-3264

E-Mail: hbauer@rz.uni-potsdam.de

Inhaber des Lehrstuhls für europäisches und deutsches Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Sozialrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität Potsdam. Herr Professor Bauer hat sich der Sektion II des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Europäisches und Deutsches Verfassungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Sozialrecht sowie Verwaltungswissenschaften.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Eberhard Bohne*, M.A.

Tel.: 06232/654-326

E-Mail: bohne@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Politik und Recht im Bereich von Umwelt und Energie an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie Leiter der Sektion III des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Gesetzgebung und Vollzug von Umwelt- und Technikrecht in Deutschland, Europa und den USA, die Regulierung der Strom- und Gasmärkte, europäische und internationale Governance-Konzepte sowie Organisationstheorie in der öffentlichen Verwaltung.



em. Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Carl Böhret*
(Ordentliches Mitglied bis 30.6.2007,
ab 1.7.2007 Korrespondierendes Mitglied)

Tel.: 06232/654-366

E-Mail: cboehret@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Leiter der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (bis 30.6.2007, Nachfolger: Herr Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill). Herr Professor Böhret hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Folgen politisch-administrativen Handelns, Technik, Zeit und Politik, Reformen des politisch-administrativen Systems, Funktionaler Staat und Verwaltungspolitik, Gesetzesfolgenabschätzung/Test von Rechtsvorschriften, Experimentelle Politik: computergestützte Planspiele sowie Auswirkungen der heranalternden Gesellschaft auf Politik und Verwaltung.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Bernard Dafflon*, Fribourg (Schweiz)

Tel.: ++41(0)26 300-8269

E-Mail: bernard.dafflon@unifr.ch

Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg (Schweiz). Herr Professor Dafflon hat sich der Sektion II des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Dezentralisierung und Föderalismus, Finanzmanagement in lokalen Gebietskörperschaften, Finanzierung der Sozialversicherung sowie Staatsverschuldung.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Gisela Färber*

Tel.: 06232/654-363

E-Mail: faerber@foev-speyer.de

Inhaberin des Lehrstuhls für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Leiterin der Sektion II des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind Probleme der Finanzpolitik, insbesondere der öffentlichen Personalausgaben und der Subventionen, Folgen der demographischen Entwicklung für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherung, das öffentliche Haushaltswesen, Haushaltsreformen im nationalen und internationalen Kontext, Privatisierung und Verwaltungsmodernisierung, Föderalismus und Finanzverfassung sowie Probleme der finanzpolitischen Willensbildung in föderativen Staaten.



Univ.-Prof. Dr. phil. *Rudolf Fisch*

Tel.: 06232/654-347

E-Mail: fisch@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Sozialwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung und Prorektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Fisch hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Führung und Zusammenarbeit, Problemlösen und Entscheiden, Kleingruppenforschung (zum Beispiel Teamarbeit und Kreativität), Projektgruppenarbeit, Arbeitsengagement und Verantwortung sowie Organisationskultur.



Univ.-Prof. Dr. phil. *Stefan Fisch*

Tel.: 06232/654-342

E-Mail: sfisch@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie stellvertretender Leiter der Sektion III des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind die Entstehung von moderner Stadtplanung in der Verwaltungspraxis, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Elsass im Übergang vom deutschen Kaiserreich zur französischen Dritten Republik, Staat, Wirtschaft und Sozialpolitik, Technik, Natur und Modernisierung, protestantische und katholische Lebenswelten, Kultur- und Gelehrten Geschichte der Frühen Neuzeit, Verwaltungskulturen und -traditionen sowie Föderalismus.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Hermann Hill*, Staatsminister a.D.

Tel.: 06232/654-328

E-Mail: hill@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, seit 1.7.2007 Leiter der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT). Herr Professor Hill hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Gesetzgebung und parlamentarische Steuerung, Verwaltungsmodernisierung und modernes Verwaltungsmanagement, Staatskommunikation und Bürgermitwirkung, Informations- und Wissensmanagement, Electronic Government, Neue Medien sowie Lernen im öffentlichen Dienst.



Univ.-Prof. Dr. rer. soc. *Dorothea Jansen*

Tel.: 06232/654-364

E-Mail: ls_jansen@foev-speyer.de

Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie der Organisation an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Stellvertretende Direktorin des FÖV und stellvertretende Leiterin der Sektion II des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind Organisations- und Interorganisationsforschung, Umweltsoziologie, Wissenschafts- und Technikforschung, Rechtssoziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung sowie die Netzwerkanalyse.

em. Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Helmut Klages*

Tel.: 06232/654-252

E-Mail: klages@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für empirische Sozialwissenschaften, insbesondere Soziologie (Organisations- und Verwaltungssoziologie) an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Klages hat sich der Sektion I zugeordnet und ist Leiter der Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen.

Seine Forschungsschwerpunkte sind gesellschaftlicher Wandel (insbesondere Einstellungs- und Wertewandel), Modernisierungsforschung (insbesondere in der öffentlichen Verwaltung), Erfolgsfaktoren organisatorischer Entwicklung, Messung und Evaluierung von Verwaltungseigenschaften und -leistungen, Organisationsentwicklung sowie Befragungsforschung.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Andreas Knorr*

Tel.: 06232/654-157

E-Mail: knorr@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere nationale und internationale Wirtschaftspolitik, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Knorr hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Verkehrspolitik, insbesondere Luftverkehrs- und Eisenbahnpolitik, Wettbewerbs- und Ordnungspolitik sowie Europäische Integration.



em. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. *Klaus König*,
Ministerialdirektor a.D.,

Tel.: 06232/654-369

E-Mail: k.koenig@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für Verwaltungswissenschaft, Regierungslehre und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor König hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind theoretische Ansätze in der Verwaltungswissenschaft, Regierung und öffentliche Verwaltung im allgemeinen, Planung und Gesetzgebung, öffentliche Aufgaben, Regierungs- und Verwaltungsorganisation, öffentlicher Dienst, internationale Verwaltungszusammenarbeit, derzeit: Transformation der realsozialistischen Verwaltung, insbesondere Neuordnung des öffentlichen Vermögens, Kritik öffentlicher Aufgaben sowie Modernisierung der Verwaltung.



Univ.-Prof. Dr. phil. *Thomas König*

Tel.: 06232/654-355

E-Mail: tkoenig@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor König hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind die Internationale und Vergleichende Politik, insbesondere Fragen der Europäischen Integration sowie der deutsche Föderalismus.



Prof. *Kenneth L. Kraemer*, Irvine (California/USA)
(Mitglied bis 2.7.2007)

Tel.: (949)/824-5246

E-Mail: kkraemer@uci.edu

Inhaber des Lehrstuhls für Global Systems for Mobile Communication sowie Information and Computer Science an der University of California, Irvine (USA), Direktor des Center for Research on Information Technology and Organizations sowie des Personal Computing Industry Center. Herr Professor Kraemer hat sich der Sektion I des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Verwendung und Auswirkungen von Informationstechnologie in Organisationen, Globalisierung der Verwendung und Produktion von Informationstechnologie sowie Management von Informationssystemen.



Univ.-Prof. Dr. rer.soc. *Georg Krücken*

Tel.: 06232/654-453

E-Mail: kruecken@foev-speyer.de

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Krücken hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Wissenschafts- und Hochschulforschung, Organisationsforschung sowie Neo-Institutionalismus.

Univ.-Prof. Dr. iur. *Siegfried Magiera*

Tel.: 06232/654-348

E-Mail: s.magiera@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht/Jean Monnet-Lehrstuhl für Europarecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Magiera hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind deutsches und amerikanisches Verfassungsrecht (Parlament und Regierung, Bundesstaat, Wahlen und Parteien), Recht der Europäischen Union (Verfassung, Institutionen und Verfahren, Haushalt und Finanzen, Beihilfen, Strukturfonds, Europa der Bürger) sowie das Völkerrecht (Beziehungen zwischen staatlichem und internationalem Recht, Internationale Organisationen).



em. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. *Detlef Merten*

Tel.: 06232/654-349

E-Mail: merten@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für öffentliches Recht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht und Sozialrecht, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Merten hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Verfassungsrecht, Verfassungsgeschichte, Europarecht, Sozialrecht, Beamtenrecht sowie Gesetzgebungslehre.



Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*

Tel.: 06232/654-329

E-Mail: muehlenkamp@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Mühlenkamp hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Sektor, öffentliche Unternehmen, Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichen) Interesse („Daseinsvorsorge“), Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und Privaten („Public Private Partnerships“) sowie ergebnisorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Sektor.



Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*

Tel.: 06232/654-345

E-Mail: rpitschas@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Entwicklungspolitik und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Pitschas hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Internationale Verwaltungszusammenarbeit und vergleichende Verwaltungswissenschaft, Public Management, Europarecht, Öffentliches und Sozialrecht sowie Sozialpolitik.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Christoph Reichard*, Potsdam
(Ordentliches Mitglied bis 2.7.2007,
ab 3.7.2007 Korrespondierendes Mitglied)

Tel.: 0331/977-3806

E-Mail: reichard@uni-potsdam.de

Entpflichteter Professor für Public Management an der Universität Potsdam. Herr Professor Reichard hat sich der Sektion I des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Public Sector Management, New Public Management (internationaler Vergleich), Verwaltungsreform und -modernisierung in Deutschland, Institutional Choice und Leistungstiefenpolitik, Personalwirtschaft und -management im öffentlichen Sektor, Öffentliches Finanzmanagement und Rechnungswesen, eGovernment, Öffentliche Unternehmen, insbesondere kommunale Unternehmen, Nonprofit-Organisationen, Dritter Sektor (primär: Managementaspekte) sowie Public Management Aus- und Fortbildung (Curriculumentwicklung usw.).



O. Univ.-Prof. Dr. iur. *Heinz Schäffer*, Salzburg (Österreich) (Mitglied bis 2.7.2007)

Tel.: 0043 (0)662 8044 3631

E-Mail: heinz.schaeffer@sbg.ac.at

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht mit besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsverwaltungsrechts an der Universität Salzburg. Herr Professor Schäffer hat sich der Sektion III des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind öffentliche Verwaltung: Koordination, Raumordnung, öffentliches Wirtschaftsrecht, Dienstrecht, Verwaltungslehre, Gesetzgebungslehre, Verfassungsrecht und Rechtstheorie: Verfassungsinterpretation, Rechtsquellen, Föderalismus, Grundrechte, verfassungsgerichtliche Judikatur-Analysen, Verfassung sowie Europarecht.



em. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*

Tel.: 06232/654-365

E-Mail: siedentopf@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für Vergleichende Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Siedentopf hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Öffentlicher Dienst und Regierungsorganisation, Aus- und Fortbildung von Führungskräften, Kommunale Selbstverwaltung und staatliche Verwaltung sowie Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten der EU.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Karl-Peter Sommermann*

Tel.: 06232/654-344

E-Mail: sommermann@foev-speyer.de

Rektor der DHV Speyer und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtsvergleichung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Sommermann hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte: Europäisierung des Staats- und Verwaltungsrechts, Rechtsvergleichung, Staatlichkeit und Globalisierung, internationaler Menschenrechtsschutz, Entwicklungszusammenarbeit.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Hans-Heinrich Trute*, Hamburg

Tel.: 040 / 42838-5721

E-Mail: hans-heinrich.trute@jura.uni-hamburg.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Medien- und Telekommunikationsrecht an der Universität Hamburg. Herr Professor Trute hat sich der Sektion III des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen im allgemeinen Verwaltungsrecht und seiner Reform einschließlich ihrer theoretischen Grundlagen, im Medien- und Telekommunikationsrecht und Wissenschaftsrecht, der Verwaltungswissenschaft sowie im europäischen Rechtsvergleich und seinen methodischen Grundlagen.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Bernd W. Wirtz*

Tel.: 06232/654-296

E-Mail: wirtz@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Informations- und Kommunikationsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und stellvertretender Leiter der Sektion I des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Informations- und Kommunikationsmanagement, Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im öffentlichen Sektor, Marketing und Kommunikationsmanagement, Medienmanagement und Internetökonomie sowie E-Business und Internetmarketing.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Jan Ziekow*

Tel.: 06232/654-360

E-Mail: ziekow@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer. Herr Professor Ziekow hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind öffentliches Wirtschafts- und Vergaberecht, Privatisierung, Public Private Partnership, Verwaltungsmodernisierung, Gestaltung von Organisation und Organisationsrecht sowie von Verfahren und Verfahrensrecht, Folgenabschätzung und Evaluation.

2.3.2 Korrespondierende Mitglieder

Korrespondierende Mitglieder des Instituts wirken beratend und unterstützend bei den Forschungsprojekten mit und sind Teil eines wissenschaftlichen Netzwerks, das die Forschungsk Kooperation des Instituts unterstützt. Seit Juli 2007 gehören dem Forschungsinstitut 18 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Korrespondierende Mitglieder an:

Prof. Dr. *Peter Becker*, Universität Linz (Österreich)
 em. Prof. Dr. *Carl Böhrer*, Speyer (ab 1.7.2007)
 Prof. Dr. *Geert Bouckaert*, Leuven (Belgien)
 Prof. Dr. *Ernst Buschor*, Zürich (Schweiz)
 Univ.-Prof. Dr. *Hans-Ulrich Derlien*, Bamberg
 Univ.-Prof. Dr. *Constance Grewe*, Strasbourg (Frankreich)
 Univ.-Prof. Dr. *Meinhard Hilf*, Hamburg
 Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Hrbek*, Tübingen
 Univ.-Prof. Dr. *Beate Kohler-Koch*, Mannheim
 Privatdozentin Dr. *Angelika Menne-Haritz*, Berlin
 Prof. Dr. *María Jesús Montoro Chiner*, Barcelona (Spanien)
 Univ.-Prof. Dr. *Hans-Jürgen Papier*, Karlsruhe
 Univ.-Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Potsdam (ab 3.7.2007)
 Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Michael Stolleis*, Frankfurt
 Univ.-Prof. Dr. *Roland Vaubel*, Mannheim
 Univ.-Prof. Dr. *Rainer Wahl*, Freiburg
 em. Univ.-Prof. Dr. *Hellmut Wollmann*, Berlin
 em. Univ.-Prof. Dr. *Horst Zimmermann*, Marburg

2.3.3 Ehrenmitglieder

Das Forschungsinstitut kann Persönlichkeiten, die sich besonders um das Institut verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.



Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke* ist emeritierter Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie. Er hat Nationalökonomie und Rechtswissenschaft studiert, war Redakteur einer juristischen Fachzeitschrift, Assistent, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht und wurde 1969 an die Universität Mannheim berufen. Er war Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV von 1995 bis 2001. 2002 wurde er zum Ehrenmitglied des FÖV ernannt und bekam zugleich die Ehrenmedaille des FÖV verliehen.



Der Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* im Wissenschaftlichen Beirat des Forschungsinstituts endete zum 23. Januar 2005. Herr *Bull* studierte von 1956 bis 1960 Rechtswissenschaft in Hamburg, Marburg und an der FU Berlin und promovierte 1963. Nach seiner Habilitation im Jahre 1972 war er von 1973 bis 1978 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Danach übernahm er die Funktion des Bundesbeauftragten für den Datenschutz. Zwischen 1983 und 1988 war er erneut Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, um von 1988 bis 1995 dann das Amt des Innenministers des

Landes Schleswig-Holstein zu übernehmen. 1996 kehrte er an die Universität Hamburg zurück und übernahm dort das Seminar für Verwaltungslehre als Geschäftsführender Direktor. Er wurde 2000 zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV berufen und übernahm 2001 den Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke*. Die Ehrenmitgliedschaft und die Ehrenmedaille des FÖV wurden ihm am 21. Juni 2005 in Speyer verliehen.

2.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2.4.1 Forschungs- und Sektionsreferenten

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten die am Institut durchgeführten Forschungsprojekte:



Sven Barnekow, Dipl.-Soziologe

Tel.: 06232/654-392

E-Mail: barnekow@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2005

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“

Studium der Soziologie (Dipl.) an der FU Berlin 1997-2004; Schwerpunkte Technik- und Innovationssoziologie; 2001-2005 Mitarb. in der strategischen Kommunikationsagentur Johanssen + Kretschmer in Berlin.



Christian Bauer, M.A., Mag. rer. publ.

Tel.: 06232/654-375

E-Mail: cbauer@foev-speyer.de

Sektionsreferent der Sektion III seit dem 1.5.2007

2000-2005 Studium der Politikwissenschaft mit den Nebenfächern Öffentliches Recht und Neuere und Neueste Geschichte an der WWU Münster; 2006-2007 verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium an der DHV Speyer.



Jörg Bellmann, Dipl.-Politologe, Mag. rer. publ.

Forschungsreferent, Sektion I ab 1.8.2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*): "Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing"

1999-2005 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig; 2005-2007 verwaltungswissenschaftliches Ergänzungs- und Aufbaustudium an der DHV Speyer.



Albrecht Blümel, Diplom-Politologe

Tel.: 06232/654-439

E-Mail: bluemel@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2007;

Promotionsstudent an der DHV Speyer

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*): „Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem“

Studium der Politikwissenschaft und International Relations (FU Berlin, Warwick).

Forschungsinteressen: Governanceforschung im Bildungs- und Hochschulbereich, Reformprozesse und Umsetzung von Public Management im öffentlichen Sektor sowie Ideenbasierte Ansätze in der Policyforschung.



Assessor iur. Lippold Freiherr von Bredow

Tel.: 06232/654-370

E-Mail: bredow@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II seit 2006

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*) „Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes“

1995-2000 Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen, 2000-2002 Angestellter der BSV Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin; 2002-2004 Referendariat in Berlin, 2004-2005 wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtsvergleichung, DHV Speyer.



Katja Brenner, Ass., Dipl.-Kauffrau

Tel.: 06232/654-394

E-Mail: brenner@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Servicebereich seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhrer*) „Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)“

Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt mit den Schwerpunkten Marketing, Volkswirtschaftslehre sowie Personal und Organisation; danach Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes in der Innenverwaltung.



Dr. *Sonja Bugdahn*, M.A.

Tel.: 06232/654-383

E-Mail: bugdahn@foev-speyer.de

Sektionsreferentin der Sektion III bis zum 30.4.2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*) „Die WTO – Reform und institutionelle Entwicklung“

Qualifikation: Promotion in Politik- und Gesellschaftswissenschaften, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz; Magister Artium (M.A.) Politikwissenschaft, Publizistik und Rechtswissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.



Stephanie Daimer, M.A.

Tel.: 06232/654-435

E-Mail: daimer@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion II seit 2004

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Thomas König*) „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“

Stephanie Daimer, M.A. arbeitet und promoviert zu Themen der angewandten Spieltheorie, insbesondere über EU-Entscheidungsprozesse im Kontext nationaler und internationaler Gegebenheiten.



Harald Johannes Dalezios, Dipl.-Volkswirt, Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-301

E-Mail: dalezios@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II seit 2005

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*) „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“

Studium der Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München (2002: Diplom-Volkswirt). Aufbaustudium der Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer (2005: Mag.rer.Publ.).



Carmen Daramus, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin

Tel.: 06232/654-431

E-Mail: daramus@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2002

Aktuelle Projekte (unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*) „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“ und „Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar“

2000 Abschluss des Studiums an der Universität Mannheim. Anschließend Kommunale Jugendreferentin. Arbeitsschwerpunkte: Bürgerbefragungen und Bürgerbeteiligung.



Daniel Finke, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler

Tel.: 06232/654-435

E-Mail: finke@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II seit 2004

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Thomas König*) „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“

Daniel Finke forscht zu den polit-ökonomischen Grundlagen der Europäischen Integration sowie der spieltheoretischen Modellierung legislativer Entscheidungen.



Andreas Glöckner, Dipl.-Kaufmann

Tel.: 06232/654-437

E-Mail: gloeckner@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*): „Analyse und Evaluation des neuen doppelten kommunalen Haushaltsrechts anhand von Ordnungsmäßigkeitsgrundsätzen und bilanztheoretischen Überlegungen“

Mein Forschungsinteresse gilt den neuen Formen von öffentlichem Management und Governance, der Analyse und (Weiter-)Entwicklung finanzieller, organisatorischer und strategischer Steuerungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften, derzeit vornehmlich dem neuen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesen.



Regina von Görtz,

Tel.: 06232/654-429

E-Mail: goertz@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*): „Organisatorische, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“

Studium der Soziologie, Politik-, Kultur- und Medienwissenschaften (Düsseldorf, Duisburg, Cardiff). Mitglied der Forschungsgruppe „Kulturen der Verantwortung“ (KWI Essen), Lehrbeauftragte an der Universität Düsseldorf.

Forschungsinteressen: Theorien rationalen Handelns, Sozialkapital und Vertrauen, soziale Netzwerkanalyse.



Richard Heidler, Dipl.-Soziologe

Tel.: 06232/654-429

E-Mail: heidler@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2006

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“

2006 Abschluss des Studiums der Soziologie an der FU Berlin. Zu den besonderen Forschungsinteressen zählen Wissenschaftssoziologie, Netzwerkanalyse und Methoden der empirischen Sozialforschung.



Privatdozent Dr. rer. soc. *Hans-Willy Hohn, M.A.*

Tel.: 06232/654-372

E-Mail: hohn@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2002

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Transformationspfade des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung – Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Merkmale und Bedingungen erfolgreicher Produktinnovation“

Forschungstätigkeiten am Wissenschaftszentrum Berlin, an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Venia für das Fach Soziologie (Universität Köln, 1998).



Karoline B. Jahn, Dipl.-Volkswirtin, M.A. (Cantab)

Tel.: 06232/654-427

E-Mail: kjahn@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion III bis zum 31.7.2007

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*) „Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen“

Ihr Forschungsinteresse gilt vornehmlich der Industrie-
ökonomik, der deutschen und europäischen Wettbewerbs-
politik sowie dem Verkehrswesen, insbesondere dem Luft-
und Eisenbahnverkehr.



Katharina Klope, Dipl.-Soziologin

Tel.: 06232/654-155

E-Mail: klope@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2007;
Promotionsstudentin an der DHV Speyer

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*): „Professionalisierung im deutschen Hochschul-
system“

Studium der Soziologie (Bielefeld, Paris) mit dem Schwer-
punkt „Wissenschafts- und Technologiepolitik“.

Forschungsinteressen: Hochschulforschung, insbesondere
Akkreditierung, wissenschaftliche Weiterbildung sowie
Professionalisierung, Wissenschafts- und Organisations-
soziologie und Neo-Institutionalistische Theorie.



Privatdozent Dr. iur. *Christian Koch*, Assessor

Tel.: 06232/654-371

E-Mail: ckoch@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2004

Aktuelles Projekt (unter Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*) „Grundrechte in Deutschland und Europa“

Rechtsanwalt; Jurastudium Universitäten München und
Bonn; Staatsprüfungen Köln (1983) und München (1986);
Promotion (1990) Universität Frankfurt/Main (Dieter Simon
/Gerhard Thür). Habilitation (DHV, 2004).



Armin Liebig, M.A., Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-393

E-Mail: liebig@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Servicebereich seit 2006

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*) „Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)“

Studium der Politischen Wissenschaften, Mittleren und Neueren Geschichte und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Mannheim; Aufbaustudium an der DHV Speyer, 2001-2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Internationalen Speyerer Qualitätswettbewerb an der DHV Speyer.



Lars Mäder, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler

Tel.: 06232/654-432

E-Mail: maeder@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II bis zum 31.7.2007

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Thomas König*/Univ.-Prof. Dr. *Jürgen von Hagen*/Univ.-Prof. Dr. *Thomas Bräuninger*) „Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Untersuchung der Unitarisierungsauswirkungen der Europäischen Union auf die Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten“

Lars Mäder forscht zu EU-Gesetzgebung, ihrer Umsetzung in den Mitgliedstaaten und ihrer spieltheoretischen Modellierung.



Burkhard Margies, M.A.

Tel.: 06232/654-397

E-Mail: margies@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2004

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*) „Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation“

Studium der Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaft (Düsseldorf) sowie Rechtswissenschaft (Hagen). Arbeitsschwerpunkte: Verwaltungskommunikation, bürgerorientierte Organisation der öffentlichen Verwaltung, empirische Sozialforschung, Umweltsoziologie.



Dr. *Klaus Margreiter*

Tel.: 06232/654-383

E-Mail: margreiter@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2007

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*) „Geschichte der europäischen Verwaltungssprachen und ihrer Reformen, 1750-2000: Vergleichende und transnationale Perspektiven“

Studium der Geschichte und Philosophie in Salzburg, Promotion zum Dr. der Geschichte und Kulturgeschichte am Europäischen Hochschulinstitut.



Dr. rer. publ. *Kai Masser*, M.A., Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-302

E-Mail: kmasser@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I und Servicebereich seit 2000

Aktuelle Projekte (unter Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*) „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“ sowie „Aufbau eines kennzahlengestützten Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter“

Arbeitsschwerpunkte: Verwaltungsmodernisierung, Internetnutzung in der öffentlichen Verwaltung, Methodenfragen zur Marktforschung im öffentlichen Sektor und zur Evaluation öffentlichen Handelns. Mitarbeit bei der Begleitung zahlreicher Modernisierungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung (u. a. viele Workshops und DV-gestützte Befragungen).



Dr. rer. pol. *Nils Otter*, Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-398

E-Mail: otter@foev-speyer.de

Sektionsreferent der Sektion II seit 2002

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*): „Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“

1992-1998 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg; 1998-2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Philipps-Universität Marburg.



Daniel Richter, Dipl.-Kaufmann., Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-361

E-Mail: richter@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*): „Aufgabendezentralisierung in Nordrhein-Westfalen“

1998-2004: Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim; 2005-2006: Praktika für die GTZ und InWEnt in Manila/Philippinen, das paraguayische Finanzministerium in Asunción/Paraguay und die ecuadorianische Zentralbank in Quito/Ecuador; 2006/07: Ergänzungsstudium der Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer.



Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, Assessorin, M.A., Geschäftsführerin des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Tel.: 06232/654-387

E-Mail: seckelmann@foev-speyer.de

Studium der Rechtswissenschaften, der Geschichte und Germanistik in Heidelberg und Berlin; Erstes Juristisches Staatsexamen 1996 in Berlin; Magistra Artium 1998; Zweites Juristisches Staatsexamen 1999 in Berlin mit Wahlstation in Brüssel; 1999 – 2002 Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte, Dissertation Januar 2004 in Frankfurt am Main.



Tobias Semmet, Dipl.-Politologe, Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-396

E-Mail: semmet@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2006

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“

Studium der Politologie in Frankfurt/M. und Southampton, Aufbaustudium Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer, Schwerpunkte: Europäische Integration, Internationale Beziehungen, Projektkoordination.



Dr. rer. publ. *Thorsten Siegel*, Assessor

Tel.: 06232/654-379

E-Mail: siegel@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2002

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*) „Fehler im Vergabeverfahren“

Nach mehrjähriger Anwaltstätigkeit hat Dr. *Thorsten Siegel* am FÖV grundlagenbezogene wie auch empirische Forschungsprojekte bearbeitet. Zu seinen durch zahlreiche Veröffentlichungen ausgewiesenen Forschungsschwerpunkten zählen das allgemeine Verwaltungsrecht, das Umwelt- und Planungsrecht sowie das Vergaberecht.



Benedikt Speer, M.A., Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-377

E-Mail: speer@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II seit 2005

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*) „Der Europäische Verwaltungsraum und seine Anforderungen an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland“

Studierte Politikwissenschaft, Hispanistik, Öffentliches Recht/Europarecht (Würzburg, Heidelberg, Zaragoza) und Verwaltungswissenschaften (Speyer). Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind v.a. die Europäisierung von Staat und Verwaltung sowie die Europafähigkeit des deutschen öffentlichen Dienstes.



Ulrike Stoll, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin

Tel.: 06232/654-391

E-Mail: stoll@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion III seit 2005

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“

2004 Abschluss des Studiums an der Universität Mannheim. Danach Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem EU-Projekt am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung mit Fokus auf der Entwicklung der Bildungschancen in verschiedenen europäischen Regionen.



Sebastian Ullrich, B.A. Economics, Master of International Business

Tel.: 06232/654-436

E-Mail: ullrich@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2006

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Bernd Wirtz*): „e-Health-Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“

Studium der VWL (Universität Siegen) und internationalen BWL (University of Newcastle, Australien), seit Dezember 2006 Doktorand an der DHV. Forschungsinteressen: Statistik, Ökonometrie und Marketing.



Larissa Vettters, M.A., Mag. rer. publ.

Tel.: 06232/654-376

E-Mail: vettters@foev-speyer.de

Sektionsreferentin der Sektion I ab 15.8.2007

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim): in Vorbereitung

Studium der Ethnologie und Neueren Geschichte mit Schwerpunkt Osteuropa in Tübingen und Athen. Ergänzungs- und Aufbaustudium Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer. Seit 2004 Doktorandin an der DHV. Forschungsinteressen: Transfer, Implementierung und Evaluation von Verwaltungsmodellen und Rechtssystemen in nicht-westliche, v. a. postsozialistische Gesellschaften



Dr. rer. publ. *Alexander Windoffer*, Assessor

Tel.: 06232/654-399

E-Mail: windoffer@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2001

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*) „Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen“.

Promotion zum Dr. rer. publ. an der DHV Speyer; Studienabschluss: 1. Jur. Staatsexamen Universität Tübingen; 2. Jur. Staatsexamen in Baden-Württemberg; Verwaltungserfahrung als Leiter des Rechtsamts beim Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis.



Dr. rer. pol. *Sebastian Wolf*, M.A., LL.M. Eur.

Tel.: 06232/654-376

E-Mail: swolf@foev-speyer.de

Sektionsreferent der Sektion I bis zum 14.8.2007

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*) „Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse“.

Studium und Promotion im Fach Politikwissenschaft an der TU Darmstadt; Aufbaustudium Europarecht an der Universität des Saarlandes; Interessenschwerpunkt: Europaforschung.

2.4.2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung



von links nach rechts: Frau Nothnagel, Frau Jungkind,
Frau Eggensberger, Frau Dr. Seckelmann, Frau Hübers,
Herr Dipl.-Kaufmann Jug, Frau Gerhards

Geschäftsführerin

Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, Assessorin, M.A.

Sachbearbeiter

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug*

Sekretariat

Sigrid Hübers

Irene Eggensberger

Elisabeth Gerhards

Ursula Jungkind

Ruth Nothnagel

2.5 Organe des Forschungsinstituts

2.5.1 Institutsvorstand

Der Institutsvorstand besteht gemäß § 1 Abs. 1 der Institutsordnung aus fünf bis zehn Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern. Die Vorstandsmitglieder werden aus der jeweiligen Gruppe des Forschungsinstituts für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Wahl des gegenwärtig amtierenden Institutsvorstands erfolgte im Mai 2005. Mitglieder des Institutsvorstands für die Dauer der Wahlperiode 2005 bis 2009 sind:

Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Privatdozent Dr. *Christian Koch*

Armin Liebig, M.A., Mag.rer.publ.

Dr. *Alexander Windoffer*

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*

2.5.2 Direktorium

Der Direktor bzw. die Direktorin wird aus der Mitte des Vorstands gewählt. Er oder sie bereitet die Beschlüsse des Vorstandes vor und führt sie aus, vertritt das Institut nach außen und führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte. Unterstützt wird er oder sie hierbei durch die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer, den Sachbearbeiter oder die Sachbearbeiterin und das Institutssekretariat. Zum Direktor hat der Institutsvorstand im Mai 2005 Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* gewählt, zu seiner Stellvertreterin am 21. Mai 2007 Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*. Diese wurde zur Nachfolgerin von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* gewählt, der wegen seiner Wahl zum Rektor der DHV Speyer von diesem Amt zurücktrat.

2.5.3 *Institutsverwaltungsrat*

Der Institutsverwaltungsrat dient der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis. Er setzt sich aus je drei Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einem Vertreter der übrigen Bundesländer zusammen. Ihm gehören an:

Staatssekretärin *Dorothee Dzwonnek*, Vorsitzende
(Rheinland-Pfalz) (bis September 2007)

Staatssekretär *Michael Ebling*, Vorsitzender
(Rheinland-Pfalz) (ab September 2007)

Staatssekretärin *Beate Reich*, Stellvertretende Vorsitzende
(Rheinland-Pfalz)

Vizepräsident des Bundesrechnungshofes *Norbert Hauser* (Bund)

Ministerialrat Dr. *Heribert Schmitz* (Bund)

Ministerialdirektor Dr. *Reinhard Timmer* (Bund)

Regierungsvizepräsident *Eberhard Wurster* (Baden-Württemberg)

Ministerialdirigent Dr. *Jörg Jung* (Bayern)

Senatsdirigent *Udo Rienaß* (Berlin)

Ministerialdirigent Dr. *Michael Muth* (Brandenburg) (bis Juli 2007)

Ministerialdirigent *Rudolf Keseberg* (Brandenburg) (ab August 2007)

Dr. *Reinhold Zech* (Bremen)

Leitende Regierungsdirektorin *Angelika Grubert* (Hamburg)

Ministerialdirigent *Werner Koch* (Hessen)

Ministerialdirigent Dr. *Joachim Krech* (Mecklenburg-Vorpommern)

Ministerialdirigent *Hans-Christian Vollmer* (Niedersachsen)

Ministerialrat *Godehard Elsner* (Nordrhein-Westfalen)

Dr. *Rainer Frank* (Rheinland-Pfalz)

Ministerialrat *Klaus-Ludwig Haus* (Saarland)

Ministerialdirigent *Dietrich Gökelmann* (Sachsen)

Ministerialrat *Michael Pläßmann* (Sachsen-Anhalt)

Ministerialdirigent *Konrad Stege* (Schleswig-Holstein)

Ministerialdirigent *Jürgen Senff* (Thüringen) (bis November 2007)

Ministerialrat *Franz-Josef Schwarte* (Thüringen) (ab Dezember 2007)

2.5.4 Wissenschaftlicher Beirat

Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Instituts. Er unterstützt nach § 5 Abs. 1 S. 2 der Landesverordnung über das FÖV Evaluierungen des Instituts. Dem fünfköpfigen Wissenschaftlichen Beirat gehören folgende Mitglieder an:



Univ.-Prof. Dr. *Janbernd Oebbecke* (Universität Münster)
(Vorsitzender)

Herr Univ.-Prof. Dr. *Janbernd Oebbecke* studierte von 1969-1974 Rechtswissenschaft in Münster. Nach dem Ersten Staatsexamen folgte das Referendariat und ein Ergänzungsstudium an der Verwaltungshochschule Speyer. 1979 wurde er in Münster über „Rechtsfragen der Eigenkapitalausstattung der kommunalen Sparkassen“ promoviert. Von 1979-1981 war er Verwaltungsbeamter beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster. Daran schloss sich 1981-1987 eine Tätigkeit als Leiter des Freiherr-vom-Stein-Instituts, Wissenschaftliche Forschungsstelle des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, an. 1986 erfolgte die Habilitation durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster (Thema der Habilitationsschrift: Weisungs- und unterrichtungsfreie Räume in der Verwaltung). 1986/87 übernahm er die Vertretung des Amtes eines Professors für das Fach Öffentliches Recht an der Universität Münster. Daraufhin wurde er 1987-1993 Beigeordneter, seit 1992 Erster Beigeordneter des Landkreistages NW in Düsseldorf. 1991 wurde er zum apl. Professor an der Universität Münster ernannt. 1993 erhielt er Rufe an die Universität Düsseldorf und an die Verwaltungshochschule Speyer, von denen er den erstgenannten annahm. Von 1994-1997 war er Universitätsprofessor für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und zugleich von 1994-1996 Gründungsdekan und Dekan der Juristischen Fakultät. 1996 erhielt er einen Ruf an die Universität Münster. Seit 1.4.1997 ist Herr *Oebbecke* Universitätsprofessor an der Universität Münster und Geschäftsführender Direktor des Freiherr-vom-Stein-Instituts des Landkreistags NRW an der Universität Münster. Seit 1.3.2000 ist er Geschäftsführender Direktor des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Münster.



Univ.-Prof. Dr. *Arthur Benz* (FernUniversität Hagen)

Nach seinem Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und seiner Promotion an der Universität Duisburg im September 1983 war Herr *Benz* von 1984 bis 1987 als Forschungsreferent am FÖV und von 1987 bis 1993 – unterbrochen von einem Gastforscher-aufenthalt am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln – als Assistent an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer tätig. Dort habilitierte er sich 1993. In diesem Jahr wurde er zum Professor für kommunale und regionale Entwicklungspolitik und Infrastrukturplanung an der Fakultät für Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz ernannt. Im Jahr 1995 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Regierungslehre und Policyforschung am Institut für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 1999 ist Herr *Benz* Professor für Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen. Er ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, unter anderem stellvertretender Vorsitzender der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*. Aus seinem umfassenden Werk seien hier die Monographien „Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen“, (Baden-Baden 1994), „Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse“ (München 2001) und die von ihm herausgegebenen Sammelbände „Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen“ (Wiesbaden 2004) sowie (mit Yannis Papadopoulos) „Governance and Democracy“ (London 2006) erwähnt.



Univ.-Prof. Dr. *Christoph Engel* (Max-Planck-Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter, Bonn)

Herr Univ.-Prof. Dr. *Christoph Engel* promovierte nach seinem Studium der Rechtswissenschaften (Erstes Staatsexamen 1981 in Tübingen) im Jahre 1988 bei Univ.-Prof. Dr. *Hans von Mangoldt* in Tübingen über „Völkerrecht als Tatbestandsmerkmal deutscher Normen“. Er habilitierte sich 1992 in Hamburg über „Privater Rundfunk vor der Europäischen Menschenrechtskonvention“. Zu dieser Zeit arbeitete er am Max-Planck-Institut für Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht in Hamburg (Univ.-Prof. Dr. *Ernst-Joachim Mestmäcker*). 1992 wurde Herr *Engel* auf einen Lehrstuhl in Osnabrück berufen. 1997 wurde er zum Leiter der Max-Planck-Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“ ernannt. Im Jahr 2003 erfolgte die Berufung zum Direktor des neu gegründeten Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter und zugleich zum Universitätsprofessor an der Universität Bonn. Herr *Engel* wurde darüber hinaus 2004 zum Honorarprofessor an der Universität Osnabrück ernannt. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Ministerium für Wirtschaft und Technologie, Mitglied der *Academia Europea*, und – neben seiner Tätigkeit im Wissenschaftlichen Beirat des FÖV – auch Mitglied der Wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.



Prof. Dr. *Andrea Schenker-Wicki* (Universität Zürich)

Frau o. Prof. Dr. *Andrea Schenker-Wicki* studierte von 1978 bis 1986 an der ETHZ und der Universität Zürich und schloss dort 1983 als diplomierter Lebensmittelingenieur ETH und 1986 als lic.oec.publ ihre Studien ab. Sie promovierte 1990 an der Universität Fribourg mit Schwerpunkt Operations Research und Informatik zum Thema „Krisenmanagement und Entscheidungsprozesse“. Anschließend arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Nationalen Alarmzentrale (Einsatzorganisation des Bundes) und während der letzten fünf Jahre dort als Informationschefin. Parallel dazu habilitierte sie sich an der Universität St. Gallen zum Thema „Evaluation von Hochschulleistungen“. 1997 wechselte sie ins Bundesamt für Bildung und Wissenschaft als Sektionschefin Universitätswesen. 2001 wurde sie an die Universität Zürich zur ordentlichen Professorin und Direktorin des Executive MBA Programms berufen. Sie ist Ord. Prof. für BWL, Lehrstuhl für Performance Management, Institut für Strategie und Unternehmensökonomik an der Universität Zürich und Direktorin des dortigen Executive MBA Programms.



Univ.-Prof. Dr. *Jacques Ziller* (Europäisches Hochschulinstitut Florenz)

Herr Prof. Dr. *Jacques Ziller* nahm nach einer Professur an der Université de Paris I (Panthéon-Sorbonne) und zahlreichen früheren Tätigkeiten unter anderem für das Institut Européen d'Administration Publique (EIPA/IEAP) in Maastricht, dem Collège d'Europe (Brügge) und der Universität Autónoma de Barcelona einen Ruf an das Europäische Forschungsinstitut in Florenz an. Zu seinen zahlreichen Beratungstätigkeiten gehören unter anderem die Beratung der OECD und die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Formulierung des Europäischen Verfassungsvertrags sowie die Beratung des Ausschusses der Regionen. Herr *Ziller* ist Mitglied in der Steuerungsgruppe der European Group of Public Administration (EGPA/GEAP) und hatte von 1992 bis 1995 die Stelle eines Director für Forschung und Publikationen am Pariser Institut International d'Administration Publique (IIAP) und die damit verbundene Funktion des Chefredakteurs der *Revue française d'administration publique* inne. Aus seinen vielfältigen Publikationen seien nur die Arbeiten *Siedentopf/Ziller*: „Making European Policies Work. The Implementation of Community Legislation in the Member States“ (London 1988) sowie „The Europeanization of Constitutional Law in the Light of the Constitution for Europe“ (Paris 2003) und die nachfolgenden Bücher über den Europäischen Verfassungsvertrag erwähnt.

3. Forschungstätigkeit der Sektionen

Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut obliegt dem Institut die Verwaltungsforschung, insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung. Konzentriert auf den Gegenstand der öffentlichen Verwaltung widmet sich die anwendungsorientierte verwaltungswissenschaftliche Grundlagenforschung des Forschungsinstituts den Herausforderungen, die

- die begrenzte Problemlösungsfähigkeit des öffentlichen Sektors im Zeichen knapper Kassen,
- die europäische Mehrebenenpolitik und die Globalisierung sowie
- die wechselnden Interaktionsmöglichkeiten und -formen öffentlicher und privater Akteure

aufwerfen.

Über Einzelanalysen hinaus verfolgt das FÖV auch ein grundlegendes theoretisch-methodisches Anliegen, nämlich die Entwicklung einer integrierenden Verwaltungstheorie, die ein Kernanliegen der Verwaltungsforschung markiert und auf den einzelnen Disziplinen der Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Politischen Wissenschaft, Philosophie und anderen verwaltungsbezogenen Disziplinen basiert, aber über ihre bloße Summierung hinausgeht. Die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten genuiner verwaltungswissenschaftlicher Forschung stellt sich im Zeichen der Re-Etablierung staatswissenschaftlicher Forschungsprogramme und Studiengänge neu. Vor diesen positioniert sich das FÖV mit seiner besonderen Zugangsweise an der Theorie-Praxis-Grenze und der Möglichkeit, grundständig zu forschen. Der Frage nach den Grundlagen der Verwaltungswissenschaft soll insbesondere in dem überwölbenden Forschungsschwerpunkt *Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung* nachgegangen werden.

Die Forschungstätigkeit des Instituts entfaltet sich in Forschungsschwerpunkten, die aus den drei Sektionen des Instituts heraus entwickelt werden:

- ⇒ Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung
- ⇒ Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik
- ⇒ Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Daneben wird derzeit ein sektionsübergreifender Forschungsschwerpunkt „Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung – Theoretische und methodische Grundlagen“ eingerichtet.

Den Sektionen kommt die Aufgabe zu, das Forschungsprogramm der jeweiligen Sektion fortzuschreiben und zu aktualisieren. Darüber hinaus überprüfen die Sektionen, ob sich ein neu beantragtes Forschungsprojekt in das jeweilige Sektionsprogramm einfügt. Die Projekte wurden sodann in Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Forschungsprogramm des FÖV durch den Wissenschaftlichen Beirat begutachtet. Die Koordinierung der die Sektion betreffenden Angelegenheiten obliegt dem jeweiligen Sektionsleiter oder der jeweiligen Sektionsleiterin, der/die die Sektion im Institutsvorstand vertritt.

3.1 Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

3.1.1 Leitung

Leiter der Sektion: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

Stellvertreter: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*

Sektionsreferent: Dr. *Sebastian Wolf*, M.A., LL.M. Eur. (bis 14.08.2007)
Larissa Vettters, M.A., Mag. rer.publ. (ab 15.08.2007)

3.1.2 Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret* (bis 30.06.2007)

Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*

Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*

em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*

Prof. *Kenneth L. Kraemer*, Irvine (California/USA) (bis 02.07.2007)

Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*

Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*

Univ.-Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Potsdam (bis 02.07.2007)

Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*

3.1.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2008-2012

Sektion I befasst sich vorzugsweise mit den Fragen der Struktur und Steuerung öffentlicher Verwaltungen, insbesondere mit deren Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie deren Anpassungs-, Veränderungs- und Modernisierungsnotwendigkeiten. Die in der Sektion angesiedelte Forschung fokussiert im Wesentlichen auf das Analysieren und Gestalten von Modernisierungsprozessen in Staat und Verwaltung.

Die doppelte Herausforderung sich wandelnder und teilweise zunehmender Anforderungen bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen erhöht den Druck, Rationalitätsreserven der Verwaltung auszuschöpfen, ohne aber demokratisch-rechtsstaatliche Errungenschaften aufs Spiel zu setzen, und verlangt nach Konzepten, die die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Verwaltung weiter erhöhen sowie Reformhindernisse möglichst abbauen. Die Sektion I sieht ihre Aufgabe darin, solche Konzepte zu entwickeln, Rationalitätskriterien zu bestimmen und in Kooperation mit der Praxis die organisatorischen und verfahrensmäßigen Bedin-

gungen ihrer Anwendbarkeit zu erweitern. Das setzt selbstverständlich auch Grundlagenforschung und Methodenentwicklung voraus.

Die Sektion berücksichtigt bei ihren Forschungen die sich wandelnden Rahmenbedingungen von Staat und Verwaltung. Dazu gehören zum Beispiel die Bevölkerungsentwicklung, der gesellschaftliche Wandel einschließlich des Wertewandels, der europäische und internationale Wettbewerb bei anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit sowie die Möglichkeiten und Grenzen neuer Informations- und Kommunikationstechniken. Vor diesem Hintergrund setzt sich Sektion I folgende Aufgaben:

- Die Herausarbeitung der Konsequenzen und die Entwicklung von Handlungskonzepten, die sich angesichts jener sich verändernden Rahmenbedingungen für die öffentliche Verwaltung, insbesondere für ihre Struktur, ihre Organisation und ihre Verfahren, speziell bei knappen Ressourcen, ergeben.
- Die Entwicklung von Anschlusspunkten für eine intensivere Zusammenarbeit von Verwaltungsforschung und Verwaltungspraxis.

Um zusätzliche Bezugsgrößen für die Analyse und die Beurteilung von Struktur- und Steuerungsfragen zu gewinnen, müssen nicht nur Modernisierungsansätze in den einzelnen Bundesländern und Kommunen, sondern auch in den Verwaltungen anderer EU-Staaten sowie in Ländern mit starker Entwicklungsdynamik außerhalb Europas verfolgt und auf ihre Bedeutung für die deutsche Verwaltung untersucht werden. Verwaltungsforschung über Struktur- und Steuerungsfragen sollte daher auch vergleichend erfolgen. Insbesondere aus diesem Grund ist die Arbeit der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern für die Sektion I von grundlegender Bedeutung.

Vom Forschungsansatz her ist in der Mehrzahl der Fälle eine problemorientierte Vorgehensweise angezeigt. Das betrifft das Forschungsdesign ebenso wie den Einsatz von Verfahren oder Instrumenten der Erkenntnisgewinnung. Der problemorientierte Forschungsansatz impliziert, auf praktischer Ebene des Forschens, von Anfang an eine durch die Frage- und Problemstellung gesteuerte Mischung disziplinärer Forschungsansätze, bei denen zum Beispiel sozialwissenschaftliche, historische oder wirtschaftswissenschaftliche Methoden mit verwaltungsrechtlichen Notwendigkeiten durchsetzt und durch sie so modifiziert werden, dass die Vorgehensweise und die Instrumente es erlauben, aufgabenadäquate Antworten zu finden, die in die Praxis der öffentlichen Verwaltung transferierbar werden. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das in Speyer entwickelte Verfahren der Gesetzesfolgenabschätzung, das juristischen wie sozialwissenschaftlichen Ansprüchen genügen kann und brauchbare Antworten liefert.

Diesem Generalanliegen dienen die zwei Schwerpunkte „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ und „Folgenabschätzung“.

3.1.3.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance

Mit diesem Forschungsschwerpunkt werden klassische Grundlinien des Speyerer Forschungsauftrags zur Staats- und Verwaltungsreform fortgeschrieben, die sich unter dem Vorzeichen von Management und Governance auf innovative Frage-

stellungen ausrichten. Zum hier vornehmlich relevanten Innenbereich der öffentlichen Verwaltung hat das FÖV vielfältige Organisations-, Prozess- und Personalstudien vorgelegt.

Die deutsche Verwaltung ist dem Grundcharakter nach aus vielen Gründen eine legalistische, regelorientierte Verwaltung geblieben. Neue Anforderungen an Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns sind damit nicht immer kompatibel oder stehen dem sogar entgegen. Aktuelle Modernisierungsstrategien (etwa im Sinne von Doppik, Kosten- und Leistungsrechnung, Informations- und Kommunikationstechniken) lassen die Frage entstehen, ob und wie zum Beispiel einschlägige betriebswirtschaftliche Managementkonzepte in eine Verwaltung kontinental-europäischer Prägung eingebaut werden können, und zwar ohne die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte hintanzusetzen. Das erfordert fachübergreifende theoretische Überlegungen. Diesem Themenspektrum widmet sich die Sektion I nicht nur im Kernbereich der staatlichen Verwaltung, sondern auch auf benachbarten Gebieten wie etwa der Reform von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft.

Der Governance-Begriff ist in der jüngsten internationalen Diskussion zu einem interdisziplinären Brückenbegriff geworden. Er greift über die staatlich autorisierten Institutionen und Zuständigkeiten hinaus und bezieht sich auf die Steuerungs-, Koordinierungs- und Regelungsstrukturen, die in einem sozio-politischen System als Ergebnis interagierender Kräfte aller beteiligten Akteure bestehen. Sektion I beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragestellungen auf dem Gebiet der „Public Governance“. Hier widmet sie sich schwerpunktmäßig organisatorischen und verfahrensmäßigen Aspekten, die Staat und Verwaltung in den Stand setzen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Dabei wird auch die Wechselbezüglichkeit von staatlichen Akteuren, Wirtschaft, Gesellschaft und Bürgern berücksichtigt. Die eingangs beschriebenen, sich verändernden Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an „Good Governance“. Bisherige Modelle zur Erzielung von Effizienz, Transparenz, Partizipation, Verantwortlichkeit und Kohärenz sind zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Modernisierung unter Governance-Gesichtspunkten ist folglich eine Daueraufgabe der Verwaltungsforschung. Sektion I möchte diesen Prozess mit Analysen und Empfehlungen begleiten und in der Governance-Diskussion eigene Akzente setzen.

Vor diesem Hintergrund zielt die Sektion I auf grundlegende und aktuelle Fragen der Modernisierung öffentlicher Verwaltungen. Beispiele für Untersuchungsbereiche sind:

- Entwicklungspfade zur Modernisierung von Staat und Verwaltung,
- Schwierigkeiten notwendiger Reformen und ihrer Umsetzung,
- Voraussetzungen und Grenzen systemischer Steuerung,
- Informations- und Kommunikationstechniken im Hinblick auf Verwaltungsstrukturen und -prozesse,
- Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgern,
- Organisations- und Verfahrensgestaltung in der öffentlichen Verwaltung,
- Sicherung der Integrität der öffentlichen Verwaltung unter Einschluss von Gegenbeispielen guter Verwaltung wie Korruption und Ämterpatronage,

- Effektivierung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems in staatlicher Trägerschaft.

3.1.3.2 Folgenabschätzung

Ziel dieses Forschungsschwerpunkts ist die Optimierung von Rechtsvorschriften, Normsetzungsverfahren und Organisationsstrukturen auf der Grundlage folgentheoretischer Ansätze. Folgenabschätzung ist der methodische Versuch, Normen und sonstige Maßnahmen von Politik und Verwaltung daraufhin zu überprüfen, ob die angestrebten Zwecke erreicht werden und welche unerwarteten Nebenfolgen auftreten. Den staatlichen Akteuren soll die Möglichkeit zur Bilanzierung und gegebenenfalls zu Korrekturen gegeben werden. Angesichts der Spannung zwischen sich wandelnden Aufgaben und abnehmenden Ressourcen ist die Anwendung und Verfeinerung der Optimierungsmethode „Folgenabschätzung“ besonders angezeigt. Die Sektion I widmet sich vorrangig drei Teilbereichen der Folgenabschätzung: Gesetzesfolgenabschätzung, Evaluierungsforschung und Nachhaltigkeitsforschung.

Das FÖV war und ist Pionier bei der Entwicklung der Methodik der Gesetzesfolgenabschätzung und beim Testen ihrer praktischen Anwendbarkeit. Das wird zunehmend auch international anerkannt. Die Gesetzesfolgenabschätzung wird denn auch in Deutschland inzwischen von allen politischen Kräften grundsätzlich als notwendig erachtet, spielt aber in der Praxis gerade bei bedeutenden Gesetzesvorhaben bisher nur eine geringe Rolle. Beim derzeitigen Stand von Forschung und Anwendung der Gesetzesfolgenabschätzung gilt es, die Erfahrungsmenge auszuweiten und dadurch auch das anwendungsbezogene Wissen in der Gesetzgebungspraxis zu erhöhen. Es wird unter anderem die Aufgabe des Forschungsschwerpunktes sein, die Gesetzesfolgenabschätzung im Zuge ihrer praktischen Anwendung und der systematischen Erfahrungsauswertung von der methodischen Seite her fortzuentwickeln. Die intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit der Gesetzesfolgenabschätzung lässt auch einen Schub für eine künftig bessere Gesetzgebung erwarten.

Die verwaltungswissenschaftliche Evaluierungsforschung widmet sich der begleitenden oder ex post erfolgenden Analyse konkreter Modernisierungsvorhaben in Politik und Verwaltung. Dieser Ansatz ermöglicht Qualitätssicherung durch eine schrittweise Rückkoppelung von Zwischenresultaten und zielt so auf kontinuierliche Verbesserungen im Modernisierungsprozess. Institutionalisierte Qualitätsmanagementsysteme werden ihrerseits – über die Evaluierung der jeweiligen Modernisierungsvorhaben hinaus – durch eine Evaluierungsforschung auf höherer Stufe evaluiert.

Nachhaltigkeit ist heute ein allgemein anerkanntes Leitmotiv in Staat und Verwaltung. Es steht für die angemessene Berücksichtigung der Interessen künftiger Generationen und hat in Art. 20a Grundgesetz auch verfassungsrechtlichen Ausdruck gefunden. Unter Berücksichtigung insbesondere seiner wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension ist staatliches Handeln darauf auszurichten, dass ein Leben der Gegenwart auf Kosten der Zukunft vermieden wird. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur dem Gesetzgeber und – innerhalb der rechtlichen Grenzen einer Folgerorientierung – der Rechtsprechung, sondern auch der Verwal-

tung, vor allem in Gestaltungs- und Ermessensbereichen. Allerdings haben die Verwaltung und die Verwaltungsforschung bislang eine eher untergeordnete Rolle in der Diskussion über Nachhaltigkeit in Deutschland gespielt. Die Sektion I will diesem Defizit begegnen. Gerade auch im Zusammenhang mit der Folgenabschätzung und der Evaluierungsforschung gilt es, in transparenter Weise die Interessen gegenwärtiger und künftiger Akteure gegenüberzustellen und dabei dem Gedanken der Nachhaltigkeit ein methodisch verankertes Gewicht zu verschaffen.

Folgenabschätzung und Evaluierungsforschung, beide auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit, müssen interdisziplinär ausgerichtet sein und im Rahmen eines integrativen Ansatzes wirtschaftliche, soziale, umweltbezogene und sonstige Aspekte umfassen. Die systematische Anwendung folgentheoretischer Konzepte auf Innovationen – verstanden in einem umfassenden Sinn als technische, soziale und institutionelle Neuerungen – kann sich als Schlüssel für die Aktivierung von Synergien zwischen den verschiedenen beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen und Politiken – mit dem Ziel der Optimierung – erweisen.

3.1.4 Projekte

3.1.4.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance

3.1.4.1.1 Laufende Projekte

I/1. *Klages/Daramus/Masser*: „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“

Laufzeit: 1.11.2002 bis 30.11.2004 (1. Projektphase)
1.12.2004 bis 28.2.2007 (2. Projektphase)

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung

1. Hintergrund

Die Möglichkeiten für aktive Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene wurden bisher nur vereinzelt und relativ unkoordiniert ausgeschöpft. Es mangelt an einem Ansatz, der als integrative Plattform und Impulszentrum dienen könnte. Erfahrungen in anderen europäischen Ländern (insb. Großbritannien) legen die Hypothese nahe, dass das lokale „Bürgerpanel“ (citizen's panel) diese Funktionen zu leisten vermag. Das Projekt soll – unter Zugrundelegung der spezifischen Rahmenbedingungen in Deutschland – der Überprüfung dieser Hypothese dienen.

Der Stand der Forschung charakterisiert sich durch das Vorliegen aufschlussreicher Evaluationsstudien vor allem in Großbritannien, während das Thema in Deutschland bisher – aufgrund einer überraschenden Forschungslücke – eher eine terra incognita darstellt. Das Forschungsvorhaben soll dementsprechend dezidiert und explizit zur Schließung einer Forschungslücke beitragen.

Eigene Vorarbeiten liegen auf verschiedenen relevanten Arbeitsgebieten (politische Kulturforschung, Forschungen zum freiwilligen bürgerschaftli-

chen Engagement, Wertewandelsforschung, kommunale Befragungsforschung, Evaluationsforschung auf kommunaler Ebene, Recherche zu den Konzepten, Einführungsstrategien und Ergebnissen lokaler Bürgerpanels in Großbritannien) vor.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Zielsetzung des Vorhabens besteht in der methodisch gesicherten Überprüfung der Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen mit Hilfe eines bestimmten, in anderen Ländern bereits eingeführten und getesteten Ansatzes, eben des „lokalen Bürgerpanels“, eine stärkere Mobilisierung und Nutzung des großenteils noch latenten Bürgerbeteiligungspotenzials erreichbar ist. Die maßgeblichen Forschungsfragen, die im vorliegenden Rahmen nicht im Einzelnen darstellbar sind, leiten sich aus dieser Zielsetzung stimmig ab.

Im Laufe der bisherigen Projektbearbeitung konnten hinsichtlich der Beantwortung einer ersten sehr wichtigen Teilfrage (Inwieweit sind unter den Bedingungen aktueller kommunaler Interessenlagen und der „politischen Kultur“ auf lokaler Ebene in Deutschland häufigere (unterjährige) Bürgerbefragungen möglich? Inwieweit sind im Rahmen solcher Befragungen Beteiligungsbereitschaften konkret, d.h. themen- und personenbezogen, identifizierbar?) in den am Projekt beteiligten Kommunen bereits sehr positive Resultate erzielt werden.

3. Vorgehen

Dem Projekt liegt das methodische Konzept einer aktiv begleitenden, d. h. die Verfügbarkeit der Beobachtungsbedingungen und -objekte (mit-)garantierenden Evaluation zugrunde. Es wird in Kooperation mit einer Anzahl von Kommunen, die auf der Grundlage einschlägiger Kriterien (insb. Beteiligungsbereitschaft, Größenklasse, geographische Lage, bisherige Praxis der Bürgerbeteiligung) ausgewählt wurden, im Wege einer koordinierten Kombination von Einzelfallstudien durchgeführt. Dem Konzept des „citizen's panel“ entsprechend werden zunächst – unter Nutzung verschiedenartiger Kanäle einschließlich des Internet – in allen beteiligten Kommunen in relativ kurzen Abständen Bürgerbefragungen durchgeführt, die einen repräsentativen Kern haben, jedoch für alle teilnahmebereiten Bürger/innen geöffnet sind. Die Ergebnisse werden vom Projektteam ausgewertet und an die Kommunen rückgekoppelt. Die Bereitschaft und Fähigkeit der kommunalen Organe zur Einbeziehung der Ergebnisse in kommunale Entscheidungsprozesse wird durch Beobachtungen, Einzelinterviews und durch die Befragung der Mitglieder der Vertretungskörperschaften überprüft. Die an den Befragungen teilnehmenden Bürger/innen erhalten die Möglichkeit, ihre persönliche Bereitschaft zur Teilnahme an weiteren Befragungen und intensiveren Formen der Bürgerbeteiligung zu dokumentieren. Die Tragfähigkeit der Bereitschaftserklärungen der Bürger/innen wird durch nachfolgende Beteiligungsaufforderungen getestet. Hierbei sollen verschiedene Zugangs- und Mobilisierungswege erprobt werden. In allen einschlägigen Teilschritten wird das hochentwickelte, pro-

fessionelles Spitzenniveau repräsentierende Datengenerierungs- und -auswertungs-Knowhow der „Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen“ eingebracht.

4. Ergebnisse

Von dem Projekt sind sowohl weiterführende wissenschaftliche Erkenntnisse über die „systeminternen“ und im Bereich der „politischen Kultur“ vorortbaren Möglichkeiten und Bedingungen einer erweiterten Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, wie auch erweiterte, unmittelbar nutzbare Kenntnisse hinsichtlich der für eine erweiterte Bürgerbeteiligung verfügbaren praktischen Verfahrenswege zu erwarten. Das Projekt hat den Anspruch, ein „Modellprojekt“ zu sein, dessen Ergebnisse grundsätzlich auf die Gesamtheit der Kommunen in Deutschland übertragbar sind.

5. Publikationen

Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser, Bürgerpanels als Instrument der Bürgerbeteiligung, in: Guggemos, Peter/Thielen, Andrea (Hrsg.), *Bürgermeister Handbuch. Professionelles Kommunal-Management*, Ausgabe April 2006, S. 1-16, Augsburg.

Interne Berichte: *Carmen Daramus*, Erste Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Herford: Ehrenamtliches Engagement und Innenstadtmarketing, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Erste Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Viernheim: Ehrenamtliches Engagement und politisches Interesse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Erste Befragung der politischen Akteure der Städte Herford und Viernheim, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Zweite Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Herford: Einkaufen und Innenstadtgestaltung, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Zweite Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Viernheim: Öffentliche Sicherheit, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Die zweite Ratsbefragung im Rahmen des Bürgerpanels – Herford und Viernheim, Speyer 2006; *Carmen Daramus/Kai Masser*, Vergleichender Ergebnisbericht für alle untersuchten Kommunen, Speyer 2005; *Kai Masser*, Erste Befragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Arnsberg, Speyer 2005; *Kai Masser*, Erste Befragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Speyer, Speyer 2005; *Kai Masser*, Ergebnisse der zweiten Befragung mit der Stadt Arnsberg zum Thema „Wohnen“, Speyer 2006; *Kai Masser*, Ergebnisse der zweiten Befragung mit der Stadt Speyer zum Thema „Wohnen“, Speyer 2006.

- I/2. *Fisch, R./Beck/N.N.: „Aufgaben für die öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhundert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung“*

Laufzeit: 1.10.2003 bis 30.9.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Im Mittelpunkt des Projektes steht die Frage nach der erfolgreichen Gestaltung von Veränderungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung. Veränderungsprozesse finden statt, wo sich Verwaltungen auf veränderte oder neue Aufgaben und Herausforderungen einstellen müssen. In der Regel geht es darum, die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit von Einrichtungen angesichts knapper werdender Ressourcen und gesteigerter Leistungsanforderungen zu erhöhen.

Seit den 1990er Jahren stehen in Deutschland Veränderungsprozesse zunehmend auf der Agenda von Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Eine Zwischenbilanz der Veränderungen fällt nicht leicht: Unbestritten sind Verbesserungen in Organisationsstrukturen und in Arbeitsabläufen, die vielfach mit der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien einhergingen. Auf der anderen Seite kann man von Verwaltungspraktikern vielfach kritische Kommentare hören. Ein Hauptargument ist, dass oftmals ein gut nachvollziehbares, verwaltungsgemäßes (Gesamt)konzept für die jeweiligen Organisationsänderungen fehle. Überdies erreichen zahlreiche Veränderungsvorhaben, für alle sichtbar, nicht die Ziele, die mit ihnen angestrebt wurden. Angesichts des hohen institutionellen Aufwands und der menschlichen Zumutungen, die mit Veränderungen verbunden sind, ist dies kaum vertretbar und hebt nicht das Ansehen der Leitungsinstanzen bei den Beschäftigten. Letztendlich wird ihnen, zu Recht oder zu Unrecht, Führungsschwäche und Nichtwissen attestiert.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Bei dem hier gewählten Zugang wird davon ausgegangen, dass bei der Planung und Umsetzung organisationaler Veränderungen den Entscheidungsträgern eine zentrale gestaltende und steuernde Funktion zukommt. Ihre Kognitionen über die Organisation, über deren „Funktionieren“ und deren Veränderbarkeit stellen die Grundlage für das veränderungsbezogene Handeln dar. Sie stehen im Mittelpunkt der Untersuchung:

- Welche Faktoren bestimmen aus der Sicht der Akteure Erfolg oder Misserfolg von Veränderungsprozessen, bezogen auf die jeweilige Behörde oder Einrichtung?
- Welche praktischen Erfahrungen und welches wissenschaftliches Wissen können genutzt werden, um die Verantwortlichen oder Beteiligten besser zu orientieren und die Veränderungen gegebenenfalls erfolgreich zu beeinflussen?

Das wissenschaftliche Interesse an der Bedeutung und Funktion aufgabenbezogener Vorstellungen und Annahmen von Akteuren geht auf frühe Forschungen in der Sozialpsychologie zurück. In den 1980er Jahren wurden auch in der kognitiv orientierten Organisationspsychologie entsprechende Konzepte entwickelt. Diese wurden jedoch kaum in empirischen Untersuchungen weiterverfolgt und geprüft. Entsprechend wird hier auch ein Stück methodisches Neuland betreten.

3. Vorgehen

Zur Bestandsaufnahme von empirisch abgesicherten Befunden über förderliche und hinderliche Faktoren der Gestaltung von Veränderungsprozessen wurde als Erstes eine Analyse der sozial- und organisationspsychologischen Forschungsliteratur durchgeführt. Zum Zweiten wurden qualitative Experteninterviews mit hochrangigen Entscheidungsträgern durchgeführt, die selbst Veränderungsprozesse gesteuert hatten. Diese führten zu einer Sammlung, teilweise alltagspsychologischer, sonst fachlich begründeter, erfahrungsgestützter Vorstellungen über die erfolgreiche Gestaltung von Veränderungsprozessen allgemein. Um die Befunde zu ordnen und in einen einheitlichen Zusammenhang zu bringen, wurde ein theoretischer Bezugsrahmen zur Beschreibung und Analyse von Veränderungsprozessen eingeführt und eine Methode zur ganzheitlichen Darstellung der jeweiligen individuellen kognitiven Landkarten entwickelt.

4. Ergebnisse

Aus dem Abgleich der Vorstellungen und Erfahrungen hochrangiger Entscheidungsträger mit den Forschungsbefunden ergeben sich sowohl signifikante Hinweise auf Erleichterungen und Erschwernisse bei Veränderungen in staatlichen Institutionen mit ihrer jeweiligen Spezifik als auch auf Handlungsstrategien und Verhaltensweisen beim praktischen Vorgehen. Zugleich erfüllt das Forschungsvorhaben grundlagenwissenschaftliche Aufgaben der Weiterentwicklung von Theorieansätzen über Struktur- und Prozessveränderungen in Organisationen. Der dabei entwickelte Orientierungsrahmen hilft, sich in Veränderungsprozessen besser und rascher zu orientieren und gegebenenfalls steuernd im Sinne der Zielerreichung oder Schadensabwendung einzugreifen. Gleichzeitig wird die Methodik zur Erfassung und ganzheitlichen Darstellung von handlungsleitenden Vorstellungen und Erfahrungen als relevante Ziel- und Steuerungsgrößen des eigenen Handelns und des koordinierten Handelns verschiedener Akteure weiterentwickelt.

5. Publikationen

Fisch, R./Beck, D. (Hrsg.), Komplexitätsmanagement. Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung, Wiesbaden 2004; Beck, D./Fisch, R., Einsatz entscheidungsunterstützender Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 235, Speyer 2005; Beck, D./Fisch, R., Zusammenarbeit in Organisationen – Eine sozialpsychologische Analyse,

in: H. Knödler/M. H. Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Heidelberg 2003, S. 263-281; *Fisch, R./Beck, D.*, Ein sozialpsychologischer Bezugsrahmen für die gute Gestaltung politisch-administrativer Entscheidungsprozesse, in: A. Benz/H. Siedentopf/K.-P. Sommermann (Hrsg.), Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung, Berlin 2004, S. 201-216; Beck, D./Fisch, R., Dynamics of group role diversity in work teams, in: A. P. Hare/E. Sjøvold/H. G. Baker/J. P. Powers (Eds.), Analysis of social interaction systems: SYMLOG research and applications, Lanham, MD, 2005, pp. 17-34; *Dieter Beck/Stefan Koch/Rudolf Fisch*, Verwaltungspsychologie – Ein wenig beachtetes Gebiet der Angewandten (Sozial-)Psychologie, in: E. H. Witte (Hrsg.), Perspektiven der Sozialpsychologie, Lengerich 2005, S. 125-142; *Stefan Koch/Dieter Beck*, Verwaltungspsychologie, in: Dieter Frey/Lutz von Rosenstiel/Carl Graf Hoyos (Hrsg.), Wirtschaftspsychologie, Weinheim 2005, S. 382-387; *Fisch, R./Beck, D.*, Veränderungsmanagement in Organisationen – Organisationswissenschaftliche Grundlagen, in: Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.), Dokumentation des XXVI. Internationalen Gemeinschaftsseminars der deutschsprachigen Länder (DACH): „Veränderungsmanagement in der öffentlichen Verwaltung“, Eupen, Belgien, 25.5. – 28.5.2004; *Rudolf Fisch/Dieter Beck*, Organisationsgestaltung und Veränderungsmanagement. Die Organisationskultur als kritischer Erfolgsfaktor. FÖV Discussion Papers 37, Speyer 2006.

I/3. *Fisch, R./Margies*: „Bürgernahe Verwaltungssprache“

Laufzeit: 1.6.2004 bis 28.02.2007

Finanzierung: Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

1. Hintergrund

Behördlicher Schriftverkehr, der an Bürger adressiert ist, ist implizit immer auch an andere Rezipientengruppen gerichtet. Neben den eigentlichen Adressaten sind dies insbesondere Vorgesetzte sowie die Gerichte, an welche die Schriftstücke zur Überprüfung gelangen können. Die Sprache, die üblicherweise in Behördenschreiben verwendet wird, ist jedoch nur unzureichend auf diese Mehrfachadressierung ausgerichtet. Es wird ein besonderer Akzent auf rechtlich präzise Formulierungen gelegt. Ob das Schreiben von den Bürgern verstanden werden kann, tritt demgegenüber eher in den Hintergrund.

Für die öffentliche Verwaltung ist es in mehrfacher Hinsicht problematisch, wenn ihre Mitteilungen von den Bürgern nicht verstanden werden. Es treten Effizienzverluste auf, da zu den Kosten für die Herstellung die Kosten der Bearbeitung von Rückfragen und Beschwerden kommen. Für die Beschäftigten wird es zur frustrierenden Erfahrung, dass sie den Bürgern Informationen mehrfach vermitteln müssen. Auf Seiten der Bürger entsteht schwerlich eine Akzeptanz des Verwaltungshandelns. Dies kann zu einem Legitimitätsproblem der Verwaltung führen.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen (LBV-NRW) war auf das FÖV zugekommen, um in Kooperation mit dem Forschungsinstitut einen Weg zu finden, für seine weitgehend standardisierten Schriftstücke eine Balance zwischen alltäglicher Verständlichkeit und juristischer Präzision zu schaffen.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Zentrum des Vorhabens stehen die Entwicklung und Implementation einer „bürgernahen Verwaltungssprache“ für das LBV-NRW. Damit werden verschiedene, eng miteinander verbundene pragmatische Ziele verfolgt:

- Die Verständlichkeit der Verwaltungssprache des Landesamtes soll hergestellt und gewährleistet werden.
- Die Belastung der Beschäftigten durch Rückfragen und Beschwerden soll verringert werden.
- Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns sollen erhöht werden.
- Die Zufriedenheit der Empfänger der Texte und die Akzeptanz des Verwaltungshandelns sollen vergrößert werden.
- Unter grundlagenwissenschaftlichen Gesichtspunkten sind die Anforderungen der spezifischen Verwaltungssprache des Landesamtes zu identifizieren. So ergeben sich folgende allgemeinere Zielsetzungen:
- Auf der Grundlage der Analysen soll ein Leitfaden für die Gestaltung bürgernaher Verwaltungstexte erstellt werden, der die Ergebnisse der psycholinguistischen Verständlichkeitsforschung berücksichtigt.
- Dieser Leitfaden soll Eingang finden in ein Schulungskonzept für die Beschäftigten des Landesamtes.

3. Vorgehen

Das Projekt folgt einer sequentiellen Vorgehensweise. Bestimmte Schritte des Projektdesigns werden im Laufe der Bearbeitungszeit mehrfach ausgeführt.

Zunächst werden Sachbearbeiter mit Kundenkontakt interviewt, um qualitative Einblicke in die Verständnis- und Akzeptanzprobleme, die im Zusammenhang mit den Schreiben des LBV-NRW auftreten sowie die besonders problematischen Schriftstücke und den Grad der von den Mitarbeitern empfundenen Belastung durch Rückfragen und Beschwerden zu gewinnen.

Die dadurch identifizierten Formulierungen werden unter Beachtung der Ergebnisse der psycholinguistischen Verständlichkeitsforschung modifiziert. Regelmäßige Abstimmungen mit einer behördeninternen Arbeitsgruppe gewährleisten die Beachtung der inhaltlichen und rechtlichen Anforderungen des LBV.

Einige Zeit nach der Veröffentlichung der überarbeiteten Texte wird die Wirkung der Veränderungen im Rahmen von weiteren Mitarbeiterbefragungen überprüft.

Im Rahmen von Workshops wird den Mitarbeitern des LBV der parallel entwickelte Leitfaden für die Gestaltung bürgernaher Verwaltungstexte vermittelt.

4. Ergebnisse

Die überarbeiteten Schriftstücke der ersten von vier zu bearbeitenden Abteilungen des LBV befinden sich seit etwa einem Jahr im praktischen Einsatz. Die Schriftstücke aus einer weiteren Abteilung befinden sich in der Phase der juristischen Letztbegutachtung beziehungsweise werden in das Textverarbeitungssystem des LBV-NRW integriert. Die Texte einer dritten Abteilung sind in der Überarbeitungs- und Abstimmungsphase.

Ein Jahr nach Veröffentlichung der Texte der ersten Abteilung wurden die Beschäftigten nach Auswirkungen der Überarbeitung befragt. Es zeigte sich, dass die Belastung der Beschäftigten durch telefonische Rückfragen verringert werden konnte und sich die Beratungszeit bei Rückfragen verkürzt. Ein überarbeitetes Merkblatt für Bezügeempfänger wird von den Beschäftigten als Nachschlagewerk für die eigene Arbeit verwendet und herangezogen, um komplizierte Sachverhalte besser erklären zu können. Das Projekt hat positiven Rückhalt bei den Beschäftigten und hat deren Sprachbewusstsein verbessert. Die Beschäftigten formulieren eigene Texte auf Grundlage der Schulungsunterlagen und nach dem Beispiel der bereits überarbeiteten Schriftstücke.

5. Publikationen

Burkhard Margies, Den Bürger nicht vergessen, in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 49. Jg., Ausgabe 7-8, S. 42-43; *Burkhard Margies*, Der Ton macht die Musik, in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 49. Jg., Ausgabe 9., S. 48-49.

I/4. Wirtz/Lütje/Schierz: „E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung“

Laufzeit: 1.10.2004 bis 31.3.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Bedeutung der Informationstechnologie nimmt im öffentlichen Sektor immer stärker zu. Insbesondere bei der Beschaffung versprechen internetbasierte Katalog- und Ausschreibungssysteme sowie elektronische Marktplätze nicht nur eine Reduzierung der Beschaffungskosten, sondern auch eine Optimierung von Prozessabläufen bei gleichzeitig steigender Qualität. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie mithilfe internet-

basierter Anwendungen eine effizientere und effektivere öffentliche Beschaffung erreicht werden kann.

Das Forschungsfeld zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung kann als weitgehend unbearbeitet bezeichnet werden. Bei den bisherigen Forschungsarbeiten zum e-Procurement im öffentlichen Bereich sind insbesondere Recht, Technik und Mitarbeiterqualifizierung die Themenschwerpunkte gewesen. Im Wesentlichen lassen sich theoretisch-konzeptionelle Beiträge finden, die dieses Thema deskriptiv bearbeiten. Die wenigen empirischen Arbeiten, die sich mit e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung befassen, sind deskriptiver Natur.

Es besteht ein erheblicher Forschungsbedarf zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung. Generell lässt sich ein junges Forschungsstadium attestieren. Existierende Arbeiten widmen sich insbesondere rechtlichen und technologischen Fragestellungen. Wichtige ökonomische Aspekte wurden bisher weitgehend ausgeblendet.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen lautet die zentrale Forschungsfrage, welche e-Procurement-Aktionsparameter der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stehen und welche Auswirkungen diese auf den Erfolg der Beschaffungsprozesse haben.

Zentrale Arbeitshypothesen (Auswahl):

- H1: Der Einsatz von e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung trägt zur Senkung der Beschaffungsobjektkosten bei.
- H2: Der Einsatz von e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung trägt zur Senkung der Beschaffungsprozesskosten bei.
- H3: Die Anwendung von e-Procurement führt zu einer Erhöhung der internen und externen Transparenz.
- H4: Die Anwendung von e-Procurement führt zu einer Verbesserung der Compliance in der öffentlichen Verwaltung.

3. Vorgehen

Ein grundlegendes Desideratum der geplanten Untersuchung zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung besteht in der Verfolgung des Postulates der theoriegeleiteten Forschung sowie in der empirischen Überprüfung der Ergebnisse. Aufgrund der geringen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema, sind im Zuge der Arbeit zunächst wissenschaftliche Grundlagen zu schaffen.

In Analogie zu Forschungsarbeiten zum e-Procurement bei privatwirtschaftlichen Unternehmen, die die Wirkung von e-Procurement-Lösungen auf den e-Procurement-Erfolg (als wesentliches Untersuchungsziel der Arbeit) darstellen, steht für die angestrebte Untersuchung das konfirmatorisch-explikative Forschungsdesign im Vordergrund. Das Postulat theoriegeleiteter Forschung setzt ein gewisses Mindestmaß an (deskriptiver)

Analyse verfügbarer Theorien zur Problemstellung voraus. Dieser analytische Rekurs wird insbesondere durch die Entwicklung eines theoretischen Bezugsrahmens zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt.

Das zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung entwickelte Hypothesensystem soll einer empirischen Überprüfung in der Verwaltungspraxis unterzogen werden. Dazu soll das erarbeitete Kausalmodell in einen Fragebogen umgesetzt und internetbasiert erhoben werden. Die Grundgesamtheit der Untersuchung bildet dabei die öffentliche Verwaltung auf kommunaler Ebene in Deutschland.

4. Ergebnisse

Ein erster Forschungsüberblick ergab, dass bisher keine empirische Überprüfungen der relevanten Aktionsparameter des e-Procurement auf kommunaler Ebene vorgenommen wurden. Im Zuge dieses Forschungsprojektes sollen deshalb Erfolgsfaktoren im e-Procurement für die öffentliche Verwaltung auf kommunaler Ebene identifiziert und empirisch überprüft werden.

Zum Einen sollen mit dem geplanten Projekt erste empirische Grundlagen für die wissenschaftliche Arbeit zum Thema e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden, auf deren Basis weitere Forschung aufbauen kann.

Zum Anderen sollen die Ergebnisse der empirischen Studie der Verwaltungspraxis zugänglich gemacht werden. Insbesondere sollen Möglichkeiten der Geschäftsprozessoptimierung aufgezeigt werden und Instrumente zur Überwindung von Reformblockaden identifiziert werden.

5. Publikationen

Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Gerhardt Paul Schierz, Elektronische Beschaffung in der Öffentlichen Verwaltung – Eine Analyse der Implementierungsbarrieren von e-Procurement in Kommunen –, Discussion Paper Nr. 34, Speyer 2006.

- I/5. *Jansen/Hohn*: „Transformationspfade des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung – Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Merkmale und Bedingungen erfolgreicher Produktinnovation“

Laufzeit: 1.1.2005 bis 30.9.2005; 1.8.2006 bis 28.2.2008

Finanzierung: Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF)

Das Vorhaben ist Teil des Projektverbundes „Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Charakteristika und Bedingungen für erfolgreiche Produktinnovation – InnoMat“, an dem sich neben dem FÖV das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, Forschungs-

zentrum Karlsruhe (ITAS) sowie die Forschungsstelle Internationales Management und Innovation, Universität Hohenheim beteiligen, und das von der HGF finanziert wird.

1. Hintergrund

Das Projekt untersucht die Auswirkungen und Folgen der gegenwärtigen organisatorischen Reformen im System der außeruniversitären Forschung in Deutschland und das Anpassungspotential dieses Systems an die Erfordernisse der wirtschaftlichen Globalisierung und zunehmenden Ökonomisierung von Wissenschaft und Forschung. In einem ersten Schritt hat es sich mit der Fusion der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) mit der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) als der bislang größten forschungspolitischen Reform im Bereich der informationstechnischen Forschung in Deutschland befasst. Dieses Teilprojekt ist mittlerweile abgeschlossen, und seine Ergebnisse sind z.T. bereits veröffentlicht bzw. werden derzeit publiziert. Auf ihm baut nun ein Vorhaben auf, das die Fragestellung zur Entwicklung des deutschen Innovationssystems unter den Bedingungen der globalen wirtschaftlichen und politischen Integration unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit der Governanceformen im Bereich der Materialforschung weiterführen soll.

Seit die Innovationsforschung die Annahme der Linearität des Transferprozesses weitgehend verworfen hat, finden sich in der Literatur wie etwa mit dem „zirkulären“, dem „rekursiven“ und dem „interaktiven“ Modell des Wissenstransfers Konzepte, die sehr unterschiedliche Wirkungszusammenhänge in den Blick nehmen. Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Ansätzen nur, dass sie die Bedingungen des Erfolgs von Transferprozessen in der engen Kooperation und Vernetzung der Produzenten und Anwender von neuem Wissen sehen. Welche Mechanismen der Kooperation und Vernetzung zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und insbesondere mittelständischen Unternehmen förderlich sind bzw. entgegenstehen, ist bislang jedoch kaum untersucht worden. Die wenigen Arbeiten, die sich dies zum Ziel gesetzt haben, beschränken sich bislang auf eine primär betriebswirtschaftliche Perspektive und lassen governance-theoretische Variablen weitgehend außer Acht.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt soll vor dem Hintergrund einer Rekonstruktion des institutionellen Status Quo u.a. die Auswirkungen und Folgen dieses Umbruchs insbesondere für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Industrie in Deutschland und ihre Konkurrenzstrategie der „diversifizierten Qualitätsproduktion“ untersuchen. Die Materialforschung stellt ein Gebiet dar, auf dem der öffentlichen Forschungsförderung eine entscheidende Bedeutung für die wirtschaftliche Performanz der mittelständischen Industrie in Deutschland zukommt. Kleine und mittlere Betriebe sind zwar im Prinzip flexibler und leistungsfähiger als vertikal integrierte Großunternehmen, können aber anders als diese die Voraussetzungen für Innovationen in der Regel nicht intern erzeugen. Sie sind dementsprechend auf

die Existenz kollektiver Wettbewerbsgüter angewiesen, die von der öffentlichen Forschungsförderung zur Verfügung gestellt werden. Die Governanceformen der staatlichen geförderten Forschung und der Kooperationsnetzwerke in der deutschen Materialforschung sind vielfältig und seit einigen Jahren – wie etwa mit ihrer Umstellung auf die Programmorientierte Forschungsförderung im Rahmen der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF) – in einem institutionellen Umbruch begriffen. Ergebnisse des ersten Teilprojekts deuten darauf hin, dass die gegenwärtigen Reformen der außeruniversitären Forschung, die auf den Versuch hinauslaufen, die deutsche Industrie zu mehr Produktinnovationen zu befähigen, durchaus auch in der Gefahr stehen, diese traditionelle Stärke des deutschen Innovationssystems zu beeinträchtigen.

Entsprechend zum Stand der Forschung besteht ein dringender Bedarf an Untersuchungen, die der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit unterschiedlicher intra- und interorganisatorischer Governancestrukturen in der außeruniversitären Forschung für die Organisation des Technologietransfers in der Materialforschung nachgehen. Zugleich zeigen die Ergebnisse der ersten Teilprojekts, dass die gegenwärtigen reformpolitischen An- und Umbauten an der institutionellen Architektur der außeruniversitären Forschung in unbeabsichtigter Weise latente Funktionen beeinträchtigen können, und damit möglicherweise Stärken des deutschen Innovationssystems schwächen, ohne seine Schwächen unbedingt zu kompensieren.

3. Forschungsdesign

Experten-Interviews, Leitfaden-Interviews, teilnehmende Beobachtung, Literaturstudien und Dokumentenanalyse, Workshops (mit Experten und Materialforschern aus den begleiteten Projekten).

4. Erwartete Ergebnisse

Angesichts der Vielfalt der Governanceformen in der staatlich finanzierten Materialforschung in Deutschland werden unterschiedlich leistungsfähige Transferstrukturen erwartet, die zum Teil großen Spielraum für die Optimierung des jeweiligen institutionellen Designs der Forschungsorganisationen bieten werden. Zugleich ist aber auch zu vermuten, dass die gegenwärtigen forschungspolitischen Reformen unintendierte Effekte haben, die gerade effiziente Arrangements tangieren.

Ziel des Projektes ist es, Erfolgsfaktoren für innovative Produktentwicklung am Beispiel von Neuentwicklungen innerhalb der Materialforschung exemplarisch herauszuarbeiten. Der Transfer der Ergebnisse des Projekts an die Praxis des Wissenschaftsmanagements erfolgt unter Beteiligung des Zentrums für Wissenschaftsmanagement (ZWM).

5. Publikationen

Hans-Willy Hohn, Buchbesprechung: Thomas Schröder, Leistungsorientierte Ressourcensteuerung und Anreizstrukturen im deutschen Hochschulsystem – Ein nationaler Vergleich, Berlin, Duncker & Humblot, 2005,

in: Die Öffentliche Verwaltung, 58, 2005; *Hans-Willy Hohn*, Institutionelle Grenzen der Modernisierung des deutschen Forschungssystems, in: Rudolf Fisch/Stephan Koch (Hrsg.), Neue Steuerungsmodelle für Bildung und Wissenschaft. Schule – Hochschule – Forschung, Bonn 2005, 161-174; *Hans-Willy Hohn*, Forschungspolitische Reformen im kooperativen Staat. Der Fall der Informationstechnik, FÖV Discussion Papers Nr. 21, Speyer 2005; *Hans-Willy Hohn*, Der kooperative Kapitalismus und sein Forschungssystem, in: Ulrich Brinkmann, Karoline Krenn, Sebastian Schief (Hrsg.), Endspiel des kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden 2006, S. 76-97.

- I/6. *von Arnim/Wolf*: „Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse“

Laufzeit: 1.4.2005 bis 31.7.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Bekämpfung der Korruption in den Mitgliedstaaten steht erst seit Mitte der 90er Jahre prominent auf der Agenda verschiedener internationaler und supranationaler Organisationen. Neben zahlreichen „soft law“-Dokumenten wurden seit 1996 mehrere internationale Rechtsnormen mit unterschiedlicher Reichweite, Zielsetzung und Bindungswirkung entwickelt. Dieser Prozess fand Ende 2003 mit der Unterzeichnung der VN-Konvention gegen Korruption einen vorläufigen Höhepunkt. Nun geht es im Wesentlichen um die Umsetzung der unterschiedlichen Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten sowie um das diesbezügliche Monitoring seitens verschiedener internationaler Gremien.

Die Forschung hat sich bisher hauptsächlich mit Korruption und Korruptionsbekämpfung im nationalen Kontext befasst. Studien, die sich den Antikorruptionspolitiken internationaler Organisationen widmen, sind eher rar gesät. Sie befassen sich zudem häufig mit der Korruptionsproblematik in Entwicklungsländern und den entsprechenden Maßnahmen internationaler Einrichtungen. Der Beitrag internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den europäischen Staaten ist hingegen bisher kaum erforscht. Die wenigen vorhandenen Arbeiten sind zudem vorwiegend monodisziplinär (insbesondere juristisch). Das Projekt möchte einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke leisten.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Forschungsvorhaben beabsichtigt in erster Linie eine kritische Analyse der in den letzten Jahren entwickelten Antikorruptionspolitiken internationaler Organisationen. Folgende Fragen sind hierbei forschungsleitend:

- Aus welchen Gründen und mit welchen Zielen machen inter- und supranationale Organisationen die Bekämpfung von Korruption auf nationaler Ebene zu ihrer Aufgabe?
- Welche Schritte zur Korruptionsbekämpfung werden von den Organisationen gewählt? Existieren Verfahren zur Überprüfung der Umsetzung internationaler Antikorruptionsvorgaben, und wie sind diese gegebenenfalls beschaffen?
- Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen zwischen- und überstaatlicher Organisationen zur Bekämpfung von Korruption auf nationaler Ebene?

Vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse sollen schließlich auch Empfehlungen für Verbesserungen bei der Bekämpfung der Korruption formuliert werden.

3. Vorgehen

Zunächst ist ein genaues Bild von Organisation, Verfahren, Zielen und Methoden der internationalen Einrichtungen im Hinblick auf die Bekämpfung von Korruption zu gewinnen. Hierfür werden die einschlägigen Rechtsinstrumente, „soft law“-Dokumente und sonstigen offiziellen Publikationen unter Zuhilfenahme der Fachliteratur ausgewertet. Auch Presseartikel sowie Analysen und Indizes von NGOs, z. B. von Transparency International, sind gegebenenfalls heranzuziehen. Das Projekt konzentriert sich auf internationale Organisationen, deren Antikorruptionsmaßnahmen auch für Deutschland relevant sind, d. h. auf EU, Europarat, OECD und Vereinte Nationen.

Im weiteren Verlauf ist zu untersuchen, wie die auf internationaler und supranationaler Ebene entwickelten rechtlichen und politischen Vorgaben in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden und welche Rolle hierbei die unterschiedlichen Monitoringverfahren der Organisationen spielen. Ein Schwerpunkt der Untersuchung wird – entsprechend der Perspektive der Sektion I – auf Deutschland liegen. Für die Mitgliedstaaten der EU soll vorwiegend anhand der umfangreichen Monitoringberichte von Europarat und OECD ein Überblick über die Wirksamkeit internationaler Maßnahmen erstellt werden.

4. Ergebnisse

Es wurde eine umfangreiche Sammlung von Rechtsnormen, offiziellen Dokumenten, NGO-Materialien, Fachliteratur und Presseartikeln angelegt, die kontinuierlich ausgebaut wird. Die bisherigen Forschungen zeigen u. a., dass

- das Fehlen einer allgemein akzeptierten Definition von „Korruption“ offenbar kein großes Hindernis für die Arbeit der internationalen Organisationen darstellt;
- die Wirksamkeit internationaler Impulse zur Korruptionsbekämpfung vermutlich weniger mit der Rechtsform der gewählten Maßnahme als mit dem jeweiligen Monitoringmechanismus zusammenhängt;

- in Deutschland ein massives Umsetzungsdefizit besteht, insbesondere im Bereich der Abgeordnetenbestechung.

5. Veröffentlichungen

Hans Herbert von Arnim, Der gekaufte Abgeordnete – Nebeneinkünfte und Korruptionsproblematik, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 25. Jg., Heft 3/2006, S. 249-254; *Hans Herbert von Arnim*, Nach-amtliche Karenzzeiten für Politiker? Ein Kommentar zum Fall Gerhard Schröder, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 39. Jg., Heft 2/2006, S. 44-47; *Sebastian Wolf*, Maßnahmen internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung auf nationaler Ebene, FÖV Discussion Paper Nr. 31, Speyer 2006; *Sebastian Wolf*, Die Modernisierung des deutschen Antikorrupsionsstrafrechts durch internationale Vorgaben – Momentaufnahme und Ausblick, Neue Juristische Wochenschrift, 59. Jg., Heft 38/2006, S. 2735-2738; *Sebastian Wolf*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law by International Legal Provisions, in: German Law Journal, 7. Jg., Ausgabe 9/2006, S. 785-792; *Sebastian Wolf*, Internationalisierung des Antikorrupsionsstrafrechts: Kritische Analyse zum Zweiten Korruptionsbekämpfungsgesetz, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 40. Jg., Heft 2/2007, S. 44-46; *Sebastian Wolf*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law: The Next Steps, in: German Law Journal, 8. Jg., Ausgabe 3/2007, S. 295-302; *Sebastian Wolf*, Kriminalisierung der Abgeordnetenbestechung: ein Paradigmenwechsel durch Internationalisierung?, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 56. Jg., Heft 2/2007, S. 161-165.

I/7. Klages/Masser(Fallberg/Hayn): „Aufbau eines kennzahlengestützten Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter“

Laufzeit: 1.10.2004 bis 30.9.2005 (1. Projektphase)
1.8.2006 bis 31.1.2008 (2. Projektphase)

Finanzierung: Land Berlin

1. Hintergrund

Aufgabe des Projektes ist es, ein kennzahlengestütztes Monitoringssystem für die Berliner Bürgerämter aufzubauen, das die Messung der

- Wirtschaftlichkeit,
- Bürger- und Kundenzufriedenheit sowie –anforderungen,
- Mitarbeiterzufriedenheit und
- Qualität und Organisationsstandards

umfasst und diese in einem einheitlichen System integriert.

In der zweiten Projektphase ist die Qualifizierung des „Monitoringssystems für die Berliner Bürgerämter zu einem Managementinformationssystem angestrebt, d.h. es geht um die Optimierung und Verstetigung der im Rahmen der ersten Phase erzielten Ergebnisse.

Zum verwaltungspolitischen Hintergrund siehe: K. Masser, et. al., Developing a Performance Indicator based Monitoring System for the Citizens Offices of Berlin, Paper presented at the EGPA annual conference in Bern, Switzerland (31 Aug.-3 Sep., 2005) Public Sector Performance Measurement: The Contingencies of Performance Measurement Systems, <http://www.egpa2005.com/>

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Berliner Bürgerämter und die entsprechenden Leitungsinstanzen in Politik und Verwaltung sollen mittels des angestrebten Monitoringssystems in die Lage versetzt werden, die Leistungen der Bürgerbüros mittels Benchmarking eigenständig zu steuern und laufend zu verbessern (im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Kundenorientierung). Das System stellt damit ein wichtiges neues Managementinstrument für die Praxis dar.

Zentrale Forschungsfragen:

1. Welche Kennzahlen werden für ein integriertes Kennzahlensystem im Bereich Bürgerämter benötigt?
2. Wie können integrierte, vernetzte Kennzahlen (z.B. Kundenorientierung in Relation zu Kosten (input-effectiveness, domination concept nach Bouckaert) für den Bereich Bürgerämter aussehen?
3. Mit welchen Instrumenten und Methoden können die Kennzahlen ermittelt/gemessen werden?
4. Wie sind die Kennzahlen in einem laufenden (Zeitreihen) datenbankgestützten Managementinformationssystem abgebildet werden. Dieses System soll möglichst anwenderfreundlich gestaltet sein?
5. Wie können anhand der ermittelten Informationen Verbesserungen bzw. Reorganisationen initiiert werden (z.B. mittels einer „Stärken-/Schwächenanalyse“)?

3. Vorgehen

Es wurde eine für die Koordination des Gesamtprojekts verantwortliche Arbeitsgruppe (RdB-Beschluss) aus den Leiterinnen und Leitern der LuV Bürgerdienste gebildet. Die Senatsverwaltungen für Inneres und Finanzen werden zu den Sitzungen eingeladen.

Weiterhin wurden zwei Unterarbeitsgruppen (UAG) gebildet:

1. UAG Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (IKO-Netz der KGSt)
2. UAG Bürger-, Kunden- und Mitarbeiterbefragungen, Befragung der Fachämter (AfV Speyer)

Die Befragungen werden im wesentlichen in Form inter-/intranetgestützter schriftlicher Befragungen oder durch Interviewer (Kundenbefragung) durchgeführt. Daneben kommen weitere, im IKO-Netz der KGSt erprobte Datenabfragen, zur Anwendung. Im Rahmen der Datenauswertung kommen die gängigen Verfahren der deskriptiven und schliessenden Statistik zur Anwendung.

Für die Bürgerämter wurde darüber hinaus ein eigenes Datenauswertungs-Tool entwickelt. Zur Integration von betriebswirtschaftlichen und Befragungsdaten wurde ein Analysekonzept entwickelt, dass nun in der zweiten Projektphase ebenfalls elektronisch zur Verfügung gestellt werden soll.

In den Arbeitsgruppenphasen kommen verschiedene Methoden zur Anwendung, z. B. Metaplan, Stärken-Schwächen-Analyse, ABC-Analyse.

4. Ergebnisse

Als zentrales Ergebnis der ersten Projektphase kann festgehalten werden, dass es im Rahmen des Projektes innerhalb von weniger als einem Jahr gelungen ist, ein Konzept für ein kennzahlengestütztes Monitoringsystem u. a. zur Messung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit, Wirtschaftlichkeit, Qualität und Organisationsstandards für die Berliner Bürgerämter zu entwickeln.

Die ersten Rückmeldungen über den Ertrag des Projekts, insbesondere die Ergebnisse der 1. Fachtagung am 26.10.2005 im Rathaus Schöneberg und im Rahmen der Präsentation des Projekts im Rahmen des KGSt Forums 2005 in Bochum, waren überaus positiv.

Hinsichtlich der Ergebnisse im Detail muss aufgrund des Umfangs der Ergebnisse auf den Abschlussbericht zu Phase 1: *H. Klages* (Hrsg.), Aufbau eines Monitoringssystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Speyerer Forschungsbericht 244, 2006, verwiesen werden.

5. Publikationen

Helmut Klages (Hrsg.), Aufbau eines Monitoringssystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Speyerer Forschungsbericht 244, Speyer 2006.

- I/8. *Jansen/Semmet*: Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen“ Phase II

Laufzeit: 1.12.2006 bis 30.11.2009

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft/
Forschungsinstitut

Folgeprojekt des Projekts „Forschergruppe ‚Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen‘ Phase I“.

1. Hintergrund

Der Reformdruck, dem Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen seit Mitte der 90er Jahre ausgesetzt sind, besteht auch drei Jahre nach Beginn der Untersuchungen der Forschergruppe (2003) und hat sich in einigen Bereichen sogar weiter erhöht (vgl. Phase I, Hinter-

grund). Die Forschergruppe konnte dennoch bislang lediglich eine geringe Wirkung der unterschiedlichen Reformmaßnahmen auf den Forschungssektor ermitteln. Davon ausgenommen ist der Bereich Finanzierung, da die Bedeutung externer Drittmittel steigt. Forschungsstrategien, Kooperationen und sowie das Entstehen von Netzwerken werden zunehmend von externer Governance, insbesondere von Wettbewerb bestimmt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Reformen im deutschen Wissenschaftssystem und die Erkenntnisse aus der ersten Projektphase werden von der Forschergruppe weiterhin systematisch, empirisch und theoretisch aus der Perspektive der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften untersucht. Ziel ist die Entwicklung einer Theorie mittlerer Reichweite aus deren Umsetzung Gestaltungsoptionen für die Governance von Forschung hervorgehen sollen.

Aus der Zielstellung und ersten Ergebnissen der Forschergruppe ergeben sich folgende Forschungsfragen:

- (1) Welche Auswirkungen der neuen Governanceformen, insbesondere auf die Performanz, sind mittel- und langfristig zu beobachten?
- (2) Welche (veränderte) Rolle spielen Drittmittelgeber (z. B. EU)?
- (3) Wie sieht das Zusammenspiel zwischen externem Wettbewerb und interner Governance aus, etwa bei der zunehmenden Institutionalisierung von internen und externen Evaluationen und bei der Exzellenzinitiative? Inwiefern kommt es zu einer Stärkung der Entscheidungsebene?
- (4) Welche Bedeutung haben intermediäre Akteure (z. B. DFG, Wissenschaftsrat, Europäischer Forschungsrat) auf nationaler und EU-Ebene und inwiefern verändert sich deren Rolle im Zuge der Reformen?
- (5) Findet ein Wettbewerb verschiedener Governanceformen in Europa statt und führt dieser zu einer stärkeren Heterogenität oder im Gegensatz dazu zu einer Harmonisierung der europäischen Governance der Forschung? Wie wirkt dies auf die Performanz von Forschung in unterschiedlichen Forschungsfeldern und -organisationen?

3. Vorgehen

Die einzelnen Forschungsfragen werden von verschiedenen Teilprojekten auf mehreren Ebenen und mit unterschiedlichen disziplinären Schwerpunkten bearbeitet. Sowohl anwendungs- als auch grundlagenorientierte Forschungsorganisationen werden vergleichend für traditionell disziplinär ausgerichtete Forschungsfelder („Mode 1“) und in hohem Maße interdisziplinäre, mit industriellen und gesellschaftlichen Nutzern vernetzte, „Mode 2“-Felder in die Analyse einbezogen.

Die Forschergruppe bearbeitet einen Teil der Fragen in einem longitudinalen Design, da davon ausgegangen wird, dass einige Wirkungen erst mittel- bis langfristig zu erkennen sind. Außerdem trägt der internationale Vergleich dazu bei, Deutschland als latecomer den „Reformländern“ und

den dort ggf. schon zu beobachtenden, teilweise unintendierten, Wirkungen gegenüberzustellen.

Das zentrale Koordinationsprojekt dient der Integration der (Zwischen-) Ergebnisse sowie der Weiterentwicklung des gemeinsamen theoretischen Rahmens. Dies wird u. a. durch die regelmäßige Organisation von Workshops sowie dem Aufbau und der Pflege gemeinsamer Datenbanken und eines Intranets gesichert. Ebenso werden gemeinsame Publikationsprojekte in Form von Herausgeberschaften koordiniert.

4. Ergebnisse

Das zentrale Koordinationsprojekt bündelt die von der Forschergruppe angestrebte Integration der Forschung zu folgenden Ergebnissen:

- Typenbildung von Governancekombinationen in Universitäten und Forschungsorganisationen.
- Typenbildung zu externen, wettbewerbsorientierten Governanceakteuren (Forschungsförderern).
- Vor- und Nachteile der ermittelten Typen und Aussagen über deren Performanz.
- Aussagen zu Bewertungen von Hochschulgesetzgebung, Satzungen von Wissenschaftsorganisationen, Förderern im Hinblick auf Ziel- und Wirkungsbeziehungen/Verbesserungsoptionen.

Die Umsetzung der gegenstandsspezifischen Theorie mittlerer Reichweite zur Governance von Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie der Transfer der Ergebnisse in die Praxis erfolgt u. a. unter Beteiligung des Zentrums für Wissenschaftsmanagements (ZWM), einem strategischen Partner der Forschergruppe. Gestaltungsoptionen sollen in den Reformprozess zurückgekoppelt werden.

5. Publikationen

Jansen, Dorothea (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, New York u. a. 2007; *Jansen, Dorothea* (Hrsg.), *Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe "Governance der Forschung" – Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung*. Speyer, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 2007; *Jansen, Dorothea*, *Governance of Research – Working towards Interdisciplinary Concepts*, in: dies. (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, New York u. a. 2007, S. 109-133.

- I/9. *Jansen/von Görtz/Heidler*: „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“

Laufzeit: 1.11.2006 bis 31.10.2009

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Folgeprojekt des Projekts „Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“.

1. Hintergrund

Das Projekt „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“ ist ein Teilprojekt der ortsverteilten Forschergruppe „Governance der Forschung“, deren Sprecherin Frau Prof. Dr. *Jansen* ist und deren Fortsetzung von der DFG im Juli 2006 bewilligt wurde.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

In der zweiten Projektphase wird die geplante Längsschnittanalyse der drei zentralen Variablenbündel interne und externe Governance, Netzwerkstrukturen und Netzwerkstrategien sowie Performanzvariablen fortgesetzt. Im Zentrum steht der Zusammenhang zwischen Netzwerkstrategien und -kapazitäten und der Fähigkeit, offene Netzwerke zu gestalten sowie auf die Volatilität von Forschungsprogrammen und wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen zu reagieren. Hinsichtlich der Auswirkungen von Governancevariablen auf Netzwerkstrategien und -strukturen wird überprüft, inwiefern die Art der Verknüpfung von internen und externen Governancemechanismen ursächlich für die bisher beobachteten geringen Einflüsse der Organisationen auf die Forschungs- und Netzwerkstrategien sein könnten. Aktuelle Veränderungen (Exzellenzinitiative, W-Besoldung) könnten geeignet sein, die bisherige Konsenskultur aufzubrechen. Ferner soll der Einfluss externer wettbewerbsorientierter Governancemechanismen und der Förderprogrammatiken von Drittmittelgebern, insbesondere auch der EU, detaillierter untersucht werden.

3. Vorgehen

- 1) Fortsetzung der Fallstudien in den Feldern Astrophysik, Mikroökonomik und Nanotechnologie (je 25 Fälle und zwei Messzeitpunkte)
 - Die Netzwerkdaten sowie die Input-, Governance- und Outputdaten zum Zeitpunkt t_2 und t_3 werden in Telefoninterviews erhoben und fortgeschrieben.
 - Die Struktur- und Governancevariablen werden systematisiert und Typen gebildet.
 - Multivariate Analysen zur Abhängigkeit der Netzwerkfähigkeiten und Netzwerkstrukturen von den Governancetypen (Clusteranalysen, Regressionsanalysen).

- Multivariate Analysen zur Abhängigkeit der Performanz von Governancetypen direkt und vermittelt über Netzwerkstrukturen (DEA, Clusteranalyse, Regressionen), (dis-)economies of networks und Einfluss von Governance auf ihr Entstehen.
- 2) Ego-Netzwerke, Kopublikationsanalysen und Netzwerkdynamik
- Die Analyse der Veränderung der Ego-Netzwerke erfolgt auf der Ebene von Statistiken für die Akteure und Netzwerke (Dichte, Transitivität, Effizienz, Constraint, Hierarchisierung), Ereignisanalysen zur Entstehung neuer Ties, multivariate Analysen für Panel-daten, Simulationsmodelle für ausgewählte Ego-Netzwerke (SIENA).
 - Verortung der untersuchten Forschungsgruppen in Kopublikationsnetzwerken für die drei Felder (Zulieferung durch Partnerprojekt) für zwei Zeitintervalle.
 - Vergleich der Netzwerkstrukturen der Gesamtnetzwerke auf der Ebene einzelner Netzwerkparameter und Test verschiedener Simulationsmodelle.

4. Ergebnisse/erwarteter Ertrag

Das Projekt wird wesentliche Beiträge zur aktuellen Reformdiskussion und zur Bewertung und Nachsteuerung der Reformen im deutschen Wissenschaftssystem liefern.

- 1) Bewertung von Reformmaßnahmen wie Netzwerkaufbau, Schwerpunktbildung, Orientierung auf Drittmittelinwerbung, Orientierung auf critical mass. Hier deutet sich an, dass der Nutzen derartiger Strategien in hohem Maße disziplin- und institutionenspezifisch ist, einheitliche Steuerungsinstrumente also fehl gehen müssen.
- 2) Analyse der Voraussetzungen der Strategiefähigkeit von Universitäten, Fachbereichen, Forschungsinstitutionen. Hier deutet sich an, dass das NPM-Modell der Governance von Forschungsinstitutionen durch Balancierungen und Alternativen zur hierarchischen organisationalen Steuerung erweitert werden muss.
- 3) Analysen zu den Determinanten der verschiedenen Performanzdimensionen in den drei Forschungsfeldern auf der Basis eines aufgestockten Samples (Kooperation mit Teilprojekt Performanzindikatoren) werden belastbare Daten zum Zusammenhang von Input und Output und deren disziplinäre und institutionelle Spezifik liefern.

5. Publikationen

Jansen, Dorothea/Wald, Andreas/Franke, Karola/Schmoch/Ulrich/Schubert, Torben, Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung – Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59. Jahrgang, Heft 1/2007, S. 125-149; *Wald, Andreas/Franke, Karola/Jansen, Dorothea*, Reforms and Scientific Production – Evidence from German Astrophysics, in: Dorothea Jansen (Hrsg.), *New Forms of Governance in Re-*

search Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, New York u. a. 2007, S. 213-232.

- I/10. *Krücken/Blümel/Kloke: „Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem“*

Laufzeit: 15.4.2007 bis 14.4.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Gegenwärtig findet im Hochschulsystem ein Modernisierungsschub statt, der in umfassender Art und Weise auch Auswirkungen auf die Organisation und Steuerung von Hochschulen hat. Von besonderer Bedeutung ist hier der Versuch, einzelne Aufgabenbereiche, Funktionen und Leitungsebenen an Hochschulen zu professionalisieren. Diese Entwicklung ist nicht unumstritten: Erwarten die einen eine Steigerung der Leistungsfähigkeit, die es Hochschulen erlaubt, sich effizienter und effektiver auf wachsende Herausforderungen einzustellen, befürchten andere eine neue Bürokratisierungswelle und eine schrittweise Entmachtung der Professorenschaft. In dieser Situation ist vor allem Forschung notwendig. Trotz der breiten Diskussion in der hochschulpolitischen Öffentlichkeit ist eine differenzierte Erhebung der Bereiche und Formen von Professionalisierungsprozessen sowie eine systematische Analyse ihrer Folgen bislang ein Forschungsdesiderat.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Ziel des Forschungsprojektes ist die Entwicklung einer konzeptionellen Differenzierung und eines empirisch fundierten Bildes von Professionalisierungsprozessen im Hochschulbereich sowie die Analyse von Implikationen für die Organisation und die Entscheidungsprozesse in Hochschulen.

In Anlehnung an Untersuchungen zu Professionalisierungsprozessen in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors soll daher unter besonderer Berücksichtigung der Besonderheiten des Hochschulbereichs in dem Forschungsprojekt die Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem untersucht werden. Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt des Forschungsprojekts:

- In welchen Bereichen der Hochschulorganisation lassen sich Professionalisierungsprozesse konstatieren?
- Welche institutionellen und personellen Voraussetzungen der Professionalisierung im Hochschulbereich lassen sich unterscheiden (z. B. Organisation, Prozesse, Status, Rekrutierung, Aus- und Fortbildung)?
- Inwiefern sind Professionalisierungsprozesse im Hochschulwesen mit dem Entstehen neuer Berufsbilder und veränderter Identitätskonzepte der Mitarbeiter/-innen in der Hochschulverwaltung verbunden?

- Welche Substitutions- und/oder Ergänzungsprozesse im Bereich der hochschulinternen Governance ergeben sich aus solchen Professionalisierungsprozessen?
- Welche Auswirkungen haben Professionalisierungsprozesse auf die Kernbereiche von Forschung und Lehre?
- Welche Rolle spielen Unterschiede zwischen verschiedenen Hochschultypen, insbesondere zwischen Universitäten und Fachhochschulen?

3. Methodik

Methodisch basiert das Projekt auf der Kombination qualitativer und quantitativer Verfahren. Grundlage sind Auswertungen vorhandener statistischer Daten, eine Fragebogen-Untersuchung an allen deutschen Hochschulen sowie darauf basierende Fallstudien zu Professionalisierungsprozessen an ausgewählten Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland.

4. Erwartete Ergebnisse

Das Projekt soll Aufschluss über die Möglichkeiten und Grenzen von Modernisierungsstrategien im öffentlichen Sektor geben, die sich auf einen spezifischen Typus öffentlicher Organisationen (Hochschulen) und eine spezifische Strategie (Professionalisierung) richten; hier mit einem besonderen Augenmerk auf den Folgen der Professionalisierung. Dabei geht es weniger um Fragen der konkreten Zielerreichung, da es nicht um spezifische Einzelmaßnahmen geht, deren Zielerreichungsgrad sich messen ließe. Wichtiger erscheinen stattdessen die durch Professionalisierungsprozesse ausgelösten Veränderungen der Governance-Strukturen, Organisationsabläufe und Identitätskonzepte in Hochschulen insgesamt.

I/11. *Mühlenkamp/Glückner: „Analyse und Evaluation des neuen doppelischen kommunalen Haushaltsrechts“*

Lauzeit: 1.6.2007 bis 31.5.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

In der öffentlichen Rechnungslegung wird seit Jahren ein Paradigmenwechsel vollzogen: das jahrhundertealte System der Verwaltungskameralistik wird durch die in der Privatwirtschaft angewandte kaufmännische doppelte Buchführung (Doppik) abgelöst - mit entsprechendem Niederschlag im kommunalen Haushaltsrecht. Im Zentrum der Überführung der Gebietskörperschaften von der rein zahlungsorientierten zur ressourcenverbrauchsorientierten Rechnungslegung steht das Ziel einer effizienteren Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Zur wirkungsvolleren externen Kontrolle politisch-administrativen Handels durch den Prinzipal Wähler und zur internen Steuerung der Kommunalverwaltungen als Dienstleistungsbetrie-

be bedarf es sowohl auf einer Planungs- (ex ante) als auch einer Rechenschaftsebene (ex post) detaillierter Informationen über deren Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Diese waren bzw. sind mit dem kameralistischen Haushalts- und Rechnungswesen nicht zu gewinnen. In Deutschland vollzog sich der Wechsel zur Doppik zunächst mittels (Pilot-)Projekten wie dem „Neuen kommunalen Finanzmanagement“ (NKF), dem „Neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystem“ (NKRS) und dem „Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen“ (NKH/NKR - sog. Speyerer Verfahren). Die zunächst wünschenswerte Kreativität und Bandbreite an Lösungsansätzen führte jedoch durch die ausschließliche Kompetenz der Bundesländer in Fragen kommunaler Rechnungslegung zur „doppischen Konfusion“ - ein Zustand der Zersplitterung, in dem jedes Bundesland unterschiedliche Doppik-Modelle entwickelte und darauf aufbauend ein eigenständiges kommunales Haushaltsrecht beschloss.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Aufgabe des Forschungsprojektes ist es, nach Bestandaufnahme des neuen (doppischen) kommunalen Haushaltsrechts dieses anhand eines zu erarbeitenden konzeptionellen Fundamentes zu analysieren und zu evaluieren. Die Vielfalt an hier bereits vorhandenen doppischen Regelungen soll auf eine gemeinsame Basis gestellt werden. Länderspezifische Besonderheiten und Unterschiede in begrifflichen und technischen Details werden aufgezeigt und es werden Überlegungen zu Jahresplanung und -abschluss in einer öffentlichen Verwaltung zur Erfüllung von Informations- und Steuerungsbedürfnissen angestellt. Ziel der Forschungsarbeit ist es, zur Harmonisierung im kommunalen Haushaltsrecht / in der kommunalen Rechnungslegung beizutragen. Hierzu werden konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeitet bzw. Harmonisierungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Bundesländern aufgezeigt.

3. Vorgehen

Bei der Bearbeitung wird insbesondere auf betriebswirtschaftliche Grundsätze, Konzepte, Methoden und Theorien zurückgegriffen. Um ein Projekt im Themenspektrum des neuen kommunalen Haushaltsrechts adäquat zu bearbeiten, ist allerdings ein interdisziplinärer Ansatz zwischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften notwendig. So werden auch juristische Aspekte der haushaltsrechtlichen Regelungen aufgegriffen. Eigene Vorarbeiten zum Projekt: Glöckner, Andreas: Die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IPSAS/IFRS) auf ausgewählte Bilanzierungsprobleme der doppischen kommunalen Rechnungslegung, veröffentlichte Diplomarbeit am Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Public und Nonprofit Management der Universität Mannheim, Mannheim 2007 (ISBN: 978-3-939352-09-9). Publikation bestellbar oder als Volltext abrufbar bei Mannheim University Press <http://madoc.bib.uni-mannheim.de/mup/volltexte/2007/9/> (Urheberrecht ist zu beachten, copyright to be respected).

4. Erwartete Ergebnisse

- Konzeptionelle Fundierung des neuen doppelten kommunalen Haushaltsrechts in seiner Vielfalt aber auch innerhalb der einzelnen bundeslandbezogenen Regelungen und Modelle;
- Messung der haushaltsrechtlichen Konzepte anhand der erarbeiteten gemeinsamen konzeptionellen Basis;
- Verbesserung der Informations- und Steuerungswirkung des Rechnungswesens der Kommunen;
- Auf den vorherigen Punkten aufbauend: Aufzeigen von bundesweiten Harmonisierungsmöglichkeiten im kommunalen Haushaltsrecht zur Lösung der „doppelten Konfusion“;
- Beleuchten von Schnittpunkten zum kaufmännischen Rechnungswesen und dessen rechtlicher Grundlage (HGB) aber auch notwendiger kommunaler Spezifika.

I/12. *Klages/Daramus*: Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar

Laufzeit: 1.6.2007 bis 31.1.2008

Finanzierung: Metropolregion Rhein-Neckar (MRN)
Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Mit dem Projekt Regionales Bürgermonitoring wird praktisch wie auch wissenschaftlich Neuland betreten. Das Projekt integriert auf innovative Weise Bürgerbefragungen als Beteiligungsverfahren, die repräsentative Ergebnisse liefern und gleichzeitig alle interessierten Bürger an den Befragungen teilnehmen lassen. Innovativ ist auch der Ansatz, Bürgerbeteiligung über kommunale Grenzen hinweg in einer Metropolregion zu etablieren. Das vorliegende Projekt hat die Aufgabe das Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar, das zukünftig alle zwei Jahre durchgeführt werden soll, zu initiieren und zu etablieren, so dass langfristig und nachhaltig die Einbindung der Bürger in die Regionalentwicklung möglich werden soll.

Finanzierung: Das Projekt wird gemeinschaftlich jeweils zur Hälfte vom FÖV und von der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) GmbH finanziert.

Kooperationen: Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt zwischen dem FÖV und der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH. Die organisatorische Projektleitung obliegt der MRN GmbH, die wissenschaftliche Leitung hat Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer. Projektpartner sind ebenso die Universität Jena, und sinus sociovision, Heidelberg. Die Telefonbefragung wird von C.M.R, Mannheim durchgeführt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt verfolgt das Ziel, die bisherige Lücke der auf Beteiligung angelegten Regionalentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar zu schließen und nach der Einbindung funktionaler Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden nun auch die Bürger aktiv einzubinden und deren Potenziale zu erschließen. Das Projekt ist zugleich ein Aktivierungstool, durch das die Bürger für die Arbeit der Regionalentwicklung sensibilisiert werden, ein Analysetool, um die Interessen der Bürger in die Arbeit der Regionalentwicklung aufnehmen zu können, und ein Controllingtool zur Erfolgskontrolle der Arbeit der Regionalentwicklung. Inhaltlich strukturiert sich das Bürgermonitoring in zwei Bereiche: Erstens die Wahrnehmung und Kenntnis der Region und die Identifikationsmuster in der Region und zweitens der Bewertung der zentralen Arbeitsfelder der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung durch die Bürger.

3. Vorgehen

Im Vorfeld der Hauptbefragung wird eine Pilotstudie mit 300 Telefoninterviews durchgeführt. Die Ergebnisse liefern unmittelbar methodische und inhaltliche Erkenntnisse, die in das Befragungsdesign der Hauptbefragung einfließen. Die Hauptbefragung wird ebenfalls telefonisch (CATI) durchgeführt. In der Metropolregion Rhein-Neckar werden 2000 Haushalte zufällig ausgewählt und die Zielperson nach der „Last-birthday-Methode“ ausgewählt und befragt. Befragt werden Personen ab 16 Jahre, die in der Metropolregion Rhein-Neckar leben. Neben der repräsentativen Stichprobe hat jeder Bürger die Möglichkeit, sich an dieser Befragung zu beteiligen. Dies kann sowohl über den internetbasierten Fragebogen erfolgen als auch postalisch. Der abschließende Bericht wird flankiert von Stellungnahmen seitens der Verantwortlichen der Regionalentwicklung zu Anregungen, Interessen und Vorschlägen der Bürger.

4. Ergebnisse

Das Bürgermonitoring erweitert die durch die kommunale Statistik zur Verfügung stehenden objektiven Daten der Region um die subjektive Wahrnehmung und Einschätzung unterschiedlicher Lebensbereiche durch die Bürger. Gleichzeitig können mit der Institutionalisierung des Bürgermonitorings auch regionale Veränderungen und Entwicklungen bezüglich der Zufriedenheiten und der Veränderungen der regionalen Identität dokumentiert werden. Die Ergebnisse des Bürgermonitoring bilden die Grundlage für Maßnahmen des Regionalmarketing und beteiligen Bürger somit an der Gestaltung der Metropolregion. Das Projekt leistet auch für andere Metropolregionen eine wichtige Vorreiterfunktion, indem es das Beteiligungsmodell in der Praxis anwendet und Erfahrungen bezügl. Vorgehen und inhaltlichen Schwerpunkten zur Verfügung stellt.

3.1.4.1.2 Abgeschlossene Projekte

I/13. *König*: „Regieren in der vorgeschrittenen Moderne“

Laufzeit: 1.1.2002 bis 31.12.2006

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Regierung und Regieren als „machinery of government“, Regierungsapparat, Regierungsbetrieb, arbeitende Regierung sind in der deutschen Forschung vergleichsweise vernachlässigte Gegenstände. In den 1970er Jahren fanden angestrebte Regierungsreformen, insbesondere zur politischen Planung, wissenschaftliches Interesse. Von späteren Reformvorhaben wurde der engere Regierungsbereich weniger betroffen. Eine Ausnahme waren neue Reformen der Budgetierung, die entsprechend wissenschaftlich reflektiert worden sind. Heute besteht im Vergleich nicht nur zu den USA ein allgemeiner Nachholbedarf auf diesem Gebiet. Der wissenschaftliche Leiter und Bearbeiter des Projekts hat sich seit 1970 kontinuierlich mit einschlägigen Problemen befasst (vgl. *Klaus König*, *Verwaltete Regierung*, Köln u.a. 2002).

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Projektes war es, Fragestellungen des Regierens in der vorgeschrittenen Moderne des 21. Jahrhunderts breit aufzugreifen und die Regierungslehre allgemein zu befördern. Die Projektbearbeitung bezog sich dabei auf Forschungsfragen, wie sie sich aus der Zusammenarbeit mit Organisationen wie der OECD, dem Center for the Study of the Presidency der USA, der Sektion Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland der DVPW sowie der teilnehmenden Beobachtung in Regierungszentralen ergeben haben.

3. Vorgehen

Das Forschungsvorhaben wurde in zwei Teilprojekten umgesetzt. Zum einen wurde ein Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ eingerichtet, wobei das Regieren in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses steht. Das erste Teilprojekt wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam durchgeführt und gemeinsam mit Prof. Dr. *Werner Jann* geleitet und von der Thyssen-Stiftung gefördert. Die Kerngruppe des Kreises setzte sich aus 16 ausgewiesenen Wissenschaftlern der verschiedenen, für die Regierungslehre relevanten Disziplinen zusammen. Zur Kerngruppe traten unter thematischen Vorzeichen Gäste, insbesondere Praktiker aus dem Regierungsbereich, hinzu. Damit wird auch deutlich, dass für das erste Teilprojekt von einer Anwendungsorientierung ausgegangen wurde. Folgende Teilthemen wurden von den Arbeitskreis-Mitgliedern behandelt:

- Verfasstes Regieren im Vergleich
- Regieren als Governance-Problem
- Regieren als Management-Problem
- Regieren in Parlamentarismus und Parteiendemokratie
- Regieren in der Wettbewerbsgesellschaft
- Regieren im Sozialstaat
- Regieren in der Mediengesellschaft
- Regierungsstile, bes. Kanzlerdemokratie
- Regieren mit beamteter und nichtbeamteter Expertise
- Regieren mit Kommissionen
- Regieren mit Agenturen
- Politische und administrative Eliten des Regierens
- Regulative des Regierens
- Regieren mit Budgetierung
- Regieren in der Mehrebenenpolitik
- Regieren in der Europäischen Integration

Der Arbeitskreis tagte im Frühjahr und Herbst eines Jahres in Speyer und in Potsdam. An den Sitzungen beteiligten sich als Kommentatoren aus der Praxis unter anderem Landtagspräsident *Grimm*, Mainz, Bundestagsdirektor *Zeh*, Berlin, Landtagsdirektor *Gebauer*, Mainz, Richter des Bundesverfassungsgerichts *Broß*, Karlsruhe, Staatssekretär *Wewer*, Berlin, Ministerialdirektor *Hüper*, Berlin, und Staatssekretär *Deubel*, Mainz. Die abschließende Sitzung fand am 4. November 2006 in Speyer statt, dort sprach Univ.-Prof. Dr. *Harald Fuhr* über „Regieren in der Globalisierung“. Kommentiert wurde er von Dr. *Manfred Konukiewicz*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn, und Dr. *Albrecht Stockmayer*, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn.

Das Teilprojekt eines Arbeitskreises wurde durch ein zweites Teilprojekt „Regieren als politisches Management und als öffentliche Governance“ komplementiert. Mit den Fachausdrücken Management und Governance soll verdeutlicht werden, dass auf den fortgeschritteneren Stand der Regierungslehre im anglo-amerikanischen Sprachraum zurückgegriffen wurde. Seit den 1930er Jahren wird der Gedanke eines politischen Managements an der Spitze der Exekutive diskutiert. Der Governance-Begriff – zwar alt – hat sich demgegenüber erst seit Ende der 1980er Jahre zu einer Kategorie akademischer Reflexion entwickelt. Öffentliche Governance fokussiert die Regelungs- und Steuerungsprobleme von Öffentlichkeit und Verwaltung, Wirtschaft und Unternehmen, Gesellschaft und Bürger auf internationale Organisationen, Staat und Regierung. Das Projekt behandelte zwar auch Themen der Mehrebenenpolitik – zum Beispiel Globalisierung – und das Verhältnis von Staat und Gesellschaft – zum Beispiel Regieren und Governance-Verständnis –, war aber seinem durchgängigen Zug nach der Sektion I: „Modernisierung in Staat und Verwaltung“ zuzuordnen. Der wissenschaftliche Leiter des Forschungsvorhabens übernahm

im Hinblick auf das erste Teilprojekt die Aufgabe eines Arbeitskreisleiters. Das zweite Teilvorhaben wurde vom Projektleiter selbst bearbeitet.

4. Ergebnisse

Das Teilprojekt „Regieren als politisches Management und als öffentliche Governance“ war der Grundlagenforschung zuzurechnen. In explorativer Weise wurden Fragestellungen aufgedeckt und einer ersten Behandlung unterworfen, die den Stand der Regierungslehre in Deutschland voranbringen.

Praxisrelevante Erkenntnisse wurden vor allem von den Ergebnissen des Arbeitskreises erzielt. Durch die Einbeziehung von Praktikern aus dem Regierungsbereich erfolgte eine Rückkoppelung zu Praxisproblemen, die bei der Behandlung der Teilthemen des Arbeitskreises zu berücksichtigen waren. Entsprechend wurden praxisrelevante Ergebnisse besonders im Hinblick auf Managementfunktionen im Regierungsbereich erreicht, die besonders Personal aus obersten Bundes- und Landesbehörden zugute kommen.

5. Publikationen

Klaus König u.a., Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept, Berlin 2002; *Klaus König*, Regieren als politisches Management und als öffentliche Governance, in: Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung, Berlin 2002, S. 201 ff.; *Klaus König*, Verwaltete Regierung, Köln u.a. 2002; *Klaus König*, Governance – Economic Governance – Corporate Governance, in: Hermann Knödler/Michael Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Heidelberg 2003, S. 331 f.; *Klaus König*, Governance im Mehrebenensystem, in: Jürgen Bröhmer u.a. (Hrsg.), Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte, Köln u.a. 2005, S. 1461 ff.; *Klaus König*, Öffentliches Management in einer legalistischen Verwaltungskultur, in: Werner Jann u.a. (Hrsg.), Public Management, Berlin 2006, S. 23 ff.

- I/14. *Jansen/Klug*: Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen“ Phase I

Laufzeit: 1.12.2003 bis 30.11.2006

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft/
Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stehen seit Mitte der 90er Jahre unter verstärktem Reformdruck. Sie müssen sich angesichts geänderter und widersprüchlicher staatlicher und gesellschaftlicher Ansprüche, verstärktem Wettbewerb bei Ressourcenknappheit, Beschleunigung und Internationalisierung der Wissensproduktion in einem

Europäischen Forschungsraum neu positionieren. Die Diagnosen der Politik und die Umstrukturierungsmaßnahmen zielen auf die Einführung von internen betriebswirtschaftlichen Managementverfahren. Gleichzeitig geht es um die Verstärkung des externen Wettbewerbs, die Einführung von Schwerpunkten und Programmbudgets in der Forschungsförderung und die Förderung von mehr Kooperation und Vernetzung. All dies geschieht im Wesentlichen, ohne dass die Wirkungen und möglicherweise auch un-intendierten Konsequenzen auf die zentralen Leistungsmerkmale des Forschungssystems – die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Forschung – empirisch und theoretisch betrachtet würden.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel der Forschergruppe ist es, die oben skizzierten Reformen im deutschen Wissenschaftssystem systematisch, empirisch und theoretisch aus der Perspektive der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu untersuchen. Darüber hinaus sollen interne und externe Governanceformen auch international vergleichend untersucht werden. Positive und normative Bedingungen und Konsequenzen des Einsatzes neuer Governanceformen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollen analysiert werden und zur Entwicklung einer gegenstandsspezifischen Theorie mittlerer Reichweite beitragen. Die Forschergruppe ist auf sechs Jahre angelegt, um eine longitudinale Analyse der Reformprozesse zu ermöglichen.

Forschungsleitende Fragen in der ersten Förderphase waren:

- (1) Welche empirischen Governanceformen können beobachtet werden? Welche typische Leistungsfähigkeit zeichnen diese aus, mit welchen Vor- und Nachteilen? Wie und warum weichen vorhandene Formen von den beiden theoretischen Modellen (NPM und Selbstverwaltungsmodell) ab?
- (2) Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich? Wie können internationale Reform Erfahrungen auf den deutschen Forschungssektor übertragen werden?
- (3) Wie reagieren Hochschulen auf die Reformen und wie gestalten sich Organisations- und Entscheidungsverfahren? Welche Blockaden, Pfadabhängigkeiten und Zielabweichungen sind zu beobachten?
- (4) Welchen Einfluss haben einzelne Reformmaßnahmen und ihre zuweilen widersprüchliche Bündelung auf die Mikroebene des Forschungshandelns? Inwiefern werden Forschungslinien und Netzwerkstrategien an den Reformkonzepten orientiert? Welche Konsequenzen hat dies für Produktivität und Qualität von Forschung?
- (5) Welche förderlichen und hinderlichen Faktoren beeinflussen die Kooperationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Institutionen des deutschen Forschungssystems?
- (6) Welche Gestaltungsempfehlungen können aus der rechtlichen und empirisch vergleichenden Analyse der Reformen im deutschen Wissenschaftssystem abgeleitet werden?

3. Vorgehen

Die einzelnen Forschungsfragen werden von verschiedenen Teilprojekten auf mehreren Ebenen und mit unterschiedlichen disziplinären Schwerpunkten bearbeitet. Sowohl anwendungs- als auch grundlagenorientierte Forschungsorganisationen werden vergleichend für traditionell disziplinär ausgerichtete Forschungsfelder („Mode 1“) und in hohem Maße interdisziplinäre, mit industriellen und gesellschaftlichen Nutzern vernetzte, sehr dynamische Felder („Mode 2“) in die Analyse einbezogen.

Das Koordinationsprojekt Z1 dient der Koordination der Zusammenarbeit in der Forschergruppe. Unter anderem gilt es, die von den verschiedenen Teilprojekten generierten quantitativen und qualitativen Daten zusammenzuführen und zu integrieren. Die vom Koordinationsprojekt und einem weiteren Zentralprojekt gemeinsam gepflegte „Institutionendatenbank“ dient dem Management der Erhebungen durch die Projekte und wird in der Auswertungsphase um zentrale Ergebnisse zur Typologisierung der Governancetypen ergänzt. Darüber hinaus dienen regelmäßige Workshops einem Austausch über die Zwischenergebnisse und einer Diskussion zur gemeinsamen Weiterentwicklung des theoretischen Rahmens.

4. Ergebnisse

Untersuchungen der ersten Phase der Forschergruppe haben eine bisher begrenzte Wirkung der unterschiedlichen Reformmaßnahmen auf den Forschungssektor ergeben. Eine Ausnahme bildet der Bereich der Finanzierung. Der Wettbewerb um externe Drittmittel gewinnt zunehmend an Bedeutung für die Ausrichtung von Forschung, den Aufbau von Kooperationen sowie für die Entstehung von Netzwerken. Insbesondere die EU als Drittmittelgeber sowie auf der EU-Ebene entstehende intermediäre Akteure gewinnen an Einfluss. Aus den Ergebnissen der ersten Phase der Forschergruppe ergeben sich – neben einer longitudinalen Betrachtung der oben formulierten Zielstellungen – Forschungsfragen, die in der zweiten Phase detaillierter untersucht werden. Hierzu zählen die Auswirkung von Governanceformen auf die Performanz, die Rolle von Drittmittelgebern und Intermediären sowie der steigende Einfluss der EU auf den deutschen Forschungssektor.

Das Forschungsprojekt wird fortgesetzt mit dem Projekt „Forschergruppe ‚Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen‘ Phase II“ (siehe I/15).

5. Publikationen

Heide Klug/Dorothea Jansen, Erster Schritt in die richtige Richtung. Diskussion um neue Governance der Forschung, in: *Wissenschaftsmanagement*, 4. Jg., Juli/August 2005, S. 6-8; *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, New York u.a. 2007; *Dorothea Jansen*, Innovation durch Organisation, Märkte oder Netzwerke?, in: *Dirninger, C./*

Pichler, Rupert/ Reith, Reinhold (Hrsg.), *Innovationskultur in historischer und ökonomischer Perspektive. Modelle, Indikatoren und regionale Entwicklungslinien*, Innsbruck 2006, S. 77-97; *Dorothea Jansen*, *Governance of Research – Working towards Interdisciplinary Concepts*, in: *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, New York u.a. 2007, S. 109-133; *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe "Governance der Forschung" – Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung*. Speyer, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 2007.

- I/15. *Jansen/Franke/Wald: „Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“*

Laufzeit: 1.11.2003 bis 31.10.2006

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

1. Hintergrund

Das Projekt „Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ ist ein Teilprojekt der ortsverteilten Forschergruppe „Governance der Forschung“, deren Sprecherin Frau Prof. Dr. *Jansen* ist.

Vor dem Hintergrund der verstärkten Bemühungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Forschungssystems wird insbesondere mit der Einführung von New Public Management Steuerungsinstrumenten, das Ziel verfolgt, Wettbewerb zu stimulieren und die wissenschaftliche Exzellenz zu steigern. Das Projekt untersucht, ob und wie die Veränderungen der internen und externen Governance von Forschungseinrichtungen und Universitäten Einfluss auf die Einbettung von Forschungsgruppen in nationale und internationale Forschungskooperationen und deren strategische Ausrichtung und Nutzung haben. Das Projekt untersucht die konkreten Mechanismen dieser Prägung und die Konsequenzen unterschiedlicher Netzwerkstrategien und -strukturen für die langfristige Forschungsperformanz auf der Mikroebene der Forschungsgruppe.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

- 1) Wie werden die Forschungskooperationsnetzwerke der Forschungsgruppen durch die Muster der internen und externen Governance von Universitäten und Forschungsinstituten und deren aktuelle Veränderungen beeinflusst?
- 2) Wie werden Forschungslinien und die Wahl von Forschungsthemen und Projekten durch die Muster der internen und externen Governance beeinflusst?
- 3) Wie gehen Forschungsgruppen mit der Entscheidung zwischen Spezialisten- vs. Generalistenstrategie um, angesichts gleichzeitig hoher

wissenschaftlich-technologischer Volatilität und zunehmender Ressourcenfokussierung durch Förderprogramme sowie zunehmender Profilbildung der Universitäten und Forschungseinrichtungen?

- 4) Können Netzwerke das critical-mass-Problem vieler Forschungsgruppen lösen oder führt die Netzwerk- und Schwerpunktbildung zu lock-in-Effekten, die mittelfristig innovative Forschung eher verhindern als fördern?

3. Vorgehen

In Abstimmung mit der Forschergruppe wurde aus den Forschungsfeldern Mikroökonomie, Astrophysik und Nanotechnologie insgesamt eine Auswahl von $n=75$ Forschungsgruppen getroffen. Die Auswahl der relevanten Akteure bildet in jedem Feld sowohl die verschiedenen Organisationstypen als auch unterschiedliche Performanzniveaus (High-, Average- und Underperformer) ab. Die Strukturen werden als egozentrierte Netzwerke in Interviews mit den Leitern der Forschungsgruppen mittels eines Fragebogens erhoben, der qualitative als auch quantitative Elemente enthält. Bei der Auswertung wurde eine triangulierende Strategie verfolgt. Die transkribierten Interviews wurden verkodet und in den quantitativen Datensatz integriert. Um die geplanten und ungeplanten Veränderungen der Netzwerkstrukturen zu erfassen, ist im dritten Jahr eine telefonische Wiederholungsbefragung vorgesehen (longitudinales Design).

4. Ergebnisse

Als Ergebnis der ersten Projektphase zeichnen sich folgende Befunde ab: Ein Befund bezieht sich auf den Einfluss von Reformen externer und interner Governance auf die Forschungsaktivitäten einzelner Forschungsgruppen. Obwohl entsprechende Reformmaßnahmen, wie der Aufbau von spezifischen Forschungsprofilen oder die Einführung leistungs- und belastungsorientierter Kriterien bei der internen Mittelallokation, auf der Makroebene vielfach bereits existieren, hatten interne Steuerungsmechanismen der Organisation in 2004 nur sehr selten einen Einfluss auf die Netzwerk- und Forschungsstrategien. Neben einer erheblichen Verschlechterung der finanziellen Situation hat dagegen die Förderpolitik von Drittmittelgebern einen nennenswerten Einfluss auf Forschungsstrategien und -entscheidungen. Insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern wird ein zunehmender Einfluss durch europäische Förderung konstatiert. Hier zeigt sich eine Entwicklung, die Forschungsgruppen dazu veranlasst, bestimmte Forschungsfelder zu besetzen sowie Kooperationen unter strategischen Gesichtspunkten aufzubauen.

Ein weiterer Befund hebt auf die Rolle von Netzwerken in der Forschung ab. Hier lässt sich besonders in den naturwissenschaftlichen Feldern eine außerordentlich hohe Bedeutung von Kooperations- und Informationsnetzwerken feststellen. Diese dienen vor allem dem Zugang zu komplementären Ressourcen, werden aber auch zur Schaffung kritischer Massen benötigt. Als Determinanten von Forschungsperformanz konnten die Variablen Interdisziplinarität, Netzwerkgröße, Anteil der Industriekooperationen

und das Drittmiteileinkommen identifiziert werden. Erste Hinweise deuten darauf hin, dass es neben den sehr unterschiedlichen economies of scale für die Größe einer Forschungsgruppe auch unterschiedliche economies für den Anteil von Drittmittelprojekten und für die Größe und Heterogenität von Netzwerken geben könnte. Hieraus könnten wichtige Hinweise für die Forschungspolitik, z.B. für die Definition von Evaluations- und Förderkriterien und insbesondere auch eine differenzierte Policy für unterschiedliche Forschungsfelder abgeleitet werden.

Das Forschungsprojekt wird fortgesetzt mit dem Projekt „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“ (siehe I/14).

5. Publikationen

Katinka Bartl, Projektdokumentation: Stichprobenziehung, Erhebungsverfahren, Auswertungsverfahren, Daten, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Unveröffentlichtes Manuskript 2005; *Karola Franke/Andreas Wald*, Möglichkeiten der Triangulation quantitativer und qualitativer Methoden in der Netzwerkanalyse, in: Betina Hollstein/Florian Straus (Hrsg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006; *Karola Franke/Andreas Wald/Katinka Bartl*, Die Wirkung von Reformen im deutschen Forschungssystem. Eine Studie in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Mikroökonomie, Speyerer Forschungsberichte Nr. 245, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2006; *Dorothea Jansen*, Networks, social capital and knowledge production, FÖV Discussion Paper No. 8, Speyer 2004; *Dorothea Jansen*, Governance of Research Networks, FÖV Discussion Paper No. 11, Speyer 2004; *Dorothea Jansen*, Innovation durch Organisationen, Märkte oder Netzwerke?, in: Christian Dirninger/Rupert Pichler/Reinold Reith (Hrsg.), Innovationskultur: Modelle – Indikatoren – Transfer, Innsbruck 2006; *Dorothea Jansen*, Research networks – origins and consequences: Preliminary evidence from a study of astrophysics, nanotechnology and micro-economics in Germany, in: Max Albert (ed.), Scientific Competition. Theory and Policy. Conferences on New Political Economy, Vol. 24, (im Erscheinen); *Dorothea Jansen/Andreas Wald/Karola Franke/Ulrich Schmoch/Torben Schubert*, Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung – Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59. Jahrgang, Heft 1/2007, S. 125-149; *Andreas Wald*, Zur Messung von Input und Output wissenschaftlicher Produktion. Daten und Ergebnisse einer Untersuchung auf der Ebene von Forschungsgruppen, FÖV Discussion Paper No. 20, Speyer 2005; *Andreas Wald/Karola Franke/Dorothea Jansen*, Governance Reforms and Scientific Production – Evidence from German Astrophysics, in: Dorothea Jansen (Hrsg.), New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, New York u.a. 2007, S. 213-232.

- I/16. *Reichard/N.N.*: „Evaluierung kommunaler Managementreformen in Deutschland – Ergebnissicherung nach 10 Jahren Reformaktivitäten“

Laufzeit: 1.4.2004 bis 31.3.2006

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung

Das Projekt, das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird, wird gemeinsam mit *Jörg Bogumil* (Federführung; Uni Konstanz), *Werner Jann* (Uni Potsdam), *Leo Kißler* (Uni Marburg) und *Hellmut Wollmann* (korrespondierendes Mitglied FÖV, HU Berlin) durchgeführt. Die operative Projektleitung hat Jörg Bogumil. Es wurden zwei Wiss. Mitarbeiter beschäftigt.

1. Hintergrund

Der Stand der empirischen Evaluationsforschung zum „Neuen Steuerungsmodell“ ist bislang unzureichend. Wir wissen kaum etwas darüber, in welchem Umfang das NSM umgesetzt worden ist und zu welchen Veränderungen und Wirkungen dieses geführt hat. Daher ist – in Zusammenarbeit mit der KGSt sowie mit kommunalen Spitzenverbänden – eine umfassende Auswertung der bisherigen Reformmaßnahmen und –effekte in den deutschen Kommunen durchgeführt worden.

2. Zielsetzung/Forschungsfrage

Die zentrale Fragestellung ist zum einen, welche Elemente und Instrumente des NSM in den letzten 10 Jahren, in denen diesbezügliche Reformen in zahlreichen Kommunen Deutschlands stattgefunden haben, nachhaltig implementiert und umgesetzt worden sind; zum anderen, ob und welche Wirkungen von diesen Elementen und Instrumenten ausgehen. Diese Forschungsfragen konnten weitgehend beantwortet werden (s. u.).

3. Vorgehen

Es erfolgte eine flächendeckende Umfrage bei den kreisfreien Städten und Landkreisen in Deutschland, die sich an 4 Akteursgruppen richtete: Bürgermeister/Landräte, Personalräte, Leiter der Jugendämter, Leiter der Bauämter. Die quantitative Umfrage wurde durch Fallstudien zu drei Städten vertieft, die sehr unterschiedliche Reform Erfahrungen aufweisen.

4. Ergebnisse

Das NSM hat zwar in einem großen Teil der deutschen Kommunen als Leitbild gedient, jedoch ist es kaum flächendeckend und alle Kernelemente umfassend umgesetzt worden. Es hat gewisse Leistungsverbesserungen und begrenzte Effizienzeffekte gegeben, jedoch stellen sich erhebliche Zurechnungsprobleme. Insgesamt kann nur von einem beschränkten Implementationserfolg gesprochen werden. Die Projektergebnisse werden vom Forschungsteam in mindestens zwei Büchern (gelbe Reihe bei Edition Sigma Berlin) sowie mehreren Aufsätzen publiziert. Vom Berichterstatter *Reichard* ist ein Aufsatz hierzu im Erscheinen, ein weiterer in Vorbereitung.

5. Publikationen

J. Bogumil, S. Grohs, S. Kuhlmann, Ergebnisse und Wirkungen kommunaler Verwaltungsmodernisierung in Deutschland – Eine Evaluation nach zehn Jahren Praxiserfahrung. In: Bogumil, J./Jann, W./Nullmeier, F. (Hrsg.): Politik und Verwaltung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 37, Wiesbaden 2006, 151-184; *Christoph Reichard*, Neues Steuerungsmodell – Anspruch und Wirklichkeit. In: DIFU (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag. Berlin 2006, S. 183-197.

- I/17. *von Arnim/Heiny/Iltner*: „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“

Laufzeit: 15.5.2004 bis 14.11.2006

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Bekämpfung von Missbräuchen in Politik und Verwaltung, wie Ämterpatronage und Korruption, steht in Deutschland schon seit langem auf der Agenda. Immer neue Affären um als missbräuchlich empfundene Praktiken zeigen, dass dieses Thema nichts von seiner Aktualität und Brisanz verloren hat.

Die Forschung hat sich bisher nur recht einseitig mit dem Themenbereich befasst. Besonders wichtige Bereiche wie z. B. Ämterpatronage und Autokorruption, etwa die Selbstbewilligung überzogener Versorgungen seitens der Parlamente, werden in der Regel bereits begrifflich ausgeklammert. Auch wurde es bislang versäumt, in diesem Zusammenhang relevante Demokratie- und Verwaltungstheorien fruchtbar zu machen, und so ein vertieftes Verständnis für bestehende Missbräuche und ihre strukturellen Ursachen zu gewinnen und Strategien zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Das Projekt möchte dazu beitragen, diese Forschungslücken zu schließen.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Forschungsprojekts war es, anhand von gemeinhin als pathologisch angesehenen Erscheinungen, wie insbesondere Korruption, strukturell bedingte Defizite in Politik und Verwaltung aufzuzeigen und Strategien zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Forschungsleitend waren dabei folgende Fragen:

- Inwieweit beruhen bestimmte missbräuchliche Praktiken in Politik und Verwaltung auf systemischen Ursachen, sind also durch die Eigenheiten des politischen oder bürokratischen Systems in Deutschland bedingt?
- Inwieweit können Demokratie- und Verwaltungstheorien zu einem vertieften Verständnis der festgestellten Pathologien beitragen?

- Soweit missbräuchliche Praktiken auf strukturellen Ursachen beruhen, sind Systemänderungen sinnvoll und möglich, und wenn ja, welche Änderungen sollten vorgenommen werden?

3. Vorgehen

Das Thema war fächerübergreifend und deshalb nur in einem interdisziplinären Zugriff zu bearbeiten. Zunächst waren ausgewählte Pathologien in Politik und Verwaltung zu analysieren und von anderen Phänomenen begrifflich abzugrenzen. Hierfür wurden die einschlägigen Rechtsnormen und die juristische und sozialwissenschaftliche Fachliteratur ausgewertet. Zu diesem Zweck wurde außerdem eine umfangreiche Sammlung empirischen Materials angelegt. Das Projekt konzentrierte sich dabei auf die verschiedenen Erscheinungsformen der Korruption als den gravierendsten Formen von Missbrauch. In einem weiteren Schritt wurden diejenigen Demokratie- und Verwaltungstheorien analysiert und auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft, die Aussagen zu den behandelten Phänomenen treffen. Soweit die festgestellten Missbräuche auf systemischen Ursachen beruhten, wurde in einem dritten Schritt zu klären versucht, ob und welche Systemänderungen sinnvoll und möglich erscheinen.

4. Ergebnisse

Die Forschungen haben u. a. gezeigt, dass

- der juristische Korruptionsbegriff nicht ausreicht, um das Phänomen der Korruption zu erfassen, sondern es eines ergänzenden rechtspolitischen Korruptionsbegriffes bedarf, in welchen sozialwissenschaftliche und normative Gesichtspunkte eingehen;
- besonders große Defizite im Bereich der Bekämpfung und Erforschung von Pathologien im Bereich der Politik bestehen; Beispiele sind die bisher bloß symbolische Gesetzgebung gegen Abgeordnetenkorruption und die mangelnde Bekämpfung von parteipolitischer Ämterpatronage;
- auf kommunaler Ebene das Missbrauchsrisiko besonders hoch ist, da hier ein Schwerpunkt der Verwaltung und der größte Teil der öffentlichen Investitionen angesiedelt ist, die räumliche Nähe Netzwerke begünstigt und andererseits Kontrollen relativ schwach sind;
- auf der Ebene der EU die Gefahr der Korruption groß ist, weil es vorwiegend um Subventionen und im Rahmen von Politikverflechtungen um fremdes Geld geht, die Kontrollen dagegen relativ gering sind;
- ein Perspektivwechsel in der Einschätzung der relevanten Theorien erforderlich ist.

5. Veröffentlichungen

Bisher: *Hans Herbert von Arnim*, Der gekaufte Abgeordnete – Nebeneinkünfte und Korruptionsproblematik, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungs-

recht, 25. Jg., Heft 3/2006, S. 249-254; *Hans Herbert von Arnim*, Nachamtliche Karenzzeiten für Politiker? Ein Kommentar zum Fall Gerhard Schröder, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 39. Jg., Heft 2/2006, S. 44-47; *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Korruption. Begriff, Bekämpfungs- und Forschungslücken, FÖV Discussion Paper Nr. 33, Speyer 2006; *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, FÖV Discussion Paper Nr. 35, Speyer 2006.

In Vorbereitung: zwei von den Projektbearbeitern und dem Projektleiter gemeinsam verfasste Bücher, die die Projektthematik aufarbeiten. Verlagsverträge liegen vor.

I/18. *Klages/Daramus*: „Begleitende Evaluierung des ersten Durchlaufs des Bürgerhaushaltes im Bezirk Berlin-Lichtenberg“

Laufzeit: 1.11.2005 bis 30.4.2006 und
1.6.2006 bis 31.8.2006

Finanzierung: Bezirksamt Berlin-Lichtenberg

1. Hintergrund

Bundesweit befinden sich die Kommunen in einer schweren finanziellen Krise, die die Haushaltsgestaltung vor neue Probleme und Herausforderungen stellt. Weltweit werden derzeit Modelle bürgerschaftlicher Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung kommunaler Haushalte diskutiert und angewendet. In Deutschland hatte das Projekt der Bertelsmann-Stiftung „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen“ eine Vorreiterrolle für Kommunen mittlerer Größe. Anwendungsbeispiele für Großstädte fehlen jedoch bisher. Das Bezirksamt Lichtenberg von Berlin führt nun das bezirkliche Projekt „Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk“, kurz Bürgerhaushalt, als Pilotprojekt für andere Berliner Bezirke durch und kann somit die vorhandene Lücke schließen.

Kooperationen: Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin; Fraunhofer-Institut für Autonome Intelligente Systeme (AIS), Sankt Augustin; Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin; Zebralog e.V., Berlin.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel der Evaluation ist es, die mit dem Bürgerhaushalt erreichte Mobilisierungswirkung, Beteiligungsqualität und Beteiligungseffektivität des Prozesses zu überprüfen. Es soll darüber hinaus die Bewertung und Akzeptanz des Verfahrens durch die beteiligten Bürgern, aber auch der Nicht-Teilnehmenden erfasst und vergleichend analysiert werden. Es sollen Schwachstellen aufgedeckt und Möglichkeiten zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Vorgehens identifiziert werden. Die Evaluation soll „begleitende“ Evaluation sein, d.h. Erkenntnisse werden so weitgehend wie möglich schon während des laufenden Prozesses sukzessive an die Trä-

ger rückgekoppelt, um ggf. Prozesskorrekturen und -optimierungen zu ermöglichen.

3. Vorgehen

Für die Evaluation werden folgende Methodenansätze genutzt: 1.) Zwei schriftliche Befragungen der Bezirksverordnetenversammlung: jeweils vor Beginn und nach Ende des ersten Projektdurchlaufes. Es gilt hemmende und fördernde Faktoren auf Seiten der politischen Akteure zu identifizieren, ebenso wie Einstellungsänderungen mit fortschreitender Praxis zu ermitteln. 2.) Beobachtung und schriftliche Befragung der Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes, d.h. Auftaktveranstaltung, fünf dezentrale Bürgerversammlungen und zweite zentrale Bürgerversammlung. 3.) Beobachtung der ersten Sitzung des aus gewählten Bürgerinnen und Bürgern zusammengesetzten Redaktionsteams. 3.) Allgemeine Bürgerbefragung: Zufallsstichprobe (N=2500), die mittels Telefoninterviews bzw. schriftlichem Fragebogen befragt wird.

4. Ergebnisse

Die in Lichtenberg gesammelten Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt wurden dargestellt, evaluiert und durch Empfehlungen für die zukünftige Durchführung weiterer Bürgerhaushalte ergänzt. Das Forschungsprojekt lieferte Erkenntnisse im Hinblick auf die Effektivität und Effizienz von Bürgerbeteiligungskonzepten, die dem Ansatz des Bürgerhaushaltes folgen. Weiterhin stehen detaillierte Erkenntnisse über Beteiligungsstrukturen und -motivation für die weitere Beteiligungsforschung zur Verfügung. Die Evaluationsergebnisse stehen nun interessierten (Groß-) Städten zur Verfügung. Verfahrensschritte, Erfahrungen und Auswirkungen wurden dargestellt, an denen sie sich orientieren können.

5. Publikationen

Helmut Klages/Carmen Daramus, „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin 2007, Speyerer Forschungsbericht Nr. 249, Speyer 2007.

Interne Berichte: *Carmen Daramus*, Erste Befragung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der fünf dezentralen Bürgerversammlungen zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Beobachtung der Sitzung des Redaktionsteams zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer, 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der zweiten zentralen Bürgerversammlung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Bürgerbefragung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Zweite Befra-

gung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2006.

3.1.4.2 Folgenabschätzung

3.1.4.2.1 Laufende Projekte

I/19. *Färber/Dalezios*: „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“

Laufzeit: 1.4.2007 bis 31.3.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Neben den gesetzlichen Sozialversicherungen verursachen die Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes (Beamtenversorgung, VBL) einen erheblichen Teil der Tragfähigkeitslücke des öffentlichen Sektors. Nach aktuellen überschlägigen Berechnungen liegt die implizite Verschuldung bei der Beamtenversorgung trotz Kürzungen der Leistungen und der Einrichtung eines kleinen Versorgungsfonds, der sich aus Gehalts- und Pensionskürzungen speist, bei mehr als der Hälfte der fundierten Schulden des Staates, d.h. bei einem Barwert mehr als 700 Mrd. €. Hinzu kommen Belastungen für weitgehend umlagefinanzierte Leistungen der Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter, deren Barwert bis heute unbekannt ist. Vorsorge ist für diese Zahlungsverpflichtungen keine bzw. in nicht nennenswertem Umfang getroffen worden. Vielmehr werden Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten seit mehr als 15 Jahren durch eine Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der Reallohnentwicklung und Pensionskürzungen über sog. wirkungsgleiche Übertragungen von Rentenreformen „gestopft“, ohne daß eine nachhaltige Finanzierung und eine Reduzierung der expliziten und impliziten Defizite erreicht würde.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen des Projektes untersucht werden,

- wie hoch die Tragfähigkeitslücke im Bereich der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes (begrenzt auf Bund, Länder, Gemeinden) genau ist,
- mit welchen Instrumenten (Pensionsfonds, Verzicht auf explizite Verschuldung, Pensionsrückstellungen im Falle der Doppik, Stellenrückbau auf ein finanzierbares Maß, Steuererhöhungen) sie geschlossen werden kann,
- welche Finanzierungsanteile die Beschäftigten in den verschiedenen Statusgruppen bereits jetzt durch Gehaltsverzicht oder explizite Beiträge, welche die öffentlichen Arbeitgeber aufgebracht haben und wie sich diese zu den Finanzierungsanteilen in den ersten beiden Säulen

von anderen betrieblichen Alterssicherungen großer Arbeitgeber verhalten,

- wie die Alterssicherungen im öffentlichen Dienst so modernisiert und stabilisiert werden können, dass sie – unter Beachtung des Art. 33 Abs. 5 GG – in Zukunft so in ein Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllendes Finanzierungssystem überführt werden können, daß die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch unter den schwierigeren Wettbewerbsbedingungen der demographischen Entwicklung gesichert wird.

3. Vorgehen

Auf der Basis der Versorgungsberichte der Bundesregierung ist zunächst die Tragfähigkeitslücke als Barwert aller zukünftigen Zahlungsverpflichtungen des Basisjahres zu errechnen. Anschließend erfolgt die Erarbeitung eines analytischen Bewertungssystems für die Alterssicherungssysteme des öffentlichen Dienstes, welches einerseits Kriterien aus der Theorie der Alterssicherung, andererseits die Spezifika des Arbeits- und Versorgungsrechts des öffentlichen Dienstes sowie der Public-Choice-Theorie berücksichtigen wird. Die verschiedenen Möglichkeiten einer Absicherung der Versorgungsansprüche (Pensionsfonds, Direktzusage über unterlassene Verschuldung oder im System der Doppik, Teilkapitaldeckung) sind in Bezug auf ihre finanziellen/haushaltswirtschaftlichen Belastungen zu berechnen und dem Bewertungssystem zu unterwerfen.

Die expliziten und impliziten Finanzierungsanteile der Beschäftigten (Besoldungsverzicht, eigene Beiträge, allgemeine Pensionsfondsbeiträge, ggf. auch Besoldungslücke zur Privatwirtschaft) und der Arbeitgeber sind für verschiedene Kohorten zu berechnen und mit entsprechenden Regelungen großer Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zu vergleichen. Ferner sind auch verschiedene Möglichkeiten der Modernisierung der Leistungsseite der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes in Bezug auf die Belastungssymmetrien und in Bezug auf eine zukünftig nachhaltige Stabilisierung der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes zu überprüfen.

4. Ergebnisse/Publicationsstrategie

Am Ende des ersten Jahres, d.h. nach den Arbeitsschritten zur Errechnung der Tragfähigkeitslücke und der Analyse der Möglichkeiten, sie zu schließen, sollte auf der Basis eines Zwischenberichts ein Aufsatz in einer referierten ökonomischen Zeitschrift (Zeitschrift für Wirtschaftspolitik) publiziert werden. Ein weiterer Aufsatz zu den expliziten und impliziten Finanzierungsanteilen von Beschäftigten und öffentlichen Arbeitgebern und zur kohortenspezifischen Generationengerechtigkeit eignet sich zur Publikation in einer anerkannten Zeitschrift der Alterssicherung (Deutsche Rentenversicherung).

I/20. *R. Fisch/Margies*: „Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation“

Laufzeit: 1.6.2007 bis 31.5.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Gegenstand des Forschungsvorhabens sind die Ergebnisse und Wirkungen des Modernisierungsprojekts „Bürgernahe Verwaltungssprache“ des Landesamts für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen (LBV), dass von Mitte 2004 bis 28.02.2007 am FÖV unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch* durchgeführt wurde.

Die Orientierung an den Bedürfnissen des Adressaten wird als „Eckpfeiler der Staatsmodernisierung“ angesehen. Dabei nimmt die Qualität des Zugangs der Bürger zu Verwaltungs-(dienst-)leistungen eine zentrale Rolle ein. Der Zugang des Bürgers zur Verwaltung und mehr noch der Zugang der Verwaltung zum Bürger ist in hohem Maße durch Schriftlichkeit gekennzeichnet, da Schriftlichkeit und Aktenmäßigkeit aller Vorgänge zu den Grundprinzipien bürokratischer Organisation gehören. Adressatenbezogene Verwaltungsmodernisierung muss daher notwendigerweise auch am behördlichen Schriftverkehr ansetzen.

Die Veränderung des „bürokratischen“ Sprachstils ist schon mehrfach Gegenstand von Reformprojekten gewesen. Diesen Projekten mangelt es jedoch in der Regel an einer aussagefähigen Erfolgskontrolle. Wissenschaft und Praxis artikulieren hier gleichermaßen großen Untersuchungsbedarf, der mit dem aktuellen Projekt gestillt werden soll.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Mittelpunkt steht die Nachhaltigkeit der im Rahmen des Modernisierungsprojekts implementierten Maßnahmen. Die Fragestellung des Projekts geht auf unterschiedliche Verständnisse des Nachhaltigkeitsbegriffs ein: Sind die Modernisierungsmaßnahmen der Verwaltungskommunikation nachhaltig,

- indem sie zu einem schonenderen Umgang mit den Ressourcen der Behörde beitragen,
- indem sie zu einer verbesserten Beteiligung betroffener oder interessierter Akteure am Verwaltungshandeln führen,
- indem sie dauerhaft in die Prozesse und Strukturen der Verwaltungsorganisation implementiert werden konnten?

3. Vorgehen

Das Untersuchungsvorhaben hat zwei Schwerpunkte:

1. die Untersuchung der Veränderung des Adressatenbezugs der Verwaltungskommunikation und die daraufhin erwartete Ressourcenschonung durch die Modernisierungsmaßnahmen,

2. die Veränderung der kommunikativen Haltung der Organisationsmitglieder und die dauerhafte Verankerung der Modernisierungsmaßnahmen.

Als konzeptionelle Basis des ersten Schwerpunkts werden Ansätze aus der Kommunikationstheorie, Sozialpsychologie und Psycholinguistik herangezogen und Untersuchungen zu Textverständlichkeit, Akzeptanz des Verwaltungshandelns und Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeiten durch die Adressaten vorgenommen. Im zweiten Schwerpunkt wird die Veränderung der kommunikativen Haltung und die Dauerhaftigkeit der Verankerung der Modernisierungsmaßnahmen auf der Basis theoretischer Modelle organisationaler Veränderung, zur Organisationskultur sowie zur bürokratischen Sozialisation untersucht.

Es kommen quantitative als auch qualitative, reaktive und nicht-reaktive Erhebungsmethoden zum Einsatz. Generell werden vergleichende Untersuchungen vorgenommen, die das Kommunikationsverhalten vor und nach der Modernisierungsmaßnahme abbilden. Geplant sind Adressaten- und Mitarbeiterbefragungen, die Auswertung von Prozess- und Controllingdaten sowie des Schriftverkehrs des LBV.

4. Ergebnisse

4.1 Erwarteter Ertrag für vergleichbare Verwaltungsorganisationen

Es sollen grundlegende Parameter und Verfahren ermittelt werden, die zum Erfolg von Maßnahmen zur Erhöhung der Nachhaltigkeit der Verwaltungskommunikation und zur nachhaltigen Veränderung der Kommunikationskultur in Verwaltungsorganisationen beitragen, dadurch wird die öffentliche Verwaltung bei der Optimierung der Wahrnehmung ihrer Ressourcen- und Bedingungsverantwortung unterstützt. Aus den Forschungsergebnissen lassen sich Implikationen für die Ausbildung künftiger Verwaltungsbeschäftigter ableiten.

4.2 Erwarteter Ertrag für die Gesellschaft

Der Erfolg der Modernisierungsmaßnahmen bietet über die nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung Einsparpotentiale im Bereich von Bearbeitungs- und Prozesskosten. Mittelbar kann mit der Übertragung der Forschungsergebnisse auf andere Verwaltungsorganisationen eine Verbesserung der Teilhabechancen jedes Bürgers an der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht werden, da der Zugang zu Verwaltungsinformationen mit der Verbesserung der Verständlichkeit erleichtert wird.

4.3 Erwarteter Ertrag für die Wissenschaft

Schließung der oben benannten Forschungslücken, insbesondere im Hinblick auf die Wirksamkeit und nachhaltige Implementierbarkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Verständlichkeit von Behördentexten und zur Veränderung der Kommunikationskultur in der öffentlichen Verwaltung. Die Forschungsergebnisse sollen durch Publikationen und im Rahmen einer fachwissenschaftlichen Tagung an die scientific community weitergegeben werden.

4.4 Erwarteter Ertrag für das FÖV

Die vom FÖV im LBV NRW implementierten Modernisierungsmaßnahmen werden auf Ihre Wirksamkeit hin überprüft und der Übertragung auf andere Verwaltungsorganisationen zugänglich gemacht. Das FÖV erwirbt durch die mit dem Projekt erreichte Expertise ein Alleinstellungsmerkmal auf dem Gebiet der Verwaltungskommunikation.

- I/21. *Ziekow/Windoffer: „Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit“*

Laufzeit: 1.7.2007 bis 30.6.2010

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Nachhaltige Entwicklung ist vielfach erklärtes Leitziel und Gegenstand politischer Strategien mit Programmsatzcharakter. Einen Ansatz zur Effektuierung des Nachhaltigkeitsziels bildet die Untersuchung der Möglichkeiten des Einsatzes und der Steuerung von Instrumenten der Folgenabschätzung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsdimension. Um diese querschnittsartige Thematik hinreichend zu durchdringen, darf die Perspektive nicht, wie gegenwärtig vielfach der Fall, auf bestimmte gegenständliche Bereiche, Akteurskreise, Handlungsformen und etwa die ökologische Dimension verengt werden. Vielmehr bedarf es einer breiter angelegten Analyse unter Herausarbeitung der gemeinschaftsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Prämissen für Folgenorientierungen aller drei Gewalten und der systematischen Analyse des Gefüges politischer und administrativer Steuerung in verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns und mittels unterschiedlicher Handlungsformen, um auf diese Weise die steuerungstheoretisch erwünschten Abstraktionen zu gewinnen.

2. Ziele/Forschungsfragen

Zur Ermittlung der Potentiale einer Steuerung von nachhaltigkeitsorientierten Folgenabschätzungsprozessen bedarf zunächst der Klärung, welche gemeinschaftsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Ermittlung, Bewertung und Berücksichtigung von Realfolgen durch die Akteure der drei Staatsgewalten bestehen. Es schließt sich die Frage an, in welchen Bereichen staatlichen Handelns, auf welchen Rechtsgebieten und auf welcher rechtlichen Grundlage Verfahren der Folgenabschätzung implementiert worden sind, und welche Organisationsstrukturen, Verfahrensarrangements und rechtlichen Steuerungsinstrumente hierbei zum Einsatz kommen. Anschließend ist zu untersuchen, mit welchen Mitteln und in welchem Umfang eine rechtliche Steuerung von Folgenabschätzungsprozessen möglich und geboten ist, desgleichen, welche Verfahren und Kriterien die Akteure bei der Festlegung von Untersuchungsrahmen und Methodenwahl zu beachten haben.

3. Vorgehen

Einführend bedarf es einer interpretatorischen Auseinandersetzung mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ und den damit verbundenen Zielsetzungen.

Die Herausarbeitung der gemeinschaftsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Soll-Vorgaben erfolgt nach den „klassischen“ juristischen Auslegungsmethoden unter Heranziehung der üblichen Quellen (Gesetzestexte und -materialien, Rechtsprechung und Literatur). Zur anschließenden Analyse des Ist-Zustands ist anhand von Referenzgebieten zu untersuchen, wo de iure oder de facto bereits nachhaltigkeitsorientierte Folgenabschätzungen durchgeführt werden und – falls eine gezielte Institutionalisierung überhaupt erfolgt ist – auf welcher materiell- und verfahrensrechtlichen sowie organisatorischen Basis. Hierzu kommt ergänzend zur rechtlichen Analyse eine Befragung von Akteuren in Betracht, die mit den betreffenden Verfahren befasst sind.

Die gewonnenen Erkenntnisse kondensieren in einer Bilanzierung und Bewertung

- der empirisch untersuchten Instrumente mit Blick auf vorhandene rechtliche Vorgaben und
- der Potentiale einer rechtlichen Steuerung von Folgenabschätzungsprozessen. Hier steht unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entscheidungsperspektiven der jeweiligen staatlichen Organe zum einen die Wahl der Regelungsinstrumente und zum anderen die Reichweite der Regelung, insbesondere im Hinblick auf die Vorgabe von Kriterien betreffend den Umfang der Folgenabschätzung und das anzuwendende methodische Instrumentarium im Mittelpunkt der Betrachtung.

4. Ergebnisse

Erwartete Ergebnisse sind:

- ein wissenschaftlich anschlussfähiger Beitrag zur Gewinnung eines „Allgemeinen Teils“ des Rechts der Folgenabschätzungen und erste Vorarbeiten zur Entwicklung einer Rechtsmethodologie und -dogmatik von Folgenabschätzungen, desgleichen die Erweiterung des Verständnisses der Funktionen von Recht im Zuge der Perspektivenerweiterung von der rechtsakt- und kontrollbezogenen zur handlungs- und wirkungsorientierten Betrachtung;
- ein Beitrag zur Verfahrenssicherheit und Effektivierung des Nachhaltigkeitsziels durch die empirische Aufarbeitung, Systematisierung und rechtliche Analyse von Folgenabschätzungsprozessen und die daraus erfolgende Ableitung von Verfahrensstrukturen für die staatlichen Akteure;
- mit dem Hinwirken auf Verfahrenssicherheit und effektivere Verankerung des Nachhaltigkeitsziels durch die Verwaltung zugleich ein Beitrag zu gesellschaftlichem Nutzen.

I/22. *Wirtz/Ullrich: E-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte*

Laufzeit: 1.4.2007 bis 31.3.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die dynamische Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologie schlägt sich in enormem Maße entlang der gesamten Versorgungskette im Gesundheitssektor nieder. Krankenhäuser ebenso wie Krankenkassen, Apotheken und niedergelassene Ärzte können durch den Einsatz dieser neuen Technologien in verschiedenen Bereich erheblich profitieren. So messen mehr als 80 % der Investitionsentscheider im Gesundheitsbereich dem Thema e-Health in den kommenden 3 Jahren eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei.

Die elektronische Gesundheitskarte kann als prototypische Anwendung von e-Health angesehen werden. Sie berührt Patienten und die Versorgungskette gleichermaßen. Bisherige Reaktionen auf die elektronische Gesundheitskarte waren jedoch eher verhalten, da besonders Aspekte des Datenschutzes kritisiert wurden. Vor diesem Hintergrund scheint eine Untersuchung der Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte zwingend notwendig.

Generell ist das Forschungsfeld zu e-Health bisher nur sehr dürftig bearbeitet und erste Arbeiten greifen bspw. die Thematik der Erfolgsrechnung oder die der Organisationsgestaltung auf. Wissenschaftliche Untersuchungen zur Akzeptanz von e-Health-Anwendungen liegen nicht vor.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor dem Hintergrund des Bedeutungsgewinns von e-Health lautet die zentrale, nachhaltigkeitsorientierte Forschungsfrage deshalb: „Welche Aktionsparameter determinieren die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte entlang der Versorgungskette.“

Im Fokus der Untersuchung stehen dabei eine Reihe von Arbeitshypothesen wobei hier einige beispielhaft angeführt werden.

H1: Die elektronische Gesundheitskarte führt zu einer nachhaltigen Verringerung der Prozesskosten bei Krankenkassen.

H4: Die elektronische Gesundheitskarte stellt insgesamt ein wichtiges Steuerungsinstrument nachhaltiger Entwicklung im Gesundheitssektor dar.

H7: Die elektronische Gesundheitskarte stellt ein effektives Mittel zu Vermeidung von Leistungsmissbrauch dar.

H9: Sicherheits- und Datenschutzaspekte stellen eine Akzeptanzbarriere für die elektronische Gesundheitskarte und damit eine Barriere für die nachhaltige Entwicklung im Gesundheitssektor dar.

3. Vorgehen

Ein grundlegendes Desideratum der geplanten Untersuchung zum Thema e-Health besteht in der Verfolgung des Postulates der theoriegeleiteten Forschung und empirischen Überprüfung. Dieses erfordert es, neben einem ausführlichen analytischen Rekurs auf relevante Theorien, ein adäquates Forschungs- bzw. Untersuchungsdesign zu entwickeln. Das zum Thema „Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“ entwickelte Hypothesensystem soll einer empirischen Überprüfung in der Verwaltungspraxis unterzogen werden, wobei die Grundgesamtheit der Untersuchung die Gesundheitsinstitutionen des 10000 Tests zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte darstellen.

Die zu überprüfenden Hypothesen bilden zusammen ein komplexes Wirkungsgefüge, da die exogenen Aktionsvariablen bei der Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte auf ein Akzeptanzmodell mit internen Beziehungen wirken. Hierbei kommt zwar eine separate Betrachtung der exogenen, jedoch nicht der endogenen Variablen in Betracht. Diesem Sachverhalt und den besonderen Variablentypen muss das zu verwendende Auswertungsverfahren gerecht werden. In der Literatur wird für diese Art von Auswertungen vor allem die Kausalanalyse empfohlen, welche sich international als sehr leistungsfähiges Verfahren durchgesetzt hat.

4. Ergebnisse

Durch die empirische Überprüfung der aufgestellten Hypothesen sollen wichtige Erkenntnisse aus den Testfällen der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte gewonnen werden, wie z.B.

- Identifikation von Schlüsselfaktoren, die die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte beeinflussen
- Identifikation von Implementierungshindernissen und Ableitung von Handlungsempfehlungen
- Erkenntnisse bzgl. der Erschließung der nachhaltigen ökonomischen Potenziale der elektronischen Gesundheitskarte

Aus wissenschaftlicher Perspektive trägt das Projekt in zweierlei Hinsicht zum Erkenntnisfortschritt bei. Zum einen wird die Akzeptanzforschung allgemein weiter vorangetrieben. Zum anderen wird die empirisch gesicherte Erkenntnisbasis im Themenfeld der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Verwaltung weiter vergrößert. Für die Praxis kann davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse einen enormen Beitrag zur Testphase und der späteren Implementierung der Gesundheitskarte leisten.

I/23. *Knorr/Bellmann: „Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing“*

Laufzeit: 1.8.2007 bis 31.7.2009

Finanzierung:

1. Hintergrund

Staus, Umwelt- und Lärmbelastungen sowie Verkehrsunfälle gehören zu den negativen Begleiterscheinungen des Straßenverkehrs. Traditionelle Ansatzpunkte, diese Probleme zumindest abzumildern, waren einerseits der kontinuierliche Ausbau der Straßeninfrastruktur aus öffentlichen Mitteln und andererseits eine intensive staatliche Subventionierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Angesichts der andauernden ungebremsten Zunahme des Straßenverkehrs sowie der steigenden Finanzierungsengpässe der öffentlichen Hand, muss jedoch diagnostiziert werden, dass keiner der beiden Strategien dauerhafter Erfolg beschieden sein kann. Eine mögliche Alternative zur Sicherstellung effizienter Allokation von Infrastrukturen stellen nutzungsabhängige Entgelte (Maut) dar. Die theoretischen Grundlagen nutzungsabhängiger Entgelte im Allgemeinen bzw. komplexer Road Pricing-Systeme im Speziellen sind in der Literatur bereits ausführlich diskutiert worden; ihre Einführung scheiterte in der Vergangenheit jedoch zumeist an der mangelnden technischen Realisierbarkeit sowie an der fehlenden öffentlichen und politischen Akzeptanz. Zahlreiche Beispiele belegen jedoch, dass Road Pricing-Systeme heute ohne weiteres technisch realisierbar und politisch implementierbar sind. In Deutschland wurde am 1. Januar 2005 eine entfernungsabhängige Maut für Lastkraftwagen ab zwölf Tonnen zulässigem Gesamtgewicht auf Bundesautobahnen und einigen stark frequentierten Bundesstraßen eingeführt. Eine Ausweitung der Maut auf weitere Straßen oder auch auf Personenkraftwagen wird derzeit diskutiert.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Trotz der bisher erfolgten umfassenden Diskussion der theoretischen Grundlagen nutzungsabhängiger Entgeltsysteme in der Literatur, bestehen aus ökonomischer Sicht Forschungsdefizite zu zentralen Fragen von Road Pricing-Systemen.

So wird allgemein davon ausgegangen, dass derzeit die Allokation der Straßeninfrastruktur äußerst ineffizient erfolgt und dass diese darüber hinaus negative Externalitäten erheblich verursacht bzw. verstärkt. Ebenso seien die Grenzen der Finanzierbarkeit der traditionellen Lösungsansätze – beständiger Ausbau der Straßeninfrastruktur und umfassende Subventionierung des Öffentlichen Personennahverkehrs aus öffentlichen Mitteln – mittlerweile erreicht. Ein Beleg, insbesondere für die erste These, steht bisher noch aus. Ferner soll innerhalb des Projektes grundsätzlich untersucht werden, ob Road Pricing-Systeme überhaupt ein geeignetes Verfahren darstellen, um die Allokationseffizienz der Straßeninfrastruktur substantiell zu steigern.

3. Vorgehen

Das Projekt soll zur Klärung der genannten Forschungsfragen unter anderem eine empirische Analyse der verkehrslenkenden bzw. der möglicherweise verkehrsvermeidenden Effekte von Road Pricing-Systemen beinhalten. Darüber hinaus soll eine detaillierte institutionenökonomische Untersuchung der jeweiligen rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, die in der Regel erhebliche Auswirkungen auf das Design, die Implementierung und den Betrieb von Road Pricing-Systemen haben, durchgeführt werden.

Des Weiteren mangelt es an vergleichenden Fallstudien der unterschiedlichen Designs – beispielsweise von Vignettenlösungen und elektronischen Systemen – sowie ihrer jeweiligen Effizienzwirkungen. Es ist davon auszugehen, dass elektronische Mautsysteme vignettenbasierten Lösungen ökonomisch deutlich überlegen sind. Auch zu dieser These fehlen bisher stichhaltige Belege. Daneben fehlt bis dato eine umfassende ökonomische Analyse gescheiterter Einführungsversuche von Road Pricing-Systemen.

4. Erwartete Ergebnisse

Neben der Schließung der genannten Forschungslücken ist das primäre Ziel des Projektes die Ableitung tragfähiger und umsetzbarer wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen für das Design sowie die Implementierung zukünftiger Road Pricing-Systeme. Diese Empfehlungen sollen aber auch zur Verbesserung bereits bestehender Mautsysteme beitragen können.

3.1.4.3 Perspektivplanung

Die Sektion I treibt die Fokussierung ihrer Forschungstätigkeit im Hinblick auf ihre beiden Forschungsschwerpunkte „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ und „Folgenabschätzung“ weiter voran. Insbesondere der neue zweite Forschungsschwerpunkt soll künftig ausgebaut werden.

Im Rahmen des ersten Forschungsschwerpunktes plant em. Univ.-Prof. Dr. Klages eine Fortsetzung seines Projekts „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“ (siehe oben 3.1.4.1.1). Im Zuge der weiteren Projektaktivitäten sollen nach Möglichkeit Fragen der Übertragung modellhafter Beteiligungs-Ansätze in die Breite der kommunalen Landschaft und ihre Verankerung auf der Ebene der Kommunalverfassungen der Länder geklärt werden. Auch eine Weiterführung des Projekts „Aufbau eines kennzahlengestützten Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter“ (siehe oben 3.1.4.1.1) wird avisiert. Die besondere Bedeutung der Fortsetzung dieser Arbeit besteht u. a. darin, dass sich hier die Möglichkeit anbietet, das methodische Instrumentarium einer Evaluierungsstudie als Dauerbestandteil eines verwaltungs-internen Qualitätsmanagements zu implementieren. Klages erwägt ferner ein Projekt mit dem Titel „Wertesurvey 3 – Sozialkulturelle Entwicklungen in Deutschland“ zum Wertewandel in der Bundesrepublik. Mit diesem Projekt könnte ein entscheidender Schritt zur Etablierung einer „Langzeitreihe“ der Werte-Entwicklungen un-

ter Verwendung eines validen, vielfach getesteten und in der Wissenschaft inzwischen anerkannten Wertinventars unternommen werden.

Univ.-Prof. Dr. von Arnim plant das Forschungsprojekt „Der Whistleblower: Gemeinwohlagent oder Denunziant?“ Whistleblower sind Menschen, die über illegales Handeln, Missstände oder Gefahren innerhalb ihres Betriebes, ihrer Dienststelle oder ihrer sonstigen Organisation informieren. Das Projekt soll die prekäre Stellung von Whistleblowern in drei Dimensionen untersuchen: rechtlich und faktisch, *de lege lata* und *de lege ferenda*, in Deutschland, in ausgewählten anderen Staaten und in der EU. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Pitschas beabsichtigt, mittelfristig ein Projekt über „Kommunale Selbstverwaltung und ‚urban governance‘: auf der Suche nach erweiterter Legitimation und höherer Effizienz“ durchzuführen. Am Beginn des 21. Jahrhunderts treten zunehmend Fragen nach der funktionalen und territorialen Modernisierung der kommunalen Selbstverwaltung hervor. Herauszuarbeiten bleibt in diesem Zusammenhang vor allem, wie sich die Suche nach erweiterten demokratischen Legitimationsstrukturen zu den angestrebten instrumentellen Verbesserungen der Verwaltungseffizienz verhält.

Sektion und Institutsvorstand haben im Rahmen des zweiten Forschungsschwerpunktes „Folgenabschätzung“ einen Projektverbund zum Thema „Nachhaltigkeit“ eingerichtet. Zu diesem Projektverbund gehören die bereits vom Institutsvorstand beschlossenen Projekte Ziekow/Windoffer „Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit“, R. Fisch/Margies „Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation“, Färber/Dalezios „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes“, Wirtz/Ullrich/N.N. „e-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“ und Knorr/Bellmann „Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing“ (siehe oben 3.1.4.2.1). Univ.-Prof. Dr. von Arnim plant ein Verbundprojekt mit dem Titel „Nachhaltige Gesetzgebung durch institutionalisierte Folgenabschätzung? Deutschland Großbritannien, Europäische Union“. Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) wird in Deutschland inzwischen von allen politischen Kräften als notwendig anerkannt, spielt in der Praxis aber immer noch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Das Forschungsvorhaben soll insbesondere die Ursachen für die fehlende Durchsetzung der GFA untersuchen und – auch durch einen Vergleich mit Großbritannien und der EU – Strategien entwickeln, wie die GFA zum Erfolg gebracht werden kann.

3.1.5 Arbeitskreise

Für interdisziplinäre und längerfristige Fragestellungen können Mitglieder des Instituts innerhalb der Sektionen Arbeitskreise einrichten, in denen unter Beteiligung auswärtiger Wissenschaftler in regelmäßigen Sitzungen Forschungsthemen systematisch erörtert werden. Die Arbeitskreise dienen insbesondere der Pflege eines Netzwerks von Wissenschaftlern in dem jeweiligen Forschungsgebiet. Sie stellen neue Instrumente in der Forschungstätigkeit des Instituts dar, welche zusammen mit der Korrespondierenden Mitgliedschaft akademieähnliche Elemente in die Arbeitsweise des Forschungsinstituts einführen. Die Arbeitskreise fügen sich in das jeweilige Forschungsprogramm der Sektionen ein.

3.1.5.1 Beendete Arbeitskreise

Im Rahmen des von Univ.-Prof. Dr. Dr. *König* bearbeiteten Projektes „Regieren in der vorgeschrittenen Moderne“ (Laufzeit: 1.1.2002 bis 31.12.2006) wurde in Kooperation mit Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Universität Potsdam, ein Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ eingerichtet, in dessen Mittelpunkt das Regieren in Deutschland stand. Diese Kerngruppe setzte sich aus ausgewiesenen Wissenschaftlern der verschiedenen, für die Regierungslehre relevanten Disziplinen zusammen.

Der Arbeitskreis wurde in der Nachfolge des Arbeitskreises „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“ unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König* eingesetzt und nutzte die dort gesammelten Erfahrungen. Entsprechend stand das Regieren in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses, was Vergleiche nicht ausschließt. Die Durchführung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam und in gemeinsamer wissenschaftlicher Leitung mit Prof. Dr. *Werner Jann*.

Der Arbeitskreis bestand aus 16 Mitgliedern. Diese Kerngruppe setzte sich aus ausgewiesenen Wissenschaftlern der verschiedenen, für die Regierungslehre relevanten Disziplinen zusammen. Berücksichtigt wurden Mitglieder des Forschungsinstituts wie anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, insbesondere von Universitäten. Zur Kerngruppe traten unter thematischen Vorzeichen Gäste hinzu. Insbesondere wurden Praktiker aus dem Regierungsbereich eingeladen.

Nach den Vorgesprächen zeigte sich auch in der Praxis ein Interesse an einem solchen Arbeitskreis. Damit wird auch deutlich, dass für den Arbeitskreis von einer Anwendungsorientierung ausgegangen wird. Zwei Grundzüge der Behandlung lagen deswegen allen Themen zugrunde:

Zum einen wurde die aktuelle Lage im Sinne von Reformen, Entwicklungen, Innovationen, also weitergehender Modernisierung, behandelt. Alle Themen sollten darüber hinaus betriebliche Aspekte berücksichtigen, also zum Beispiel im Hinblick auf das Parlament: der Fraktionsvorsitzende in der Kabinettsitzung, der Beamte in parteilichen Arbeitskreisen usw.

Folgende Themen wurden von den genannten Wissenschaftlern in Teilprojekten bearbeitet:

Verfasstes Regieren im Vergleich	Prof. Dr. <i>Sommermann</i> , DHV Speyer
Regieren als Governance-Problem	Prof. Dr. <i>Jann</i> , Universität Potsdam
Regieren als Management-Problem	Prof. Dr. Dr. <i>König</i> , DHV Speyer
Regieren in Parlamentarismus und Parteiendemokratie	Prof. Dr. <i>Kropp</i> , Universität Düsseldorf
Regieren in der Wettbewerbsgesellschaft	Prof. Dr. <i>Czada</i> , Universität Osnabrück
Regieren im Sozialstaat	Prof. Dr. <i>Schimanke</i> , Universität Hamburg

Regieren in der Mediengesellschaft	Prof. Dr. <i>Schatz</i> , Universität Duisburg
Regierungsstile, bes. Kanzlerdemokratie	Prof. Dr. <i>Murswieck</i> , Universität Heidelberg
Regieren mit beamteter und nichtbeamteter Expertise	Prof. Dr. <i>Bull</i> , Universität Hamburg
Regieren mit Kommissionen	Prof. Dr. <i>Heinze</i> , Universität Bochum
Regieren mit Agenturen	Dr. <i>Döhler</i> , Universität Potsdam
Politische und administrative Eliten des Regierens	Prof. Dr. <i>Derlien</i> , Universität Bamberg
Regulative des Regierens	Prof. Dr. <i>Hill</i> , DHV Speyer
Regieren mit Budgetierung	Prof. Dr. <i>Reichard</i> , Universität Potsdam
Regieren in der Mehrebenenpolitik	Prof. Dr. <i>Benz</i> , FemUniversität Hagen
Regieren in der Europäischen Integration	Prof. Dr. <i>Thomas König</i> , DHV Speyer

Der Arbeitskreis tagte im Frühjahr und Herbst eines Jahres in Speyer und in Potsdam. Es fanden acht Sitzungen statt, an denen sich als Kommentatoren aus der Praxis unter anderem Landtagspräsident *Grimm*, Mainz, Bundestagsdirektor *Zeh*, Berlin, Landtagsdirektor *Gebauer*, Mainz, Richter des Bundesverfassungsgerichts *Broß*, Karlsruhe, Staatssekretär *Wewer*, Berlin, Ministerialdirektor *Hüper*, Berlin, Staatssekretär *Deubel*, Mainz, und der Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Staatssekretär *Stadelmaier*, beteiligt haben. Eine abschließende Sitzung fand am 4. November 2006 in Speyer statt, dort sprach Univ.-Prof. Dr. *Harald Fuhr* über „Regieren in der Globalisierung“. Kommentiert wurde er von Dr. *Manfred Konukiewitz*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn, und Dr. *Albrecht Stockmayer*, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn.

3.1.6 Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006

3.1.6.1 Publikationen

3.1.6.1.1 Monographien/Herausgeberschaften

von *Arnim, Hans Herbert*, Das Europa-Komplott. Wie EU-Funktionäre unsere Demokratie verscherbeln, München 2006.

Beck, Dieter, Weiterentwicklung der Hochschulkooperation in der Großregion/Développement de la coopération entre les institutions de l'enseignement supérieur de la Grande Région Saarland – Lorraine – Luxembourg – Rheinland-Pfalz – Région Wallonne – Communauté française de Belgique – Deutschsprache

- chige Gemeinschaft Belgiens. Speyerer Arbeitsheft 187, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 2006.
- Böhret, Carl/Brenski, Carsten/Oertel, Martin-Peter* unter Mitarbeit von *Kathrin Böck*, Personalrotation in der Praxis. Konzepte – Konflikte – Konsequenzen, Speyerer Forschungsbericht 246, Speyer 2006.
- Böhret, Carl/Grunow, Dieter/Ziekow, Jan*, (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Regelungsgehalt - Problemfelder - Akteurspositionen, Speyerer Forschungsbericht 241, Speyer 2006.
- Brüggemeier, M./Dovifat, A./Kubisch, D./Lenk, K./Reichard, Christoph/Siegfried, T.*, Organisatorische Gestaltungspotenziale durch Electronic Government. Auf dem Weg zur vernetzten Verwaltung, Berlin 2006.
- Franke, Karola/Wald, Andreas/Bartl, Katinka*, Die Wirkung von Reformen im deutschen Forschungssystem. Eine Studie in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Mikroökonomie, Speyerer Forschungsberichte Nr. 245, Speyer 2006.
- Heidler, Richard*, Die Blockmodellanalyse. Theorie und Anwendung einer netzwerkanalytischen Methode, Wiesbaden 2006.
- Hermonies, Felix*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Frankfurt a.M. 2006.
- Hill, Hermann* (Hrsg.), Gute Staats- und Verwaltungsführung, Konzepte und Standards, Speyerer Arbeitsheft 181, Speyer 2006.
- Hill, Hermann* (Hrsg.), Quellen zur Verwaltungsmodernisierung in den Staaten Europas – Bücher, Aufsätze, Internet, Speyerer Arbeitsheft 183, Speyer 2006.
- Hill, Hermann* (Hrsg.), Verwaltungsmodernisierung in den Staaten Europas – Länderberichte I, Speyerer Arbeitsheft 184, Speyer 2006.
- Hill, Hermann* (Hrsg.), Verwaltungsmodernisierung in den Staaten Europas – Länderberichte II, Speyerer Arbeitsheft 185, Speyer 2006.
- Klages, Helmut* (Hrsg.), Aufbau eines Monitoringsystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter. Abschlussbericht (Projektphase 1), Speyerer Forschungsbericht 244, Speyer 2006.
- Reichard, Christoph/R. Mussari/S. Kupke* (Hrsg.), The Governance of Services of General Interest between State, Market and Society, Berlin 2006.
- Wirtz, Bernd W.*, Medien- und Internetmanagement, 5. Auflage, Wiesbaden 2006.
- Wirtz, Bernd W./Christoph Burmann* (Hrsg.), Ganzheitliches Direktmarketing, Wiesbaden 2006.
- Wolf, Sebastian*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Baden-Baden 2006.

3.1.6.1.2 Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

von Arnim, Hans Herbert, Der gekaufte Abgeordnete – Nebeneinkünfte und Korruptionsproblematik, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 25. Jg., Heft 3/2006, S. 249-254.

von Arnim, Hans Herbert, Nach-amtliche Karenzzeiten für Politiker? Ein Kommentar zum Fall Gerhard Schröder, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 39. Jg., Heft 2/2006, S. 44-47.

von Arnim, Hans Herbert, Diätenreform - Privilegienabbau und Wahlrechtsreform als Voraussetzungen einer Diätenerhöhung, in: Neue Juristische Wochenschrift, 59. Jg., Heft 24/2006, S. 1714-1716.

Böhret, Carl, Bessere Rechtsvorschriften durch Gesetzesfolgenabschätzungen? Ein Uralt-Thema, in: Verwaltung und Management, 12. Jg., Heft 6/2006, S. 284-292.

Hill, Hermann, Familienfreundliche Verwaltung, in: Bayerische Verwaltungsblätter, 18/2006, S. 549-553.

Hill, Hermann, Von Good Governance zu Public Leadership, in: Verwaltung und Management, Heft 2/2006, S. 81-84.

Hill, Hermann, Eine moderne Führung muss vier Dimensionen umfassen, in: innovative Verwaltung 7-8/2006, S. 16 f.

Hill, Hermann, Welche Gemeindeentwicklung hat Zukunft?, in: Bayerischer Gemeindetag 11/2006, S. 401-405.

Klages, Helmut/Gensicke, Thomas, Wertesynthese – funktional oder dysfunktional?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 58. Jg., Heft 2/2006, S.332-351.

König, Klaus, Konzepte der Verwaltungsorganisation, in: Verwaltungsarchiv 2006, S. 482 ff.

Krücken, Georg, Wandel – welcher Wandel? Überlegungen zum Strukturwandel der universitären Forschung in der Gegenwartsgesellschaft, in: die hochschule, journal für wissenschaft und bildung, Jg. 15, Heft 1/2006, S.7-18.

Margies, Burkhard, Den Bürger nicht vergessen, in: Der Gemeinderat – Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 49. Jahrgang, Ausgabe 7-8, S. 42-43.

Margies, Burkhard, Der Ton macht die Musik, in: Der Gemeinderat – Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 49. Jahrgang, Ausgabe 9, S. 48-49.

Reichard, Christoph, Strengthening competitiveness of local public service providers in Germany, in: International Review of Administrative Sciences 2006, S. 473-492.

Reichard, Christoph, Renforcer la compétitivité des prestataires de services publics locaux en Allemagne, in: Revue Internationale des Sciences Administratives 2006, S. 507-526.

- Wirtz, Bernd W./Daniel Becker*, Der strategische Ressourcenfit bei M&A – eine empirische Analyse, in: Die Betriebswirtschaft (DBW), 66. Jahrgang, Nr. 1/2006, S. 26-53.
- Wirtz, Bernd W./Jens Giere/Oliver Schilke*, Mehrdimensionale Konstrukte: Konzeptionelle Grundlagen und Möglichkeiten ihrer Analyse mithilfe von Strukturgleichungsmodellen, in: Die Betriebswirtschaft (DBW), 66. Jg., Nr. 6/2006, S. 678-695.
- Wirtz, Bernd W./Torsten Olderog*, Marketingaktionsparameter im elektronischen Handel, in: Jahrbuch für Absatz- und Verbrauchsforschung, 50. Jahrgang, Nr. 2/2006.
- Wolf, Sebastian*, Die Modernisierung des deutschen Antikorruptionsstrafrechts durch internationale Vorgaben. Momentaufnahme und Ausblick, in: Neue Juristische Wochenschrift, 59. Jg., Heft 38/2006, S. 2735-2738.
- Wolf, Sebastian*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law by International Legal Provisions, in: German Law Journal, 7. Jg., Ausgabe 9/2006, S. 785-792,
http://www.germanlawjournal.com/pdf/Vol07No09/PDF_Vol_07_No_09_785-792_Developments_Wolf.pdf.
- Wolf, Sebastian*, Zur Zukunft des Euratom-Vertrags, in: integration, 29. Jg., Heft 4/2006, S. 297-302.

3.1.6.1.3 Aufsätze in Sammelwerken

- Böhret, Carl*, Möglichkeiten und Grenzen der Folgenabschätzung als Instrument prospektiver Politikgestaltung, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Demographiemonitor, Band 2: Handlungsoptionen im demographischen Wandel, Gütersloh 2006, S. 62-100.
- Böhret, Carl*, Podium-Statement zu „Global Governance“, in: Ziekow, Jan (Hrsg.), Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik, Speyerer Forschungsbericht 243, Speyer 2006, S. 115-119.
- Fisch, Rudolf*, Motivation, in: Voigt, Rüdiger/Walkenhaus, Ralf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden 2006, S. 219-224.
- Franke, Karola/Wald, Andreas*, Möglichkeiten der Triangulation quantitativer und qualitativer Methoden in der Netzwerkanalyse, in: Hollstein, Bettina/Straus, Florian (Hrsg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 153-177.
- Hill, Hermann*, Urban Governance – Zum Wohle der Kommune, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Brennpunkt Stadt. Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt, politische Einheit, Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag, Berlin 2006, S. 155-172.
- Hill, Hermann*, Modernisierung des Staates in Deutschland – Ein Überblick – in: Konferenz der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im BMI, der DHV Speyer und der Nordwestlichen Akademie für den öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Russischen Föderation, St. Petersburg, zum Thema „Moder-

- nisierung von Staat und Verwaltung". Problemlagen, Konzepte und Erfahrungen in Deutschland vom 17. bis 19. Mai 2005, St. Petersburg 2006, S. 29-38.
- Hohn, Hans-Willy*, Der kooperative Kapitalismus und sein Forschungssystem, in: Ulrich Brinkmann, Karoline Krenn, Sebastian Schief (Hrsg.), Endspiel des kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden 2006, S. 76-97.
- Klages, Helmut*, Eigenverantwortung als zivilgesellschaftliche Ressource, in: Heidbrink, Ludger/Hirsch, Alfred (Hrsg.), Verantwortung in der Zivilgesellschaft, Frankfurt/New York 2006, S. 109-126.
- Klages, Helmut/Daramus, Carmen/Masser, Kai*, Bürgerpanels als Instrument der Bürgerbeteiligung, in: Guggemos, Peter/Thielen, Andrea (Hrsg.), Bürgermeister Handbuch. Professionelles Kommunal-Management, Ausgabe April 2006, Augsburg, S. 1-16.
- König, Klaus*, Management in einer legalistischen Verwaltung, in: Jann, Werner (Hrsg.), Public Management. Grundlagen, Wirkungen, Kritik. Festschrift für Christoph Reichard zum 65. Geburtstag, Berlin 2006, S. 23 ff.
- König, Klaus*, Zur Professionalisierung eines Graduiertenstudiums im Kontext von Politik und Verwaltung, in: Bogumil, Jörg/Jann, Werner/Nullmeier, Frank (Hrsg.), Politik und Verwaltung. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 37, Wiesbaden 2006, S. 527 ff.
- König, Klaus*, Zur Rationalität des Verwaltungshandelns, in: Spannowsky, Willy (Hrsg.), Erscheinungsbilder eines sich wandelnden Verwaltungsrechts. Günter Püttner zum 70. Geburtstag, Köln u. a. 2006, S. 57 ff.
- Krücken, Georg*, World Polity Forschung, in: Konstanze Senge/Kai-Uwe Hellmann (Hrsg.), Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006, S. 139-149.
- Krücken, Georg*, Innovationsmythen in Politik und Gesellschaft, in: Arno Scherzberg (Hrsg.), Kluges Entscheiden. Disziplinäre Grundlagen und interdisziplinäre Verknüpfungen, Tübingen 2006, S. 259-273.
- Krücken, Georg*, Wissen zwischen Netzwerk und Identität, in: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), Die Verfasstheit der Wissensgesellschaft, Münster 2006, S. 57-71.
- Krücken, Georg/Meier, Frank*, Turning the University into an Organizational Actor, in: Gili Drori/John Meyer/Hokyu Hwang (Hrsg.), Globalization and Organizations. World Society and Organizational Change, Oxford 2006, S. 241-257.
- Reichard, Christoph*, Neues Steuerungsmodell – Anspruch und Wirklichkeit, in: DIFU (Hrsg.), Brennpunkt Stadt. Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag, Berlin 2006, S. 183-197.
- Reichard, Christoph*, Organisations-PPP – Typologie und praktische Ausprägungen, in: Budäus, D. (Hrsg.), Kooperationsformen zwischen Staat und Markt. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen von PPP, Baden-Baden 2006, S. 77-94.
- Reichard, Christoph*, Public Management, in: R. Voigt/R. Walkenhaus (Hrsg.), Handwörterbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden 2006, S. 282-286.

- Reichard, Christoph*, 10 Jahre New Public Management – Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich, in: A. Hofmeister (Hrsg.), Verwaltung wohin? Der öffentliche Sektor zwischen Stabilität und Veränderung. 20 Jahre SGVW – Jubiläumsveranstaltung mit Drei-Länder-Panel am 28./29.10.2004 in Luzern, Bern 2006, S. 43-56.
- Reichard, Christoph*, Öffentliche Dienstleistungen im gewährleistenden Staat, in: GÖW (Hrsg.): Öffentliche Dienstleistungen für die Bürger – Wege zu Effizienz, Qualität und günstigen Preisen. Symposium der GÖW 2005, Berlin 2006, S. 53-79.
- Reichard, Christoph*, New Institutional Arrangements of Public Service Delivery, in: Reichard, C./R. Mussari/S. Kupke (Hrsg.), The Governance of Services of General Interest between State, Market and Society, Berlin 2006, S. 35-47.
- Reichard, Christoph*, From Public Management to Public Governance. A Changing Perspective in the German Public Sector, in: J. Franzke (Hrsg.), Making Civil Societies Work. Zivilgesellschaft und gesellschaftliche Praxis, Potsdam 2006, S. 170-181.
- Richter, P./T. Edeling/Reichard, Christoph*, Kommunale Betriebe in größeren Städten. Ergebnisse einer empirischen Analyse der Beteiligungen deutscher Städte über 50.000 Einwohner, in: W. Killian, P. Richter, J. Trapp (Hrsg.), Ausgliederung und Privatisierung in Kommunen. Empirische Befunde zur Struktur kommunaler Aufgabenwahrnehmung, Berlin 2006, S. 55-84.
- Semmet, Tobias*, EU-Referenden in Irland: Verpflichtend aber in Regierungshand, in: König, Thomas/Daimer, Stephanie/Finke, Daniel (Hrsg.), Plebiszit und Ratifikation. Eine vergleichende Untersuchung von Referenden zur Europäischen Verfassung, Speyerer Forschungsbericht 248, Speyer 2006, S. 57-68.
- Wirtz, Bernd W.*, Konzeptionelle Grundlagen des Post Merger Integrationsmanagements, in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Handbuch Integriertes Mergers & Acquisitions Management, Wiesbaden 2006, S. 707-732.
- Wirtz, Bernd W.*, Medienbetriebe, in: Köhler, R./Küpper, H.U./Pfungsten, A. (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 6. Auflage, Stuttgart 2006.
- Wirtz, Bernd W.*, Definition, Aufgaben und Ziele des Direktmarketings, in: Wirtz, B. W./Burmann, C. (Hrsg.), Integriertes Direktmarketing, Wiesbaden 2006, S. 3-22.
- Wirtz, Bernd W.*, Einführung zum integrierten Mergers & Acquisitions-Management, in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Handbuch Integriertes Mergers & Acquisitions Management, Wiesbaden 2006, S. 3-9.
- Wirtz, Bernd W./Bernd Storm*, Erfolgsfaktoren im Direktmarketing, in: Wirtz, B. W./Burmann, C. (Hrsg.), Integriertes Direktmarketing, Wiesbaden 2006, S. 89-102.
- Wirtz, Bernd W./Marc Blockus*, Der ganzheitliche Direktmarketingprozess, in: Wirtz, B. W./Burmann, C. (Hrsg.), Integriertes Direktmarketing, Wiesbaden 2006, S. 203-226.
- Wirtz, Bernd W./Nadine Sammerl*, Versandhandel – Erscheinungsformen und künftige Entwicklung, in: Zentes, J. (Hrsg.), Handbuch Handel, Wiesbaden 2006, S. 423-440.

Wirtz, Bernd W./Oliver Schilke, Konzeptionelle Grundlagen des Akquisitionsmanagements, in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Handbuch Integriertes Mergers & Acquisitions Management, Wiesbaden 2006, S. 317-338.

Wirtz, Bernd W./Richard Pelz, Wertschöpfungsstrukturen und Zielsysteme in Medienunternehmen, in: Scholz, C. (Hrsg.), Handbuch Medienmanagement, Berlin 2006, S. 261-278.

Wirtz, Bernd W./Roman Wecker, Konzeptionelle Grundlagen des Demerger-Managements, in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Handbuch Integriertes Mergers & Acquisitions Management, Wiesbaden 2006, S. 1167-1187.

Wirtz, Bernd W./Sebastian Lütje, Instrumente des Direktmarketings, in: Wirtz, B. W./Burmans, C. (Hrsg.), Integriertes Direktmarketing, Wiesbaden 2006, S. 377-402.

3.1.6.1.4 Weitere Veröffentlichungen

von Arnim, Hans Herbert/Heiny, Regina/Ittner, Stefan, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, FÖV Discussion Paper Nr. 35, Speyer 2006.

von Arnim, Hans Herbert/Heiny, Regina/Ittner, Stefan, Korruption. Begriff, Bekämpfungs- und Forschungslücken, FÖV Discussion Paper Nr. 33, Speyer 2006.

Böhret, Carl/Carsten Brenskil/Armin Liebig, Kurzübersicht über GFA und SKM sowie deren Verhältnis zueinander für die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Speyer 2006.

Daramus, Carmen, Zweite Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Herford: Einkaufen und Innenstadtgestaltung, Speyer 2006.

Daramus, Carmen, Zweite Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Viernheim: Öffentliche Sicherheit, Speyer 2006.

Daramus, Carmen, Die zweite Ratsbefragung im Rahmen des Bürgerpanels – Herford und Viernheim, Speyer 2006.

Daramus, Carmen, Befragung und Beobachtung der zweiten zentralen Bürgerversammlung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006.

Daramus, Carmen, Bürgerbefragung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006.

Daramus, Carmen, Zweite Befragung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2006.

Dedrick, Jason/Kraemer, Kenneth L., Is production pulling knowledge work to China? A study of the global computer industry. Mit einer Einführung von Heinrich Reinermann, FÖV Discussion Paper Nr. 27, Speyer 2006.

Fisch, Rudolf/Beck, Dieter, Organisationsgestaltung und Veränderungsmanagement. Die Organisationskultur als kritischer Erfolgsfaktor, FÖV Discussion Paper Nr. 37, Speyer 2006.

- Hermonies, Felix*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, interner Bericht, Speyer 2006.
- Hill, Hermann*, Nachhaltige Verwaltungsmodernisierung, FÖV Discussion Paper Nr. 30, Speyer 2006.
- Klages, Helmut*, Abschlussbericht zur externen Evaluation der Umsetzung der Gemeinsamen Zielvereinbarung des Präventiven Rats der Stadt Oberhausen, Speyer 2006.
- Margies, Burkhard*, Bericht an die Behördenleitung des LBV NRW über die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung in der Abteilung Vergütung zu den Wirkungen der Neufassung des Merkblatts „Wichtige Hinweise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ auf Zahlungsempfänger und Mitarbeiter des LBV, Speyer 2006.
- Masser, Kai*, Ergebnisse der zweiten Befragung mit der Stadt Arnsberg zum Thema „Wohnen“ (Bericht und umfangreicher Tabellenband), Speyer 2006.
- Masser, Kai*, Ergebnisse der zweiten Befragung mit der Stadt Speyer zum Thema „Wohnen“, Speyer 2006.
- Wirtz, Bernd W./Lütje, Sebastian/Schierz, Gerhardt Paul*, Elektronische Beschaffung in der Öffentlichen Verwaltung – Eine Analyse der Implementierungsbarrieren von e-Procurement in Kommunen, FÖV Discussion Paper Nr. 34, Speyer 2006.
- Wolf, Sebastian*, Maßnahmen internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung auf nationaler Ebene. Ein Überblick, FÖV Discussion Paper Nr. 31, Speyer 2006.
- Ziekow, Jan/Beck, Dieter/Hermonies, Felix/Nesseldreher, Andrea/Siegel, Thorsten/Windoffer, Alexander*, Gestaltungsoptionen und Anforderungen an Einheitliche Ansprechpartner des Vorschlags einer EU-Dienstleistungs-Richtlinie im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, 2006.

3.1.6.2 Vorträge

- von Arnim, Hans Herbert*, Vortrag „Korruption. Begriff und systemische Defizite in der Korruptionsbekämpfung“, gehalten auf der 9. Speyerer Demokratietagung am 26. Oktober 2006 in Speyer.
- Beck, Dieter*, „Projektgruppen-Coaching“. Mitwirkung an zwei Fortbildungstagen des VII. Speyerer Führungskollegs 9.2./10.2.2006.
- Beck, Dieter*, Subjektive Theorien von Entscheidungsträgern zur Gestaltung von Veränderungsprozessen in Organisationen. Vortrag im Rahmen des Berufungsverfahren für eine Professur für Sozial- und Organisationspsychologie, Fachbereich 2, Universität Siegen, 9.3.2006.
- Beck, Dieter*, Ko-Referent zu verschiedenen Themen bei der Tagung "Generierung und Transfer staatlichen Wissens im System des Verwaltungsrechts" am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn, 21.9.-23.9.2006.

- Beck, Dieter*, Weiterentwicklung der Hochschulkooperation in der Großregion/Développement de la coopération entre les institutions de l'enseignement supérieur dans la Grande Région Saarland – Lorraine – Luxembourg – Rheinland-Pfalz – Région Wallonne – Communauté française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Berichterstattung vor dem Neunten Gipfel der Großregion, Trier, 1.6.2006, im Auftrag der Landesregierung Rheinland-Pfalz.
- Beck, Dieter*, Didactic approaches in the teaching of administrative sciences at the German University of Administrative Sciences Speyer. Vortrag auf einem Workshop am 29.6.2006 an der DHV Speyer im Rahmen des China Europe Public Administration (CEPA) Programme des European Institute of Public Administration (EIPA), Maastricht, NL.
- Beck, Dieter*, Entscheidungsunterstützende Verfahren. Vortrag im Rahmen des Seminars "Strategisches Handeln in komplexen politisch-administrativen Entscheidungslagen", Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit, Lauf, 4.10. - 7.10.2006.
- Beck, Dieter*, Vortrag: Rappel des conclusions du rapport sur le développement de la coopération entre les institutions de l'enseignement supérieur dans la Grande Région. Présidence 10. Sommet de la Grande Région, Réunion "Enseignement Supérieur" à l'Université de Liège, 6.12.2006.
- Böhret, Carl*, Elchtest für Gesetze, Vortrag vor der Gesellschaft Bremerhaven 1947 am 06.02.06 in Bremerhaven.
- Böhret, Carl*, Das Handbuch für Gesetzesfolgenabschätzung, Vortrag auf der Tagung „Bessere Rechtsetzung/Bürokratieabbau“ am 06.04.06 in Speyer.
- Böhret, Carl*, Wissenstransfer damals: Das Beispiel J. J. Bechers, Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU) am 18.01.2006 in Speyer.
- Böhret, Carl*, Reden wir mal über 2016 – Anmerkungen zur Übergangsgesellschaft, Vortrag beim Tag der Bauwirtschaft am 18.05.2006 in Mainz.
- Böhret, Carl*, Ein virtueller Dialog mit Heinrich Siedentopf, Vortrag anlässlich der Emeritierung am 30.05.2006 in Speyer.
- Böhret, Carl*, Und was eigentlich ist „politische Intelligenz“?, Festvortrag zum 50. Gründungsjahr der Speyerer Wählergruppe am 11.11.2006 in Speyer.
- Fisch, Rudolf*, Eröffnung und Einführung in das Thema der Veranstaltung auf dem Forum „Der Ton macht die Musik – Chancen und Risiken bürgernaher Verwaltungssprache“, April 2006.
- Franke, Karola*, "Mode 2 policy effects on the research process. The case of publicly funded German nanotechnology", 16th ISA World Congress of Sociology - The Quality of Social Existence in a Globalising World, July 23rd-29th 2006, Durban.
- Franke, Karola*, "Bedingungen und Mechanismen des Aufbaus von Forschungs-kooperationen in Netzwerken", Arbeitstagung Wissenschaft im Kontext, 14.-15. Dezember 2006, Universität Düsseldorf.

- Heiny, Regina/Ittner, Stefan*, Präsentation des Projekts „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“ im Rahmen des FÖV-Forschungskolloquiums am 05.01.2006.
- Heiny, Regina/Ittner, Stefan*, Präsentation des Projekts „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“ im Rahmen des FÖV-Forschungskolloquiums am 06.07.2006.
- Hill, Hermann*, Welche Gemeindeentwicklung hat Zukunft?, Vortrag bei der 2. Zukunftskonferenz von Innbrücke 21/regio Impuls, Verein zur Förderung der Regionalentwicklung am 14.10.2006 in Schloss Aurolzmünster/Ober-Österreich.
- Jansen, Dorothea*, „The governance of research networks – The role of self-organization, organizations and external stakeholders“, gehalten auf der EASST Conference, University of Lausanne, 23.-26. August 2006.
- Klages, Helmut*, Neue Wege der Bürgerbeteiligung, Bundesvereinigung der Lokalredakteure deutscher Tageszeitungen, Augsburg, 11.05.2006.
- Klages, Helmut*, Die Korrelation von Eigenverantwortung und sozialer Sensibilität, Fachgespräch der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung zum Thema „Werte- und Akzeptanzstudie: Soziokultureller Rahmen für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell“, Berlin, 17.05.2006.
- Klages, Helmut*, Neue Wege der Entwicklung einer kommunalen Beteiligungskultur, Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zum Thema „Strategische Kulturpolitik“, 07.-09.06.2006.
- Klages, Helmut*, Vision Verantwortungsgesellschaft, Tagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit (EaFA) zum Thema „Platz für Potenziale?“, Hannover, 07.06 2007.
- Klages, Helmut*, Civil Society in a Future Concept of Governance, First European Summit on Modernization of the Public Sector, DHV Speyer, 24.08.2006.
- Klages, Helmut*, Ehrenamtliches Engagement 50 plus, Tagung „Älter werden in Deutschland“ des BMFSFJ und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bonn, 14.09.2006.
- Klages, Helmut*, Ergebnisse der externen Evaluation der Umsetzung der Gemeinsamen Zielvereinbarung des Präventiven Rats der Stadt Oberhausen, 39. Sitzung des Präventiven Rats der Stadt Oberhausen, 10.11.2006.
- Klages, Helmut*, Bürgerschaftliches Engagement – Normalfall oder Ausnahme?, Tagung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Verpasste Chancen? – Demokratie und Partizipation“, Lingen, 28. November 2006.
- Margies, Burkhard*, Vortrag „Welche Worte wirken wie?“ auf dem Forum „Der Ton macht die Musik - Chancen und Risiken bürgernaher Verwaltungssprache“, April 2006.
- Masser, Kai*, Das lokale Bürgerpanel – ein Weg zu breiterer und nachhaltigerer Bürgerbeteiligung?, Herbsttagung des AK Lokale Politikforschung in Münster,

28./29.9.2006 zum Thema „Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden – Reformen und ihre Konsequenzen im Bundesländervergleich“.

Reichard, Christoph, Vortrag über New Public Management Evaluierung am 19.01.06 an der Universität Hannover.

Reichard, Christoph, Vortrag über NPM Evaluierung am 18.05.06 an der Universität Hamburg.

Reichard, Christoph, Leitung: internationale Konferenz der EFMD zu Public Management-Entwicklungen in Aix-en-Provence am 15./16.6.06.

Reichard, Christoph, Vortrag zur NSM-Evaluierung am 25.9.06 in Bremen.

Reichard, Christoph, Vortrag zur NSM-Evaluierung am 19.10. 06 an der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen.

Wolf, Sebastian, Präsentation des Projekts „Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse“ im Rahmen des FÖV-Forschungskolloquiums am 06.07.2006.

3.2 Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

3.2.1 Leitung

Leiterin der Sektion: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Stellvertreterin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Sektionsreferent: Dipl.-Volkswirt Dr. rer. pol. *Nils Otter*

3.2.2 Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bauer*, Potsdam

Univ.-Prof. Dr. *Bernard Dafflon*, Fribourg (Schweiz)

Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Univ.-Prof. Dr. *Thomas König*

Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*

Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*

3.2.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2008-2012

Mit dem Ausdruck „Mehrebenensysteme“ umschreibt die Politikwissenschaft seit einigen Jahren die Analyse von Binnenstrukturen des öffentlichen Sektors, bei der die Interaktionen zwischen verschiedenen konstitutionell oder funktional selbständigen Ebenen im Mittelpunkt stehen. Die Etablierung einer supranationalen Ebene in Europa sowie die Herausforderungen im Rahmen der Globalisierung haben die Grenzen nationaler Problemlösungsmuster und traditioneller staatlicher Steuerungsinstrumente erkennbar werden lassen. Neue Interaktionsmuster haben sich etabliert, wobei sich die Politikwissenschaft verstärkt den Akteuren und ihren Interaktionen sowie den Auswirkungen dieser „Netzwerke“ auf die Problemlösungsfähigkeit und auf die Art und Weise der Steuerung des öffentlichen Sektors (Stichwort: „*governance*“) gewidmet hat.

Mit den ihnen jeweils typischen Ansätzen haben auch die Rechtswissenschaft und die Volkswirtschaftslehre auf die entsprechenden Entwicklungen reagiert. Die Veränderungen von mehr oder weniger formalen Verhandlungsnetzen und Kooperationen hat Auswirkungen auf die Binnensteuerungsfähigkeit des Rechts. Eine hierarchische Beschränkung von Kompetenzen verliert angesichts von Absprachen und Kooperationen ihre Wirkmächtigkeit, zumal wenn die jeweiligen Gebietskörperschaften miteinander verstärkt konkurrieren. Die Globalisierung selbst hat darüber hinaus zusätzlichen Kooperationsbedarf bewirkt welcher die Schaffung von Vertragswerken und neuen supra- und internationalen Institutionen bzw. eine Veränderung der bestehenden Regelwerke und Institutionen erfordert.

In der Wirtschaftswissenschaft spiegeln sich diese Entwicklungen insbesondere in der Föderalismustheorie wider. Die normativen Konsequenzen aus dem traditionell funktionalen Ansatz der „Public Finance“, die sowohl die kommunalen Gebietskörperschaften als auch Europa als integrative Einheiten eines föderativen Mehrebenensystems angesehen hat, wurden in den letzten 30 Jahren durch die Erkenntnisse der „Public Choice“-Analyse relativiert. Daraus resultierten Forderungen nach verstärkter Dezentralisierung sowie der Implementation von binnenstaatlichen Wettbewerbsstrukturen zur Intensivierung der politischen Kontrolle. In jüngster Zeit fokussiert außerdem die Neue Institutionenökonomie die Interdependenz zwischen Akteuren, Institutionen und Regelwerken bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Effizienz staatlicher Institutionen. Von der theoretischen wie von der empirischen Seite werden überdies Probleme des nationalen und internationalen Finanzausgleichs thematisiert.

Gemeinsamer Forschungsgegenstand aller am FÖV vertretenen Disziplinen unter dem Etikett „Mehrebenenpolitik“ ist die Analyse von Handlungserfordernissen und –mustern *innerhalb* des öffentlichen Sektors, an der *mindestens zwei* föderative Ebenen (im funktionalen Sinn, d.h. einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Europa sowie anderer supranationaler Organisationen) interaktiv beteiligt sind oder bei denen nachgeordnete Ebenen über die Grenzen ihrer nationalen Systeme hinaus und ohne direkte Beteiligung der nationalen Regierungen direkt miteinander kooperieren. Der Schwerpunkt der Untersuchungen wird dabei auf der Analyse der Binnenstrukturen und ggf. ihrer Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit des öffentlichen Sektors liegen, weniger auf der Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft/Markt oder auf Steuerungsproblemen, welche auch unabhängig von der Mehrebenenproblematik analysiert werden können (→ Sektion III).

Die Forschungsansätze der Sektion zur Analyse der Mehrebenenpolitik sollen sich einerseits durch interdisziplinäre Vielfalt auszeichnen, andererseits aber auch bei einer kritischen Analyse durch Gutachter und Gutachterinnen aus den Ursprungsdisziplinen Bestand haben. Es gilt, die Erkenntnisse aus den anderen Wissenschaftsdisziplinen auf den Erkenntnisgegenstand „Staat und Verwaltung“ anzuwenden. Vor diesem Hintergrund ist der empirische Bezug auf der Basis einer aus den Grundlagendisziplinen abgeleiteten theoretischen Fundierung von zentraler Bedeutung. Auf diesen theoretischen Erkenntnissen aufbauend liegt in methodischer Hinsicht ein gemeinsamer Schwerpunkt der Forschung im Bereich der Komparatistik. Die Methodik des institutionellen Vergleichs erweist sich insbesondere für solche Fragestellungen als zweckdienlich, die sich nicht allein anhand theoretischer Überlegungen klären lassen bzw. die einen starken Bezug zu interdisziplinären Problemstellungen besitzen. In internationaler Perspektive weisen sowohl die bestehenden Verfassungssysteme und Verwaltungsstrukturen als auch die korrespondierenden föderalen Finanzbeziehungen eine sehr große Heterogenität auf, so dass ihre Vergleichbarkeit nicht *prima facie* gegeben ist.

Die Forschung der Sektion konzentriert sich daher im Bereich der *Grundlagenforschung* einerseits auf die Weiterentwicklung geeigneter theoretischer Analysekonzepte und andererseits auf den Aufbau entsprechender empirischer Datenbestände. Dies gilt sowohl für den Bereich der Rechtswissenschaft, wobei der Vergleich der Rechtslage und der Rechtspraxis in unterschiedlichen Staaten im Sinne eines Rechts- und Verwaltungskulturvergleichs weiter vertieft werden soll, als

auch für die sozialwissenschaftlichen Forschungsdisziplinen, zumindest sobald der zuweilen restriktive Rahmen rein modellorientierter Forschung zugunsten einer Analyse bestehender Institutionen verlassen wird (Stichwort: „*comparative institutional analysis*“). Im Hinblick auf die *Anwendungsorientierung* der Sektionsforschung soll es insbesondere durch die vergleichende empirische Analyse ermöglicht werden, die Zielkonflikte der jeweiligen Mehrebenensysteme festzustellen und damit die in der Praxis implementierten Lösungsmöglichkeiten auf ihre Leistungsfähigkeit zu untersuchen. Inhaltlich konzentriert sich das Forschungsprogramm der Sektion in den nächsten Jahren auf die nachfolgenden zwei Themenschwerpunkte:

3.2.3.1 Der Europäische Verwaltungsraum – Formelle und informelle Strukturen und Prozesse

Der Leitbegriff des Europäischen Verwaltungsraums geht davon aus, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht nur eine Rechtsgemeinschaft bilden, sondern sich zunehmend auch zu einer Verwaltungsgemeinschaft entwickeln. Zu seiner empirischen und wissenschaftlichen Erfassung und Durchdringung bedarf es einer interdisziplinären Forschungsstrategie aus verwaltungs-, rechts-, politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Trotz der Aufrechterhaltung des unionsrechtlichen Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung und der damit verbundenen Betonung einer „Verwaltungsautonomie“ der Mitgliedstaaten ist mittlerweile ein hoher Grad an Verflechtung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen wie zwischen den nationalen Verwaltungsräumen entstanden.

Die nur teilweise formalisierten Strukturen und Prozesse der zu beobachtenden Interaktionen sind bislang wenig erforscht. Während etwa die Europäisierung des Verwaltungsrechts schon seit längerem die Aufmerksamkeit der Rechtswissenschaft und der Verwaltungswissenschaft gefunden hat, fehlt es weiterhin an einer eingehenden Untersuchung der Konvergenzphänomene, ihrer Ursachen jenseits der so genannten funktionalen – durch gemeinschaftsrechtliche Erfordernisse induzierten – Konvergenzen, ihrer Reichweite, ihrer rechts- und verwaltungskulturellen Voraussetzungen sowie ihrer Auswirkungen auf die Interaktionen der Verwaltungen. Hinsichtlich der interadministrativen Kooperation und deren Vernetzung im Funktionsgefüge des Europäischen Verwaltungsraums bedürfen neue Formen der Verkoppelung von Sachverstand, Aufgabenzuschnitt und Verwaltungskapazität näherer Erforschung. Dies gilt etwa im Rahmen der sog. Komitologie oder der europäischen Agenturen im vertikalen und horizontalen Regulierungsverbund, aber auch allgemeiner bei der erforderlichen Aufgaben- und Verfahrensdifferenzierung in den einzelnen Politikbereichen im Hinblick auf initiiierende, exekutierende, kontrollierende oder sanktionierende Funktionen der verschiedenen Verwaltungsebenen. Herauszuarbeiten sind ferner gemeinsame Handlungsgrundlagen der öffentlichen Verwaltungen als Basis für neue – unions- und mitgliedstaatsrechtlich adäquate – Gestaltungsformen im Europäischen Verwaltungsraum. Dazu gehört die Entwicklung gemeinsamer Standards im Verwaltungsverfahren, im Rechtsschutz oder auch der Verwaltungsorganisation auf komparatistischer Grundlage ebenso wie die Erfassung und Analyse eines bereits vorhandenen „non-formalized administrative acquis communautaire“ (SIGMA Papiere der OECD), der von der Europäischen Union vorauszusetzen ist.

Der Forschungsschwerpunkt „Der Europäische Verwaltungsraum“ nimmt Strukturen und Prozesse in der institutionellen Ordnung des europäischen Mehrebenensystems nicht nur phänomenologisch in den Blick, sondern macht auch sektorspezifische, d.h. an Politikfeldern ausgerichtete Entwicklungen zum Gegenstand der Forschung, wie die geplanten und erwogenen Forschungsprojekte im Rahmen der Sektion für die überschaubare Forschungsperiode im Einzelnen veranschaulichen.

3.2.3.2 Analyse und Vergleich föderaler Systeme

Föderative Staaten gehören bereits begriffsbedingt zu den Mehrebenensystemen. Ihre Konstruktionsmuster erleben seit einigen Jahren eine wachsende Bedeutung auch im Hinblick auf Konfliktlösungsmuster in multi-ethnisch strukturierten Staaten. Darüber hinaus versprechen sich vor allem Ökonomen von föderativen Strukturen einen kleineren und effizienteren, insgesamt aber auch den Präferenzen der Wählerinnen und Wähler stärker entsprechenden Staatssektor. Bemerkenswerterweise findet in den bisher zentralistisch oder unitarisch organisierten Staaten ebenfalls ein Prozess der Verlagerung von Kompetenzen und Ausdifferenzierung regionaler Eigenheiten statt. Dieser Prozess wird zur Unterscheidung von der originär föderativen Staatsordnung Regionalisierung genannt. Gemeinsam ist den Entwicklungen in beiden Staatstypen außerdem, dass insbesondere auch eine Dezentralisierung von staatlichen Aufgaben auf nachgelagerte, autonome und teilautonome Ebenen diskutiert wird. Zumindest prima facie ist eine Konvergenz der institutionellen Strukturen zu erwarten.

Ziel des Forschungsschwerpunktes ist es, die Entwicklungen in den föderativen und in den sich „regionalisierenden“ Staaten aufzuarbeiten und unter Heranziehung theoretisch fundierter Bewertungskriterien zu evaluieren. Dabei sind sowohl die rechtlich-institutionellen Arrangements und Regelwerke bezüglich ihrer Steuerungsfähigkeit durch die Politik bzw. die öffentliche Verwaltung von Bedeutung, als auch die stärker normativ geprägten Ansätze der Theorie des „Fiscal Federalism“ und deren praktische Umsetzung in die Verwaltungspraxis. Auch die räumlichen Auswirkungen des Wandels der föderativen und regionalen Beziehungen sind für weitergehende Forschungen von großem Interesse: Welchen Einfluss haben sie auf die räumliche ökonomische Entwicklung, die Einkommenssituation der Menschen, das Wanderungsverhalten, auch auf das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der herkömmlichen Nationalstaaten, und welche Rückwirkungen sind wiederum von diesen Entwicklungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in Politik und Verwaltung zu erwarten? Die Methode des empirischen Vergleichs dient vor diesem Hintergrund dazu, theoretische Hypothesen angesichts unterschiedlich ausgestalteter föderaler Systeme zu testen und wiederum neue Erkenntnisse für die Erklärung von Wirkungszusammenhängen oder politischen Gestaltungsempfehlungen zu gewinnen.

Weiterhin stellt sich bei einem Vergleich föderativer Systeme die Frage, welche Akteure in welchen Einheiten fungieren und welche Handlungsspielräume vorhanden sind. Anschaulichstes Beispiel für diese Fragestellung der politikwissenschaftlichen Politikverflechtung(sfalle) dürfte die in Deutschland geführte Reformstau-Debatte bilden, bei der von manchen Beobachtern der Bundesrat als

Bremser der notwendigen Reformen verantwortlich gemacht wird. Aus empirischer Sicht fällt jedoch auf, dass keine allgemeingültigen Ergebnisse vorliegen, d.h. lediglich Erkenntnisse aus ausgewählten Politikbereichen, aus einzelnen Perioden und nur in geringer Zahl. Historisch-quantitative Untersuchungen fehlen ebenso wie Analysen, die der relativen Erklärungskraft einzelner Merkmale und Erklärungsansätze nachgehen. Sind etwa der Bundesrat oder die Parteien verantwortlich, und gibt es noch weitere Faktoren bei der Beurteilung von Handlungsspielräumen, die noch nicht zur Diskussion standen? Diese am Beispiel von Deutschland aufgezeigten Defizite treffen durchaus auch auf andere föderale Systeme zu.

Berührungspunkte zu anderen Forschungsschwerpunkten

Berührungspunkte zu anderen Forschungsschwerpunkten am Institut bestehen zum Forschungsschwerpunkt „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ der Sektion I und zu den beiden Forschungsschwerpunkten „Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen“ sowie „Öffentlich-Private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften“ der Sektion III. Mit dem Schwerpunkt „Regulierung“ verbindet das hier skizzierte Forschungsprogramm das Interesse an der Wirkungsweise verschiedener Regelungsinstrumente, insbesondere der verstärkte Einsatz von Anreiz- und Marktmechanismen bei rechtlicher Deregulierung. Hier lässt sich auch ein deutlicher Einfluss der EU auf die nationale Ebene feststellen. Kooperationsarenen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren spielen im Forschungsprogramm sowohl bei der Politikdefinition (z.B. Komitologie, Beratungsverfahren) als auch bei der Politikimplementierung eine große Rolle.

Der Bezug auf den Schwerpunkt „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ der Sektion I ergibt sich aus der Ähnlichkeit der nationalen und europäischen Modernisierungs- und Reformprozesse und der Notwendigkeit, effektive und effiziente Governancestrukturen zu entwickeln. Ein wichtiges Ergebnis der am FÖV koordinierten DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“ ist die Bedeutung der Verzahnung von organisationsinterner Governance von Universitäten und Forschungseinrichtungen und externer Governance im Sinne des Wettbewerbs um Forschungsförderungsmittel mit erheblichem Einfluss auf die Reform(un-)fähigkeit der Organisationen. Ein geplantes institutionell finanziertes Projekt der Sektion II wird sich in Abstimmung mit einem im Rahmen der DFG-Forschergruppe finanzierten Projekt eines externen ordentlichen Mitglieds der Sektion I mit der Ausgestaltung der Wettbewerbsprogramme der EG insbesondere mit der Rolle alter und neuer intermediärer Akteure im europäischen Forschungsraum befassen. Das zur Fortsetzung der Förderung positiv begutachtete Teilprojekt „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“ aus der Sektion I wird hierzu ferner Beobachtungen der Effekte der „Europäisierung“ auf der intraorganisationalen Ebene liefern.

3.2.4 Projekte

3.2.4.1 Der Europäische Verwaltungsraum

3.2.4.1.1 Laufende Projekte

- II/1. *König, T./von Hagen (ZEI Bonn)/Bräuninger (Universität Konstanz)/Luetgert (Speyer)/Mäder/Treutlein (ZEI Bonn): „Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Untersuchung der Unitarisierungsauswirkungen der Europäischen Union auf die Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten“*

Laufzeit: 1.2.2004 bis 31.1.2008

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

1. Hintergründe

Der europäische Integrationsprozess hat dazu geführt, dass in vielen Politikbereichen nationale Handlungskompetenzen auf die Ebene der Europäischen Union (EU) übertragen wurden. Seit Mitte der 80er Jahre droht dadurch eine politische Unitarisierung, die kennzeichnend für viele föderative Systeme ist. Von besonderem Interesse ist aus politikwissenschaftlicher Sicht die seit einigen Jahren andauernde Diskussion um das parlamentarische Defizit, die zu einer stärkeren Einbindung des Europäischen Parlaments beigetragen hat. Eine andere, bislang wenig beachtete Möglichkeit, diese Debatte zu führen, dürfte die Frage nach der Entparlamentarisierung bei der Transposition von Richtlinien in nationales Recht sein: Je seltener eine parlamentarische Einbindung und je größer die Ähnlichkeit der nationalen Übertragungsmuster, desto größer wäre die politische Unitarisierung.

Das vorliegende Forschungsprojekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1142 „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“ für den Zeitraum vom 01.02.2004 bis 31.01.2008 gefördert. Dieses interdisziplinäre Projekt, das politik- und wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen miteinander verbindet, wird von Professor Dr. *Thomas König* (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer), Professor Dr. *Jürgen von Hagen* (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Universität Bonn) und PD Dr. *Thomas Bräuninger* (Universität Konstanz) geleitet.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt soll Aufschluss geben, wie groß das Ausmaß an Unitarisierung durch EU Rechtsetzung tatsächlich ist, wie sich diese im Laufe der Jahre entwickelt hat, in welchem Zusammenhang sie mit der wirtschaftlichen Entwicklung Europas und der Mitgliedstaaten steht und ob sie den normativen Aussagen der Theorie des fiskalischen Föderalismus entspricht. Dies impliziert drei Teilziele: Erstens die empirische Erfassung und Nachzeichnung dieses Prozesses, zweitens die Untersuchung der Gründe

für die Unitarisierung und deren zu erwartenden unterschiedlichen Geschwindigkeiten, und drittens die Abschätzung der Folgen für die mitgliedstaatlichen Gesetzgebungskompetenzen.

3. Vorgehen

Das Projekt gliedert sich in zwei Arbeitsphasen, den Aufbau einer Datenbank und die empirische Analyse des erstellten Datenmaterials. In der ersten Phase wurde eine Datenbank, welche die Grundgesamtheit aller verbindlichen EU-Rechtsakte (Verordnungen, Entscheidungen, und Richtlinien) seit der Einheitlichen Europäischen Akte abdeckt, aufgebaut. Darüber hinaus wurden in diese Datenbank auch sämtliche nationalen Rechtsakte eingegeben, welche die Mitgliedstaaten der Kommission zur Richtlinienumsetzung gemeldet haben. Zur Erstellung wurde eine vollständige Erhebung der elektronisch verfügbaren Volltextinformationen zu den einzelnen europäischen und nationalen Rechtsakten durchgeführt, die anschließend mit speziell dazu entwickelter Software textanalytisch behandelt und für eine quantitative Analyse aufbereitet wurden.

In der zweiten Arbeitsphase wird die Dynamik des Unitarisierungsprozesses untersucht und ein polit-ökonomisches Modell formuliert, aus der Ableitung von Hypothesen über die Auswirkung von spezifischen exekutiv-legislativen Beziehungen auf die Umsetzungstätigkeit der Mitgliedstaaten dient. Weiterhin soll aus ökonomischer Sicht gefragt werden, ob die Umsetzungstätigkeit der Mitgliedstaaten von deren wirtschaftlichen Entwicklungen abhängt. Die Verbindung von Akteursinteressen, politischen Institutionen und wirtschaftlicher Entwicklung soll Aufschluss über die Unitarisierung in den Mitgliedsstaaten der letzten 20 Jahre liefern, um Einsichten und Erkenntnisse der bislang vorwiegend durchgeführten Fallstudien auf quantitativ-statistischer Basis zu überprüfen bzw. zu ergänzen.

4. Ergebnisse

Erste deskriptive Analysen zeigen, dass der Grad der parlamentarischen Beteiligung bei der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien sowohl in den untersuchten Politikbereichen als auch in den Mitgliedstaaten und über die Zeit hinweg stark variiert. Vorläufige statistische Auswertungen deuten darauf hin, dass vor allem die Eigenschaften der jeweiligen Richtlinien, bspw. die Konfliktintensität innerhalb des Ministerrats oder auch der jeweilige Richtlinientyp, den Grad der Beteiligung der jeweiligen nationalen Parlamente bei der Richtlinienumsetzung stark beeinflussen.

5. Veröffentlichungen

T. König/B. Luetgert/L. Mäder, „Troubles with Timeliness: Explaining Trends in Transposition Delay“ auf der Konferenz des European Consortium for Political Research – Joint Sessions – Granada, Spain; 14-19 April, 2005; *T. König/B. Luetgert/L. Mäder*, „Troubles with Timeliness: Explaining Trends in Transposition Delay“ auf der DFG Konferenz „Institutional Design of Federal Systems: Theory and Empirical Evidence“, 28-30 Juli 2005,

Regensburg, Deutschland; *Thomas König/Brooke Luetgert*, „Troubles with Transposition: Explaining Trends in Member State Notification Failure and Timeliness“, *British Journal of Political Science* (revise and resubmit).

- II/2. *Siedentopf/Speer*: „Der Europäische Verwaltungsraum und seine Anforderungen an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland“

Laufzeit: 1.8.2005 bis 31.1.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die vielfältigen Anforderungen, welche eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union auch an den lange Zeit als nationale „domaine réservé“ verstandenen öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten stellt, sind nur unzureichend erforscht. Ursächlich dafür ist u. a. ihr geringer gemeinschaftsrechtlicher Kodifizierungsgrad, der über das tatsächliche Ausmaß nicht normierter funktioneller Anforderungen, die sich unmittelbar aus der politisch-institutionellen Funktionsweise des europäischen Mehrebenensystems ableiten, hinwegtäuscht. Auch für Deutschland ist demnach zu konstatieren, dass die Befassung mit der Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes, von der die europäische „Leistungsbilanz“ eines Staats- und Verwaltungssystems entscheidend abhängt, erhebliche Defizite aufweist.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Primäre Zielsetzung des Projekts ist die systematische Erarbeitung sowohl der gemeinschaftsrechtlichen als auch zentraler funktioneller Anforderungen der europäischen Integration an den deutschen öffentlichen Dienst, wobei zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene zu differenzieren ist. Die wissenschaftliche Grundlage bilden die konzeptionellen Überlegungen zum Entstehen eines Europäischen Verwaltungsraums, die dadurch gleichzeitig auf ihre Validität hin überprüft werden. Die erstmalige Auswertung des sehr heterogenen verwaltungspolitischen Diskurses zur Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes und der Versuch einer Kontrastierung mit der Verwaltungsrealität – soweit sich diese überhaupt der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit eröffnet – sowie ggf. die Formulierung von Reformempfehlungen begründen angesichts des großen Wissens- und Beratungsbedarfs die verwaltungspraktische Relevanz des Projekts.

3. Vorgehen

In einem ersten Schritt werden die gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen an den deutschen öffentlichen Dienst für die Bereiche der Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes, der Arbeitsplatzsicherheit, des Gesundheitsschutzes etc. diskutiert. Demgegenüber lassen sich funktionelle Anforderungen nur indirekt aus der allgemeinen Funktionsweise der Europäischen Union und den diesbezüglichen Aufgaben deutscher öffentlich Bediensteter auf der supranationalen

Ebene (Komitologie etc.), auf der bi- und multilateralen Ebene (Koalitionsbildung etc.) und auf der nationalen Ebene (staatsebenenübergreifende intra- und interministerielle Kooperation/Koordination etc.) ableiten. Angestrebt wird die Identifizierung von Anforderungsprofilen, die sich daraus sowohl für den Idealtypus des europafähigen Bediensteten als auch für die Personalpolitik (Ausbildung, Rekrutierung, Verwendungsplanung, Weiterbildung) des öffentlichen Dienstes insgesamt als Soll-Zustand ergeben. Ihnen sollen die vielfältigen Europa-Konzepte gegenübergestellt werden, die in Bund, Ländern und Kommunen – und hier wiederum in einzelnen Behörden jeweils unterschiedlich – begegnen. Die zumindest partielle Einschätzung der tatsächlichen Wirkkraft solcher Konzepte (Ist-Zustand) als Vorbedingung für die Entwicklung von Reformstrategien ist wegen der Vertraulichkeit personalpolitischer Entscheidungen das empirisch anspruchsvollste Anliegen des Projekts, das nur inkrementalistisch und unter Verwendung eines qualitativen und quantitativen Methodenpluralismus zu verwirklichen sein wird.

4. Ergebnisse

Einzelergebnisse liegen vor und sind mit Experten aus Wissenschaft und Praxis diskutiert worden. Eine darüber hinausgehende Darstellung erfolgt erst bei Projektabschluss.

5. Veröffentlichungen

B. Speer, Europafähigkeit mitgliedstaatlicher Verwaltungen aus deutscher Perspektive – Tendenzen in der Praxis und Probleme der wissenschaftlichen Erfassung am Beispiel des deutschen öffentlichen Dienstes, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), *Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung*, Speyer 2006 [*im Erscheinen*]; *H. Siedentopf/B. Speer*, La notion d'espace administratif européen, in: J.-B. Auby/J. Dutheil de la Rochère (Hrsg.), *Droit Administratif Européen*, Editions Bruylant: Paris, 2006 [*im Erscheinen*]; *H. Siedentopf/B. Speer*, Auslands- und Fremdsprachenkenntnisse in der Einstellungs- und Entsendepraxis des deutschen höheren Ministerialdienstes, hrsg. v. Berliner Initiative/Robert Bosch Stiftung, Berlin o. J. [2004], 67 S. [unter Mitarbeit von *A. Unkelbach*]; *H. Siedentopf/B. Speer*, The European Administrative Space from a German Administrative Science Perspective, in: *International Review of Administrative Sciences*, Vol. 69, Nr. 1, 2003, S. 9-28; *H. Siedentopf/B. Speer*, Europäischer Verwaltungsraum oder Europäische Verwaltungsgemeinschaft – Gemeinschaftsrechtliche und funktionelle Anforderungen an die öffentlichen Verwaltungen in den EU-Mitgliedstaaten, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 18/2003, S. 753-763.

- II/3. *König, T./Daimer/Finke: „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“*

Laufzeit: 1.1.2006 bis 31.12.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Der Prozess der Europäischen Verfassungsbildung fand in der Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs und dessen Unterzeichnung durch alle Mitgliedstaaten einen vorläufigen Höhepunkt. Den Durchbruch hierfür brachte erst die Vermittlung der irischen Präsidentschaft im Frühjahr 2004. Allerdings geriet der Ratifikationsprozess mit den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die das Interesse der breiten Öffentlichkeit auf den Verfassungsentwurf und die Debatte um Reform und Zukunft der Europäischen Union lenkten, ins Stocken. Mittlerweile haben 15 Mitgliedsstaaten erfolgreich parlamentarisch ratifiziert, jedoch trifft dies lediglich auf zwei (Luxemburg und Spanien) der zehn Staaten zu, die Volksabstimmungen über den Vertrag angekündigt haben. Wenngleich die parlamentarischen Ratifikationshürden in vielen Ländern den hohen qualifizierten Erfordernissen für Verfassungsänderungen entsprechen, sieht dies bei Staaten mit Volksabstimmungen anders aus. Obwohl noch unklar ist, wie der Verfassungsentwurf gerettet werden kann, liegen derzeit alle Hoffnungen auf die im Anschluss an die selbst auferlegte Reflektionsperiode beginnenden deutsche Ratspräsidentschaft. Aufbauend auf den empirischen Quellen des EU Forschungsprojekts „Domestic Structures and European Integration“ soll ein entscheidender Beitrag zur Beantwortung dieser aktuellen Frage geleistet werden. Genauer gesagt sollen die Grenzen und Möglichkeiten eines Vertragsentwurfs über die Konflikthaftigkeit der verhandelten Themendimensionen und ihrer Perzeption auf der nationalen Ebene bestimmt werden.

2. Forschungsfragen / Zielstellung:

Das Forschungsprojekt stellt die folgenden Fragen: Welche Interaktion besteht zwischen den formalen institutionellen Ratifikationserfordernissen und den Einstellungen und Meinungen zum europäischen Integrationsprozess auf Seiten der politischen Parteien und der Bevölkerungen? Welche inhaltlichen Dimensionen liegen den Erwartungen und Bewertungen der Parteien und Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten zugrunde? Wie unterscheiden sich diese Dimensionen in puncto Anzahl an Dimensionen und inhaltlicher Ausrichtung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat und welche Positionen nehmen die Akteure auf diesen Dimensionen ein, die einer Ratifikation zustimmen müssen? Zentral sollen in einem zweiten Schritt die Gründe für die unterschiedlichen Ratifikationssituationen herausgearbeitet werden: Sind es die institutionellen Hürden oder die inhaltlichen Faktoren, die Wahrscheinlichkeiten für Erfolg und Scheitern in den Mitgliedstaaten bedingen? Inwieweit unterscheiden sich die Prozessmerkmale? Schließlich sollen in einem dritten Schritt die Besonderheiten von Referenden un-

tersucht werden. Zwei Fragen stehen bei diesem Themenkomplex im Mittelpunkt, zum einen die Frage nach der Art der Referenden, zum anderen nach der Sequenzialität von Referenden in den Mitgliedstaaten, also inwieweit die Art und die Abfolge der Referenden Auswirkungen auf ihren Ausgang haben.

3. Vorgehen

Ganz allgemein stehen die Positionen der ratifizierenden Akteure im Vordergrund, wobei wir die Positionen der Parteien von denen der Bevölkerungen unterscheiden. Für die Parteien zeigt sich, dass die Programme der nationalen Parteien bislang sehr unspezifisch in Bezug auf den Themenraum der EU-Verfassung sind. Dennoch sollen diese Dokumente gesammelt, verschlagwortet und mittels des computergestützten Dokumentenanalyseprogramms der DOSEI Partner (Michael Laver und Ken Benoit) ausgewertet werden. Bezüglich der Bevölkerungseinstellungen hat sich herausgestellt, dass es kaum noch möglich ist, Fragen in den Eurobarometer-Umfragen einzubringen und so gezielt Themen zum Verfassungsentwurf abfragen zu können. Daher soll ein Mitarbeiter die vorhandenen Umfragen zusammenstellen, eine Verbindung zum Themenraum herstellen und die Auswertung für die Referenden auf dieser Grundlage begleiten.

Für die Erfassung der Parteipositionen möchten wir das erfolgreich angewandte Instrument der schriftlichen Expertenbefragung anwenden und eine Umfrage unter den ratifizierenden Parteien in den 25 Mitgliedstaaten durchzuführen, um deren Positionen zu erheben. Im Fall von Nicht-Beantwortung der schriftlichen Befragung soll von einem Mitarbeiter ein Interview vor Ort angeboten werden, durch das erfahrungsgemäß die ausstehenden Daten gewonnen werden können. Unser Einsatz von Befragungen der Delegierten der Regierungskonferenzen von Nizza (2000) und Brüssel (2003) sowie des Europäischen Konvents (2002) haben gezeigt, dass dieses Instrument hohe Antwortraten ermöglicht, wenn man die Befragten in ihrer Muttersprache anspricht und zum Ausfüllen eine Homepage zur Verfügung stellt.

Diese Vorgehen erfordert im einzelnen die folgenden Arbeitsschritte: 1.) Identifikation der Dimensionalität des Themenraumes in den Mitgliedstaaten, 2.) die Analyse der Durchsetzung der Staaten bei der Regierungskonferenz, 3.) die Analyse des strategischen Einsatzes von Referenden und 4.) die Analyse der Abfolge der Abstimmungen in den Ländern.

4. Vorläufige Ergebnisse

Als wesentliche Vorarbeit zum Projekt wurde in dem EU-Forschungsprojekt „Domestic Structures and European Integration“ (DOSEI) der Verfassungsbildungsprozess dokumentiert und bis zum Stadium der Unterzeichnung analysiert. Eines der Hauptanliegen von DOSEI ist, die verschiedenen Phasen der Verfassungsbildung und ihre Bedeutung für das Ergebnis zu untersuchen. Mit dem Anspruch, ein einzigartiges historisches Archiv über die Inhalte und Positionen der an der Verfassungsentwicklung betei-

lichten Akteure anlegen zu wollen, soll durch die Verbindung zu DOSEI ein besonderer Beitrag nicht nur für Erforschung der vorliegenden Fragen, sondern auch für die empirische EU-Forschung insgesamt leisten.

Bislang liegen die Einstellungen und Interessen von allen relevanten (nationalen und europäischen) Akteuren aus 25 Mitgliedstaaten plus Kommission und Europäischem Parlament vor, die in die Ausarbeitungen und Verhandlungen des Vertragstextes eingebunden waren. Auf dieser Grundlage dürfte die Identifikation der inhaltlichen Dimensionen, der relevanten Ratifikationsakteure und ihrer Positionen in allen Mitgliedstaaten rasch möglich sein. Eine genauere Beschreibung des DOSEI-Projekts findet sich in: *König/Hug* (Hrsg.), *Policy-making Processes and the European Constitution: A Comparative Study of Member States and Accession Countries*, Routledge 2006.

Eine erste vergleichende Analyse zur Wahl der Ratifikationsinstrumente in 25 zeigt, dass Volksabstimmungen immer dann anberaumt wurden, wenn *ceteris paribus* die potentiellen Gewinne der Regierungen aus der Vertragsänderungen (Verfassung) niedrig sind und/oder Referenden Vorteilen für die Regierung im nationalen Politikwettbewerb versprechen (*König et. al.* 2006 i.E.).

- II/4. *Sommermann/von Bredow*: „Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes“

Laufzeit: 1.1.2006 bis 31.12.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Der Prozess der europäischen Integration ist geprägt durch die zunehmende Verwaltungskooperation auf vertikaler und horizontaler Ebene und den Ausbau der Zusammenarbeit im justiziellen Bereich. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie ein effektiver Individualrechtsschutz gegen hoheitliches Handeln der Gemeinschaftsorgane und gemeinschaftsrechtlich determiniertes Handeln nationaler Hoheitsträger weiterhin gewährleistet werden kann. Inhalt und Reichweite des auf völkerrechtlicher, gemeinschafts- bzw. unionsrechtlicher und mitgliedstaatlicher Ebene im Grundsatz anerkannten Gebots effektiven Rechtsschutzes bedürfen zunächst einer Konkretisierung, um überhaupt einen Maßstab für die kritische Betrachtung der europäischen Rechtsschutzkonzeption insgesamt bilden zu können.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Studie untersucht, anhand welcher Maßstäbe ein effektiver Verwaltungsrechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum zu gewährleisten, insbesondere wie das Zusammenspiel von Rechtsschutzinstrumenten abwehrender und kompensatorischer Art auszugestalten ist. Im Kern geht

es um die Frage, ob dem Rechtsschutzsuchenden stets die vorrangige Möglichkeit zu eröffnen ist, eine Rechtsverletzung durch hoheitliches Handeln an der Wurzel zu beseitigen oder ob er in bestimmten Fällen auf die Geltendmachung von Schadenersatz verwiesen werden kann. Soweit ersichtlich, wurde dieser Aspekt eines unionsweit anerkannten Rechts auf effektiven Verwaltungsrechtsschutz bislang nicht unter Einbeziehung völkerrechtlicher, supranationaler und mitgliedstaatlicher Vorgaben betrachtet.

3. Vorgehen

Im ersten, komparativ-analytischen Teil der Arbeit wird eine rechtsvergleichende Bestandsaufnahme zum Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum und – damit verbunden – zum Verständnis vom Verhältnis abwehrender und kompensatorischer Rechtsschutzinstrumente zueinander erfolgen. In einem zweiten, analytisch-konzeptionellen Teil wird die Ausgestaltung des europäischen Rechtsschutzsystems anhand des erhobenen Befunds analysiert und bewertet. Soweit Defizite im europäischen Rechtsschutzsystem festgestellt werden, sollen im dritten, konzeptionell-rechtspolitischen Teil der Studie Lösungsansätze erarbeitet werden.

4. Erwartete Ergebnisse

Die Untersuchung soll einen Beitrag zur weiteren wissenschaftlichen Fundierung von Reformüberlegungen zur Ausgestaltung des Systems gerichtlichen Verwaltungsrechtsschutzes in der Europäischen Union liefern. Immer mehr Lebensbereiche der Unionsbürger werden nicht länger nur mittelbar Einflüssen von fremden Hoheitsträgern – etwa durch die Überformung nationalen Rechts durch supranationale Vorgaben – ausgesetzt. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von hoheitlichen Entscheidungen, sei es im Bereich der Verwaltungskooperation, sei es im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit, bringt vielmehr einen Grad an unmittelbarer Betroffenheit der Unionsbürger hervor, der eine Effektivierung des Individualrechtsschutzes in der Europäischen Union unumgänglich macht. Ein unionsweit für alle Bürger gleichermaßen zu gewährleistender Verwaltungsrechtsschutz muss sich dabei an einem transparenten Rechtsschutzkonzept orientieren. Für eine Weiterentwicklung des europäischen Rechtsschutzsystems bedarf es daher der Benennung klarer Maßstäbe auf einer tragfähigen Grundlage gemeineuropäischer Rechtsüberzeugungen.

5. Veröffentlichungen

An projektrelevanten Veröffentlichungen des Projektleiters und des Bearbeiters sind aus neuerer Zeit hervorzuheben: *Karl-Peter Sommermann*, Funktionen und Methoden der Grundrechtsvergleichen, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), *Handbuch der Grundrechte*, Bd. 1, Heidelberg 2004, S. 631-678; *Karl-Peter Sommermann*, Konvergenzen im Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozessrecht europäischer Staaten, in: *DÖV* 2002,

S. 133-143; *Karl-Peter Sommermann*, Die Bedeutung der Rechtsvergleichung für die Fortentwicklung des Staats- und Verwaltungsrechts in Europa, in: DÖV 1999, S. 1017-1029. *Lippold Frhr. von Bredow*, Direito processual administrativo no contexto europeu – tutela administrativa sob influência do Direito Internacional Público e supranacional, in: Revista CEJ (Brasília) Nr. 27 (Okt.-Dez. 2004), S. 5-12; *Lippold Frhr. von Bredow*, Nationale Souveränitätsreserven in der Rechtsprechung von Conseil constitutionnel und Bundesverfassungsgericht (erscheint 2006); *Lippold Frhr. von Bredow*, La responsabilidad Internacional del Estado, in: Pedro Aberastury (Hrsg.), Responsabilidad del Estado, Buenos Aires 2007.

3.2.4.1.2 Abgeschlossene Projekte

- II/5. *König, T./Daimler/Finke*: „Nationale Strukturen und Europäische Integration. Eine mehrstufige Zwei-Ebenen-Analyse des Verfassungsbildungsprozesses in der Europäischen Union“

Laufzeit: 1.1.2003 bis 31.12.2006

Finanzierung: Europäische Union

1. Hintergrund

Dieses Projekt untersucht den Verfassungsbildungsprozess der EU mittels einer mehrstufigen Zwei-Ebenen-Analyse. Erste Schlussfolgerungen verweisen insbesondere auf das Verhältnis der Europäischen und nationalen Ebene, denn die Verfassung versuchte die Kompetenzen zwischen beiden Ebenen ab zu grenzen. Der Verfassungskonvent erarbeitete einen Entwurf, der wiederum von den Regierungen der Mitgliedsstaaten auf der anschließenden Regierungskonferenz modifiziert wurde. Während die prominenten Integrationstheorien Mitgliedsstaaten als einheitliche Akteure konzeptionalisieren, hat das DOSEI-Projekt mit dieser Annahme gebrochen und untersucht die nationale Positionsformierung im Vorfeld der internationalen Verhandlungen, insbesondere die interministerielle Koordination. Die Analyse demonstriert die unterschiedliche Heterogenität nationaler Akteursinteressen im Vorfeld der internationalen Verhandlung und untersucht in wie weit diese den Verhandlungserfolg beeinflusst. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit eines konstruktiven Verhandlungsabschlusses auf internationaler Ebene zwar mit der zunehmenden Heterogenität auf nationaler Ebene zunimmt, allerdings die anschließende Ratifikation hierdurch erschwert wird, da insbesondere Parteien und Wähler kein Ergebnis unterstützten, das in einzelnen wichtigen Fragen von Ihrer ursprünglichen Position abweicht.

2. Forschungsfrage

Das Projekt präsentiert eine mehrstufige Mehrebenenanalyse der Verfassungsverhandlungen in der EU. Wir haben eine Datenbank mit Akteurspositionen aufgebaut und etabliert, auf deren Grundlage bestehende Integrationstheorien getestet und somit unser Verständnis der Europäischen In-

tegration systematisch empirisch evaluiert werden kann. Unsere vergleichende Perspektive untersucht die Präferenzformierung in allen Mitgliedsstaaten während und im Vorfeld der Verhandlungen. So zeigen wir, wie nah die Positionen der Regierungen und der supranationalen Institutionen den Präferenzen der Bürger und der Parteien sind. Konkret will das Projekt die folgenden zwei Kernfragen beantworten: Wie gestaltet sich der Prozess der Verfassungsbildung? Wie lässt sich das Verhandlungsergebnis dieses Prozesses erklären?

Das Projekt gibt nicht nur die üblichen Annahmen einheitlicher Akteure und einstufiger (üblicherweise nur die abschließenden Verhandlungen) auf, sondern untersucht detailliert und empirisch die Vorbereitungs- und Ratifikationsphase. Erste Ergebnisse verweisen darauf, dass die Heterogenität der Akteure in allen Phasen ausschlaggebend für den Verhandlungserfolg ist. Des weiteren lässt sich zeigen, dass die Uneindeutigkeit der Ergebnismöglichkeiten einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss erschwert. Diese und andere Fragestellungen werden derzeit auf der Grundlage der generierten Daten im Detail untersucht. Insbesondere auf der Ebene der interministeriellen Bürokratie erwarten wir weitere Erkenntnisse hinsichtlich der Rolle der Bürokratie im Vorfeld von Regierungspositionen wie europäischer Gesetzgebung.

3. Methoden

Auf Grund der Vielzahl nationaler und internationaler Akteure die auf den unterschiedlichen Ebenen und Stufen des Verfassungsgebungsprozesses beteiligt sind, ist es ein vergleichsweise aufwendiges und ambitioniertes Unterfangen alle relevanten Politikpräferenzen empirisch zu erfassen. Ein Großteil der Daten wurde mittels über 120 Experteninterviews (face-to-face) generiert, die im Vorfeld der Regierungskonferenz und des Konvents geführt worden sind. Für die Verhandlungsphase wurde auf der Grundlage dieses Themen-/Fragenkatalogs zusätzlich eine Web-basierte Befragung durchgeführt und für die Ratifikationsstufe sind Eurobarometer und Parteiprogrammdata zur Anwendung gekommen. Im Detail gestalten sich die Forschungsstufen wie folgt: I.) Identifikation der nationalen Verfahren für inter-ministerielle Koordination und Ratifikation; II.) Identifikation der relevanten Streitfragen; III.) Entwicklung eines Fragebogens und einer Internetseite; IV.) Experteninterviews in allen Mitgliedsstaaten, der Kommission und des Europäischen Parlaments; V.) Web-basiertes Survey während der Verhandlungen; VI.) Verwendung von Parteiprogrammdata und Eurobarometer um den nationalen Verhandlungsspielraum zu bestimmen. VII.) Methodische Evaluation von Instrumenten und Daten; VIII.) Analyse und Test unterschiedlicher Integration und Verhandlungstheorien.

4. Erste Ergebnisse

Auf der Grundlage dieser systematischen Datensammlung lässt sich zeigen, dass der Verfassungsvertrag in Anbetracht der Regierungspositionen eine pareto-effiziente Verhandlungslösung darstellt (*König/Finke* 2006). Eine solche Verhandlungslösung wäre unmöglich gewesen, ohne dass die

Streitfragen der Institutionenreform um republikanische und substantielle Themen ergänzt worden wären. Die Gewinnmenge möglicher Verhandlungsergebnisse wird nicht nur von den Beitrittsländern, sondern ferner von Dänemark und Schweden begrenzt. Bereits gegen Ende des Konvents hat die Bedeutung der Regierungsdelegationen im Vergleich zu parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Delegierten zugenommen. Dennoch wird im Verlauf der Regierungskonferenz ein Prinzipal-Agenten-Problem zwischen den Delegierten und den offiziellen Regierungspositionen deutlich, welches die Konvergenz zum Verhandlungskompromiss beschreibt. Allerdings ist es wichtig anzumerken, dass die Delegierten, welche starken Kontrollen durch ihre nationalen Prinzipale ausgesetzt waren, geringere Abweichungen haben (*König/Finke* 2005). Ferner lässt sich zeigen, dass die neuen Mitgliedsstaaten im Durchschnitt weniger positiv gegenüber den vorgeschlagenen institutionellen Reformen waren.

Alles in allem identifizierten die DOSEI Forscher 65 Streitfragen. Auf 34 Themen hat sich die Regierungskonferenz dazu entschieden den Status-Quo von Nizza nicht zu ändern. Während die anderen Themen überwiegend Reformen in Richtung „mehr Europa“ beinhalten, hat die Regierungskonferenz den Konventsvorschlag in sechs wichtigen institutionellen Fragen in Richtung weniger drastischer Reformen verändert (*König et. al.* 2005). Hinsichtlich der Institutionenreform, die insbesondere weitere Aufweichung des intergovernmentalen Gleichheitsgrundsatzes vorsah, stellt der Verfassungsvertrag einen 50-50 Kompromiss zwischen dem Konventsvorschlag und Nizza dar (*Tsebelis* 2005). Unsere empirische Erklärung des Konventsvorschlags stellt fünf Argumente in den Vordergrund:

1. Die Präsidentschaft hatte enorme Agendasetzungsmacht. Sie konnte nicht nur den endgültigen Vorschlag mittels „hierarchischem Konsensus“ festlegen, sondern auch den Themenraum und die Verfahrensregeln festlegen (*Tsebelis* 2005).
2. Wenngleich es der Vorsatz des Konvents war, den Integrationsprozess auf breite gesellschaftliche Basis zu stellen, so ist dies nicht gelungen. Nach wie vor waren es die Regierungsvertreter, welche das endgültige Verhandlungsergebnis bestimmt haben.
3. Des weiteren zeigen unseren empirischen Ergebnisse, dass die öffentliche Meinung auch im Verfassungskonvent nicht gut repräsentiert war.
4. Abschließend zeigt sich, dass der Verfassungsentwurf und die Kommissionsposition in weiten Teilen identisch sind.

Eine Kernfrage des DOSEI-Projekts ist es die Thesen von Putnam (1988) empirisch zu überprüfen: Unsere Analyse demonstriert, dass Europaskeptische Regierungen, welche eine skeptische Bevölkerung haben und diese in Referenden zu Abstimmungen über den Verfassungsentwurf auffordern, höhere Verhandlungsgewinne erzielen (*Hug/Schulz* 2005). Ferner zeigt sich, dass die Delegierten während der Verhandlungen in Ländern, die Referenden abhalten, weniger stark abweichen. Hinsichtlich parlamentarischer Ratifikationsverfahren sind unsere Ergebnisse ähnlich: Reformskep-

tische Regierungen mit reformskeptischen Parlamenten im Rücken konnten höhere Verhandlungsgewinne erzielen (König et. al. 2005).

5. Veröffentlichungen

S. Hug/T. Schulz, Referendums in the EU's constitution building process, paper presented at the DOSEI Final Conference, 19-21 June 2005, Brussels 2005; T. König (ed.), Measuring and Analysing European Constitution Building. European Union Politics, Special Issue, 6/2005: 259-269; T. König/S. Daimler/D. Finke, Signing off on the Status quo? A Veto player Analysis of the European Constitution, paper presented at the DOSEI Final Conference, Brussels, 19-21 June 2005; T. König/D. Finke, Who is in the trap? Analysing European Constitutions-building in the Context of Eastern Enlargement, paper prepared for presentation at conference „Osterweiterung“, WZB 31st March to 1st April 2006; T. König/S. Hug, Policy-making Processes and the European Constitution: A Comparative Study of Member States and Accession Countries, London: Routledge 2006 (forthcoming); G. Tsebelis, Agenda Setting in the EU Constitution: From the Giscard Plan to the Pros Ratification (?) Document, paper presented at the DOSEI Final Conference, 19-21 December 2005, Brussels 2005.

- II/6. König, T./Junge: „Die Formulierung nationaler Positionen – Eine vergleichende Studie zu europäischen Gesetzesvorhaben“

Laufzeit: 1.1.2004 bis 30.9.2006

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Der Transfer nationaler Gesetzgebungskompetenzen auf die supranationale Ebene der Europäischen Union hat die Entwicklung neuer Koordinationsverfahren in den Mitgliedstaaten erforderlich gemacht. Die Verflechtung der nationalen und supranationalen Ebene legislativer Willensbildung wirft die Frage auf, ob Entscheidungsprozesse auf der einen Ebene nur unter Berücksichtigung der jeweils anderen verstanden und erklärt werden können. Mehrebenenmodelle gehen davon aus, dass die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene nicht als einheitliche Akteure handeln, sondern einer Vielzahl oftmals heterogener nationaler Interessen verpflichtet sind. Die gegenwärtig dominanten Erklärungsmodelle der EU Gesetzgebung hingegen ignorieren jedoch diese nationale Dimension der Willensbildung, sagen aber oftmals die Ergebnisse des Gesetzgebungsprozesses sehr schlecht voraus (Achen 2006).

In der Europaforschung gibt es bislang sehr wenige quantitative Untersuchungen, die über eine ausreichende Anzahl vergleichbarer Fälle die Erklärungskraft der konkurrierenden Ansätze bestimmen können. Ziel dieses Projektes ist es, diese beiden Forschungslücken zu schließen, um zu fundierten Aussagen über Mehrebenenmodelle und alternative Erklärungsansätze zu gelangen. Im Rahmen der Politikberatung können entsprechende Ergebnisse zur Optimierung administrativer Organisationsstrukturen im

Allgemeinen sowie zur Verbesserung der Einflussnahme einzelner Akteure im Speziellen beitragen. Dies ist auch für die Legitimation der Entscheidungsfindung von großer Bedeutung. Das Projekt knüpft an das internationale Forschungsprojekt „Decision Making in the European Union“ (Thomson/Stokman/Achen/König 2006) an.

2. Zielsetzung/Forschungsfragen

Ziel des Projektes ist insbesondere die Beantwortung dreier Fragen:

1. Wie koordinieren die Mitgliedstaaten der EU ihre Interessen zur europäischen Gesetzgebung?
2. Inwieweit haben die Mitgliedstaaten entsprechend der Annahme des einheitlichen Akteurs eine eindeutig identifizierbare und stabile Position? („Unitary Actor Assumption“)
3. Welchen Spielraum haben die Mitgliedstaaten in den Verhandlungen und wie nutzen sie ihn aus?

Träfe die einheitliche Akteursannahme zu, dann ließen sich Positionswechsel im Ministerrat nicht durch nationale Faktoren erklären. Sind die nationalen Interessen heterogen, können sie auf verschiedene Weisen verfolgt werden. Geklärt werden soll, an welchen Interessen oder welchen Bedingungen sich die Vertreter der Mitgliedstaaten im Ministerrat orientieren.

3. Vorgehen

In der Untersuchung werden verschiedene Theorien der Interessenkoordination empirisch getestet, die gegenwärtig die Analyse legislativer Entscheidungen in der EU dominieren. Grundlage der Tests sind detaillierte Daten u.a. zu den Akteurspositionen, den verhandelten Themen, den Salienzen dieser Themen, den angewendeten Entscheidungsverfahren und den Ergebnissen der Gesetzgebung für 66 Gesetzesinitiativen. Die Informationen wurden durch Experteninterviews erhoben und weisen eine hohe Übereinstimmung zu Daten auf, die mit alternativen Indikatoren erhoben wurden (König/Hörl/Lechner/Pohlmeier 2006). Für die Tests der Modelle und die Bestimmung der Erklärungskraft werden vorwiegend Maximum Likelihood Schätzungen des spieltheoretischen Ansatzes verwendet. Einige Ergebnisse beruhen auf Computersimulationen.

4. Ergebnisse

Die Untersuchung zeigt, dass die derzeit dominanten Erklärungsansätze der europäischen Interessenkoordination die Zustimmungsbereitschaft der Mitgliedstaaten zur EU Gesetzgebung systematisch unterschätzen. Dieses Resultat kann nur zum Teil durch die fehlende Berücksichtigung der nationalen Ebene der Politikformulierung in diesen Ansätzen erklärt werden. Ein zentraler, aber bislang weitgehend vernachlässigter Erklärungsfaktor ist hingegen die intertemporale Koordination der Gesetzesvorhaben in den europäischen Gesetzgebungsinstitutionen, mittels derer Tauschgeschäfte auch zwischen verschiedenen Gesetzesinitiativen möglich werden. Anders

als bislang von der populären Vetospielertheorie angenommen lautet die zentrale Frage für die Analyse der EU Gesetzgebung nicht, welche Anreize einzelne Initiativen zur Blockade politischen Wandels bieten, sondern wie Tauschgeschäfte im bestehenden institutionellen Rahmen koordiniert und abgeschlossen werden.

5. Publikationen und Literatur zum Projekt

Christopher Achen, Evaluating Political Decision making Models, in: Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006 (im Erscheinen); *Konstantin Baltz/Thomas König/Gerald Schneider*, Immer noch ein etatistischer Kontinent: Die Bildung nationaler Positionen zu EU-Verhandlungen, in: Rainer Eising/Beate Kohler-Koch, *Interessenpolitik in Europa. Regieren in Europa*, Band 7, Baden-Baden 2005, 283-309; *Dirk Junge/Thomas König*, What's Wrong with EU Spatial Analysis? Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches, eingereicht beim *Journal of Theoretical Politics* 2006; *Thomas König*, The Unit of Analysis and the Model Approach, Research Note, in: *Journal of Theoretical Politics*, 17 (3), 363-369, London 2005; *Thomas König/Dirk Junge* 2004. „The Art of Spatial Modelling. Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches in the Study of EU Legislative Politics“. Paper presented at the ECPR General Conference, Budapest 7-10, 2005; *Thomas König/Björn Hörl/Sandra Lechner/Winfried Pohlmeier*, Bicameral Conflict Resolution in the European Union. An Empirical Analysis of Conciliation Committee Bargains, *British Journal of Political Science* 2006 (im Erscheinen); *Thomas König/Dirk Junge*, Die räumliche Modellierung von EU Entscheidungssituationen. Akteure, Dimensionen, Interessen, Stimmengewichte und die Natur des Politikraums, *FÖV-Discussion Papers* 25, Speyer 2006; *Thomas König/Dirk Junge*, Formal and Informal Council Decision Making: A Serious Contradiction?, Vortrag auf dem Workshop „Who Governs in the Council of Ministers?“, Robert Schumann Centre for Advanced Studies, Florenz, 19.-20. Mai 2006; *Thomas König/Sven-Oliver Proksch*, A Procedural Exchange Model of EU Legislative Politics, in: Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006, 211-238; *Thomas König/Sven-Oliver Proksch*, Exchanging and Voting in the Council: Endogenizing the Spatial Model of Legislative Politics, in: *Journal of European Public Policy*, 13 (5), 647-669, Oxford 2006; *Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen* (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006.

3.2.4.2 Analyse und Vergleich föderaler Systeme

3.2.4.2.1 Laufende Projekte

- II/7. *Färber/Baranova*: „Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa – eine empirische Untersuchung ausgewählter föderativer Steuersysteme in Europa und Russland im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Fortschritt der wirtschaftlichen Integration“

Laufzeit: 1.7.2003 bis 31.12.2004; 1.1.2008 bis 1.12.2008

1. Hintergrund

Nationale Steuern haben einen gewichtigen Einfluss auf Erfolg und Misserfolg wirtschaftlicher Integrationsprozesse. Nicht zuletzt deshalb übertrug bereits der EWG-Vertrag bestimmte steuerpolitische Kompetenzen auf die Union. Im Laufe der Zeit kam es zu Harmonisierungen, z.B. im Umsatzsteuerrecht und bei den speziellen Verbrauchssteuern; in jüngerer Zeit wurden einheitliche Kontrollverfahren bzw. eine Quellenabzugsbesteuerung für Kapitaleinkünfte vereinbart. Tendenzielle Zielkonflikte wohnen diesen Zentralisierungstendenzen allerdings gegenüber den Selbstbestimmungsrechten vor allem der Gliedstaaten und Kommunen in den föderativ verfassten Mitgliedstaaten inne. Denn nicht nur die nationalstaatliche Ebene, sondern auch die Ebene der Gliedstaaten und Kommunen muss ihre Besteuerungsrechte sowohl bei der Art der Besteuerung als auch bei der Detailgestaltung auf die Integrationsinteressen abstimmen, sie ihnen gegebenenfalls unterordnen.

Die früheren theoretischen und empirischen Untersuchungen (systematisch dargestellt in: *Kira Baranova*, Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa, FÖV Discussion Paper Nr. 9, Speyer 2004) zeigen, dass die Steuerpolitik nationaler Mitgliedsstaaten einen Faktor darstellt, der den Integrationsprozess weiterbringen, hemmen oder gar gefährden kann. Die Frage, welchen Einfluss die Entwicklungen nationaler Steuersysteme auf den Fortschritt der Wirtschaftsintegration in Europa haben und wie umgekehrt die Integration auf die föderalen Steuersysteme wirkt, haben die früheren Untersuchungen aber nicht beantwortet.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Rahmen des Projektes sollten die Entwicklungstendenzen in den dezentralisierten Steuersystemen der föderativ verfassten EU-Mitgliedstaaten untersucht werden, wobei das Analysekonzept eine Unterscheidung zwischen „normalen“ Optimierungen aus allgemeinen integrationspolitischen Gründen und den spezifischen föderalen Anpassungsproblemen ermöglichen soll.

Da sich die Zielkonflikte zwischen nationaler und regionaler Steuerautonomie einerseits und wirtschaftlicher Integration andererseits nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch gegenüber Drittstaaten erge-

ben, sollten auch die Steuersysteme der weiteren föderalen Staaten untersucht werden, die im Rahmen der Globalisierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Handelsraum intensivieren (z.B. die Schweiz aber auch Russland, welches insbesondere nach den Beschlüssen zur Osterweiterung der EU zu den bilateral attraktivsten europäischen Integrationspartnern in der Welt zählt).

Das Projekt sollte letztendlich zu Vorschlägen führen, wie föderative (dezentralisierte) Steuersysteme verändert werden müssen, damit sie einen positiven Integrationsbeitrag leisten können.

3. Vorgehen

Das Thema soll von zwei Seiten angegangen werden: Auf der einen Seite soll eine normativ-theoretische Analyse von Integrationsfragen und ihren steuerpolitischen Konsequenzen stehen. Auf der anderen Seite soll eine empirische Analyse der Entwicklung nationaler Steuersysteme von föderativ verfassten europäischen Ländern, deren Analyseparameter aus den theoretischen Überlegungen abgeleitet werden sollen, Hinweise darauf ergeben, wie sich diese Steuersysteme während des fortschreitenden Integrationsprozesses in Europa bereits verändert haben. Eine Beurteilung, ob diese Veränderungen die Integration unterstützt haben und wie die Nationalstaaten mit dem Konflikt föderativer Autonomie auch nachgeordneter Gebietskörperschaften und der Abgabe steuerpolitischer Kompetenzen an die EU umgegangen sind, soll Gegenstand der empirischen Analyse sein. Sowohl aus der theoretischen wie aus der empirischen Analyse können dann Vorschläge für die Weiterentwicklung der europäischen Steuerverfassung als auch für Russland entwickelt werden.

4. Ergebnisse

Das Projekt sollte die integrationsbedingten Anpassungsveränderungen ausgewählter föderativen Steuersysteme in Europa und Russland feststellen. Besonders aktuelle praxisrelevante Ergebnisse sollten gleichzeitig die Erkenntnisse bezüglich Ausmaßes der zukünftigen selbständigen Steuerpolitik der EU-Mitgliedstaaten sein. Diese Frage ist auch für die Drittländer relevant, welche im Rahmen der Globalisierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur EU intensivieren, u.a. für Russland.

II/8. *Färber/Dalezios*: „Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems“

Laufzeit: 1.10.2005 bis 31.3.2007

Finanzierung: Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen

1. Hintergrund

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat, der sich in einzelne, formal eigenständige Gliedstaaten unterteilt, welche wiederum in die untergeordneten Gebietskörperschaften der Landkreise und Kommunen oder in Raumordnungsregionen untergliedert werden können. Diese

„untersten“ Ebenen staatsrechtlicher Organisation unterscheiden sich untereinander im Hinblick auf ihre natürlichen, ökonomischen, sozialen und (teilweise) auch rechtlichen Voraussetzungen. In der Folge sind in Bezug auf die individuelle wirtschaftliche und damit auch steuerliche Leistungsfähigkeit über das Bundesgebiet hinweg starke Schwankungen und Unterschiede erkennbar. Aufgrund des Gebots „... zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ (Art. 72 Abs. 2 GG) betreibt der Bund eine mehr oder weniger gezielte Ausgleichs- und Raumordnungspolitik. Dabei haben alle aus Bundesmitteln finanzierten Zahlungen einen starken Effekt auf die regionale Wirtschaftsentwicklung und -kraft. Ihre Gewährung, tatsächliche Wirksamkeit und Effizienz im Hinblick auf die gewünschte Zielerreichung hängen von regionalspezifischen Voraussetzungen und Bedarfen ab. Nur wenn die regionale Zuordnung und ihre Folgewirkungen im Wirtschaftskreislauf sowie Wechselwirkungen zwischen ihnen bekannt sind, kann eine Bewertung bundesstaatlicher Steuer- und Ausgleichspolitik erfolgen und sinnvolle, d.h. ökonomisch haltbare Ergebnisse und Implikationen liefern. Das Projekt wird durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumplanung in Bonn finanziert und in Zusammenarbeit mit der Prognos AG Berlin durchgeführt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht erstmals die effektive Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel in regionalisierter Betrachtungsweise. D.h. im Einzelnen:

1. Die tatsächliche Verteilung bundesstaatlicher Fördermittel auf die einzelnen Raumordnungsregionen und/oder Kreise (formale Inzidenz).
2. Die tatsächlichen, nach den jeweiligen Anpassungsreaktionen der Wirtschaftssubjekte wirksam werdenden Einkommenswirkungen bundesstaatlicher Fördermittel in der jeweiligen subnationalen Gebietskörperschaften bzw. Raumordnungseinheiten (effektive Inzidenz).
3. Die volks- und regionalwirtschaftlichen Wirkungsketten bundesstaatlicher Fördermittel auf ausgewählte Politikbereiche, wie z.B. den Steuerhaushalt, das Bruttoinlandsprodukt oder den Arbeitsmarkt, sowohl in der jeweiligen Gebietskörperschaft als auch in der gesamtstaatlichen Betrachtung.

3. Vorgehen

Für die Analyse der formalen und effektiven Inzidenz von Bundesmitteln auf der Ebene von Raumordnungsregionen kommt folgender fünfstufiger Untersuchungsaufbau zur Anwendung:

1. MODUL A: Entwicklung eines theoretischen Referenzrahmens für die Ermittlung der formalen und effektiven Inzidenz von Bundesmitteln.
2. MODUL B: Ermittlung der „formalen Inzidenz“ von Bundesmitteln auf Ebene von Raumordnungsregionen.
3. MODUL C: Ermittlung der „effektiven Inzidenz“ von Bundesmitteln auf der Ebene von Raumordnungsregionen.

4. Modul D: Bewertung der effektiven regionalen Wirkungen wichtiger Bundesmittel.
5. Modul E: Tool zur Fortschreibung der Berechnungen.

4. Ergebnisse

Neben der wissenschaftlichen Zielsetzung, einen theoretisch fundierten Analyserahmen der Inzidenzwirkungen und ihrer Zuordnungen im Raum zu entwickeln, kann als konkrete praxisbezogene Zielsetzung des Projektes die Entwicklung von Reformvorschlägen für die nationalen und insbesondere supranationalen (Finanz-)Verfassungen genannt werden.

5. Veröffentlichung

Harald Johannes Dalezios, Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems. Theoretische Überlegungen zu Identifikation regionaler Unterschiede im Steueraufkommen und ihrer ökonomischen Determinanten, Discussion Papers Nr. 26, Speyer 2006.

- III/9. *Färber/Otter*: „Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“

Laufzeit: 1.1.2006 bis 31.12.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Bereitstellung öffentlicher Güter durch Gebietskörperschaften, die untereinander im Wettbewerb stehen, gehört seit jeher zu den zentralen Problemstellungen in der Diskussion um den Systemwettbewerb (bzw. institutionellen Wettbewerb). Während dieser Wettbewerb einerseits positiv beurteilt wird, im Sinne eines Wettbewerbsprozesses, der institutionelle Verkrustungen aufbrechen kann und langfristig zur Durchsetzung überlegener institutioneller Arrangements führt (vgl. *Streit* 1995), wird andererseits befürchtet, dass hierdurch die Handlungsmöglichkeiten der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik dermaßen gravierend eingeschränkt werden könnten, dass zentrale staatliche Aufgaben nicht mehr adäquat erfüllt werden (vgl. *Sinn* 1990). Wie sowohl die wissenschaftliche als auch die tagespolitische Diskussion gezeigt haben, können sich offensichtlich bedeutsame Zielkonflikte zwischen einer erforderlichen (Mindest-) Zentralisierung/Harmonisierung einerseits und dem gewünschten wirtschaftlichen Wettbewerb (bzw. einer notwendigen Dezentralisierung) andererseits ergeben. Folglich kann die berechtigte Frage aufgeworfen werden, unter welchen Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der inter- und intrajurisdiktionelle Wettbewerbsprozess um Effizienz und Effektivität der öffentlichen Güterproduktion zu den gewünschten positiven Effekten, d.h. zu gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen führt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Projektes ist es, eine Wettbewerbsordnung für Gebietskörperschaften zu entwickeln, die einen funktionsfähigen Wettbewerbsprozess für öffentliche Güter (i.w.S.) sicherstellt. Bestandteile dieser Wettbewerbsordnung sind zum einen konstituierende Prinzipien (z.B. autonome Kompetenzen), deren Verwirklichung überhaupt erst einen effektiven Wettbewerbsprozess ermöglichen sollen, sowie regulative Prinzipien (wie bspw. ein „Kartellverbot“ für Gebietskörperschaften), deren Aufgabe im Schutz eben dieses Wettbewerbs zu sehen ist. Letztlich wird damit die Frage nach den Funktionsbedingungen sowie der Verwirklichung einer umfassenden Wettbewerbsordnung für Gebietskörperschaften aufgeworfen. Jedoch besteht nach wie vor eine intensive Diskussion darüber, ob die Wettbewerbsprozesse zwischen Gebietskörperschaften funktionieren können und welche Regeln und institutionellen Vorkehrungen hierfür ggf. erforderlich sind. Eine systematische Konzeption, die die bereits vorhandenen Erkenntnisse in Bezug auf einzelne Teilbereiche zusammenführt und integriert sowie erste Ansätze zu ihrer empirischen Fundierung liefert, steht jedoch noch aus.

3. Vorgehen

Zur Beantwortung der Problemstellung wird zunächst auf verschiedene ökonomische Theoriezweige zurückgegriffen, u.a. auf das Forschungsprogramm des Ordo-Liberalismus, als dessen zentrales Ergebnis die Erkenntnis gelten kann, dass der marktliche Wettbewerbsprozess – sofern er die gewünschten positiven Effekte hervorbringen soll – in einen Ordnungsrahmen eingebunden werden muss, der die Funktionsfähigkeit des Preissystems sicherstellt. Auf der Grundlage dieser ordnungstheoretischen Erkenntnisse soll eine Wettbewerbsordnung für den institutionellen Wettbewerb erarbeitet werden, die einen funktionsfähigen Wettbewerbsprozess zwischen Jurisdiktionen ermöglicht und erhält. Zur Entwicklung einer umfassenden Wettbewerbsordnung und entsprechender Hypothesenbildung werden folglich auch Elemente der Wettbewerbstheorie und –politik sowie der Neuen Institutionenökonomie berücksichtigt werden.

Insgesamt handelt es sich um eine primär theoretisch ausgerichtete Arbeit, die jedoch auf bereits empirisch gewonnene Erkenntnisse, wie bspw. über die Funktions- und Wirkungsweise des Steuerwettbewerbs, zurückgreifen kann. Im anschließenden empirischen Teil der Studie sollen dann real existierende föderale Systeme sowohl mit Blick auf die zuvor entwickelten Gestaltungsdimensionen als auch in Hinblick auf ihre (inter-) nationale Leistungsfähigkeit (Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz des öffentlichen Sektors, politische Stabilität, Reformfähigkeit etc.) miteinander verglichen werden.

4. Ergebnisse

Neben der wissenschaftlichen Zielsetzung, einen theoretisch fundierten Ordnungsrahmen für den Wettbewerb der Gebietskörperschaften zu entwickeln, kann als konkrete praxisbezogene Zielsetzung des Projektes die

Entwicklung von Reformvorschlägen für die nationalen und insbesondere supranationalen (Finanz-)Verfassungen genannt werden. Dabei soll insbesondere auf diejenigen Probleme eingegangen werden, die sich aus einem potentiellen „Markt- bzw. Staatsversagen“ heraus entwickeln können und den Wettbewerbsprozess in seiner Entfaltung behindern.

II/10. *Färber/Richter: „Aufgabendezentralisierung in Nordrhein-Westfalen“*

Laufzeit: 23.1.2007 bis 22.4.2007

Finanzierung: Land Nordrhein-Westfalen

1. Hintergrund

Seit geraumer Zeit führt das Land Nordrhein-Westfalen eine tiefgreifende Verwaltungsreform durch, die neben der geplanten Neueinteilung der Regierungsbezirke (die 4 Bezirksregierungen sollen durch 3 „Regionalverwaltungen“ ersetzt werden), der Abschaffung der Landschaftsverbände und der Kommunalisierung staatlicher Aufgaben auch die Umstrukturierung der Behördenlandschaft vorsieht. Mit dem „Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen“ wurden bereits in großem Stile Sonderbehörden aufgelöst bzw. in die Bezirksregierungen eingegliedert, was dort einen deutlichen Zuwachs der Beschäftigtenzahl mit sich brachte.

Nun steht das Land vor der Aufgabe, die „aufgeblähten“ Bezirksregierungen durch Ausschöpfen von Kommunalisierungspotentialen auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Hierzu wurden 5 Unterausschussgruppen gebildet, in denen unter der Leitung der im Innenministerium ansässigen „Steuerungsgruppe Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau, Binnenmodernisierung“ Möglichkeiten zum Aufgabenabbau - bzw. zur Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene oder auf Dritte - in folgenden Bereichen ausgelotet werden:

- ♦ Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- ♦ Arbeit, Gesundheit und Soziales
- ♦ Wirtschaft, Mittelstand und Energie
- ♦ Bauen und Verkehr
- ♦ Inneres

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene und im Mai 2007 abgeschlossene Drittmittelprojekt hatte

1. die Überprüfung und Beurteilung der von den Experten des Landes erstellten Voten zur Kommunalisierung bzw. Privatisierung ausgewählter Verwaltungsleistungen, und
2. die Durchführung eines Vergleichs über den Stand der Dezentralisierung dieser Leistungen mit ausgewählten anderen Bundesländern

zum Ziel.

3. Vorgehen

Ausgangspunkt der Untersuchung bildete - neben den Listen der von den Unterausschuss-gruppen bearbeiteten Aufgaben - der ebenfalls von der bereits erwähnten „Steuerungsgruppe Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau, Binnenmodernisierung“ zur Verfügung gestellte Produktkatalog des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Aufgabenbearbeitung erfolgte, soweit möglich, anhand der einschlägigen Rechtsvorschriften. In vielen Fällen waren die entsprechenden Zuständigkeiten jedoch nur per Behördenanfragen in Erfahrung zu bringen. Als Vergleichsmaßstab wurden im Einvernehmen mit dem Auftraggeber die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen ausgewählt.

4. Ergebnisse

Die vergleichende Analyse der Organisationsstrukturen in den ausgewählten Bundesländern war geprägt von dem Umstand, dass die Verwaltungsstrukturreformen dieser Länder zwar die gleichen Ziele - nämlich effizienteres Verwaltungshandeln und höhere Transparenz durch schlankere Behördenstrukturen - verfolgen, sich die hierzu eingeschlagenen Wege aber höchst unterschiedlich gestalten. Denn während der Umbau der Behördenlandschaft in Bayern und Hessen bislang auf inkrementelle Weise erfolgte, geschah dies in Baden-Württemberg und Niedersachsen auf einen Schlag. Dabei entschied sich Baden-Württemberg für eine weitgehende Abschaffung von Sonderbehörden und eine Stärkung der Bündelfunktion der Regierungspräsidien bzw. der unteren Verwaltungsbehörden. In Niedersachsen versucht man hingegen, die oben genannten Ziele durch die Abschaffung der Bezirksregierungen und den Übergang zu einem zweistufigen Verwaltungsaufbau zu erreichen.

Für das Reformvorhaben Nordrhein-Westfalens konnten auf Grundlage des Ländervergleichs Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die notwendige Umstrukturierungen insb. in den Bereichen der Arbeitsschutz- und der Umweltschutzverwaltung betreffen. Auf Ebene der einzelnen Produkte ließ sich zudem aufzeigen, dass vielfach Raum für weitergehende Aufgabenübertragungen auf die Kommunen bzw. für Privatisierungen vorhanden ist.

3.2.4.3 Perspektivplanung

Die angeführten zwei Forschungsschwerpunkte kennzeichnen die Perspektive der Sektion zunächst für den kürzerfristigen Zeitraum und werden – jeweils in Abhängigkeit von den Entwicklungen sowohl in der Wissenschaft als auch der Praxis – ständig weiterentwickelt. Die gegenwärtige Aktualität der Forschungsgebiete wird auch vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklungen (Stichwort: EU-Erweiterung, nationale Dezentralisierungsprozesse, Europäischer Verfassungsvertrag) deutlich. Aufbauend auf den bereits erzielten Forschungsergebnissen in diesen zwei Arbeitsfeldern erfolgt in zeitlicher Hinsicht kontinuierlich eine inhaltliche Fortschreibung des Forschungsprogramms. Konzeptionell wird sich die zukünftige

Orientierung des Forschungsprogramms der Sektion noch stärker als bisher auf den Verbundcharakter der einzelnen Forschungsprojekte konzentrieren.

Herr Univ.-Prof. *Dr. Karl-Peter Sommermann* plant das Projekt „Der Einfluss pluraler Gremien auf zwischenstaatliche Entscheidungen“. Gegenstand des Projektes ist der Sachverhalt, dass in staatlichen und zwischenstaatlichen Entscheidungsprozessen zunehmend Akteure einbezogen werden, die ihre Legitimation (auch) von gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden oder Fachkreisen ableiten. Daraus kann sich eine Verantwortungsverlagerung bis hin zu einer Verantwortungsdiffusion ergeben. Probleme demokratischer Legitimation und des Rechtsschutzes sind die Folge. Für den zwischenstaatlichen Bereich wird angesichts der praktischen Bedeutung des Phänomens eine Neuordnung der internationalen Entscheidungsstrukturen und des sie tragenden Völkerrechts oder supranationalen Rechts drängend.

Fortgeführt werden soll das von Herrn Univ.-Prof. *Dr. Hartmut Bauer* geleitete Forschungsprojekt „Entwicklungsperspektiven des Föderalismus“. Der Föderalismus ist zentraler Baustein des politischen Mehrebenensystems in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig in mehrfacher Hinsicht herausgefordert. Binnenstaatlich ist er in den Strudel von Leitbilddiskussionen geraten, in der die bundesstaatliche Ordnung des Grundgesetzes nicht selten als überaltert bezeichnet und eine grundlegende Reform mit dem Ziel einer Reföderalisierung und der Ausrichtung auf den „kompetitiven Bundesstaat“ gefordert wird. Supranational überformen die Europäische Union und das Gemeinschaftsrecht das traditionelle föderative Ordnungsgefüge. Hinzu kommen rechtliche, politische und tatsächliche Verformungen etwa durch den von der Globalisierung ausgehenden Reformdruck und im Zuge intensiver grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die „quer“ zu den herkömmlichen nationalen Entwicklungslinien bundesstaatlicher Ordnung liegen. Die Grundgesetznovellen von 1992 und 1994 haben zwar manches frühere Problem entschärft, aber auch neue Probleme geschaffen und – vor allem – die Gesamtproblematik keineswegs bereinigt. Im Gegenteil: Die Föderalismusreform steht nach wie vor auf der politischen Agenda. Nach dem Scheitern der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung Ende 2004 zeichnen sich nach den Wahlen vom Herbst 2005 zwar Verfassungsänderungen ab. Doch ist schon jetzt absehbar, daß die Reformen nicht abschließend sein werden. Retrospektiv und aktuell scheint es sich mit dem Föderalismus in Europa vielmehr wie mit einer Art „Dauerbaustelle“ zu verhalten, in der die Entwicklung der föderativen Ordnungen unter sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen – nach der *Maxime* „Nach der Reform ist vor der Reform“ – fortwährend einer kritischen Begleitung, funktionellen Anpassung und mehr oder weniger permanenten Neujustierung bedürfen.

Ferner plant Herr Univ.-Prof. *Dr. Hartmut Bauer* das Projekt „Gründung und Ausbau einer Europäischen Wissenschaftlergemeinschaft für das *Ius Publicum Europaeum*“ durchzuführen. Die Gründung und der Ausbau einer Europäischen Wissenschaftlergemeinschaft für das *Ius Publicum Europaeum* mögen in einem Tableau von Forschungsprojekten auf den ersten Blick als falsch eingestellt erscheinen. Doch ist eine solche Vereinigung im Grunde eine längst überfällige Reaktion der Wissenschaftsorganisation auf die allenthalben zu beobachtende Europäisierung des Öffentlichen Rechts und die aus diesem Grund gebotene Europäisierung der Wissenschaft vom Öffentlichen Recht. Denn die Europäisierungspro-

zesse verlangen nach Plattformen für den grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Erfahrungs- und Gedankenaustausch „in Europa“, die vielfältige Funktionen erfüllen. So ermöglicht es die Bereitstellung solcher Foren, Problemlösungen der nationalen Rechtsordnungen rechtsvergleichend zu hinterfragen, zu bewerten, zu bestätigen, gegebenenfalls fortzuentwickeln oder auch zu korrigieren; dabei kann der Transfer rechtswissenschaftlicher Erkenntnisse einen wichtigen Beitrag zu Innovationen in Recht und Rechtsdogmatik leisten. Doch sind die rechtsvergleichenden Optionen nur eine Seite. Noch weitaus wichtiger dürfte der europäische Diskurs für die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses der Rechtsangleichung „in Europa“ sein; in ihm lassen sich gemeinsame historische, kulturelle, politische, ökonomische, ökologische und soziale Kontexte der europäischen Rechtsordnungen thematisieren, diskutieren, auf ihre Zukunftstauglichkeit überprüfen, verwerfen oder aufnehmen, fortführen und in das zu erarbeitende *Ius Publicum Europaeum* einstellen, ohne jedoch im europäischen Ordnungsrahmen bestehende Unterschiede vollkommen einzuebnen. Nicht zuletzt und über allem: Die persönliche Begegnung von Rechtswissenschaftlern aus den unterschiedlichsten europäischen Ländern erlaubt verständnisfördernde Einblicke in die Lebensformen, die Sozialisationen, die Gedankenwelten und die juristischen Prägungen der jeweils anderen, zu denen ohne unmittelbaren Kontakt der Zugang verschlossen bliebe oder zumindest erschwert wäre.

Frau Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber* beabsichtigt die Durchführung eines Forschungsprojektes zum Aufbau einer „Datenbank zur Föderalismusforschung“. Hintergrund des Projektes ist die Tatsache, dass die empirische und vor allem auch vergleichende empirische Forschung über die Funktions- und Wirkungsweise föderaler Systeme voraussetzt, dass überhaupt Datenmaterial über die zu untersuchenden föderalen Gebietskörperschaften existiert. Sofern Daten nur oberhalb einer bestimmten räumlichen Aggregationsebene vorliegen, ist bspw. jede kleinräumigere Betrachtung in ihrer Aussagefähigkeit bezüglich dieser Analysedimension eingeschränkt. So sind z.B. im Rahmen von empirischen Analysen die kommunalen Ebenen häufig nur gesamthafter Bestandteil der Abgrenzungseinheit „subnationale Ebene“, d.h. das Aggregationsniveau umfasst sowohl Länder/Regionen als eben auch die lokalen Gebietskörperschaften.

Weiterhin ist von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber* in Kooperation mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) ein Projekt zu den föderalen Aspekten der Hochschulfinanzierung in Vorbereitung, dessen Zielsetzung in der systematischen Erforschung und empirischen Erfassung von regionalen Externalitäten der öffentlichen Finanzströme im Bereich der Finanzierung der Hochschulausbildung gesehen werden kann.

Die Univ.-Prof. Dres. *Thomas König*, *Karl-Peter Sommermann* und *Siegfried Magiera* planen einen Antrag mit dem Arbeitstitel „Anforderung an die Herstellung einer gleichwertigen Wirksamkeit im europäischen Rechts- und Verwaltungsraum“ zur Förderung einer DFG-Forschergruppe vorzubereiten, der diese Frage in einem interdisziplinären, regionalen Umfeld (Speyer, Heidelberg, Mannheim) über einen längeren Zeitraum erforschen möchte.

In Planung befindet sich auch ein Forschungsprojekt von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, das im Anschluss an Forschungsergebnisse der von der DFG geförderten Forschergruppe „Governance der Forschung“ die zunehmende Bedeutung

der wettbewerblichen Forschungsförderungsprogramme der EG für die Veränderungen der internen Governance von Universitäten und Forschungseinrichtungen aufgreifen wird. Gegenstand des Projekts sind die in der nationalen und europäischen Forschungspolitik etablierten und sich neu formierenden intermediären Akteure und insbesondere deren Rolle bei der Definition und Umsetzung der europäischen und nationalen Forschungsförderungsprogramme.

Neben den zwei bereits laufenden Projekten zum Wettbewerbsföderalismus und zur regionalen Inzidenz von Programmmitteln und Steuervergünstigungen des Bundes sind weitergehende Arbeiten zur Analyse von Gestaltungsoptionen föderativer Steuersysteme im Ländervergleich (insb. Deutschland und Österreich) sowie ein Arbeitskreis in Kooperation mit der ARL zum Thema „Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems“ geplant, die verschiedene Vorschläge zur Steuerautonomie der Länder/Gliedstaaten sowie ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Finanzausgleichssysteme empirisch erfassen und untersuchen. Als mittel- bis langfristige Zielsetzung ist in diesem Forschungsfeld der Aufbau eines internationalen Projektverbundes zum Thema „Regionaler Wettbewerb auf Gliedstaaten-ebene“ geplant.

Hierbei gilt es den grundsätzlichen Ansatz der Sektion, der sich in einer Anwendungsorientierung von interdisziplinärer empirischer Forschung, die nationalen und internationalen Bewertungskriterien standhält, über Funktionsweise, Aufbau und Reformbedarf von Staat und Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Verfassungs- und Verwaltungsraums sowie der Analyse und des Vergleichs föderaler Systeme auszubauen. Schon jetzt werden mit der Durchführung von aufeinander folgenden Forschungsprojekten sowie breit angelegter Forschungsvorhaben mit mehreren Unterprojekten, bei denen zukünftig auch mehrere Projektleiter beteiligt sein sollen, sowohl institutionelle Mittel als auch Drittmittel eingesetzt. Dieser Teamcharakter der mittelfristigen Forschungsschwerpunkte soll es auch ermöglichen, dass sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch einen engeren Arbeitszusammenhang schneller und effektiver in die Ansätze und Methoden benachbarter Disziplinen einarbeiten können. Durch diese planerische und organisatorische Verschränkung der Arbeitsfelder sowohl auf der Ebene der Projektleitung wie bei der Durchführung der konkreten Forschungsarbeiten soll dieser Anspruch realisiert werden.

Zur längerfristigen Orientierung und Weiterentwicklung des Forschungsprogramms zählt ebenfalls die stärkere institutionelle Einbettung der Sektion in nationale und internationale Forschungsnetzwerke. Neben der bereits bestehenden Zusammenarbeit mit der Akademie für Raumordnung und Landesplanung (Hannover) ist das FÖV seit 2006 auch Mitglied in der IACFS (*International Association Centers for Federal Studies*), einem internationalen Netzwerk der Föderalismus- und Regionalismusforschung.

3.2.5 Arbeitskreise

Für interdisziplinäre und längerfristige Fragestellungen können Mitglieder des Instituts innerhalb der Sektionen Arbeitskreise einrichten, in denen unter Beteiligung auswärtiger Wissenschaftler in regelmäßigen Sitzungen Forschungsthemen systematisch erörtert werden. Die Arbeitskreise dienen insbesondere der Pflege eines

Netzwerks von Wissenschaftlern in dem jeweiligen Forschungsgebiet. Sie stellen neue Instrumente in der Forschungstätigkeit des Instituts dar, welche zusammen mit der Korrespondierenden Mitgliedschaft akademieähnliche Elemente in die Arbeitsweise des Forschungsinstituts einführen. Die Arbeitskreise fügen sich in das jeweilige Forschungsprogramm der Sektionen ein. In der Sektion II wurden bislang noch keine Arbeitskreise eingerichtet.

3.2.6 Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006

3.2.6.1 Publikationen

3.2.6.1.1 Monographien/Herausgeberschaften

Siedentopf, Heinrich (Hrsg.), Dokumentation zum 12. Deutsch-Französischen Verwaltungskolloquium, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Ecole Nationale d'Administration, Straßburg, 6. und 7. Juni 2005, Speyerer Arbeitsheft Nr. 182, Speyer 2006, 136 S.

Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Völkerrecht als Wertordnung - Common Values in International Law. Festschrift für Christian Tomuschat – Essays in Honour of Christian Tomuschat, Kehl/Strasbourg/Arlington 2006 (zusammen mit Pierre-Marie Dupuy, Bardo Fassbender u. Malcolm N. Shaw) (1.184 S.).

Sommermann, Karl-Peter, Mitherausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift "Die Öffentliche Verwaltung" (DÖV).

3.2.6.1.2 Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

Färber, Gisela/Otter, Nils, Reform der Finanzverfassung – eine vertane Chance?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13-14/2005, S. 33-38.

Färber, Gisela/Wild, Peter, Auswege aus dem finanzpolitischen Elend der Kommunen?, in: Eildienst des Landkreistages Nordrhein-Westfalen 7-8/2005, S. 277-280.

Färber, Gisela, Föderale Wohnungspolitik – miteinander – gegeneinander – nebeneinander, in: Gans, Paul/Nachtkamp, Hans H. (Hrsg.), Wohnungspolitik und Wohnraumversorgung, Mannheimer Schriften zu Wohnungswesen, Kreditwirtschaft und Raumplanung 4/2005, S. 3-28.

Färber, Gisela, Demographische Entwicklung und föderale Finanzbeziehungen in Deutschland, in: Transfer 2005, S. 17-23.

König, Thomas, Die Europäische Republik – so nah und wohl doch so fern?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 12 (2), 361-367, München 2005.

König, Thomas, Measuring and Analysing Positions on European Constitution-building, in: European Union Politics, 6 (3), 259-267, London 2005.

König, Thomas, The Unit of Analysis and the Model Approach. Research Note, in: Journal of Theoretical Politics, 17 (3), 363-369, London 2005.

- König, Thomas*, Integration mit Überraschungen. Wissenschaftler untersuchen den europäischen Verfassungsbildungsprozess, in: *Leibniz* 1, 12-13, 2005.
- König, Thomas*, Unitarisierung durch Europäisierung?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36, 28-32, Bonn 2005.
- König, Thomas*, Ja, Nein, und Warum? Zu Volksabstimmungen über eine Europäische Verfassung, http://dosei.dhv-speyer.de/pdf/FILES/Koenig_Volksabstimmungen_2005.pdf.
- König, Thomas/Troeger, Vera*, Budgetary Politics and Veto Players, in: *Swiss Political Science Review*, 11 (4), 47-75, Zürich 2005.
- König, Thomas/Finke, Daniel/Daimer, Stephanie*, Ignoring the Non-Ignorables? Missingness and Missing Policy Positions, in: *European Union Politics* (2005), 6 (3): 269-290.
- König, Thomas/Finke, Daniel/Daimer, Stephanie*, Signing off on the Status quo? Paper presented at the DOSEI final conference, Brussels, 20-21 June 2005, Download: <http://dosei.dhv-speyer.de/>.
- König, Thomas/Daimer, Stephanie*, Absolute and Relative Gains in European Constitution Building – and Why? Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Workshop 26, April 2005, Granada, Download: http://www.essex.ac.uk/ECPR/events/jointsessions/granada/workshop_list.aspx.

3.2.6.1.3 Aufsätze in Sammelwerken

- Färber, Gisela*, Lebenslanges Lernen für alle – Zielvorgaben der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“, in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), *Zukunft der Aus- und Weiterbildung – Chancen des neuen Berufsbildungsgesetzes*, Köln 2006, S. 12-21.
- Färber, Gisela*, Finanzkontrolle, in: Voigt, Rüdiger; Walkenhaus, Ralf (Hrsg.), *Handwörterbuch der Verwaltungsreform*, Wiesbaden 2006, S. 112-117.
- Färber, Gisela*, Steuern, in: Voigt, Rüdiger; Walkenhaus, Ralf (Hrsg.), *Handwörterbuch der Verwaltungsreform*, Wiesbaden 2006, S. 330-335.
- Färber, Gisela*, Generationengerechtigkeit, Teil I, in: *Nachrichten der Deutschen Rentenversicherung Hessen* 4/2006, S. 24-31, Teil II; 5/2006, S. 47-59.
- Färber, Gisela*, Finanzpolitik, in: Heun, Werner u.a. (Hrsg.): *Evangelisches Staatslexikon*, 2. Aufl. (Neuausgabe), Stuttgart 2006, Sp. 567-571.
- Färber, Gisela*, Finanzwirtschaft, öffentliche, in: Heun, Werner u.a. (Hrsg.), *Evangelisches Staatslexikon*, 2. Aufl. (Neuausgabe), Stuttgart 2006, Sp. 587-590.
- Färber, Gisela*, Vermögen, Vermögensverteilung, in: Heun, Werner u.a. (Hrsg.), *Evangelisches Staatslexikon*, 2. Aufl. (Neuausgabe), Stuttgart 2006, Sp. 2580-2583.
- Färber, Gisela*, Vermögenspolitik, in: Heun, Werner u.a. (Hrsg.): *Evangelisches Staatslexikon*, 2. Aufl. (Neuausgabe), Stuttgart 2006, Sp. 2583-2586.
- Färber, Gisela*, Generationengerechtigkeit, Teil II, in: *Nachrichten der Deutschen Rentenversicherung Hessen* 3/2006, S. 47-55.

- Magiera, Siegfried*, The European Charter of Fundamental Rights and its Impact on Member States and their Citizens, in: *The End of Sovereignty? – A Transatlantic Perspective* (ed. by D. Eaton), Münster 2006, S. 243-252.
- Magiera, Siegfried*, Kommentierung der Art. 39 bis 46 („Bürgerrechte“) Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in: *Charta der Grundrechte der Europäischen Union – NomosKommentar* (hrsg. von J. Meyer), Baden-Baden, 2. Aufl. 2006, S. 417-475.
- Magiera, Siegfried*, Durchsetzung des Europarechts, in: *Europarecht – Handbuch für die deutsche Rechtspraxis* (hrsg. von R. Schulze und M. Zuleeg), Baden-Baden 2006, S. 434-458.
- Magiera, Siegfried*, Kommentierung der Art. 268 bis 279 („Finanzvorschriften“) EG-Vertrag, in: *Das Recht der Europäischen Union – Kommentar* (hrsg. von E. Grabitz/M. Hilf), Neubearbeitung, München 2006, 68 S.
- Magiera, Siegfried*, Gerichtshof (zusammen mit M. Niedobitek), in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 2005* (hrsg. von W. Weidenfeld und W. Wessels), Baden-Baden 2006, S. 101-110.
- Magiera, Siegfried*, Rechnungshof (zusammen mit R. Trautmann), in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 2005* (hrsg. von W. Weidenfeld und W. Wessels), Baden-Baden 2006, S. 111-114.
- Magiera, Siegfried*, Europäischer Gerichtshof (zusammen mit R. Trautmann), in: *Europa von A bis Z* (hrsg. von W. Weidenfeld und W. Wessels), Baden-Baden/Berlin, 9. Aufl. 2006, S. 197-201.
- Magiera, Siegfried*, Europäischer Rechnungshof (zusammen mit R. Trautmann), in: *Europa von A bis Z* (hrsg. von W. Weidenfeld und W. Wessels), Baden-Baden/Berlin, 9. Aufl. 2006, S. 212-214.
- Siedentopf, Heinrich*, Les marchés publics en Allemagne, in: *Annuaire européen d'administration publique*, vol. 28 (2005), Aix-en-Provence 2006, S. 185-193.
- Sommermann, Karl-Peter*, Kommunen und Föderalismusreform, in: *Bitburger Gespräche Jahrbuch 2005/I*, München 2006, S. 59-76.
- Sommermann, Karl-Peter*, Kultur im Verfassungsstaat, in: *VVDStRL 65* (2006), S. 7-50.
- Sommermann, Karl-Peter*, Demokratie als Herausforderung des Völkerrechts, in: P.-M. Dupuy/B. Fassbender/M. N. Shaw/K.-P. Sommermann (Hrsg.), *Völkerrecht als Wertordnung – Common Values in International Law. Festschrift für Christian Tomuschat – Essays in Honour of Christian Tomuschat*, Kehl/Strasbourg/Arlington 2006, S. 1051-1065.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vorwort, in: *Völkerrecht als Wertordnung – Common Values in International Law. Festschrift für Christian Tomuschat – Essays in Honour of Christian Tomuschat* (hrsg. von Pierre-Marie Dupuy, Bardo Fassbender u. Malcolm N. Shaw), Kehl/Strasbourg/Arlington 2006, S. XI-XV.

Sommermann, Karl-Peter, Artikel „Staatszwecke/Staatsziele“, in: W. Heun/M. Honecker/J. Haustein/M. Morlok/J. Wieland (Hrsg.), *Evangelisches Staatslexikon*, Stuttgart 2006, Sp. 2348-2355.

Sommermann, Karl-Peter, Artikel „Volk (J)“, ebd., Sp. 2655-2658.

Sommermann, Karl-Peter, Artikel „Volksabstimmung (Plebiszit/Referendum)“, ebd., Sp. 2661-2665.

3.2.6.1.4 Weitere Veröffentlichungen

Bauer, Hartmut, Rezension: Claus Dieter Classen, Helmut Heiss, Anna Supron-Heidel (Hrsg.), *Polens Rechtsstaat am Vorabend des EU-Beitritts*, Mohr Siebeck, Tübingen 2004, in: *DÖV* 2005, S. 443.

Färber, Gisela, Haushaltsnotlagen in der deutschen Finanzverfassung – Ursachen, Abhilfe, Vermeidung, *FÖV Discussion Papers* Nr. 24, Speyer 2005.

Klug, Heide/Jansen, Dorothea, Erster Schritt in die richtige Richtung – Diskussion um neue Governance der Forschung, in: *Wissenschaftsmanagement*, 11. Jg., Heft 4 (2005), S. 6-8.

König, Thomas/Bräuninger, Thomas, Gesetzgebung im Föderalismus, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 237, Speyer 2005.

König, Thomas/Finke, Daniel, (2005). Imputing Actors' Missing Positions: A Strategic View. Paper submitted to Political Analysis.

Otter, Nils/Färber, Gisela, Comparative Federalism Research and Interdisciplinary Research – The Need of a Common Data Bank, unveröffentlichtes Paper für die IPSA Research Group 28, 2005.

Sommermann, Karl-Peter, Européanisation et transformation de la justice administrative en Europe, in: J. Ziller (dir.), *What's New in European Administrative Law ? / Quoi de Neuf en Droit Administratif européen ?* (= EUI Working Paper Law No. 2005/10), San Domenico 2005, S. 19-23.

Sommermann, Karl-Peter, Vorwort, in: K.-P. Sommermann (Hrsg.), *Die Reform des Verwaltungsprozessrechts in Spanien/La reforma del proceso contencioso-administrativo en España* (= *Speyerer Forschungsberichte* Bd. 240), Speyer 2005, S. V-XV.

3.2.6.2 Vorträge

Färber, Gisela, Vortrag „Zukünftige Bildungsfinanzierung – staatliche Verantwortung“ im Studierendenparlament des Bayerischen Landtags am 10.02.2006.

Färber, Gisela, Vortrag „Generationengerechtigkeit“ vor der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Hessen in Darmstadt am 22.03.2006.

Färber, Gisela, Vortrag „Financing Life Long Learning“ auf dem Deutschen Volkshochschultag in Berlin am 04.05.2006.

Färber, Gisela, Vortrag „Die wirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels – trifft die Politik die richtigen Entscheidungen?“ im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam am 01.06.2006.

Färber, Gisela, Vortrag „Sanierung kommunaler Haushalte – Möglichkeiten und Grenzen“ im Rahmen der Fachtagung „NKF für Entscheider – Wege zu einem ausgeglichenen Haushalt – Neue Wege gehen?“ im Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe in Münster am 16.10.2006.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Die Implementierung des Gemeinschaftsrechts“ anlässlich des Symposiums „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer am 31. März 2006 in Speyer.

Magiera, Siegfried, Vortragsreihe „Human Rights in the European Union“ an der Universität Rijeka, Kroatien, 3. bis 5. April 2006.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Chancen für die Europäische Verfassung nach der Erweiterung“ anlässlich der Tagung „Das Gemeinsame Europa – ein Weg, ein Ziel?“ der Edmund Siemers-Stiftung, des Europa-Kollegs Hamburg, der Andrassy Universität Budapest und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 7. April 2006 in Budapest.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Die EU als Staaten- und Bürgerverbund“ anlässlich des Seminars „Der Entscheidungs- und Umsetzungsprozess in der Europäischen Union und seine Bedeutung für die deutschen Länder“ des Europäischen Instituts für öffentliche Verwaltung am 10. Mai 2006 in Maastricht.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Von der wirtschaftlichen zur allgemeinen Freizügigkeit“ anlässlich des Symposiums „Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“ aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer am 15. September 2006 in Speyer.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Subsidiarität und Solidarität in der EU-25 als Kriterien für eine neue Kompetenzordnung“ anlässlich der Fachkonferenz „Die Europäische Union – zwischen Konsolidierung und Expansion“ des Instituts für Europäische Politik am 21. September 2006 in Berlin.

Magiera, Siegfried, Einführung und Moderation anlässlich des workshops „Importance of Investments in Knowledge“ der Landesvertretung Rheinland-Pfalz im Rahmen der „Open Days“-Veranstaltungsreihe der Europäischen Kommission u.a. am 11. Oktober 2006 in Brüssel.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Die EU als Staaten- und Bürgerverbund“ anlässlich des Seminars „Der Entscheidungs- und Umsetzungsprozess in der Europäischen Union und seine Bedeutung für die deutschen Länder“ des Europäischen Instituts für öffentliche Verwaltung am 25. Oktober 2006 in Maastricht.

Magiera, Siegfried, Vortrag „Chancen für die Europäische Verfassung nach der Erweiterung“ anlässlich der Veranstaltung der Edmund Siemers-Stiftung, des Europa-Kollegs Hamburg und des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts am 20. November 2006 in Hamburg.

- Magiera, Siegfried*, Vortrag „Die Sicherheit der Bürger in der EU – Leistungsmöglichkeiten der europäischen Innen- und Justizpolitik (einschließlich Einwanderungspolitik)“ anlässlich der Internationalen Konferenz „Die EU voran bringen: Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft“ des Instituts für Europäische Politik, der Trans European Policy Studies Association (TEPSA) und von EU-Consent am 30. November 2006 in Berlin.
- Otter, Nils*, Vortrag „Schumpeters Konjunkturmodell – Kann auf den Einsatz der Stabilitätspolitik verzichtet werden?“, gehalten im Volkswirtschaftlichen Forschungsseminar der Universität Duisburg-Essen, 26.04.2006.
- Siedentopf, Heinrich*, Vortrag „Parlement et administration en Europe: rapport allemand“, Table ronde, Université Aix/Marseille, 27./28.10.2006, Aix-en-Provence.
- Siedentopf, Heinrich*, Vortrag „Continuing education of executives of the administration – the example of the ‚Führungskolleg Speyer‘“, Besuch einer Delegation des State Council (Beijing) und des Shanghai Municipal Government der VR China, 08.09.2006, DHV Speyer.
- Siedentopf, Heinrich*, Vortrag „Studienkommission 1973 und Strukturreformgesetz 2005 – ein Fortschritt?“, Workshop „Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst“, Sächsisches Staatsministerium des Innern (Veranstalter), 29.06.2006, Dresden.
- Siedentopf, Heinrich*, Vortrag „Ausübung von Verwaltungszwang und die Rechte der Bürger“, VII. Deutsch-Chinesisches Rechtsstaatssymposium (BMJ/State Council), 22./23.05.2006, Xian, VR China.
- Speer, Benedikt*, Vortrag „Theoretische Annahmen und praktische Probleme dezentralisierter grenzüberschreitender Zusammenarbeit“, 1. Séminaire franco-allemand de droit public comparé européen, Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, 03.03.2006, Paris.
- Speer, Benedikt*, Vortrag „Administrative Transfer: Challenge and experiences – the example of the German Reunification, Besuch einer Delegation des State Council (Beijing) und des Shanghai Municipal Government der VR China, 08.09.2006, DHV Speyer.
- Sommermann, Karl-Peter*, „Verwaltungsreform im internationalen Dialog: Der Dialog mit Asien am Beispiel Thailands“, gehalten am 31. März 2006 im Rahmen des Symposiums „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer.
- Sommermann, Karl-Peter*, „Welches ethische Leitbild braucht die Republik?“, gehalten am 10. Mai 2006 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund (gemeinsame Veranstaltung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, der Landesvertretung Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk Berlin), Berlin.
- Sommermann, Karl-Peter*, „Völkerrecht als Wertordnung – Common Values in International Law: Christian Tomuschat zum 70. Geburtstag“, gehalten am 9. September 2006 im Rahmen der Feierlichen Übergabe der Festschrift „Völker-

recht als Wertordnung“ an Prof. Dr. Dr. h.c. Christian Tomuschat in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin.

Sommermann, Karl-Peter, „Entwicklungsperspektiven des Rechtsstaats“, gehalten am 15. September 2006 im Rahmen des Symposiums „Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“ aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Dr. Detlef Merten am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer.

Sommermann, Karl-Peter, „La garantía de una tutela judicial efectiva frente a la Administración Pública“, gehalten am 18. September 2006 im Rahmen des Workshops „La elaboración de un Código modelo del a justicia administrativa: Fundamentos y perspectivas“ am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer.

Sommermann, Karl-Peter, „La tutela judicial administrativa en el contexto europeo“, gehalten am 17. Oktober 2006 im Rahmen des Symposiums „Democracia, Estado de Derecho y tutela judicial de los ciudadanos en América Latina y en Europa“ am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer.

3.3 Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

3.3.1 Leitung

Leiter der Sektion: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Stellvertreter: Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*

Sektionsreferent/in: Dr. *Sonja Bugdahn*, M.A. (bis 30.4.2007)
Christian Bauer, M.A., Mag. rer. publ. (ab 1.5.2007)

3.3.2 Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*

Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*

O. Univ.-Prof. Dr. *Heinz Schäffer*, Salzburg (Österreich) (bis 2.7.2007)

Univ.-Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute*, Hamburg

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*

3.3.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2008-2012

Zentraler Forschungsgegenstand ist das Interaktionsgefüge der öffentlichen Verwaltung mit privaten Akteuren und anderen öffentlichen Institutionen unter sich ändernden wirtschaftlichen, sozialen, demographischen, technischen, politischen und weiteren Rahmenbedingungen. Zum Forschungsgegenstand gehören insbesondere Entscheidungsprozesse zwischen der Verwaltung und den genannten Akteuren sowie organisatorische, rechtliche und sonstige strukturelle Merkmale des Interaktionsgefüges. Während die Forschungsprogramme der Sektionen I und II vornehmlich auf innerstaatliche und zwischenstaatliche Strukturen und Prozesse gerichtet sind, stehen bei der Sektion III die Außenbeziehungen der Verwaltung zu öffentlichen und privaten Akteuren im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Binnenmerkmale der Verwaltung sind miteinbezogen, soweit ihr Zusammenhang mit externen Interaktionsbeziehungen erforscht werden soll.

Das Forschungsprogramm erstreckt sich auch auf europäische und internationale Bereiche des Verwaltungshandelns. Es umfasst empirische, normativ-rechtliche und geschichtswissenschaftliche Projekte.

Das Forschungsprogramm zielt ab sowohl auf die empirische und normativ-rechtliche Analyse von Handlungsstrukturen, Interaktionsbeziehungen und Entscheidungen, einschließlich ihrer Durchführung, an der Schnittstelle von öffentli-

cher Verwaltung zu privaten und öffentlichen Akteuren als auch auf die Entwicklung und Bewertung von Reformkonzepten. Ansätze der Rechts- und Vergleichungsverwaltung werden einbezogen.

Die empirische Analyse kann unter zwei verschiedenen Perspektiven durchgeführt werden. Aus der ersten Perspektive richtet sich das Forschungsinteresse primär auf die Beschreibung, Erklärung und Bewertung des Verwaltungshandelns als abhängige Variable und betrachtet die Merkmale privaten Handelns als Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) in Hinblick auf das Verwaltungshandeln. Aus der anderen Perspektive liegt der Schwerpunkt des Forschungsinteresses auf der Beschreibung, Erklärung und Bewertung privaten Handelns (als abhängige Variable), das durch Merkmale des Verwaltungshandelns (als unabhängige Variable) beeinflusst wird. Die in der Verwaltungswissenschaft bisher eher vernachlässigte zweite Untersuchungsperspektive bildet mittelfristig einen Schwerpunkt des Forschungsprogramms. Die Untersuchung privaten Handelns (z.B. von Innovationsentscheidungen privater Unternehmen) unter dem Einfluss öffentlicher Verwaltung ermöglicht es, die gelegentlich festzustellende „staatszentrierte Introvertiertheit“ der verwaltungswissenschaftlichen Forschung durch die Akzentuierung privater Interessen, Einstellungen und Handlungsstrukturen zu überwinden. Zugleich eröffnen sich neue Kooperationsfelder interdisziplinärer Forschung mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.

Schließlich zielt das Forschungsprogramm auch auf die Erarbeitung und Bewertung von Reformkonzepten ab, die das Verhältnis von Verwaltung und privaten Akteuren verbessern sollen. Beispielhaft sei das Leitbild des „aktivierenden Staates“ angeführt, nach dem der Staat zwar an seiner umfassenden öffentlichen Verantwortung für die Aufgaben des Gemeinwohls festhält, jedoch nicht alle Leistungen selbst erbringen muss. Das Leitbild fordert ein Verwaltungshandeln, das private Akteure möglichst weitgehend in die Erledigung öffentlicher Aufgaben einbezieht. Das Programm konzentriert sich zunächst auf die Forschungsschwerpunkte „Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)“ sowie auf „Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften“. Der erste Schwerpunkt betrifft einen Handlungsbereich, in dem es durch das Aufbrechen staatlicher Monopole zu einem entscheidenden Wandel in den regulatorisch geprägten Beziehungen öffentlicher und privater Akteure gekommen ist. Der zweite Schwerpunkt lenkt die Forschung auf öffentlich-private Kooperationsformen der Verwaltung, die durch Bezeichnungen wie Verhandlungsstaat, Verantwortungspartnerschaft, informaler Rechts- und Verfassungsstaat oder ähnliches gekennzeichnet werden und die bei den einen als neue fortschrittliche Governanceformen auf Zustimmung stoßen, von anderen aber als Indizien für einen schleichenden Verlust an Staatlichkeit kritisiert werden.

3.3.3.1 Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)

Dieser Schwerpunktbereich beschäftigt sich mit dem Wandel der Aufgaben staatlicher und privater Akteure sowie ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen durch die Liberalisierung von Infrastrukturen. Der Begriff der Infrastruktur umfasst zunächst die netzgebundenen Infrastrukturen des Verkehrssystems, der

Energie- und Wasserversorgung sowie des Telekommunikationssektors. Darüber hinaus zählen zur Infrastruktur in einem weiten Sinn alle Leistungen, die für das Funktionieren und die Entwicklung des Gemeinwesens notwendig sind, deren Erbringung durch den Markt aber zumindest zweifelhaft ist. Dementsprechend sind die materiellen Einrichtungen (z.B. Gebäude) sowie die institutionellen und personellen Komponenten des Bildungssystems als Infrastruktur anzusehen. Dies ist eine Sichtweise, die ebenso in den Wirtschaftswissenschaften vertreten wird. Die Infrastrukturbereiche Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie Bildung wurden aufgrund der zentralen Rolle der öffentlichen Verwaltung als Betreiber von Infrastruktureinrichtungen für diesen Schwerpunkt ausgewählt. Sie sind zunächst als abschließend zu verstehen.

Lange Zeit wurde die Bereitstellung von Infrastruktur als eine originäre Aufgabe des Staates im Sinne des Konzeptes der Daseinsvorsorge begriffen. Eine Grundannahme war, dass zentrale Ordnungs- und Infrastrukturinteressen nur durch Monopole und weitreichende staatliche Kontrolle zu befriedigen seien. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes geht eine zunehmende Liberalisierung bisher gesetzlich geschützter Infrastrukturbereiche einher, die für den Wettbewerb geöffnet werden. Dabei kommt es nicht nur zu einem Abbau bestehender Regulierungen, sondern auch zum Erlass neuer Regulierungen, die den Wettbewerb auf den liberalisierten Märkten ermöglichen sollen. Ein Beispiel für umfangreiche Re-Regulierungen ist der Strom- und Gasmarkt.

Vor diesem Hintergrund richtet sich das Forschungsinteresse auf die Analyse und Bewertung von organisatorischen und rechtlichen Regulierungsstrukturen und auf die Neubestimmung der Verwaltungsaufgabe in Infrastrukturbereichen. Gerade Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse haben zu einem veränderten Verständnis staatlicher Aufgaben beigetragen. Im Rahmen eines Übergangs von der Erfüllungsverantwortung zur Gewährleistungsverantwortung verlässt sich der Staat auf Private zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, anstatt wie zuvor selbst durch eigene Behörden tätig zu werden.

Neben den sich im Wandel befindenden Regulierungsstrukturen (wozu auch die veränderte Funktion und Wirkung tradierter Instrumente der Zulassung von Vorhaben der Infrastruktur unter sich wandelnden Umfeldbedingungen gehört) sollen unter der Regulierungsperspektive auch Funktion und Wirkungen notwendiger Regulierungsinstrumente beleuchtet werden. Dabei sind Fragestellungen von Effektivität und Effizienz von Bedeutung. Ferner geht es um die Durchsetzung von Gemeinwohlbelangen. Durch den hierarchischen Steuerungsansatz ordnungsrechtlicher Instrumente ergeben sich häufig Implementationsprobleme, welche beispielsweise durch Informationsasymmetrien bedingt sind. Aus der Liberalisierungsperspektive sind die Wirkungsweise von Anreiz- und Marktmechanismen sowie von Instrumenten der Selbstregulierung Gegenstand der Forschung. Dazu gehören auch Instrumente der Marktsimulation wie beispielsweise Emissionszertifikate und Abgabenlösungen. Schließlich wird die Wirkungsweise verschiedener Instrumente und Mechanismen in vergleichender Perspektive betrachtet.

3.3.3.2 Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften

Kooperatives und konsensuales Verwaltungshandeln wird inzwischen in vielen Verwaltungsbereichen gegenüber der hierarchischen Steuerung bevorzugt. Das ursprünglich allein für den Bereich der Umweltpolitik entwickelte Kooperationsprinzip kann inzwischen als allgemeines Steuerungsprinzip verstanden werden. Dabei basiert kooperatives Handeln von öffentlicher Verwaltung mit privaten Akteuren sowohl auf vertraglicher (Beispiele Vergaberecht, Fördermaßnahmen, Public Private Partnerships) als auch auf nichtvertraglicher Grundlage (Beispiel Branchenabkommen und sonstige informale Absprachen).

Der Schwerpunkt umfasst darüber hinaus auch Kooperationen auf internationaler Ebene zwischen Staaten, der EU oder internationalen Organisationen mit Akteuren der Zivilgesellschaft (Non-Profit-Organisationen) und sonstigen NGOs, die infolge der Globalisierung von zunehmender Bedeutung sind.

Obwohl Kooperationsarenen in vielen verschiedenen Verwaltungsbereichen zu finden sind, sollen unter diesem Schwerpunkt ausschließlich Kooperationsbeziehungen mit wirtschaftlicher Ausrichtung untersucht werden. Soweit Infrastrukturen Gegenstand von Forschungsvorhaben sind, sind diese allerdings dem zweiten Schwerpunkt nur dann zuzuordnen, wenn Kooperation – im Gegensatz zur Regulierung – im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht.

Aus der Sicht der öffentlichen Verwaltung sind mit dem Eingehen von Kooperationsbeziehungen häufig Vorteile in Form von Finanzierungs-, Prozess- und Organisationsentlastungen sowie von Akzeptanz- und Imagegewinnen verbunden. Es entstehen jedoch auch Risiken wie der Abbau demokratischer Kontrollen und Legitimationsdefizite sowie ein Zurücktreten von Gemeinwohlinteressen gegenüber privater Gewinnmaximierung. Eine Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren (NGOs) an Verwaltungskooperationen kann zum Ausgleich dieser Nachteile zweckmäßig sein. Somit ist nicht nur die Ausgestaltung bilateraler, sondern auch die Ausgestaltung multilateraler Kooperationsbeziehungen Gegenstand des Forschungsinteresses unter diesem Schwerpunkt.

Wichtige Fragestellungen betreffen die Entwicklung und Ausgestaltung von Verwaltungskooperationen. Da die traditionelle Verwaltungssteuerung auf dem Modell der hierarchisch strukturierten und handelnden Verwaltung basierte, wird nun zunehmend die Entwicklung und Strukturierung eines Sets von Verwaltungskooperationen gefordert, um der kooperierenden Verwaltung ein geeignetes Repertoire von Handlungsformen zur Verfügung zu stellen.

Ansatzpunkte hierfür sind beispielsweise die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie der Bereich der Public Private Partnership (PPP). Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist dadurch geprägt, dass weder die Auswahl der Kooperationspartner noch die Strukturierung der Kooperation beliebig erfolgen kann. Transparente und diskriminierungsfreie Partnerwahl auf der einen und Flexibilitäts- und Innovationsanforderungen an die öffentliche Verwaltung auf der anderen Seite geraten nicht selten in ein Spannungsverhältnis. Zu dessen Überbrückung ist die Optimierung der kooperationsbegründenden Verfahren ein wesentlicher Baustein. PPP kann als systematische Modernisierungsstrategie verstanden werden, die systemische Grenzen zwischen Markt und Staat teilweise integriert. Hybride Arrangements zwischen privatem und öffentlichem Sektor bergen ein strategisches Innovations-

und Entwicklungspotential, das vom öffentlichen Sektor zu einer Steigerung der Effizienz der Bedienung von Gemeinwohlbelangen zu nutzen ist. Der durch die Vernetzung von öffentlichen und privaten Akteuren entstehende Intermediärbereich hat Bedeutung als Experimentierfeld und Steuerungsreserve.

Schließlich sollen auch internationale Kooperationsarenen nationaler Marktwirtschaften Untersuchungsgegenstand sein. Internationale Organisationen sind im besonderen Maße Kooperationsarenen, da im internationalen Bereich eine Steuerung über Hierarchie mangels supranationaler Institutionen nicht möglich ist. Der gesamte Bereich internationaler Organisationen, ihrer Strukturen und Prozeduren ist bisher kaum von der Verwaltungswissenschaft analysiert worden. In der Forschung dominiert die disziplinär begrenzte Perspektive Internationaler Beziehungen, die internationale Organisationen wie beispielsweise der Welthandelsorganisation nicht als selbständige Akteure und Teile der öffentlichen Verwaltung, sondern lediglich als Werkzeuge in der Hand der Nationalstaaten betrachtet. In diesem Zusammenhang ist die Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen als Repräsentanten der Zivilgesellschaften umstritten. Während Wirtschaftsakteure bereits jetzt privilegierte Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Entscheidungen internationaler Organisationen haben, fordern zivilgesellschaftliche Nicht-Regierungsorganisationen bessere Beteiligungsmöglichkeiten in internationalen Organisationen. Vielfach wird davon ausgegangen, dass eine verstärkte Kooperation mit Nicht-Regierungsorganisationen den internationalen Organisationen einen Zuwachs an Legitimität verschaffen könnte. Das Forschungsprogramm soll dazu beitragen, das verwaltungswissenschaftliche Forschungsdefizit im Bereich internationaler Organisationen zu überwinden.

3.3.4 Projekte

3.3.4.1 Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)

3.3.4.1.1 Laufende Projekte

III/1. *Jansen/Barnekow/Stoll: „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“*

Laufzeit: 1.5.2005 bis 30.4.2008

Finanzierung: VolkswagenStiftung/Schwerpunktprogramm Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft

1. Hintergrund

Vor dem Hintergrund des Klimawandels wird der Umbau der Energielandschaft hin zu energieeffizienten und CO₂-armen Erzeugungsformen zur Herausforderung. Dieser Prozess ist wesentlich durch Interaktionseffekte zwischen den Eigenschaften der Innovationen, den Regulierungsmodi des Energiemarktes sowie den Innovationsstrategien der Akteure des Energiesektors gekennzeichnet. Alle drei Aspekte stehen im Mittelpunkt dieses

Forschungsprojektes, das das FÖV Speyer in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) durchführt.

Energie- und Klimaschutzpolitische Strategien sind in Deutschland vielfältig und teils gegenläufig. Zum einen wurde der Markt mit der Umsetzung der Liberalisierungsrichtlinie dereguliert, zum anderen wurde durch das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) oder Emissionshandelsvorschriften der Regulierungsrahmen erweitert. Zusätzlich betreibt der Bund eine Förderungspolitik, die mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) Anreize für Investitionen in innovative Erzeugungsformen bietet. Ob und welchen Einfluss diese Mechanismen in Kombination auf die Diffusion spezifischer ökologischer Innovationen und die Investitionsneigung der Marktakteure haben, ist bisher noch nicht hinreichend empirisch geklärt.

Eine besondere Relevanz besitzen die Strategien der deutschen Stadtwerke, die durch nahezu alle energiepolitischen Maßnahmen direkt betroffen sind. Durch ihre traditionelle Nähe zum Endkunden und ihre zentrale Position in der Netzinfrastruktur kommt ihnen eine Schlüsselrolle bei der Analyse der Diffusion von Innovationen zu.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die zentrale Forschungsfrage der Untersuchung ist die nach den Bedingungen, unter denen Stadtwerke und deren Kunden in ausgewählte innovative Erzeugungstechniken (Erneuerbare Energien, KWK) und Dienstleistungen (Contracting) investieren. Für die Untersuchung setzen wir drei zentrale Schwerpunkte. Auf der Makroebene fokussieren wir die Auswirkungen der staatlichen Liberalisierungs- und Regulationsstrategien auf die Durchsetzung von ökologischen Innovationen. Welche Marktmechanismen unterstützten innovative technische und organisationale Lösungen, welche behindern diese? Darüber hinaus zielt das Projekt auch auf die Wechselwirkungen zwischen Wettbewerbsstrategien, (Re)-Regulierungsinstrumenten und der Förderung der von uns gewählten Innovationsfelder.

Aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht von besonderer Relevanz ist die vergleichende Analyse privater und öffentlich organisierter Unternehmen auf der Mikroebene. Können Stadtwerke eher als privatwirtschaftliche Akteure an der Seite großer Kooperationspartner im Energiemarkt oder als eigenständige kommunale Akteure innovative Strategien verfolgen? Die Untersuchung betont hier besonders die Einflüsse unterschiedlicher Werthaltungen und die Rolle von Informations- und Kooperationsnetzwerken.

3. Vorgehen

Im Rahmen des Projekts werden Informationen von allen beteiligten Akteuren von Anlagenherstellern über die Stromerzeuger und -verteiler bis hin zu Kunden erhoben, um Koordinations- und Entscheidungsmechanismen angemessen zu bewerten. Als zentrales Forschungsinstrument dient die schriftliche Befragung der Stadtwerke zu ihren Innovations- und Kooperationsstrategien in einer Vollerhebung. Zusätzlich werden im Projekt-

verlauf Leitfadeninterviews mit ausgewählten Kundengruppen (Krankenhäuser, Metzgereien), Energieversorgern und Technologieanbietern geführt.

In der zweiten Projektphase soll auf Grundlage der Daten ein Simulationsmodell entwickelt werden, mit dem Effekte auf der Makroebene wie z.B. der Diffusionsgrad einer Technologie durch Prozesse auf der Mikroebene erklärt werden können.

4. Ergebnisse

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Analyse der Diffusionsprozesse ermöglicht eine Bewertung der vielfältigen energiewirtschaftlichen Mechaniken. Aus politischer Perspektive zeigen Anreizregulierungen die gewünschten Folgen bei ihren Adressaten. Stadtwerke, die in den Bereichen Erneuerbare Energien und KWK aktiv sind, messen der Einspeisevergütung durch EEG und KWKG eine sehr hohe Relevanz zu. Die gleichzeitige Aktivität in zwei oder drei Innovationsfeldern spricht dafür, dass die Energieversorger gerade im technischen Bereich Synergieeffekte nutzen können. Die Diffusion von Erneuerbaren Energien wird zusätzlich noch durch eine starke kommunale Orientierung der lokalen EVU gefördert. Diese umfasst nicht nur Aspekte wie Tradition und Regionalität, sondern auch eine hohe Investitionsbereitschaft in Innovationen.

Die sozialwissenschaftliche Analyse richtet ihren Fokus vor allem auf die Kooperationsstrategien der Energieversorger. Horizontale Netzwerke, in denen kommunale Stadtwerke als gleichberechtigte Partner auftreten, zeigen ein höheres Engagement in den ausgewählten Innovationsfeldern als solche, die über Beteiligungen an ihren Vorversorger gebunden sind. Die bisherigen Ergebnisse scheinen zu belegen, dass die vier großen Verbundnetzbetreiber die Beteiligungen als Vertriebskanal für ihre Großkraftwerke nutzen und so bei den Stadtwerken den Aufbau einer innovatorischen Eigenerzeugung verhindern.

Auf der Verbraucherseite kann mit Blick auf den öffentlichen Sektor für die Kundengruppe Krankenhäuser festgehalten werden, dass für sie Contracting und die Nutzung der KWK-Technologie vor dem Hintergrund steigender Energiepreise eine sehr hohe Relevanz besitzen und daher zu einem hohen Prozentsatz bereits praktiziert werden.

Vorträge und Publikationen

Dorothea Jansen, Katrin Ostertag, Rainer Walz, Mike Weber (2004): Diffusion of Innovations in Energy Efficiency and in Climate Change Mitigation in the Public and Private Sector. Antrag an die VW-Stiftung im Schwerpunktprogramm: „Innovationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft“. Speyer/Karlsruhe, April 2004; Dorothea Jansen/Sven Barnekow (2006): Change of self images of municipal utilities – Service orientation and co-operation as enabling structures for innovations in energy efficiency and climate change mitigation. Vortrag auf dem Workshop "Markets, Institutions and Innovation-Related Services" vom 28. bis 29. Juni 2006 in Ham-

burg; *Dorothea Jansen/Ulrike Stoll* (2006): Einfluss politischer Regulierungsmaßnahmen auf die Innovationsstrategien von Stadtwerken – Lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen. Vortrag auf dem DVPW-Kongress vom 25. bis 29. September 2006 in Münster; *Dorothea Jansen, Sven Barnekow* (2006): Local utilities coping with the transformation of the energy market and their role for the diffusion of climate friendly technologies, FÖV Discussion Papers 36, Speyer; *Dorothea Jansen, Sven Barnekow, Katrin Ostertag, Karoline Rogge, Ulrike Stoll, Rainer Walz, Mike Weber* (2007): Stadtwerke zwischen Liberalisierungsdruck und Umweltzielen – Der Beitrag lokaler Stromversorger zu Diffusion von Klimaschutz- und Energieeffizienzinnovationen. In: Ulrich Wengenroth, Hagen Hof (Hrsg.): Innovationsforschung – Ansätze, Methoden, Grenzen und Perspektiven. Münster: LIT-Verlag; *Eberhard Bohne, Dorothea Jansen* (Hrsg.) (2007): Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt – Beiträge zum 2. Speyerer Energieforum „Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt“ vom 15. bis 16. September 2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 181, Berlin: Duncker & Humblot.

III/2. *Knorr/Jahn*: „Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen“

Laufzeit: 1.8.2005 bis 31.7.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Angebotsgüte von Verkehrsleistungen und ihr Preis beeinflussen zum einen die ökonomische Attraktivität von Produktionsstandorten maßgeblich mit. Zum anderen prägen sie maßgeblich die sektorale sowie die räumliche Struktur von Wirtschaftsprozessen. Verkehrspolitik zählt bis heute folgerichtig zu den Kernbereichen staatlicher Daseinsvorsorge.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten vollzog sich in Deutschland und den meisten anderen Mitgliedstaaten der EU allerdings auf Druck der Kommission nach dem Untätigkeitsurteil des EuGH ein grundlegender verkehrspolitischer Paradigmenwechsel. Bis zu diesem Zeitpunkt sahen es die meisten Mitgliedstaaten als unerlässlich an, das Verkehrswesen als wettbewerbspolitischen Ausnahmehereich zu behandeln, um ihre verkehrspolitischen Zielsetzungen zu erreichen – eine nicht selten allerdings inkonsistente Mixtur regional-, sozial-, umwelt-, industrie- und wachstumspolitischer Sollzustände. Erreicht werden sollten diese Ziele durch umfassende Regulierungen des Marktzutritts, des Marktaustritts, der Preisbildung und der Angebotsqualität. Vielfach, wie im Eisenbahnwesen und im Linienluftverkehr, wurde öffentlichen Unternehmen sogar ein Angebotsmonopol verliehen. Es wurde ergänzt um ein weiteres staatliches Angebotsmonopol bei sämtlichen Verkehrswegeinfrastrukturen.

Beide staatlichen Angebotsmonopole wurden in der jüngeren Vergangenheit in der EU jedoch zunehmend liberalisiert – ein Prozess, der in einigen

Ländern durch eine (teilweise) Privatisierung der früheren staatlichen Angebotsmonopolisten flankiert wurde. Anzumerken ist jedoch, dass die Grade der Liberalisierung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten bis heute stark differieren. Grundsätzlich ist jedoch in allen Mitgliedstaaten der EU in wesentlichen Teilbereichen des Verkehrssektors eine Entwicklung weg von der staatlichen Leistungserstellung hin zu einer Gewährleistungsgarantie zu beobachten.

Trotz der in den vergangenen beiden Jahrzehnten erzielten Liberalisierungsfortschritte sind die Märkte des Verkehrswesens nach wie vor durch erhebliche Wettbewerbsverzerrungen gekennzeichnet. Diese betreffen nicht nur die intramodale Konkurrenz, sondern vor allem den Wettbewerb der einzelnen Verkehrsträger untereinander. Der offensichtlichen verkehrs-, umwelt- und regionalpolitischen Bedeutung dieser Fragestellungen zum Trotz stellt der Problembereich Wettbewerbsverzerrungen im Verkehr noch immer eine bedeutende Forschungslücke dar.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Rahmen dieses Forschungsprojekts zur Regulierung und Liberalisierung von Infrastruktur sollen die auf den Verkehrsmärkten bestehenden Wettbewerbsverzerrungen systematisch erfasst und bewertet werden. Den Schwerpunkt bilden Deutschland sowie die Länder der EU. Die Wettbewerbsverzerrungen und deren ökonomische und außerökonomische Ursachen sollen auf den drei Kernebenen Infrastruktur, Betrieb und externe Effekte untersucht werden. Im Anschluss daran soll erörtert werden, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen sind, um die festgestellten Wettbewerbsverzerrungen auf den Verkehrsmärkten möglichst umfassend zu beseitigen.

3. Vorgehen

Die Erfassung bestehender Wettbewerbsverzerrungen auf den Verkehrsmärkten setzt den Einsatz verschiedener Analyseinstrumente voraus. Das Ausmaß direkter staatlicher Beihilfen kann anhand öffentlich zugänglicher Primärquellen abgeschätzt werden. Die Erfassung der Volumina indirekter Beihilfen – insbesondere in Gestalt nicht internalisierter externer Kosten – soll zum anderen durch Auswertung der zu dieser Thematik bereits verfügbaren wissenschaftlichen Studien erfolgen. Schließlich wird es erforderlich sein, Begünstigungen einzelner Verkehrsträger bzw. Verkehrsunternehmen – z.B. aufgrund unterschiedlicher haftungs-, arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen – zu erfassen und qualitativ sowie quantitativ zu bewerten.

4. Ergebnisse

Das Forschungsprojekt ist von besonderer politischer Relevanz, da die zu untersuchenden Wettbewerbsverzerrungen hohe gesellschaftliche Wohlfahrtsverluste verursachen können. Das Projekt soll daher den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, der öffentlichen Verwaltung und

Verbänden etc. einen umfassenden Überblick über Art und Umfang der Wettbewerbsverzerrungen vermitteln und damit eine wichtige Kenntnislücke schließen sowie politisch umsetzbare Handlungsempfehlungen ableiten.

5. Veröffentlichungen

Andreas Knorr, Verkehrspolitik: Die Entwicklung in (Nachkriegs-)Deutschland, in: M. Leschke/I. Pies (Hrsg.), Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart 2005, S. 73-98; *Andreas Knorr/Andreas Eichinger*, Die Bahnreform in Großbritannien – jüngste Entwicklungen und kritische Würdigung, in: J. Lange (Hrsg.), Weichenstellungen für die Bahn, Loccumer Protokolle 62/04, Rehberg-Loccum 2005, S. 49-84; *Andreas Knorr/Andreas Arndt*, Most Low-Cost Airlines Fail(ed). Why Did Southwest Airlines Prosper?, in: P. Forsyth/D. Gillen/O. G. Mayer/H.-M. Niemeier (Hrsg.), Competition versus Predation in Aviation Markets, Aldershot/Burlington 2005, S. 145-170; *Andreas Knorr*, Gemeinwohl und Daseinsvorsorge in der Infrastrukturpolitik, in: K. H. Hartwig/A. Knorr (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in der Infrastrukturpolitik, Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Heft 157, Göttingen 2005, S. 31-53.

- III/3. *S. Fisch/Horstmann*: "Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Verwaltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der Bundesrepublik Deutschland"

Laufzeit: 15.2.2006 bis 14.2.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Das Schulwesen gehört beinahe in allen Industriestaaten zum Handlungsbereich unbestrittener Staatsaufgaben, ist aber anderswo selten so eindeutig staatlich dominiert wie in Deutschland. Aufgrund dieser Grundformation fand in der Bundesrepublik lange keine nennenswerte Diskussion darüber statt, ob der Staat das Unterrichtswesen derart umfassend betreiben, finanzieren oder wenigstens regulieren muss. Seit den Vergleichsuntersuchungen im Bildungsbereich hat sich das geändert: Die bundesdeutsche Staatsschule garantiert offenbar weder Einheitlichkeit noch Chancengleichheit. Nun wird verstärkt über Änderungen der Steuerungsstrukturen und eine Ausweitung des privaten Engagements diskutiert. Überraschenderweise sind bislang von dieser Reformdebatte über die künftige Bildungsinfrastruktur die existierenden, grundgesetzlich garantierten Privatschulen als Alternative zum bzw. als Ergänzung des staatlichen Schulwesens ausgenommen.

Das Forschungsprojekt nimmt sich des Privatschulwesens in Deutschland als eines staatlich regulierten Systems an. Im Zentrum stehen die sogenannten Ersatzschulen, die staatlich anerkannte Abschlüsse vergeben können und vom Staat subventioniert werden. Ersatzschulen sind beson-

derer Kontrolle und anderen Beeinflussungsmechanismen unterworfen, so dass bei ihnen die Verflechtung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren besonders deutlich wird. Über diese Interaktion zwischen privaten und öffentlichen Akteuren wurde bis jetzt noch nicht systematisch gearbeitet. Vor dem Hintergrund der laufenden Reformdiskussion ist das Thema von hohem politischem und gesellschaftlichem Interesse. Durch das Vorhaben werden Kooperationsfelder zwischen geschichts-, verwaltungswissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Forschung eröffnet, die in interdisziplinärer Weise auch erziehungswissenschaftliche, bildungswissenschaftliche und politologische Fragestellungen einschließen.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt nimmt erstmals das Interaktionsgefüge zwischen ‚Gesellschaft‘ und öffentlicher Verwaltung am Beispiel der Privatschule in den Blick. Der Wandel von Regulierungsstrukturen in einem zentralen Politikfeld der Länder kann so unter sich wandelnden Umfeldbedingungen näher betrachtet werden. Weiter soll ein neuer Denkmzusammenhang von Bildung, Infrastruktur und Regulierungstheorie hergestellt werden. Im Einzelnen geht es um folgende größere Forschungsfragen:

1. Die Privatschulen trafen und treffen in ihrem Handlungsraum auf unterschiedliche Verwaltungskulturen in einem Politikfeld, das durch Wandel und rivalisierende Bildungskonzepte gekennzeichnet war und ist. Welche unterschiedlichen Leitbilder übertrugen die Schulaufsichten verschiedener Länder auf die Privatschulen?
2. Zweitens rückt das Projekt die privaten Akteure selbst ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Zwischen Verwaltung und Privatschulen herrscht dabei kein Gleichgewicht der Kräfte. Wie reagierten die Privatschulvertreter auf dieses Ungleichgewicht der Kräfte und welche Allianzen mit der Verwaltung gingen sie ein?
3. Aus einer Gemengelage aus grundrechtlichen Vorgaben und landesrechtlich normierten Bildungskonzepten bildeten sich je nach Land spezifische Regulierungsstrukturen staatlich-privater Verantwortungsteilung heraus, die sich allerdings typisieren lassen. Die derzeitige Debatte zu Regulierung und Deregulierung, Gewährleistungsverantwortung und Governance bewegt sich vor allem in den Referenzgebieten Telekommunikation, Energieversorgung und Verkehrsinfrastrukturen. Zu erarbeiten ist, inwiefern sich mit dem Zugriff auf das Privatschulwesens ein in diesem Diskurs kaum thematisierter Typ der Regulierung öffentlicher Güter erschließen lässt und welche Anregungen sich hieraus ergeben können.

3. Vorgehen

Das Vorhaben verbindet zum einen an der Beobachtung von historischen Akteuren und deren Handlungen orientierten Ansatz mit Perspektiven einer allgemeinen Strukturgeschichte. Empirisch wird vor allem mit Akten- und Archivmaterial sowie mit zeitgenössischer Literatur gearbeitet. Darüber hinaus werden Experteninterviews einbezogen.

Das Projekt greift auf einen integrativen Quellenbestand zurück: den der ‚Arbeitsgemeinschaft freier Schulen‘. Ausgehend von der Überlieferung der bundesweit organisierten Vereinigung ist es möglich, die Regulierung der Privatschulen in der Bundesrepublik als einen historischen Prozess zu untersuchen und gleichzeitig induktiv zu weiteren Problemfeldern vorzustoßen.

Zum anderen soll in verwaltungswissenschaftlicher und juristischer Perspektive der aktuelle Normenbestand (einschließlich der untergesetzlichen Bestimmungen) analysiert werden, der den Kooperations-, Koordinations- und Kontrollstrukturen der Ordnung des Privatschulwesens ihr Gepräge gibt; die Ergebnisse sind im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Debatte zum „Gewährleistungsstaat“ zu diskutieren.

4. Ergebnisse

Durch das Projekt soll deutlich werden, wie die Bildungsverwaltung den ‚Markt‘ der privaten Schulen beeinflusste und welche Strukturen hieraus erwachsen sind. Spielräume und Grenzen staatlicher Einflussnahme auf die Privatschulen sollen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sichtbar werden. Im größeren Zusammenhang können die Forschungsergebnisse einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der Entwicklung und der Entwicklungsperspektiven des modernen Staates und seiner Bildungsinfrastruktur leisten.

3.3.4.2 Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften

3.3.4.2.1 Laufende Projekte

III/4. Ziekow/Siegel: „Fehler im Vergabeverfahren“

Laufzeit: 1.12.2002 bis 31.7.2003; 1.1.2006 bis 31.3.2006;
1.9.2006 bis 31.12.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge hat sich – wie kaum ein anderer Rechtsbereich – in jüngster Zeit von einem Randgebiet zu einem zentralen Bereich politischer Aufmerksamkeit entwickelt. Gründe hierfür dürften zum einen das im Vergaberecht besonders deutliche komplexe Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht, zum anderen der verstärkte Einsatz ökonomischer Steuerungsinstrumente zur Erzielung erwünschter Effekte sein. Vor diesem Hintergrund kann das Vergaberecht als nachgerade paradigmatisch für die Stellung der Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft gelten.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Untersuchung soll einen Beitrag zur Struktur und Einordnung neuer Verfahrenstypen zwischen privatem und öffentlichem Recht liefern. Das Projekt ist von Bedeutung zunächst für den Bundesgesetzgeber, dessen Ordnung des Vergaberechts in Umsetzung der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben im Hinblick auf seine Fehleranfälligkeit untersucht wird. Darüber hinaus soll allen Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befasst sind, eine Analyse zur Verfügung gestellt werden, welche die Fehleranfälligkeit von Vergabeverfahren verringern kann. Gegebenenfalls werden Vorschläge zur Fortentwicklung eines aufgabengerechten Fehlerfolgenrechts erarbeitet. Zudem soll der Gestaltungsprozess, den das Vergaberecht derzeit durchläuft, wissenschaftlich begleitet und beeinflusst werden.

3. Vorgehen

Das Projekt dient der normativ-rechtlichen Analyse aktueller Schnittstellen zwischen öffentlichen Stellen und privaten Akteuren. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragestellungen, bei denen die Grenzen zwischen diesen Beteiligten noch nicht abschließend festgelegt sind. So wurde in einem ersten Projektabschnitt untersucht, inwieweit öffentliche Auftraggeber trotz der grundsätzlichen Verankerung des Vergabeverfahrens im Zivilrecht an normative Vorgaben des öffentlichen Rechts gebunden bleiben. Aktuelle Projektabschnitte haben den sachlichen und personellen Anwendungsbereich des Vergaberechts zum Gegenstand, so etwa die Frage, inwieweit interkommunale Kooperationen dem Vergaberecht unterliegen können.

4. Ergebnisse

Zu den einzelnen Projektabschnitten wurden und werden jeweils die erzielten Forschungsergebnisse in den einschlägigen Fachzeitschriften oder in anderer Form veröffentlicht. Die bislang gewonnenen Ergebnisse sind bereits in weitem Umfang in Rechtsprechung und Literatur auf nationaler Ebene aufgegriffen worden. Darüber hinaus beeinflussen die gewonnenen Forschungsergebnisse auch die vergaberechtliche Entwicklung auf europäischer Ebene, was sich etwa in der Zitierung durch die Generalanwaltschaft vor dem EuGH oder in der Anforderung von Veröffentlichungen durch die Europäische Kommission äußert.

5. Veröffentlichungen

Jan Ziekow, Faires Beschaffungswesen, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) 2003, S. 1-10; *Jan Ziekow*, Der funktionelle Auftraggeberbegriff des § 98 Nr. 2 GWB – Der persönliche Anwendungsbereich des Vergaberechts – ein Arkanum?, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) 2003, S. 483-502; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Das Vergabeverfahren als Verwaltungsverfahren, in: Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR) 2004, S. 30-35; *Jan Ziekow*, Die vergaberechtliche Auftraggebereigenschaft konzernverbundener Unternehmen, in: Neue

Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (NZBau) 2004, S. 181-187; *Jan Ziekow*, Möglichkeiten und Grenzen der Verfolgung externer politischer Ziele mit Mitteln des Vergaberechts, in: Pitschas/Ziekow (Hrsg.), Kommunalwirtschaft im Europa der Regionen, 2004, S. 193-209; *Jan Ziekow*, Ausschreibungspflicht bei Auftragnehmerwechsel, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) 2004, S. 430-436; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Public Public Partnerships und Vergaberecht: Vergaberechtliche Sonderbehandlung der „In-State-Geschäfte“, in: Verwaltungsarchiv (VerwArch) 2005, S. 119-137; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Die Vergaberechtspflichtigkeit von Partnerschaften der öffentlichen Hand – Neue Entwicklungstendenzen im Bereich der In-House-Geschäfte und der In-State-Geschäfte, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) 2005, S. 145-156; *Thorsten Siegel*, Aktuelle Probleme des Vergaberechts: In-House-Geschäfte und In-State-Geschäfte, in: Hach Lange (Hrsg.), Tagungsband zu den 16. Magdeburger Abwassertagen, 2005, 12 S.; *Thorsten Siegel*, Das Vergaberecht im Umbruch. Ein Überblick über das aktuelle und das künftige Vergaberecht, in: Förster u.a. (Hrsg.), Herausforderungen und Veränderungen im Öffentlichen Sektor II, Mannheimer Schriften zur Verwaltungs- und Versorgungswirtschaft, Band 10, Herbolzheim 2005, S. 169-179; *Jan Ziekow*, Vergabefremde Kriterien nach der Neufassung der Vergaberichtlinien, in: Pitschas/Ziekow (Hrsg.), Vergaberecht im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 176, 2006, S. 151-170; *Thorsten Siegel*, Die Vergaberechtspflichtigkeit der In-State-Geschäfte – Ein Rückzug in drei Akten, in: Ziekow (Hrsg.), Sonderheft Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) (erscheint demnächst); *Jan Ziekow*, In-House-Geschäfte – werden die Spielräume enger?, in: derselbe (Hrsg.), Sonderheft Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) (erscheint demnächst); *Thorsten Siegel*, Rechtssichere In-House-Geschäfte? Aktuelle Entwicklungstendenzen in der Rechtsprechung des EuGH, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) (erscheint demnächst); *Thorsten Siegel*, Auftragsarten und gemischte Verträge nach dem neuen Vergaberecht, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) (erscheint demnächst).

III/5. *Ziekow/Windoffer*: „Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen“

Laufzeit: 1.12.2003 bis 14.11.2004; 15.1.2005 bis 30.9.2005; 10.7.2006 bis 30.6.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

In Wissenschaft und Praxis findet der Begriff „Public Private Partnership“ (PPP) bzw. „Öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP) Verwendung für eine Vielzahl unterschiedlich ausgestalteter Kooperationen an der Schnittstelle zwischen Staat und Markt. Allerdings haben sich bisherige Versuche, das Phänomen PPP definitorisch zu erfassen, angesichts der Komplexität, der Mannigfaltigkeit und des steten Formenwandels kooperativer Aufgabenerfüllung als unergiebig erwiesen.

Richtet man den Blick sodann auf die Anforderungen an eine erfolgreiche Strukturierung und Steuerung von Kooperationsprozessen, so zeigt sich, dass der Erkenntnis, PPP als Prozess nur in ganzheitlicher und nachhaltiger Betrachtung gerecht zu werden, zwar zunehmend über eine Lebenszyklusorientierung Rechnung getragen wird. Bislang veröffentlichte Darstellungen mit Leitfadencharakter bieten hier zwar eine wertvolle erste Orientierungshilfe, erschöpfen sich jedoch vielfach in einer gleichsam checklistenartigen Aufzählung einzelner Prozesselemente und vermögen daher nur begrenzt als Handreichungen für eine zielführende und folgerichtige Verfahrensstrukturierung zu dienen.

Die o. g. Problemstellung zeigt zwei Desiderate der verwaltungswissenschaftlichen Forschung auf. Zum ersten sieht sie sich – als Voraussetzung der nachfolgenden Strukturierung – vor die Aufgabe gestellt, ein Set von Indikatoren zu erarbeiten, um PPP als Verfahrenstypus auf anderem Wege als über eine Begriffsdefinition identifizieren und abgrenzen zu können.

Zum zweiten ist es ihr angelegen, die Akteure der Partnerschaft, vornehmlich auf Seiten der öffentlichen Hand, zu einer zielorientierten Initiierung, Organisation und Stabilisierung des Kooperationsverhältnisses anleiten zu können.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Aus der o. g. Forschungslücke resultieren zwei Zielsetzungen: Erstens die Identifizierung und Abgrenzung von PPP mittels Indikatoren und zweitens die Entwicklung eines Prozessmodells, welches den gesamten Lebenszyklus des PPP-Vorhabens abbildet, die für eine erfolgreiche Projektsteuerung sowie zur Wahrnehmung staatlicher Gewährleistungsverantwortung maßgeblichen Erfolgskriterien integriert und hierbei auch parallelen oder phasenübergreifenden Abläufen Rechnung trägt. Ein wesentliches Augenmerk wird hierbei auf der umfassenden PPP-Folgenabschätzung in den frühen Phasen des PPP-Verfahrens liegen.

Von zentralem Interesse ist somit die Beantwortung der Fragen, welche Merkmale den Verfahrenstypus PPP kennzeichnen, auf welche Weise öffentlich-private Kooperationen in der Praxis ablaufen und wie sie sich als Prozess zielführend steuern lassen.

3. Vorgehen

Zunächst soll ein Positiv-/Negativkatalog von Indikatoren für PPP entwickelt werden. Sodann sind die Strukturelemente von Kooperationsprozessen in der Praxis durch Auswertung empirischer Studien, Sekundärliteratur und PPP-Leitfäden zu ermitteln. Es folgt eine eigene Definition der Lebenszyklusphasen von PPP-Projekten, die Herausarbeitung und Aggregation der Kriterien für eine erfolgreiche Prozesssteuerung und deren Einbettung in ein schlüssiges Interaktionskonzept. Der Lebenszyklusansatz ist zu einem visualisierten, die Erfolgsbedingungen integrierenden Modell zur Strukturierung und Steuerung des PPP-Prozesses fortzuentwickeln.

4. Ergebnisse

Das Forschungsprojekt soll zur Konturierung des Phänomens PPP selbst sowie der Strukturen und Abläufe solcher Kooperationsarenen beitragen, denen ein Potential als systematische Modernisierungsstrategie zur Integration systemischer Grenzen zwischen Markt und Staat innewohnt. Um in diesem Sinne theoretisches Basiswissen und zugleich praktische Handlungsanleitungen bieten zu können, bedarf es der notwendigen Abstraktion vom Einzelfall und einer modellhaften Veranschaulichung.

Strategisch soll das Projekt ferner eine wissenschaftliche Bündelungsfunktion für zahlreiche Aktivitäten von Bundesregierung, Landesregierungen und privater Wirtschaft übernehmen, um über Kooperationen und Drittmitteleinwerbung den Bereich PPP zu einer mit WiDuT verbundenen Service- und Transferstelle auszubauen. Es ist vorgesehen, das entwickelte Prozessmodell zur begleitenden Evaluation künftiger PPP-Vorhaben einzusetzen.

5. Veröffentlichung

Jan Ziekow/Alexander Windoffer, Public Private Partnership als Verfahren – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen, in: Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht, 6. Jahrgang, Heft 12/2005, S. 665-671; Jan Ziekow, Public Private Partnership – auf dem Weg zur Formierung einer intermediären Innovationsebene?, in: Verwaltungsarchiv 98 (2006).

III/6. *Bohne/Bugdahn: „Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung“*

Laufzeit: 1.6.2004 bis 30.4.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Bis vor wenigen Jahren haben internationale Organisationen kaum das Interesse der breiten Masse gefunden. Traditionell wird die Legitimität ihrer Entscheidungen von der Zustimmung ihrer Mitgliedstaaten abgeleitet. In den letzten Jahren sind internationale Organisationen allerdings zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Internationale Regelwerke wirken inzwischen deutlich auf nationale Regelungsbestände ein, und verkleinern die Handlungsspielräume von Nationalstaaten. Vor diesem Hintergrund kritisiert eine stetig wachsende Anzahl von Nichtregierungsorganisationen und Globalisierungskritikern sowohl die „undemokratischen“ Entscheidungsprozesse in den internationalen Organisationen, als auch deren häufig als problematisch wahrgenommenen Entscheidungsausgang.

Stellvertretend für viele internationale Organisationen steht die Welthandelsorganisation WTO, die 1995 durch das Marrakesh Abkommen geschaffen wurde. Nach zahlreichen Beitritten hat die WTO inzwischen 150 Mitgliedstaaten, von denen die Mehrzahl zu den Entwicklungsländern

zählt. Die WTO hatte in den letzten Jahren größere Schwierigkeiten, Fortschritte bei der Handelsliberalisierung zu erreichen. 1999 und 2003 bildeten die gescheiterten Ministerialkonferenzen in Seattle und Cancún einen Schauplatz für spektakuläre Proteste von Nichtregierungsorganisationen.

Seit dem Ende der 90er Jahre beschäftigen sich Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen intensiv mit einer Reform der Welthandelsorganisation. Obwohl internationale Organisationen schon früh als internationale Verwaltungen beschrieben wurden, steht eine systematische Beschäftigung der Verwaltungswissenschaft mit internationalen Organisationen bis heute aus. Insbesondere wird bei der Analyse internationaler Organisationen kaum auf Bestände der Organisationstheorie zurückgegriffen. Diese hat sich daher weitgehend auf die Analyse von innerstaatlichen Organisationen, insbesondere der von korporativen Akteuren, konzentriert.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Forschungsprojekts ist die Beschreibung und Analyse der Welthandelsorganisation WTO unter Zuhilfenahme von Konzepten aus der Verwaltungswissenschaft, insbesondere der Organisationstheorie. Auf dieser Grundlage sollen tragfähige Reformvorschläge entwickelt werden.

In einem ersten Schritt soll die WTO als Organisationstypus eingeordnet werden. Dazu werden zunächst Idealtypen einer internationalen „corporate organization“ und einer „membership organization“ mit ihren Merkmalen entwickelt und einander gegenübergestellt. Welche Merkmale weist die WTO auf?

In einem zweiten Schritt sollen Defizite der WTO im Bereich der Effektivität, Chancengleichheit der Mitgliedstaaten und Gleichwertigkeit von Zielen (Equity) sowie von – empirisch wahrgenommener – Legitimität analysiert werden. Welche Defizite können bei der WTO wahrgenommen werden, und inwiefern stehen diese Defizite mit dem von der WTO vertretenen Organisationstypus in Verbindung?

In einem dritten Schritt sollen Problemlösungsansätze für die Welthandelsorganisation entwickelt werden. Dabei ist davon auszugehen, dass die vorliegenden Organisationsmerkmale nicht nur das tägliche Funktionieren der WTO, sondern auch deren Reformfähigkeit entscheidend beeinflussen. Daher können Reformmaßnahmen nur unter Berücksichtigung rechtlicher und politischer Variablen entwickelt werden.

3. Vorgehen

Zunächst wird die bestehende Literatur zu internationalen Organisationen im allgemeinen und zur Welthandelsorganisation im besonderen ausgewertet. Dabei werden Organisationsmerkmale und Defizite der WTO im Bereich der Effektivität, Equity und Legitimität erfasst.

Zur Vertiefung werden anschließend eine Reihe von Experteninterviews mit vier verschiedenen Akteursgruppen durchgeführt: (1) Angestellte des WTO-Sekretariats, (2) Repräsentanten von Mitgliedstaaten der WTO, (3)

Vertreter von Nichtregierungsorganisationen sowie (4) anderen intergouvernementalen Organisationen.

4. Ergebnisse

Das Forschungsprojekt soll Politik und Wissenschaft Kenntnisse über die WTO, ihr tatsächliches Funktionieren und ihre Reformmöglichkeiten vermitteln. Insbesondere für die Verwaltungswissenschaft hat das Projekt eine Pilotfunktion. Es soll zeigen, dass Konzepte der Organisationstheorie für die Analyse internationaler Organisationen fruchtbar gemacht werden können.

5. Veröffentlichungen

Sonja Bugdahn, The World Trade Organization: Between Governments and NGOs, in: David Eaton (Hrsg.), *The End of Sovereignty? A Transatlantic Perspective*, Münster/Berlin/Hamburg/London 2006, S. 129-65; *Sonja Bugdahn*, *Reforming the World Trade Organization: A Choice between Effectiveness and Equity?*, FÖV Discussion Paper Nr. 28, Speyer 2006.

- III/7. *Ziekow/Siegel*: „Evaluation der Vergabep Praxis im Gebäudemanagement des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes Nordrhein-Westfalen“

Laufzeit: 1.10.2007-31.12.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

a) Anlass

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW), der für einen Großteil der Landesliegenschaften die Eigentümerfunktionen wahrnimmt, praktiziert im Zusammenhang mit dem Gebäudemanagement derzeit drei verschiedene Ausschreibungsmodelle: die vollständig integrierte Vergabe, die teilintegrierte Vergabe sowie die loswiese Vergabe. Die Evaluation dient der Untersuchung, welches dieser drei Modelle unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten vorzugswürdig ist.

b) Forschungsbedarf

Es existieren bislang keine entsprechenden Untersuchungen zur Vergabep Praxis. Insbesondere sind die Auswirkungen unterschiedlicher Ausschreibungsmodelle auf den Wettbewerb noch nicht wissenschaftlich untersucht worden.

c) Eigene Vorarbeiten

- Analyse von Implementierung und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung in Baden-Württemberg,

Veröffentlichung (u.a.): Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer, Dauer von Zulassungsverfahren – eine empirische Untersuchung zu Implementation und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung, Köln 2005.

- Evaluation des Zweiten Modellversuchs des Landes Nordrhein-Westfalen zur Befreiung von Vergaben der VOB/A erster Abschnitt,

Veröffentlichung (u.a.): Jan Ziekow/Thorsten Siegel, Flexibilisierung des Vergabeverfahrens?, Evaluation des Zweiten Modellversuchs „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt“ des Landes Nordrhein-Westfalen, Baden-Baden 2007.

d) Finanzierung und Kooperation

Die Evaluation durch das FÖV wird vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) drittmittelfinanziert. Kooperationspartner ist das Institut für Site und Facility Management GmbH Münster.

2. Zielsetzung/Forschungsfragen

Die Untersuchung durch das FÖV soll ermitteln, welche Auswirkungen die drei Ausschreibungsmodelle auf den Wettbewerb und den Mittelstand haben und wie die Bieterstruktur in den drei Modellen jeweils beschaffen ist. Darüber hinaus wird untersucht, was die Gründe für die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung von Bietern an den betreffenden Verfahren sind und welche Auswirkungen die drei Modelle schließlich auf den Mittelstand insgesamt haben. Parallel zur Evaluation durch das FÖV wird vom Institut für Site und Facility Management GmbH Münster in einer Effizienzanalyse ermittelt, welche Auswirkungen die drei verschiedenen Ausschreibungsmodelle auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen haben.

3. Vorgehen

In einem ersten Schritt wird die konzeptionelle Basis der Evaluation erstellt. Die Grundlage hierfür bilden die dargelegten Forschungsfragen (s.o. 2.). Auf dieser Basis wird sodann ein Antwortraster für die zu evaluierenden Vergabeverfahren erstellt, in dem Bieterstruktur sowie mittelstandsfreundliche und -nachteilige Aspekte überprüft werden. Darüber hinaus erfolgt eine Befragung der (beteiligten und potentiellen) Bieter über die Gründe der Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung. Das Forschungsdesign orientiert sich dabei an den bereits am Forschungsinstitut erfolgreich durchgeführten empirischen Untersuchungen (s.o. 1.c).

4. Erwartete Ergebnisse

Ziel der Evaluation ist die vergleichende Bewertung der drei Ausschreibungsmodelle unter Effektivitätsgesichtspunkten. Erweist sich eines der drei Ausschreibungsmodelle als am effektivsten (bzw. am effizientesten), so soll die gesamte Vergabepaxis des BLB NRW auf dieses Modell umgestellt werden. Darüber hinaus können die im Land Nordrhein-Westfalen

gewonnenen Erkenntnisse auf andere Bundesländer mit entsprechenden Arbeitsstrukturen übertragen werden.

3.3.4.3 Weitergeführte Projekte

- III/8. *Merten/Montoro Chiner*: „Grundrechte und Verwaltungsverfahren im Bereich von Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften im spanisch-deutschen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses von wissenschaftlichen Ausschüssen auf Inhalt, Gestalt und Überprüfbarkeit von Verwaltungsverfahren“

Laufzeit: 1.10.2003 bis 30.6.2006

Finanzierung: Fritz Thyssen Stiftung

1. Hintergrund

Das Informationszeitalter und die Biotechnologie verlangen im Recht ganz allgemein und besonders im Verwaltungsrecht (derzeit insbesondere in den Bereichen Konsumentenschutz, Lebensmittelrecht, Gesundheitswesen und Umweltschutz) neuartige Regelungen, die den Grundrechten Rechnung tragen und die in geordneten Verwaltungsverfahren abgewickelt werden.

Dabei treten neuartige, dem bisherigen Verwaltungsverfahren fremde, hochtechnisierte Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsträger auf, so dass auch die Entscheidungen selbst hochtechnisiert erscheinen.

2. Zielstellung/ Forschungsfragen

Wie die Grundrechte und die Anforderungen des Gesetzmäßigkeitsprinzips angesichts der Herausforderungen durch moderne technische und gesellschaftliche Entwicklungen gewahrt und verwirklicht werden können, ist die zentrale grundlagenwissenschaftliche Zielsetzung dieses Forschungsprojektes.

Die zentrale Fragestellung betrifft die verfahrensrechtliche Legitimation und die Kontrolle des mehr und mehr in die Entscheidungsrolle aufrückenden Sachverständigen (der Expertokratie).

3. Vorgehen

Es wurde ein Rechtsvergleich des spanischen und des deutschen Rechts zur Biotechnologie im Hinblick auf Rechtsmittelmöglichkeiten und Grenzen der Staatshaftung durchgeführt. Weiterhin wurde erforscht, inwieweit durch das jeweilige Recht die Einbindung einschlägigen Fachwissens vorgeschrieben ist. Schließlich wurde die organisatorische Ausprägung der Einbindung von Fachwissen in staatliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse (insbesondere das Zusammenwirken verschiedener Fachwissenschaften in wissenschaftlichen Ausschüssen) in Spanien und Deutschland verglichen.

4. Ergebnisse

Der Vergleich hat ergeben, dass in Spanien einschlägiges Fachwissen intensiver als in Deutschland eingebunden wird.

5. Veröffentlichungen

Montoro, María Jesús, Seguridad jurídica, principio de cautela y comités científicos, in: Documentación Administrativa 265-266 (2003), S. 319-364; *Montoro, María Jesús*, Rechtssicherheit, Vorsorgeprinzip und wissenschaftliche Ausschüsse, in: Zeitschrift für Öffentliches Recht 59 (2004), S. 1 ff.; *Montoro, María Jesús u.a.* Document sobre el rebuig des Testimoni de Jehová a les transfusions de sang. Ausgearbeitet von der Grup d'Opinió de l'Observatori de Bioètica i Dret; *Montoro, María Jesús*, Die Urteilsvollstreckung in der Verwaltungsprozessordnung 29/1998 vom 13. Juli 1998, in: Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Die Reform des Verwaltungsprozessrechts in Spanien, Speyerer Forschungsberichte Nr. 240, Speyer 2005; *Montoro, María Jesús*, Perspectivas de contraste ante el riesgo ecológico. Agentes que intervienen en la evaluación del riesgo. En especial, los comités científicos, in: M.J. Buxó y Maria Casado (Hrsg.) Riesgo y Precaución, Publicacions de la Residència d'Investigadors 2005; *Montoro, María Jesús*, Le norme tecniche ambientali e l'esperienza dell'ordinamento spagnolo, in: Stefano Grassi (Hrsg.), Governo dell'ambiente e formazione delle norme tecniche, Milano 2005.

III/9. *Merten/Koch*: „Grundrechte in Deutschland und Europa“

Laufzeit: 15.4.2004 bis 14.11.2004; 15.1.2005 bis 14.6.2007; 15.6.2007 bis 14.6.2009

Finanzierung: Fritz Thyssen Stiftung

1. Hintergrund

In angemessenen Abständen bedarf es einer sorgfältigen und umfassenden Vergewisserung über den Grundrechtsbestand in Deutschland und in den Verfassungsordnungen der europäischen Staaten. Angesichts sich in Erscheinungsbild und Selbstverständnis rasant wandelnder Staatsfunktionen gewinnen die Grundrechte in ihren Dimensionen der Freiheitssicherung, der Leistungsgewähr und Teilhabe und nicht zuletzt als objektivierte Werteordnung sowie als Stifter verfahrensleitender Maßstäbe immer wieder neu zu bestimmende Bedeutung für das Handeln der öffentlichen Verwaltung.

Im Mehrebenensystem der Europäischen Union gesellen sich Verfassungs- und Grundrechtsordnungen in transnationalen Wirkungszusammenhängen zueinander und werden durch die Grundrechtserwartungen und Verfassungsentwürfe der supranationalen Ebene überlagert und zusammengebunden. Überdies tragen die völkervertragsrechtlichen Systeme erheblich dazu bei, Grundrechtsstandards als fundamentale Hand-

lungs- und Gestaltungsanforderungen im jeweiligen Anwendungszusammenhang neu zu justieren und zu bestärken.

Die Herausforderungen, denen sich das moderne, supranational integrierte und fachlich stark ausdifferenzierte Verwaltungsrecht stellen muß, sind mit der Leistungsfähigkeit des Grundrechtssystems eng verbunden. Das Menschenbild, die Möglichkeiten in Naturwissenschaft und Technik, veränderte Lebens- und Umweltbedingungen, infrastrukturelle Herausforderungen lassen in vielen aktuellen Anwendungszusammenhängen die orientierende, maßstabsetzende Bedeutung der Grundrechte intensiv erfahrbar werden, und schon in der Diskussion um Grundrechtsinhalte, ihre Schutzbereiche und Grenzen werden Maßgaben für Gestaltung und Umsetzung von Staats- und Verwaltungsaufgaben erkennbar (beispielhaft → *Merten/Montoro Chiner: Grundrechte und Verwaltungsverfahren im Bereich der Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften im spanisch-deutschen Vergleich*).

Auch die Erwartungen an Integrationsfähigkeit und den bereits erzielten Integrationsgrad mitgliedstaatlichen Verfassungs- und Verwaltungsrechts nehmen weiter zu. Der „Europabürger“ bedarf angesichts immer engerer Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU auch in den Bereichen der inneren Sicherheit und der Justiz größerer Gewißheit um die Wahrung seiner Freiheitsrechte.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Ziel des Projekts liegt in einer in den verschiedenen Anwendungszusammenhängen des Verwaltungsrechts handhabbaren Bestandsaufnahme der Grundrechte samt in ihnen angelegter Entwicklungsperspektiven. Die Grundrechtssubstanz wird in 270 Einzelbeiträgen aufbereitet und wechselseitige Einflüsse, Entstehungs- und Wirkungsbedingungen eines „Jus Commune Europaeum“ werden sichtbar.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Zielsetzung sind Bestand und Entwicklungspotential der deutschen Grundrechtsordnung und der europäischen Staaten aufzuarbeiten. Wechselwirkungen ist intensiv nachzugehen. Die Konzeption des Gemeinsamen Marktes, die angestrebte Kohärenz Europas in den großen Infrastrukturaufgaben, die Probleme der sozialen Integration, Forschung, Wissenschaft und Bildung fordern Beiträge zur wechselseitigen und gemeinschaftlichen Grundrechtsentwicklung heraus. Auch wird Konsequenzen der Grundrechtsübernahme aus anderen Rechtskreisen für die Fortentwicklung des nationalen Verfassungsrechts sowie Implikationen für Rechtsgestaltung und Rechtsanwendung für und durch die öffentliche Verwaltung nachgegangen.

3. Vorgehen

Die Bestandsaufnahme wird in Handbuchform realisiert, angelegt auf neun Bände. Diese Grundkonzeption gibt Gewißheit, die Grundrechte in Deutschland und Europa sorgfältig in ihren dogmatischen Grundlagen und konkreten Anwendungsbezügen darzustellen. Das Handbuch arbeitet mit

strikten, der deutschen Grundrechtsentwicklung entnommenen und erweiterten Fragestellungen und Aussagen zum gesamten Spektrum aus Herkunft, Anwendungsbreite und Entwicklungspotentialen grundrechtlicher Normen. Die Bedeutung der Grundrechtsentwicklung für die Verwaltungspraxis wird herausgestellt, hinterfragt und bewertet.

Aus der unmittelbaren, dem Handbucheditionsprinzip verdankten Zusammenschau der Grundrechtskulturen und Verfassungsebenen ist der Rechts- und Verfassungsvergleich unter den Mitgliedstaaten und mit Blick auf die Europäische Union (mit Ausstrahlungen in den internationalen Raum) jederzeit verifizierbar und bildet Grundlagen zur Weiterentwicklung normativer Gestaltungskonzepte; neue verfassungsbezogene Argumente und Integrationsstrategien können so abgeleitet werden.

Hier entsteht ein zuverlässiges Hilfsmittel für die anstehende Vertiefung der Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union.

Das Projekt basiert auf den reichen grundrechtsdogmatischen Erfahrungen des Projektleiters, die in einer dichten Zahl von Vorpublikationen zum Ausdruck kommen, und darauf, daß für die rund 270 Einzelbeiträge mehr als 170 Autoren, alle herausragende Staatsrechtslehrer, Europawissenschaftler und Völkerrechtler, haben gewonnen werden können.

4. Ergebnisse

Ergebnisse des Projekts sind bereits greifbar: So wurde der Erste Band des Handbuchs im Jahr 2004 publiziert und der Öffentlichkeit in Gegenwart des deutschen Bundespräsidenten übergeben. Im Jahr 2006 folgte der Zweite Band. Der Siebte Band (Teilband Schweiz, Liechtenstein) ist im Druck und wird im Spätsommer 2007 erscheinen. Der Teilband Österreich folgt; ebenso stehen die Bände III und VI kurz vor der Vollendung. Von den übrigen Bänden liegen derzeit insgesamt weit über 50% der Beiträge vor.

5. Veröffentlichungen

Detlef Merten, Grundrechtliche Schutzpflichten und Untermaßverbot, in: Klaus Stern/Klaus Grupp (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Joachim Burmeister, Heidelberg 2005, S. 227-243; *Detlef Merten*, Der Begriff der Grundrechte in der geschichtlichen Entwicklung, in: Metin Akyürek u.a. (Hrsg.) Staat und Recht in europäischer Perspektive, Festschrift Heinz Schäffer, Wien 2006, S. 485 ff.; *Detlef Merten*, Art. Persönlichkeitsschutz, in: Peter Schiwy/Walter J. Schütz/Dieter Dörr (Hrsg.), Medienrecht. Lexikon für Praxis und Wissenschaft, 4. Aufl., 2006, S. 343-349; *Detlef Merten*, Das Prinzip Freiheit im Gefüge der Staatsfundamentalbestimmungen, in: ders./Hans-Jürgen Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. II: Allgemeine Lehren I, 2006, § 27, S. 111-155; *Detlef Merten*, Begriff und Abgrenzung der Grundrechte, in: ders./Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, ebd., § 35, S. 475-571; *Detlef Merten*, Negative Grundrechte, in: ders./Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, ebd., § 42,

S. 741–920; *Detlef Merten*, Herausgabe des Handbuchs der Grundrechte in Deutschland und Europa (zusammen mit Hans-Jürgen Papier), Bd. II: Allgemeine Lehren I; *Detlef Merten*, Zur Würde des Staates, in: Otto Depenheuer/Markus Heintzen/Matthias Jestaedt/Peter Axer (Hrsg.), Festschrift für Josef Isensee zum 70. Geburtstag, 2007, S.123-134; *Detlef Merten*, Die Modernisierung der nationalen Verwaltungen: Der öffentliche Dienst, in: Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Symposium aus Anlass der Emeritierung von Heinrich Siedentopf, 2007, S. 21-29; *Detlef Merten*, Herausgabe von: Grundsatzfragen der Grundrechtsdogmatik (zusammen mit Hans-Jürgen Papier), erscheint im Spätsommer 2007.

III/10. Schäffer/N.N.: „Grundrechte in Österreich“

Laufzeit: 1.7.2002 bis 30.6.2007

1. Hintergrund

Rechts- und Staatswissenschaft müssen den langfristigen Wandel in Staat und Gesellschaft wahrnehmen und zur Bewältigung der daraus resultierenden Probleme beitragen.

Die Grundrechte sind ein unverlierbare Errungenschaft des Konstitutionalismus, sie befinden sich aber mit der sozialen Entwicklung in einem ständigen Bedeutungswandel und angesichts neuer Gefährdungslagen vor neuen Fragestellungen. Österreich war bei der Verankerung (gerichtlich) durchsetzbarer Grundrechte bahnbrechend (seit 1867). Heute hat Österreich infolge mehrmaliger staatsrechtlicher Umbrüche eine sehr komplizierte Grundrechtssituation: Österreich verfügt nicht nur über einen alten, aus verschiedenen Rechtsquellen mosaikartig zusammengesetzten Grundrechtskatalog, sondern es ist seit Jahrzehnten Mitglied aller bedeutenden Menschenrechtspakte (EMRK, UN-Pakte); diese Rechtslage ist schließlich ab 1995 durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union weiter verkompliziert worden. Die Europäische Grundrechte-Charta hat dem noch eine zusätzliche, in ihrer rechtlichen Tragweite noch nicht voll ausgeleuchtete Dimension hinzugefügt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt zielt auf eine moderne zusammenfassende Darstellung der Grundrechtssituation in Österreich. Dazu einige kurze Orientierungen:

- Im deutschen Sprachraum besteht eine gemeinsame geistige und kulturelle Tradition auf dem Gebiete der Grundrechte. Gleichwohl hat die Entwicklung der Grundrechtsgewährleistungen und die Durchsetzung subjektiver öffentlicher Rechte in Österreich und Deutschland unterschiedliche Wege genommen. Durch die Pflege rechtskultureller Kontakte ist es in der Grundrechtsdogmatik beider Länder zu gewissen Annäherungen gekommen.
- Die europäischer Rechtsprechung (des EGMR in Straßburg und des EuGH in Luxemburg) und eine Art „Rechtsgespräch“ der Höchst-

gerichte in Europa Judikatur wirken in den nationalen Raum hinein. Dadurch wird das Grundrechtsdenken allgemein in die Richtung gemeinsamer europäischer Standards gelenkt. Möglicherweise führt dies langfristig zu einem neuen „*ius commune europaeum*“.

Gemeinsamkeiten und nationale Besonderheiten sowohl bei den allgemeinen Grundrechtslehren wie für die Einzelgrundrechte auszuloten, ist ein weiteres Anliegen des vorliegenden Projektes.

- Die Darstellung der Grundrechte muss modern und realitätsbezogen erfolgen. Die Grundrechte stehen ja heute zum Teil vor neuen und unbewältigten Problemsituationen (zB was erfordert der Schutz des Lebensrechts angesichts von Bio- und Gentechnik; wie sind klassische Grundrechte, wie etwa persönliche Freiheit, Informationsfreiheit, Vereinsfreiheit angesichts neuer terroristischer Bedrohungen von Staat und Gesellschaft in Abwägungsentscheidungen zu bewerten).
- Hinsichtlich der Durchsetzung der Grundrechte ist nicht nur dem repressiven Rechtsschutz (Sanktionierung der GR-Verletzungen) Augenmerk zu schenken, sondern auch dem präventiven GR-Schutz.

3. Vorgehen

Dieses Projekt stellt die Grundrechtslage in Österreich in systematischer Weise dar.

Dabei verfasst der Projektleiter selbst einen wichtigen Teil der hierin vorgesehenen Beiträge als Autor (vor allem bezüglich der Allgemeinen Lehren der Grundrechte), die Einzelgrundrechte werden von korrespondierenden Projektmitarbeitern bearbeitet.

Das vorliegende Projekt ist ein selbständiges Vorhaben. Es wird jedoch auf eine inhaltliche Koordination und komplementäre Abstimmung mit dem von Herrn *Merten* geführten Projekt „Grundrechte in Deutschland und Europa“ geachtet.

4. Ergebnisse

- a) Das Projekt wird erstmals nach Jahrzehnten eine in die Tiefe und in die Breite gehende Gesamtdarstellung der Grundrechte in Österreich bieten.
- b) In der Darstellung wird (zum Zwecke der Rechtsvergleichung) sowohl hinsichtlich des systematischen Aufbaus als auch in der Art der dogmatischen Behandlung das „Gespräch“ mit der deutschen Grundrechts-Dogmatik gepflegt. Dadurch werden sowohl die Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten zur deutschen Rechtslage klar als auch die Querverbindungen und gegenseitigen Beeinflussungen sichtbar gemacht.
- c) Die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben – und dazu gehört auch Grundrechtsgewährleistung und Staatsaufgabenerfüllung unter Grund-

rechtsbeschränkung – muss fortlaufend an geänderte gesellschaftliche Probleme und Rahmenbedingungen angepasst werden. Gerade auf dem Grundrechtssektor müssen einem verhältnismäßig alten und komplexen Normengefüge Lösungen für Heute und Morgen abgewonnen werden. Man könnte daher gerade auf dem Sektor der Grundrechte vom Bedarf an „Nachhaltigkeit“ des Grundrechtsbewusstseins und der Grundrechtsgewährleistung im gesamten öffentlichen Raum sprechen. Dazu kann die Forschung durch eine problembewusste Darstellung Entscheidendes beitragen.

5. Veröffentlichungen

Schäffer, Heinz, Österreich und die Europäische Union – Erfahrungen und Leistungen des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, [im Themenheft „Die Stellung der Verfassungsgerichte bei der Integration in die Europäische Union (The Position of Constitutional Courts Following Integration into the European Union)“, Bled/Slowenien 30. September – 2. Oktober 2004] in: Zeitschrift für öffentliches Recht 60 (2005), S. 345-388; *Schäffer, Heinz*, Restitution von ehemaligem Habsburger-Vermögen? Zum Antrag auf Naturalrestitution von (Immobilien)Vermögen des ehemals bestandenen Familienversorgungsfonds des Hauses Habsburg-Lothringen in: Zeitschrift für Öffentliches Recht 60 (2005), S. 619-728; *Schäffer, Heinz*, Izkušnje avstrijskega ustavnega sodišča s pravnim sistemom Evropske unije [Experiences of the Constitutional Court of the Republic of Austria Concerning the EU Legal System] (Übersetzung ins Slowenische von Tomaž Longyka) in: REVUS (revija za evropsko ustavnost) 2005/3, S. 44-68; *Schäffer, Heinz*, Österreich und die Europäische Union. Erfahrungen und Leistungen des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, in: Arne Mavčič (Red.), The Position of Constitutional Courts Following Integration into the European Union, International Conference Bled, Slovenia 30 September – 2 October 2004, Proceedings (Ljubljana: Ustavno sodišče Republike Slovenije 2005), S. 57-97; *Schäffer, Heinz*, Vom Beruf der Politik zur Gesetzgebung in unserer Zeit, in: *Heinz Schäffer* (Hrsg.), Evaluierung der Gesetze/Gesetzesfolgenabschätzung in Österreich und im benachbarten Ausland, Wien 2005, S. 9-28; *Schäffer, Heinz*, Allgemeine Argumentationsstrukturen in der Rechtsprechung europäischer Höchstgerichte, vor allem am Beispiel der Grundrechtsinterpretation der Verfassungsgerichtshöfe in Österreich und Italien, in: Szilágyi István/Paksy Máté (ed.), Ius unum, lex multiplex. Liber amicorum Studia Z. Péteri dedicata. Tanulmányok a jogösszehasonlítás, az államelmélet és a jogbölcsélet köréből = Studies in Comparative Law. Theory of State and Legal Philosophy [Péteri Zoltán-FS], Budapest 2005, S. 163-200; *Schäffer, Heinz*, Structures and Functioning of Administration in the New European Union (Conclusions) [Struktur und Funktionsweise der Verwaltung in der Neuen Europäischen Union Zusammenfassende Schlussbemerkungen – Schlusswort], in: Hartmut Bauer/Julia Iliopoulos-Strangas (Hrsg.), Die Neue Europäische Union, Erster Kongress der SIPE (in Kolymbari/Kreta), SIPE 1, Brüssel/Berlin/Athen 2005; *Schäffer, Heinz*, Der Verfassungsvertrag und die Reform des Rechtssetzungssystems in der EU, in: Roland Floimair (Hrsg.), Der Vertrag

über eine Verfassung für Europa. Enquête des Salzburger Landtages 2. Mai 2005, Salzburg 2005, S. 23-38.

3.3.4.4 Perspektivplanung

In der Sektion III sind unter dem Schwerpunkt der „Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)“ neue Projekte zur Energie, zur Bildung und zur sozialen Infrastruktur geplant.

Die Univ. -Prof. Dres. *Eberhard Bohne*, *Dorothea Jansen* und *Andreas Knorr* planen einen Projektverbund zum Thema „Die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte im Spannungsfeld von wirtschaftlicher und politischer Macht“. Allgemeiner Untersuchungsgegenstand des Projektverbundes ist die Beschreibung, Erklärung und Bewertung der Entstehung, Ausübung, Erhaltung und der Folgen wirtschaftlicher und politischer Macht in der leitungsgebundenen Energiewirtschaft. Dieser allgemeine Untersuchungsgegenstand soll in drei Teilprojekten konkretisiert werden.

Projekt 1 zur „Konzentration der Strom- und Gasmärkte in Deutschland, Großbritannien und Skandinavien“ umfasst eine vergleichende Analyse der Marktmacht auf den deutschen, britischen, österreichischen und skandinavischen Strom- und Gasmärkte. Der erste Untersuchungsschwerpunkt sind die Strukturen dieser Märkte, insbesondere Unternehmenskonzentrationen und Unternehmensverflechtungen, die quantitativ analysiert werden sollen. Der zweite Untersuchungsschwerpunkt sind die tatsächlichen Motive und Strategien, die das Handeln der Unternehmen im Rahmen der Marktkonzentrationsentwicklung, insbesondere bei Fusionen, bestimmen. Hierzu sind Interviews mit Führungspersonen der Energiewirtschaft und Fallstudien erforderlich. Der dritte Untersuchungsschwerpunkt betrifft den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Strom- und Gaspreise, einschließlich der Netznutzungsentgelte, sowie den bestehenden Marktstrukturen und dem Marktverhalten der Energieversorgungsunternehmen.

Projekt 2 zur „Marktstrukturpolitik in der Strom- Gasversorgung zwischen privaten Interessen, kommunalpolitischen Strategien und Gemeinwohlbelangen“ umfasst Fallstudien zur Beteiligungspolitik der Verbundunternehmen auf kommunaler Ebene, die Erhebung und Analyse der wirtschaftlichen und personellen Verflechtungsstrukturen zwischen ausgewählten Versorgungsunternehmen anhand von Marktdatenbanken und Fallstudien zu Erzeugungs-, Vertriebs- und Kooperationsstrategien kommunaler Energieversorgungsunternehmen bzw. interkommunaler Netzwerke und ihre ökologischen Auswirkungen im Hinblick auf Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien. Es ist zu vermuten, dass interkommunale Allianzen die Chancen für Stadtwerke verbessern, sich auf dem Wettbewerbsmarkt zu behaupten und in energieeffiziente und klimaschutzorientierte Erzeugungs- und Vertriebsstrategien einzusteigen. Dagegen scheinen Beteiligungen großer Energieversorgungsunternehmen das Optionsfeld von Stadtwerken im Bereich innovativer Vertriebsstrategien und klimafreundlicher Energieerzeugung zu verkleinern. Ferner wird vermutet, dass eine Orientierung an neuen Management Paradigmen sich eher positiv auf die eingesetzten Erzeugungs- und Kooperationsstrategien und deren ökologisches Potenzial auswirkt.

Projekt 3 zur „Regulierung der Strom- und Gasmärkte zwischen privaten Interessen und Gemeinwohlbelangen“ umfasst eine vergleichende empirische und rechtliche Analyse der Netzentgelte und Entflechtungsregulierung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und zielt darauf ab, den wechselseitigen Einfluss nationaler „Regulierungskulturen“ und EG-rechtlicher Regulierungskonzepte zu ermitteln. Die traditionellen Regulierungskonzepte der untersuchten Länder unterscheiden sich erheblich und werden durch die Strom- und Gasrichtlinie in einen einheitlichen EG-rechtlichen Rahmen gezwungen. Hieraus ergeben sich folgende Fragen: Welchen Einfluss haben die größten nationalen Energieversorgungsunternehmen auf die Ausgestaltung des EU-Regulierungsrahmens und der nationalen Regulierungsrahmen? Wie bewältigen die nationalen Regulierungsbehörden die zu ihren Nachteilen bestehenden Informationsasymmetrien? Welchen Einfluss haben Merkmale „nationaler Regulierungskulturen“, Informationsasymmetrien und andere Faktoren auf die Wirksamkeit nationaler Netzentgelt- und Entflechtungsregulierung? Es wird vermutet, dass staatszentrierte, auf Ge- und Verboten beruhende Regulierungsstrategien ihren wettbewerbsfördernden Anspruch aufgrund bestehender Informationsasymmetrien zum Nachteil der Regulierungsbehörden kaum erfüllen können und Gefahr laufen, zu symbolischer Regulierungspolitik zu werden.

Herr Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch* plant ein an den Verbund Energie angeschlossen-fähiges, historisches Projekt unter dem Titel „Später Regelungsbedarf: Elektrizitätsgesetzgebung des 20. Jahrhunderts in Deutschland im Vergleich zu Frankreich“. Die Reaktion auf unerwartetes Neues unterscheidet Verwaltungen sehr deutlich voneinander und lässt sehr deutlich ihre Prägung aus dem, was und wie sie bisher gearbeitet haben, besonders deutlich hervortreten. Die Elektrizität wurde erst zum Gegenstand von Verwaltungstätigkeit, als es um 1880 möglich wurde, sie durch Leitungen und Leitungsnetze zu transportieren. Die deutschen Bundesstaaten sahen dies als eine Sache der Nutzung von Grund und Boden in den jeweiligen Gemeinden an. Für diese Nutzung wurden Konzessionsabgaben privatrechtlich vereinbart. Der französische Gesetzgeber sah dagegen einen neu entstehenden ‚service public‘ und regelte die Bedingungen der Leistungserbringung durch staatliche Konzessionen, die auch Pflichtenhefte zur Versorgung umfassten. Das grundsätzlich ähnliche verwaltungsrechtliche Instrument der Konzession wurde in beiden Verwaltungskulturen völlig unterschiedlich eingesetzt, was die Frage nach Gründen dafür aufwirft.

Darüber hinaus plant Univ. -Prof. Dr. *Stefan Fisch* ein Projekt zur Wissenschaftsverwaltung unter dem Titel „Vom genialen Individuum zum bürokratischen Moloch. Zur Geschichte staatlicher Wissenschaftsverwaltung in Deutschland vom ‚System Althoff‘ bis zur Bundesrepublik“. In diesem historischen Projekt soll im Blick auf die verschiedenen Ausprägungen der deutschen Wissenschaftsverwaltung des letzten Jahrhunderts untersucht werden, in welchem Verhältnis die als staatlich angesehene Aufgabe der Universitäts- und Wissenschaftspolitik jeweils zu den dafür benötigten bereitgestellten Ressourcen stand.

Herr Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas* plant im Projektverbund mit dem Max-Planck-Institut für internationales und vergleichendes Sozialrecht/München und der Ludwig Maximilians-Universität München ein Forschungsprojekt zur Liberalisierung sozialer und sozialrechtlicher Infrastrukturen unter dem Titel „Politik und Recht für Menschen mit Behinderung in Europa und Asien – Entwicklungs-

bedarfe der sozialen und rechtlichen Infrastruktur unter Berücksichtigung nord-amerikanischer Erfahrungen“. Einen besonderen Untersuchungsschwerpunkt im Rahmen der Liberalisierung der Leistungen für behinderte Menschen bilden dabei die zu gewährenden Teilhabeleistungen für die persönliche Lebensführung bzw. den Einsatz von Hilfsmitteln hierbei, wie er den behinderten Marktteilnehmern durch die Einräumung individueller Budgets ermöglicht wird.

Unter dem Schwerpunkt „Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften“ sind derzeit neue Projekte zum Verwaltungskooperationsrecht, zu öffentlich-privaten Partnerschaften und zur Mediation im Verwaltungsverfahren geplant.

Herr Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bauer* plant ein Projekt unter dem Titel „Verwaltungskooperationsrecht“. Das Allgemeine Verwaltungsrecht ist seit geraumer Zeit in den Sog von Reformdebatten geraten. Ein wichtiger Teilaspekt der Reformdiskussion ist die in vielen Segmenten des Verwaltungsrechts zu beobachtende Aufwertung kooperativ-konsensualen Verwaltungshandelns. Diese Aufwertung kommt u.a. in den zahlreichen facettenreichen Erscheinungsformen informeller und formeller Kooperation von Verwaltungsträgern mit Privaten, aber auch von Verwaltungsträgern untereinander und in den Binnenstrukturen der Verwaltung. Die große Verbreitung der Verwaltungskooperation steht bis heute in einem auffälligen Kontrast zur rechtlichen und rechtswissenschaftlichen Durchdringung des Gesamtkomplexes. Ziele des Forschungsprojekts sind die Erarbeitung von Ordnungsideen, Instituten und Grundsätzen des Verwaltungskooperationsrechts, die Erhöhung der rechtlichen Transparenz verantwortungsteilender Aufgabenerfüllung und die Offenlegung von Gestaltungsalternativen zur Gemeinwohlverwirklichung, die der Bereitstellungsfunktion des Rechts Rechnung tragen und die effiziente Erfüllung von Verwaltungsaufgaben erleichtern.

Herr Univ. Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp* plant ein Projekt zur „Auswirkung der Beteiligung Privater an öffentlichen Unternehmen auf verschiedene Performance-Indikatoren“. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen als eine Form sog. öffentlich-privater Partnerschaften (Public Private Partnerships) werden häufig als Mittel zur Erschließung privaten Kapitals und Know Hows bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie zur Steigerung der Unternehmenseffizienz angesehen. Die wenigen ausländischen Untersuchungen zu diesem Thema lassen Zweifel am vermuteten Erfolg gemischtwirtschaftlicher Unternehmen aufkommen. Eine empirische Untersuchung für Deutschland soll eine ökonometrische Analyse ermöglichen.

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas* plant ein Projekt zur „Mediation in wirtschaftsrelevanten Verwaltungsverfahren“, um die Mediation als Methode und Instrument zur Konfliktmittlung im öffentlichen Sektor zu analysieren und auf die Gründe hin zu untersuchen, warum sie zunehmend als Form alternativer Streit-schlichtung in öffentlich-privaten Kooperationsarenen gesucht wird. Nach hiesiger Auffassung ist dies darauf zurückzuführen, dass Mediation die Wahrnehmung bürgergesellschaftlicher Eigenverantwortung zur Konfliktlösung bei Streitigkeiten mit der Verwaltung unterstützt und die Zunahme dieser Verantwortung nach dem Ausbau des Mediationsinstruments ruft. Bislang übersehen wird aber in diesem Zusammenhang die gravierende wirtschaftliche Ausrichtung der Mediationsnutzung. In einer Reihe von Großverfahren der letzten Jahre zeigt sich diese wirtschaftliche Schwerpunktsetzung in besonderer Weise, so dass die Frage auftritt,

in welchem Maße Durchführung und Zielsetzung der Mediation unter Qualitätsgesichtspunkten davon abhängen.

3.3.5 Arbeitskreise

Arbeitskreis „Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und gerichtsverbundene Mediation“

In der Sektion III („Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren“) besteht seit dem 1. Dezember 2003 ein Arbeitskreis zum Thema „Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und gerichtsverbundene Mediation“. Der Arbeitskreis (AK) verfolgt das Ziel, die in der Praxis vorfindlichen Ansätze zur Einführung der Mediation in die Verwaltungsgerichtsbarkeit wissenschaftlich zusammenzuführen und zu begleiten.

1. In der konstituierenden Sitzung am 1.12.2003 konnten seine Initiatoren, Univ.-Prof. Dr. *Rainer Pitschas* und Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, Direktor des FÖV, prominente auf dem Gebiet der Mediation tätige Experten aus Richterschaft und Wissenschaft begrüßen. Anschließend legten die Sitzungsleiter ihr wissenschaftliches Konzept für die Gestaltung des AK vor.
2. Die zweite Sitzung, zu der ergänzend zum Mitgliederstamm des AK auch Interessenten mit einschlägigen Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis und aus dem Bereich der Anwaltschaft eingeladen wurden, fand am 27./28. Januar 2005 statt.
3. Ein Termin für die dritte Arbeitskreissitzung ist in Vorbereitung. Hierfür sollen einerseits die Ergebnisse der Auswertung des Hessischen Modellprojekts zur verwaltungsrichterlichen Mediation im Bundesland Hessen, das vom Lehrstuhl Prof. Dr. Dr. h.c. R. *Pitschas* in Verbindung mit dem Hessischen VGH und Herrn Richter am Verwaltungsgericht H. *Walther* durchgeführt wird, abgewartet werden. Aus der empirischen Untersuchung erwarten sich die Arbeitskreisteilnehmer erste Erfahrungsberichte zu den Indikatoren, nach denen beurteilt wird, welche gerichtsanhängigen Fälle sich besonders für die Durchführung der Gerichtsmediation eignen würden. Zum anderen sollte die nächste Arbeitskreissitzung mit der Durchführung einer bundesweiten Weiterbildungsveranstaltung zum Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit verbunden werden. Dabei würde im Vordergrund die Qualitätssicherung der richterlichen Arbeit stehen, die sich auch auf den Bereich einer (späteren) alternativen Richtermediation erstrecken müsste.

Veröffentlichungen: *Rainer Pitschas*, Mediation als Methode und Instrument der Konfliktmittlung im öffentlichen Sektor, in: NVwZ 2004, S. 396-403; *Jan Ziekow*, Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit – Möglichkeiten der Implementation und rechtliche Folgerungen, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 23 (2004), S. 390-396; *Rainer Pitschas/Harald Walther* (Hrsg.), Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Speyerer Arbeitsheft Nr. 173, 386 S.; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsrechtsschutz durch Gerichtsmediation?, in: Ders./Harald Walther (Hrsg.), Mediation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Speyerer Arbeitsheft Nr. 173, 2005, S. 33-42; *Rainer Pitschas*, Looking Behind New Public Management. „New“ Va-

lues of Public Administration and the Dimensions of Personnel Management in the Beginning of the 21th Century, FÖV Discussion Papers, Nr. 12, Speyer 2004; *Rainer Pitschas* (Hrsg.), Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung, Speyerer Arbeitsheft Nr. 171, Speyer 2005; *Rainer Pitschas*, Deutschland und Japan im Fokus internationaler Staats- und Verwaltungsmodernisierung, in: *ders.* (Hrsg.), Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung, Speyerer Arbeitsheft Nr. 171, Speyer 2005, S. 2-27; *Harald Walther*, Der mediative Richter im Verwaltungsprozeß, ZKM 2006, S. 144-149.

3.3.6 Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006

3.3.6.1 Publikationen

3.3.6.1.1 Monographien/Herausgeberschaften

von Arnim, Hans Herbert, Das Europa-Komplott. Wie EU-Funktionäre unsere Demokratie verscherbeln, München 2006.

Bohne, Eberhard, The Quest for Environmental Regulatory Integration in the European Union – Integrated Pollution Prevention and Control, Environmental Impact Assessment and Major Accident Prevention, Alphen aan den Rijn 2006.

Bohne, Eberhard/Jansen, Dorothea (Hrsg.), Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt – Beiträge zum 2. Speyerer Energieforum „Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt“ vom 15. bis 16. September 2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 181, Berlin 2007.

Horstmann, Thomas (mit *Heike Litzinger*), An den Grenzen des Rechts. Gespräche mit Juristen über die Verfolgung von NS-Verbrechen, Frankfurt/M. 2006.

Koch, Christian, Das Parlamentsbeteiligungsgesetz: Riskante Gestaltungsaufträge im Gefüge der Staatsfunktionen. Erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung im Sommersemester 2004 (Speyerer Vorträge Heft 79), 2006.

Pitschas, Rainer, Trusted Governance due to Public Value Management. Public Governance in Europe between Economization and Common Weal: A Value-Based Concept of Public Administration, Frankfurt a. M./Berlin/Bern u.a. 2006.

Schurig, Martin, Politikfinanzierung in Frankreich, Berlin 2006.

Ziekow, Jan, Verwaltungsverfahrensgesetz, Stuttgart 2006.

Ziekow, Jan/Siegel, Thorsten, Flexibilisierung des Vergabeverfahrens? – Evaluation des Zweiten Modellversuchs „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt“ des Landes Nordrhein-Westfalen –, Baden-Baden 2006.

3.3.6.1.2 Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

von Arnim, Hans Herbert/Alonso, Angel Iglesias, La proliferación de retribuciones en el Parlamento Europeo, in: Universidad Nacional de Educación a Distancia Revista de Derecho Político, núm. 66, 2006, S. 277-297.

Beck, Dieter/Bohne, Eberhard/Hill, Hermann/Jansen, Dorothea/Ziekow, Jan/Hermónies, Felix/Nesseldreher, Andrea/Siegel, Thorsten/Windoffer, Alexander, Gestaltungsoptionen und Anforderungen an „Einheitliche Ansprechpartner“ nach der EU-Dienstleistungs-Richtlinie im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland, 2006
(<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/dienstleistungsrichtlinie-gestaltungsoptionen-und-anforderungen-an-einheitliche,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>).

Bohne, Eberhard, Kriterien und institutionelle Voraussetzungen des Bürokratieabbaus, in: Verwaltung und Management, 12, Nr. 2, 2006, S. 60-64.

Bohne, Eberhard, Das Umweltgesetzbuch vor dem Hintergrund der Föderalismusreform, in: Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht, 2006, Nr. 6, S. 276-293.

Bohne, Eberhard (Hrsg.), Bürokratieabbau zwischen Verwaltungsreform und Reformsymbolik, Berlin 2006.

Bugdahn, Sonja (mit Eberhard Bohne), Italy, in: Eberhard Bohne, The Quest for Environmental Regulatory Integration in the European Union – Integrated Pollution Prevention and Control, Environmental Impact Assessment and Major Accident Prevention, Alphen aan den Rijn 2006, S. 245-291.

Bugdahn, Sonja (mit Eberhard Bohne), Spain, in: Eberhard Bohne, The Quest for Environmental Regulatory Integration in the European Union – Integrated Pollution Prevention and Control, Environmental Impact Assessment and Major Accident Prevention, Alphen aan den Rijn 2006, S. 333-382.

Fisch, Stefan, Seuchen und die Anfänge moderner Stadtplanung, in: die waage Nr. 45, 2006, S. 66-72.

Horstmann, Thomas (mit Friso Ross), Private Organisationsnetzwerke und die transnationale soziale Frage. Thesen, Befunde, Forschungsperspektiven, in: Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte 18, 2006, S. 352-369.

Knorr, Andreas, "Schwarze Listen" – mehr Sicherheit im Luftverkehr?, in: Internationales Verkehrswesen 58, 2006, S. 79-85.

Koch, Christian, Rezension zu: Sabine Müller, Maßnahmen der Herrschaftssicherung gegenüber der makedonischen Opposition bei Alexander dem Großen, Frankfurt/Main u.a. 2003, in: Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 974, ZStRom 123, 2006.

Merten, Detlef, Zum Richtlinienerlass durch den Gemeinsamen Bundesausschuß, in: NZS 2006, S. 337-341.

Merten, Detlef (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa (zusammen mit Hans-Jürgen Papier), Bd. II: Allgemeine Lehren I, 2006.

- Pitschas, Rainer*, Wo bleibt der Rechtswandel für digitale Infrastruktur und E-Government?, in: POLIZEI-heute, 35, Heft 3, 2006, S. 85-94.
- Siegel, Thorsten*, Die Vergaberechtspflichtigkeit der In-State-Geschäfte – Ein Rückzug in drei Akten, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) 2006, Sonderheft 4a/2006, S. 621-627.
- Siegel, Thorsten*, Zulässige Vertragslaufzeiten im Vergaberecht, in: Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR), Heft 6/2006, S. 554-556.
- Windoffer, Alexander*, Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Aufgabenprofil und Ansiedlungsoptionen, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 19/2006, S. 1210-1218.
- Windoffer, Alexander*, Speyerer ÖPP-Tage 2006, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 25, Heft 9/2006, S. 1028-1029.
- Ziekow, Jan/Windoffer, Alexander/Oertel, Martin-Peter*, Evaluation von Regelungen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren – Ein Ansatz zur Schließung einer Forschungslücke. Titel in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 23/2006, S. 1469-1477.
- Ziekow, Jan*, Public Private Partnership - auf dem Weg zur Formierung einer intermediären Innovationsebene?, in: Verwaltungsarchiv, 97, Heft 3-4/2006, S. 626-638.
- Ziekow, Jan*, Die vergaberechtlich zulässige Vertragslaufzeit bei komplexen PPP-Modellen, in: Vergaberecht 6, Heft 5/2006, S. 702-719.
- Ziekow, Jan*, In-House-Geschäfte – werden die Spielräume enger?, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR) 2006, Sonderheft 4a/2006, S. 608-620.
- Ziekow, Jan*, Die städtebauliche Erforderlichkeit des Bebauungsplans, in: Verwaltungsarchiv 97 (2006), S. 115-137.
- Ziekow, Jan*, Die Anwendung des landesverfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzips bei bundes- oder gemeinschaftsrechtlichen Beeinflussungen des Bestands kommunaler Aufgaben, in: Die Öffentliche Verwaltung 59 (2006), S. 489-497.

3.3.6.1.3 Aufsätze in Sammelwerken

- Bohne, Eberhard*, EU and US Security Strategies from the Perspective of National and European Identities, in: David Eaton (Hrsg.), The End of Sovereignty? - A Transatlantic Perspective, Münster 2006, S. 167-189.
- Bohne, Eberhard*, Kriterien und institutionelle Voraussetzungen des Bürokratieabbaus, in: ders. (Hrsg.), Bürokratieabbau zwischen Verwaltungsreform und Reformsymbolik, Berlin 2006, S. 9-19.
- Bugdahn, Sonja*, The World Trade Organization: Between Governments and NGOs, in: Eaton, David (Hrsg.), The End of Sovereignty? – A Transatlantic Perspective, Münster 2006, S. 129-165.

- Fisch, Stefan*, Dr. Ernst Albert Lotz (1946) und Dr. Ludwig Reichert (1946/47), in: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hg.): Die Präsidenten des Landtags 1946-2006. Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte (= Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz. 31), Mainz 2006, S. 8-43.
- Fisch, Stefan*, Französische und deutsche Einflüsse in den Anfangsjahren des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz – 1945 bis 1948, in: Rechnungshof Rheinland-Pfalz (Hg.), Externe Finanzkontrolle in Rheinland-Pfalz – Aufsätze zur Finanzkontrolle in Rheinland-Pfalz, Speyer 2006, S. 3-32.
- Jansen, Dorothea/Barnekow, Sven/Ostertag, Katrin/Rogge, Karoline/Stoll, Ulrike/Walz, Rainer/Weber, Mike*, Stadtwerke zwischen Liberalisierungsdruck und Umweltzielen – Der Beitrag lokaler Stromversorger zu Diffusion von Klimaschutz- und Energieeffizienzinnovationen, in: Ulrich Wengenroth/Hagen Hof (Hrsg.), Innovationsforschung – Ansätze, Methoden, Grenzen und Perspektiven. Münster 2007.
- Knorr, Andreas*, Will 'Blacklists' Enhance Airline Safety?, in: Air Transport Research Society (Hrsg.): The 2006 Air Transport Research Society World Conference (ATRS 2006), Nagoya/Japan (Konferenz-CD).
- Knorr, Andreas*, Road Pricing in Practice – The London Congestion Charge, in: First International Conference on Funding Transportation Infrastructure, Conference Proceedings, Banff/Kanada, 2.-3.8.2006.
- Knorr, Andreas*, Engaging the Private Sector in Transportation Infrastructure – The Role of Public Private Partnerships, in: First International Conference on Funding Transportation Infrastructure, Conference Proceedings, Banff/Kanada, 2.-3.8.2006.
- Koch, Christian*, Fremde im Dienst der Wiedererrichtung von Volksherrschaften in griechischen Stadtstaaten, in: Joachim Hengstl/Kai Ruffing/Orell Witthuhn (Hrsg.), Recht heute und im Alten Orient. Festschrift zum 85. Geburtstag von Richard Haase (Philippika. Marburger Altertumskundliche Abhandlungen), Marburg 2006, S. 97-108.
- Merten, Detlef*, Freiheit als Staatsfundamentalprinzip, in: Rainer Jacobs/Hans-Jürgen Papier/ Peter-Klaus Schuster (Hg.), Festschrift für Peter Raue, 2006, S. 233-245.
- Merten, Detlef*, Der Begriff der Grundrechte in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zur Frankfurter Reichsverfassung, in: Metin Akyürek u.a. (Hg.), Staat und Recht in europäischer Perspektive, Festschrift für Heinz Schäffer, 2006, S. 485-502.
- Merten, Detlef*, Art. Persönlichkeitsschutz, in: Peter Schiwy/Walter J. Schütz/Dieter Dörr, Medienrecht. Lexikon für Praxis und Wissenschaft, 4. Aufl. 2006, S. 343-349.
- Merten, Detlef*, Das Prinzip Freiheit im Gefüge der Staatsfundamentalbestimmungen, in: Detlef Merten/Hans-Jürgen Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. II: Allgemeine Lehren I, 2006, § 27, S. 111-155.

- Merten, Detlef*, Begriff und Abgrenzung der Grundrechte, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, ebd., § 35, S. 475-571.
- Merten, Detlef*, Negative Grundrechte, in: Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, ebd., § 42, S. 741-920.
- Merten, Detlef*, Staatsphilosophie im aufgeklärten Potsdam, in: Maximilian Wallerath (Hg.), Fiat iustitia. Recht als Aufgabe der Vernunft, Festschrift für Peter Krause zum 70. Geburtstag, 2006, S. 484-501.
- Siegel, Thorsten*, Mittelstand und Vergaberecht, in: Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim (Hrsg.), Vergabe öffentlicher Aufträge – Rechtslage und Praxis, Grüne Reihe Nr. 61, Mannheim 2006, S. 9-18.
- Siegel, Thorsten*, Lockerung des Nachverhandlungsverbots?, in: Pitschas/Ziekow (Hrsg.), Vergaberecht im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 176, Berlin 2006, S. 171-191.
- Ziekow, Jan*, Public Private Partnership als zukünftige Form der Finanzierung und Erfüllung öffentlicher Aufgaben?, in: Hill, Hermann (Hrsg.), Die Zukunft des öffentlichen Sektors, Baden-Baden 2006, S. 49-60.
- Ziekow, Jan*, Vergabefremde Kriterien nach der Neufassung der Vergaberichtlinien, in: Pitschas/Ziekow (Hrsg.), Vergaberecht im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 176, 2006, S. 151-170.
- Ziekow, Jan*, Regelungen für Dienstleistungskonzessionen?, in: Elfte Badenweiler Gespräche, 2006, S. 121-127.
- Ziekow, Jan*, Aktuelle Rechtsschutzentwicklungen – Verfahrensrechtsschutz und Verbandsklage, in: Aktuelles Immissionsschutzrecht und Emissionshandel, Clausthal-Zellerfeld 2006, S. 73-86.
- Ziekow, Jan*, Allgemeines und bereichsspezifisches Verwaltungsverfahrenrecht, in: Max-Emanuel Geis / Dieter C. Umbach (Hrsg.), Planung – Steuerung – Kontrolle. Festschrift für Richard Bartlsperger zum 70. Geb., Berlin 2006, S. 247-260.
- Ziekow, Jan*, Art. Amtshilfe, in: Werner Heun/Martin Honecker/Martin Morlok/Joachim Wieland (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 2006, Sp. 56-59.
- Ziekow, Jan*, Art. Prozess, Prozessarten, in: Werner Heun/Martin Honecker/Martin Morlok/Joachim Wieland (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 2006, Sp. 1871-1874.
- Ziekow, Jan*, Art. Rechtswegegarantie, in: Werner Heun/Martin Honecker/Martin Morlok/Joachim Wieland (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 2006, Sp. 1944-1948.
- Ziekow, Jan*, Art. Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Werner Heun/Martin Honecker/Martin Morlok/Joachim Wieland (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 2006, Sp. 2614-2617.
- Ziekow, Jan*, Art. Verwaltungsrecht, in: Werner Heun/Martin Honecker/Martin Morlok/Joachim Wieland (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 2006, Sp. 2623-2629.

Ziekow, Jan, Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten, in: Jan Ziekow (Hrsg.), Aktuelle Fragen des Luftverkehrs-, Fachplanungs- und Naturschutzrechts, Berlin 2006, S. 109-115.

Ziekow, Jan, Folgenabschätzung und Folgenbeobachtung durch die öffentliche Verwaltung, in: Public Land Law Review (Korea) 32 (2006), S. 171-185.

3.3.6.1.4 Weitere Veröffentlichungen

Jansen, Dorothea/Barnekow, Sven, Local utilities coping with the transformation of the energy market und their role for the diffusion of climate friendly technologies, FÖV Discussion Papers 36, Speyer 2006.

Windoffer, Alexander, Speyerer ÖPP-Tage 2006, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2006, S. 1028-1029.

3.3.6.2 Vorträge

Bugdahn, Sonja, „Travelling to Brussels Via Aarhus: Can Non-Governmental Implementation Networks Impact EU Governance?“ University Association of Contemporary European Studies, UACES 36th Annual Conference and 11th Research Conference, 1. September 2006, Limerick (Irland).

Horstmann, Thomas, Vortrag, „Der Kampf um die freien Schulen“, gehalten im Forschungskolloquium des FÖV, 27. Juli 2006, Speyer.

Horstmann, Thomas, „Einführungsvortrag gehalten beim Workshop Gemeinschaftsaufgaben (Bildung, Hochschulen, Forschung)“ DHV Speyer, 7./8. September 2006, Speyer.

Horstmann, Thomas, Vortrag, „Staatswissenschaftler als Superuser“, gehalten an der Universität Greifswald, 3. Februar 2006, Speyer.

Horstmann, Thomas, gemeinsamer Vortrag mit Joachim Seinfeld, „4 KS 2/63. Der Frankfurter Auschwitzprozess“, gehalten im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, 15. September 2006.

Horstmann, Thomas, Vortrag, „Juristen an den Grenzen des Rechts“, gehalten im Fritz-Bauer-Institut., 27. Oktober 2006, Frankfurt/M.

Jansen, Dorothea/Stoll, Ulrike, „Einfluss politischer Regulierungsmaßnahmen auf die Innovationsstrategien von Stadtwerken – Lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen“, gehalten auf dem DVPW-Kongress, 25.-29. September 2006, Münster.

Jansen, Dorothea/Barnekow, Sven, „Change of self images of municipal utilities – Service orientation and cooperation as enabling structures for innovations in energy efficiency and climate change mitigation“, gehalten im Rahmen des Workshops „Markets, Institutions and Innovation-Related Services“, 28.-29. Juni 2006, Hamburg.

Jansen, Dorothea/Barnekow, Sven/Stoll, Ulrike, Kurzvortrag im Forschungskolloquium des FÖV, 12. Januar 2006, Speyer.

- Jahn, Karoline*, Vortrag zu „Wettbewerbsverzerrungen im Verkehr“, gehalten im Forschungskolloquium des FÖV, 27. Juli 2006, Speyer.
- Knorr, Andreas*, Vortrag „Will ‘Blacklists’ Enhance Airline Safety?“, gehalten auf dem Workshop der German Aviation Research Society (G.A.R.S.), 29. Juni 2006, Amsterdam.
- Knorr, Andreas*, Vortrag “Will ‘Blacklists’ Enhance Airline Safety?”, gehalten auf der 2006 Air Transport Research Society World Conference, 27. Mai 2006, Nagoya/Japan.
- Knorr, Andreas*, Vortrag „Bahnpolitik für einen modernen und effizienten Staat“, gehalten auf dem Parlamentarischen Abend Bahnpolitik des Verbands „Mehr Bahnen“, 9. Februar 2006, Berlin.
- Knorr, Andreas*, Vortrag “Road Pricing in Practice – The London Congestion Charge”, gehalten auf der First International Conference on Funding Transportation Infrastructure, 2. August 2006, Banff/Kanada.
- Knorr, Andreas*, Vortrag “Engaging the Private Sector in Transportation Infrastructure – The Role of Public Private Partnerships”, gehalten auf der First International Conference on Funding Transportation Infrastructure, 2. August 2006, Banff/Kanada.
- Knorr, Andreas*, Vortrag „Pkw-Maut auf Autobahnen: Nutzerfinanzierung als Chance oder Risiko für die deutsche Automobilindustrie“, gehalten auf dem Symposium „Standort- und Produktstrategien der deutschen Automobilindustrie“ der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V., 28. September 2006, Stuttgart.
- Knorr, Andreas*, Vortrag “Sickness-related absenteeism in the public sector – why is it higher than in the private sector?”, gehalten auf dem International Symposium on the Human Capacity Building and Human Resource Management in Public Sectors, Shanghai Administration Institute, 9. November 2006, Shanghai/China.
- Merten, Detlef*, „Eigentum und Eigenvorsorge – Einführung in das Thema und Zielsetzung der Tagung.“ 47. Bitburger Gespräche, 9./10. November 2006, Berlin.
- Merten, Detlef*, Zur Modernisierung nationaler Verwaltungen, Siedentopf-Symposium, 30. März 2006, Speyer.
- Pitschas, Rainer*, "Regulierung der europäischen Bankenmärkte durch die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten", gehalten auf Einladung der "China Banking Regulatory Commission", 19. Juli 2006, Shanghai/VR China.
- Pitschas, Rainer*, "Generierung und Transfer staatlichen Wissens im System des Verwaltungsrechts. Kooperative Wissensgewinnung als Element eines neuen Staat-Bürger-Verhältnisses", gehalten auf der Forschungstagung des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, 21. September 2006, Bonn.
- Pitschas, Rainer*, "Neue Öffentlichkeit und 'Local Governance' im Zeitalter der Dezentralisierung – das Beispiel Deutschland", gehalten auf der Tagung aus An-

lass des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, 29. September 2006, Speyer.

Pitschas, Rainer, "Business Improvement Districts (BID) – Ein Beitrag zur modernen Stadtentwicklung", gehalten auf dem 9. Hamburger Wirtschaftsrechtstag über "Rechtsrahmen der BIDs" in der Handelskammer, 7. November 2006, Hamburg.

Rudloff, Wilfried, Die Gründerjahre des bundesdeutschen Hochschulwesens: Leitbilder neuer Hochschulen zwischen Wissenschaftspolitik, Studienreform und Gesellschaftspolitik, gehalten auf der Tagung: Zwischen Idee und Zweckbindung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 2.-4. März 2006, Frankfurt a.M.

Rudloff, Wilfried, Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik. Die Bundesrepublik im Vergleich (Großbritannien, USA, Schweden), gehalten auf der Autorentagung des Archivs für Sozialgeschichte: Krisen des Sozialstaats im 20. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, 11.-13. Oktober 2006, Bonn.

Rudloff, Wilfried, Die staatsnahen Bildungsforschungsinstitute in den 1960er und 1970er Jahren – der verlängerte Arm der Kultusministerien in der Bildungsforschung, gehalten auf der Tagung: Jenseits von Humboldt – Wissenschaft und Staat 1850-1990 an der Humboldt-Universität, 9.-11. November 2006, Berlin.

Siegel, Thorsten, „Mittelstand und Vergaberecht“, gehalten auf dem 15. Symposium des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim zum Thema „Vergabe öffentlicher Aufträge – Rechtslage und Praxis“ am 27. April 2006 in Mannheim.

Siegel, Thorsten, „Aktuelle vergaberechtliche Probleme in der Wasser- und Versorgungswirtschaft: Interkommunale Kooperationen, In-House-Geschäfte, Konzessionen“, gehalten auf dem wasserrechtlichen Kolloquium des Instituts für das Recht der Wasser- und Versorgungswirtschaft an der Universität Bonn, 2. Juni 2006, Bonn.

Windoffer, Alexander, „Gestaltungsoptionen und Anforderungen an Einheitliche Ansprechpartner“, gehalten auf dem Verbändeworkshop „Einheitliche Ansprechpartner der EU-Dienstleistungsrichtlinie“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, 5. Juli 2006, Berlin.

Windoffer, Alexander, „Vertiefung ausgewählter Problemfelder, insbesondere Anpassungsbedarf im nationalen Recht“, gehalten auf dem Verbändeworkshop „Einheitliche Ansprechpartner der EU-Dienstleistungsrichtlinie“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, 5. Juli 2006, Berlin.

Windoffer, Alexander, „Einheitlicher Ansprechpartner nach dem Vorschlag einer EU-Dienstleistungsrichtlinie“, gehalten auf der Tagung „Verwaltungsmodernisierung – Erfahrungen und Perspektiven“ der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill), 18. Oktober 2006, Speyer.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach dem Vorschlag einer EU-Dienstleistungsrichtlinie – Anforderungen, Gestaltungsoptionen,

Rechtsanpassungsbedarf“, gehalten im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, 19. Oktober 2006, Mainz.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Einheitlicher Ansprechpartner – Anforderungen und organisatorischer Rahmen“, gehalten auf der Informationsveranstaltung „IHK als Einheitlicher Ansprechpartner“ des DIHK, 24. Oktober 2006, Berlin.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie“, gehalten auf dem Arbeitskreis One-Stop-Shops des DHKT, 18. Dezember 2006, Berlin.

Ziekow, Jan, Vortrag „Regelungen für Dienstleistungskonzessionen?“, gehalten auf den Elften Badenweiler Gesprächen vom 3. bis 5. Mai 2006, Badenweiler.

3.4 Sektionsübergreifender Programmschwerpunkt: Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung – Theoretische und methodische Grundlagen

Die Auseinandersetzung mit Theorien und Methoden ist allgemeiner Bestandteil der in den Sektionen betriebenen Forschungsprojekte. Jedoch erfordert der Auftrag zur Grundlagenforschung und die Lage der Verwaltungsforschung einen besonderen theoretischen und methodischen Programmschwerpunkt. Zwei Grundsituationen der Forschung sind zu verzeichnen: zum einen eine genuine Verwaltungsforschung, die – unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer über 100 Verwaltungsfakultäten und -institute – Erkenntnisse der Politischen Wissenschaft, der Managementlehre, der Organisationssoziologie und sonst der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften integriert; zum andern eine multidisziplinäre Verwaltungsforschung, die – signifikant in Deutschland – aus dem etablierten Fächerkanon von Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft heraus operiert. Das FÖV kann demgegenüber von seinen Anfängen an auf interdisziplinäre, auch transdisziplinäre Forschungsergebnisse verweisen. Heute wird das multidisziplinäre Forschungsverständnis in Europa dadurch herausgefordert, dass die auf dem Kontinent wie in Großbritannien tradierten Verwaltungsverhältnisse mit einem neuen öffentlichen Managerialismus konfrontiert sind, was entsprechend auch auf wissenschaftlicher Ebene aufgearbeitet werden muss. So stößt man im angelsächsischen Raum, aber auch an Plätzen wie Florenz, Leuven, Leiden, Oslo usw. auf wissenschaftliche Aktivitäten, die eher dem Typus genuiner Verwaltungsforschung zuzurechnen sind.

Das FÖV hat sich an dieser Art der Verwaltungsforschung vielfach beteiligt. Während aber andernorts interdisziplinäre und transdisziplinäre Forschungen mit einem gewissen Wissenschaftspragmatismus betrieben werden, muss man insbesondere in Deutschland mit verschärfter Theorie- und Methodenkritik rechnen, wenn man Disziplinengrenzen überschreitet. Es besteht mithin jenseits von Implikationen der Projektforschung der Bedarf, der Theorie- und Methodendiskussion ein sektorübergreifendes Forum zu geben. Der Ausgangspunkt ist dabei die Multidisziplinarität der Verwaltungswissenschaften. Der Weg sind interdisziplinäre Integrationsleistungen mit schwierigen theoretischen und methodischen Fragen, etwa: welches methodische Niveau muss erreicht sein, um jenseits einer spezifischen empirischen Sozialforschung von einer empirisch orientierten integrativen

Verwaltungsforschung zu sprechen, oder, welche fächerübergreifenden Großtheorien – Systemtheorie, Diskurstheorie, Institutionentheorie – erweisen sich für integrative Erkenntnisse der öffentlichen Verwaltung als fruchtbar usw.? Entsprechend der deutschen Wissenschaftstradition wird für viele die interdisziplinäre Öffnung auch das Ziel eines Integrationsprogramms der Verwaltungswissenschaften sein. Andere mögen der alten Idee einer „Discipline-carrefour“ oder einer transdisziplinären Forschung jenseits der Naturwissenschaften anhängen. Aber auch das sind Fragen, die auf einem Theorie- und Methoden-Forum zu diskutieren sind. Mittelbar kommt ein solches Grundlagengespräch der Verwaltungspraxis zugute, denn das kulturelle Vorverständnis der öffentlichen Verwaltung ist nicht zuletzt wissenschaftsgeprägt, wie die Konfrontation von Legalismus und Managerialismus in der jüngsten Verwaltungsgeschichte belegt.

3.4.1 *Symposienreihe: Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur*

Im Rahmen des sektionenübergreifenden Forschungsschwerpunkts wird eine Symposienreihe in einem Projektverbund zum Thema „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“ durchgeführt. Die Symposienreihe steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Klaus König*, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* und Herrn Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*. Die Symposien finden im jährlichen Turnus abwechselnd in Potsdam und in Speyer statt. Sie teilen sich auf in

1. Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur,
2. Theoretische Aspekte einer legalistischen Verwaltungskultur,
3. Theoretische Aspekte einer zivilgesellschaftlichen Verwaltungskultur und
4. Theoretische Aspekte einer europäisch-pluralistischen Verwaltungskultur.

Vom 2. bis 3. November 2006 trafen sich die Mitglieder des interdisziplinär orientierten Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“, dem namhafte, mit dem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung befasste Wissenschaftler angehören, unter der Leitung von Herrn em. Prof. Dr. *Klaus König* (Speyer) und Herrn Prof. Dr. *Christoph Reichard* (Potsdam) zum ersten Symposium des Arbeitskreises mit dem Titel „Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltung“.

Nach der Begrüßung durch Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* (stellv. Direktor des gastgebenden Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer) sprachen am ersten Tag des Symposiums Herr em. Prof. Dr. *Klaus König* zum Thema „Verwaltungskulturen und Verwaltungswissenschaften“ und Herr Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Inhaber des Lehrstuhls für Public Management an der Universität Potsdam, zum Thema „Verwaltung aus der Sicht der Managementlehre“, denen sich Herr Prof. Dr. *Geert Bouckaert* (Leuven) mit einer international orientierten Betrachtung zum „Öffentlichen Managerialismus in Europa“ sowie Herr Prof. Dr. *Thomas Edeling* (Potsdam) mit nationalem Focus zum „Öffentlichen Managerialismus in Deutschland, insbesondere in öffentlichen Unternehmen“ anschlossen.

Am 3. November eröffnete Herr Prof. Dr. *Kuno Schedler* (St. Gallen) interessante Theoriezugänge zum öffentlichen Management aus Schweizer Sicht, dem Herr em. Prof. Dr. Dr. h.c. *Klaus Lüder* (Speyer) und Herr Prof. Dr. *Lothar Streitferdt* (Hamburg) zu den Aspekten des Modelldenkens zum öffentlichen Management folgten. Herr Prof. Dr. *Eckhard Schröter* (Friedrichshafen) befasste sich in seinem Beitrag mit einer demokratietheoretischen Kritik des Gegenstands „öffentlicher Managerialismus“. Den Abschluss des Symposiums, bei welchem sich den Teilnehmern in anregender interdisziplinärer Arbeitsatmosphäre nicht selten Querschnittseinblicke eröffneten und die von durchweg intensivem Dialog der Teilnehmer geprägt war, bildete ein Diskussionsgespräch zwischen Herrn Prof. Dr. *Hermann Hill* (Speyer), Herrn *Klaus Lüder* und Herrn Prof. Dr. *Werner Jann* (Potsdam) mit dem Titel „Die managerialistische Verwaltung aus Sicht der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

3.4.2 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe

Weiterhin hat sich im Mai 2006 eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe bestehend aus Ordentlichen Mitgliedern des FÖV aus verschiedenen in ihm vertretenen Disziplinen gebildet. Jedes Mitglied dieser Arbeitsgruppe verfasste ein Kurzpapier über Methoden und Ansätze seiner jeweiligen Disziplin zur Erforschung der öffentlichen Verwaltung und nannte mögliche Ansatzpunkte für eine inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit. Ziel ist, einen methodischen Rahmen für transdisziplinäre Verwaltungsforschung zu erarbeiten, der unter anderem auch die spezifischen Potenziale und Betrachtungsweisen der am FÖV angesiedelten Forschung herausstellt. Später soll dieser theoretische Rahmen auch in interdisziplinäre Projektverbünde einfließen und weiterentwickelt werden.

4. Programmungebundene Drittmittelforschung und Servicebereich

Im Rahmen des Servicebereichs für Drittmittelprojektbearbeitung können Drittmittelprojekte realisiert werden, die zwar eng mit der Institutsforschung verbunden sind, sich aber keinem der oben genannten Forschungsschwerpunkte zuordnen lassen. Damit kann das FÖV den ihm von seinen Trägern angetragenen und mit Sondermitteln finanzierten aktuellen Forschungsaufträgen nachkommen.

Daneben bestehen im organisatorischen Zusammenhang des Servicebereichs spezielle Service-Elemente. Diese sind mit der Forschung des Instituts eng verbunden. Sie tragen Wünschen der Praxis nach Beratung Rechnung, machen Erkenntnisse aus der Forschung für die Praxis nutzbar und vermitteln Anregungen für die Forschung.

4.1 Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)

Wiss. Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret* (bis 30. 6.2007)
 Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* (ab 1.7.2007)

Referenten: Ass., Dipl.-Kaufrau *Katja Brenner* (seit 1.3.2007)
 Assessor iur. *Carsten Brenski*, (bis 30.9.2006)
 Assessor iur. *Martin-Peter Oertel*, Mag.rer.publ. (bis 31.3.2006)
 Armin Liebig, M.A., Mag.rer.publ. (seit 1.4.2006)

Die auf Anregung des Institutsverwaltungsrates 1996 und der Verwaltungsmodernisierungskommission RLP als 1. Service-Einrichtung des FÖV eingerichtete Dokumentations- und Transferstelle wurde unter Mitwirkung der Partner im Berichtszeitraum neu strukturiert, im Aufgabenspektrum konzentriert und um zusätzliche Aufgabenbereiche erweitert.

Online-Datenbank

Es werden weiterhin Modernisierungsvorhaben der Länder und Erfahrungen mit den Veränderungen zentral gesammelt und den WiDuT-Partnern über eine exklusive *Online-Datenbank* mit neuem Schlagwort-Katalog zugänglich gemacht. Dabei werden v.a. unveröffentlichte Entwürfe und Ergebnisse der Modernisierungsprozesse und der Implementationserfahrungen vorgehalten und kommuniziert. Des Weiteren werden kontinuierlich bereits vorhandene Dokumente digitalisiert und eingestellt.

Dokumentation für AK VI (IMK)

Der Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des *Arbeitskreises VI* der Innenministerkonferenz hat WiDuT beauftragt, die Vorhaben, Projekte und Ma-

terialien der Verwaltungsmodernisierung in den Ländern zentral zu sammeln, vergleichend zu strukturieren und für Volltextabrufe verfügbar zu halten. Eine darauf aufbauende Dokumentation wird seitdem jährlich als FÖV-Forschungsbericht publiziert. Die nächste Dokumentation wird im Herbst 2006 erscheinen. WiDuT ist an den einschlägigen Beratungen des Unterausschusses beteiligt.

Transfer-Veranstaltungen

Der regelmäßig und vergleichende Informations- und Erfahrungsaustausch (*Transfer i.e.S.*) wird weiterhin in den WiDuT-**Arbeitstagen** erreicht, die zu relevanten Modernisierungsfeldern stattfinden. Dabei werden auch neuere Erkenntnisse der verwaltungswissenschaftlichen **Forschung** und Erfahrungen der **Wirtschaft** einbezogen. Die Ergebnisse werden ausführlich dokumentiert und in den Transferkreislauf eingespeist.

Beratungsgegenstände der jüngeren WiDuT-Arbeitstagen waren:

- Gesetzesfolgenabschätzung – Erfahrungen und Perspektiven im In- und Ausland (2005)
- Personalrotation in der Praxis – Konzepte, Konflikte, Konsequenzen (2004)
- Verwaltung in den Außenbeziehungen, „Externe Kommunikation“ (2003)

Die 13. WiDuT-Arbeitstagung (03/2006) widmete sich dem Thema „*Verwaltung der Verwaltung: Steuerung und beispielhafte Organisation von Querschnittsaufgaben*“ – auch im Vergleich mit Erfahrungen in der Wirtschaft. Für den Informationsaustausch berichteten alle Bundesländer über ihre Resultate.

Dritte Säule: Beratung

Seit der Neustrukturierung von WiDuT ist als dritter Bereich die *gezielte Beratung und Unterstützung* von Partnerinstitutionen hinzugekommen („**3. Säule**“). Trotz der geringen personellen Ausstattung konnten – neben den individuellen Beratungen – auch aufwändigere Unterstützungen übernommen werden. U.a. war dies:

- Beratung des Bundeszentralamtes für Steuern bei dem Entwurf eines GFA-Konzeptes zu ausgewählten Beispielen der Steuergesetzgebung
- Stellungnahme zu Vorschlägen für eine Vollzugsaufgabenverlagerung (Thüringer Innenministerium)
- Mitwirkung bei der Rechtsvereinfachung und Ansätze für retrospektive GFAs
- Konzept, Durchführung, Auswertung mit Empfehlungen einer prospektiven GFA für ein LNatSchG (Rheinland-Pfalz).

Zusätzliche WiDuT-Angebote

WiDuT kommuniziert mit den Partnern zusätzlich mittels

- dem Mitteilungsblatt „inForm“
- speziellen *Berichten und Beratungs-Protokollen*
- *Kurz-Expertisen und Literaturempfehlungen*
- *Vermittlung* von Ansprechpartnern
- *Gezielten Workshops* zu aktuellen Modernisierungsvorhaben

Aktuelle Informationen finden Sie unter: www.foev-speyer.de/widut.

Veröffentlichungen:

Carsten Brenski/Armin Liebing (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2004/2005, Speyerer Forschungsberichte Nr. 250, Speyer 2007; *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow*, Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 241, Speyer 2005/06; *Carl Böhret*, E-Government im Übergang zum 6. Zyklus, in: S. Kleewitz-Hommelsen/H. Bonin (Hrsg.), Die Zeit nach dem E-Government, Münster 2005, S. 13-23; *Carl Böhret*, Ko-Evolution: Funktionaler Staat und Übergangsgesellschaft, in: S. Marschall/Chr. Strünck (Hrsg.), Grenzenlose Macht? Politik und Politikwissenschaft im Umbruch, Baden-Baden 2004, S. 165-172; *Carl Böhret/Carsten Brenski*, Einführung in die Untersuchung, in: Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Speyerer Forschungsbericht 241, Speyer 2005, S. 1-20; *Martin-Peter Oertel*, Beschreibung ausgewählter Problemfelder, in: Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Speyerer Forschungsbericht 241, Speyer 2005, S. 138-209; *Carsten Brenski* (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2003 – 2004, Speyerer Forschungsbericht 233, Speyer 2005; *Carsten Brenski*, Anmerkungen zur Klassifikation von Modernisierungsaktivitäten, in: ders. (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund, Speyerer Forschungsbericht 233, Speyer 2005, S. 1-9; *Carsten Brenski*, Schwerpunkte der jüngsten Verwaltungsreformmaßnahmen in den Ländern und beim Bund im Überblick, in: ders. (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund, Speyerer

Forschungsbericht 233, Speyer 2005, S. 475-484; *Martin-Peter Oertel/Carsten Brenski*, Personalrotation in der Verwaltung des Bundes und der Länder, Ergebnisse der von der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern durchgeführten Umfrage, Speyer 2004; *Carsten Brenski*, Zusammenfassung und Ergebnisprotokoll der 10. WiDuT-Arbeitstagung „Von der Information zur Kommunikation – Verwaltung in den Außenbeziehungen“, Speyer 2003; *Carl Böhret/Carsten Brenski*, Prospektive Gesetzesfolgenabschätzung (pGFA) zum Regelungsvorhaben Landesnaturschutz, Speyer/Mainz 2004 (verf. Ms.); *Carl Böhret/Carsten Brenski/Martin-Peter Oertel*, Personalrotation in der Praxis – Konzepte, Konflikte, Konsequenzen, Speyerer Forschungsbericht, in Vorbereitung.

Vorträge

Carl Böhret, Vortrag „Ansätze und erste Ergebnisse der Folgenabschätzung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie“ gehalten auf Einladung der Landesregierung NRW/Wirtschaftsministerium am 17. Februar 2005 in Düsseldorf.

Carsten Brenski/Martin-Peter Oertel, Vortrag „8 Thesen zur Kooperation von Wissenschaft und Praxis bei der länderübergreifenden Dokumentation der Verwaltungsmodernisierung“ gehalten am 15. Dezember 2005 im Rahmen des Forschungskolloquiums am FÖV Speyer.

Carsten Brenski/Martin-Peter Oertel, Vortrag „Die neue WiDuT-Datenbank. Einführung in Funktionsweise und Recherche“, gehalten am 28. Oktober 2005 im Rahmen der 12. WiDuT-Arbeitstagung: „Experimentelle Rechtsetzung: Gesetzesfolgenabschätzung – Erfahrungen und Perspektiven im In- und Ausland“ in Speyer.

Carl Böhret/Carsten Brenski, Vortrag „Zum Stand der experimentellen Rechtsetzung in der Bundesrepublik – Überblick mit Beispielen“ gehalten am 27. Oktober 2005 im Rahmen der 12. WiDuT-Arbeitstagung: „Experimentelle Rechtsetzung: Gesetzesfolgenabschätzung – Erfahrungen und Perspektiven im In- und Ausland“ in Speyer.

Carsten Brenski/Martin-Peter Oertel, Vortrag „Präsentation der neuen WiDuT-Datenbank mit Recherchebeispielen“, gehalten am 11. Oktober 2005 vor dem Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Regierungspräsidium Darmstadt.

Carl Böhret/Carsten Brenski, Vortrag „Vorstellung der im Rahmen des Regelungsvorhabens Landesnaturschutz durchgeführten prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung: Ergebnisse und Empfehlungen für den weiteren Rechtsetzungsprozess“, Vortrag und (schriftl.) Stellungnahme im Rahmen der am 31. Mai 2005 veranstalteten öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Landesnaturschutzgesetzes durch den Ausschuss für Umwelt und Forsten des Landtags Rheinland-Pfalz in Mainz.

Carsten Brenski, Vortrag „Ergebnisse einer länderübergreifenden Umfrage sowie einer Arbeitstagung zum Thema Personalrotation in den Verwaltungen der Länder und des Bundes – Status quo und Perspektiven“, gehalten am 25. April 2005 vor einer Besuchsdelegation des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, DHV Speyer.

Carl Böhret/Carsten Brenski, Vortrag „Die Module der Gesetzesfolgenabschätzung (prospektive, begleitende und retrospektive) sowie deren Methoden und Instrumente in praktischen Beispielen“ gehalten am 19. April 2005 in Stuttgart im Rahmen einer ressortübergreifenden Informationsveranstaltung der Stabstelle für Verwaltungsreform im Innenministerium anlässlich der Einführung der neuen Vorschriften-Anordnung in Baden-Württemberg.

Armin Liebig, „Maßnahmen zur Regelungsoptimierung bei Bund und Ländern“, gehalten auf Einladung des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, 15. Dezember 2006.

4.2 Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen (AfV)

Die Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen wurde von em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages* gegründet. Seit Mitte der 80er Jahre führt Univ.-Prof. Dr. *Klages* Mitarbeiter-, Bürger-, Publikums- und Kundenbefragungen auf allen Ebenen der Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden, Körperschaften des öffentlichen Rechts) zusammen mit seinen Mitarbeitern durch. Nach ihrer Integrierung in das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer führt die Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen diese Tätigkeit im Sinne eines kontinuierlich verfügbaren Leistungsangebots für die öffentliche Verwaltung und mit einem verbreiterten Leistungsprofil fort.

⇒ Arbeitskonzept der Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen

Die Arbeitsstelle sieht es als ihre Aufgabe an, öffentliche Verwaltungen bei der Durchführung von Befragungen zu unterstützen. Ziel ist hierbei, möglichst repräsentative Ergebnisse mit möglichst hohem Informationsertrag bei gleichzeitig vergleichsweise geringen Kosten zu ermöglichen. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine möglichst enge Kooperationsbeziehung zwischen Auftraggeber und Arbeitsstelle anzustreben. In Zusammenarbeit mit den Verwaltungen sollen Befragungen durchgeführt werden, die unter professioneller Berücksichtigung wissenschaftlicher Qualitätsanforderungen und datenschutzrechtlicher Belange ein Maximum politischer und für das Management relevanter Informationen erbringen. Gleichzeitig sollen die Kosten möglichst gering bleiben. Es geht also um die Erreichung eines Preis-/Leistungsoptimums unter der Prämisse, dass die Erlangung steuerungsrelevanter Informationen die Grundintention jeder Befragung ist.

⇒ Leistungsprofil

Verwaltungen, welche die Dienste der Arbeitsstelle in Anspruch nehmen wollen, können gesondert oder im Rahmen komplexerer Paketlösungen die folgenden Leistungen angeboten werden:

- Beratung hinsichtlich der Positionierung von Befragungen in Modernisierungsprozessen;
- Beratung hinsichtlich der Planung, Anlage und Durchführung von Befragungen;
- Fragebogenentwicklung;

- Aufnahme von Daten auf elektronischen Datenträger (soweit nicht schon mit der Erhebung verbunden);
- Einfache Datenaufbereitung und –auswertung;
- Statistische Datenanalyse unter Anwendung verschiedener Verfahren (z.B. Faktoren- und Clusteranalysen, Regressionsanalysen etc.);
- Kausalanalytische Ergebnisinterpretation;
- Visualisierung von Ergebnissen mit Hilfe projektionsfähiger Tabellen, Charts und Schaubilder;
- Berichterstellung;
- Ergebnispräsentation;
- Umsetzungsberatung;
- Schulung von Umsetzern oder Umsetzungsberatern, Teammoderatoren etc.;
- Durchführung von Workshops im Vorfeld von und im Anschluss an Befragungen.

Die Arbeitsstelle ist darüber hinaus in der Lage, komplexere Modernisierungsabläufe zu beraten, (mit-) zu planen oder zu moderieren, soweit sie „interaktiver“ Natur sind, d.h. teamförmig und/oder beteiligungsintensiv ablaufende (Selbst-) Bewertungs-, Informations- und Meinungsbildungsprozesse einschließen und sich ggf. mit Befragungen verbinden. Als Beispiele können Selbstbewertungsworkshops, Organisationsanalysen, aufgabenkritische Organisationsdurchleuchtungen und Leitbildentwicklungen genannt werden.

4.3 Drittmittelprojektbearbeitung im Servicebereich

1. *Ziekow/Beck/Bohne/Hill/Jansen/Hermonies/Nesseldreher/Siegel/Windoffer:*
„Gestaltungsoptionen und Anforderungen an „Einheitliche Ansprechpartner“ der EU-Dienstleistungsrichtlinie im föderalen Bundesstaat“

Laufzeit: 1.10.2005 bis 28.2.2006

Finanzierung: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

1. Hintergrund

Das Projekt wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchgeführt. Ziel des Gutachtauftrags war es, die Möglichkeiten der Ausgestaltung der im Vorschlag der Kommission für eine Dienstleistungs-Richtlinie, KOM (2004) 2 vom 25.2.2004, in der konsolidierten Fassung des Rates der EU vom 10.1.2005 (Ratsdok. Nr. 5161/05), vorgesehenen Funktion eines „einheitlichen Ansprechpartners“ auszuloten und Vorschläge für dessen organisatorische Umsetzung im Kontext des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.

In Richtlinienvorschlag kommt der Institution des einheitlichen Ansprechpartners eine wichtige organisatorische Funktion zu. Dabei geht es um eine verbesserte Information und um Aspekte der Verwaltungsvereinfachung.

chung im Kontext von Zulassungsverfahren insbesondere für KMU, die ihre Dienstleistungen im Europäischen Ausland anbieten wollen.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Forschungsvorhabens ist es, rechtlich abgesicherte Gestaltungsoptionen für die Umsetzung der Institution des einheitlichen Ansprechpartners im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen. Im Mittelpunkt des Projekts stehen folgende Fragestellungen:

- Welche Aufgaben und Zuständigkeiten des einheitlichen Ansprechpartners schreibt der Richtlinienentwurf vor? Welche organisatorischen Vorgaben für die Umsetzung und Arbeitsweise werden gemacht?
- Wie kann die Institution des einheitlichen Ansprechpartners im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt werden? Auf welcher Ebene des föderalen Systems kann er vor dem Hintergrund der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen angesiedelt werden und wo ist die Ansiedlung am praktikabelsten? Welche Form der Institutionalisierung ist zu wählen?
- Welche organisationswissenschaftlichen und informationstechnischen Aspekte gilt es bei der Implementierung der empfohlenen Gestaltungsoptionen zu berücksichtigen und welche verfahrensrechtlichen Änderungsbedarfe werden jeweils dabei gesehen?

3. Vorgehen

Bei der Auslegung des Richtlinien-Entwurfs wird nach der vom EuGH für die Interpretation von sekundärem Gemeinschaftsrecht entwickelten Methodik vorgegangen. Für die weiteren Ausführungen wird auf vorangegangene Untersuchungen zurückgegriffen und die einschlägige Fachliteratur ausgewertet.

4. Ergebnisse

Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Der einheitliche Ansprechpartner soll die (u. a. elektronische) Abwicklung sämtlicher erforderlicher Verfahren und Formalitäten über den gesamten Zeitraum der Dienstleistungserbringung ermöglichen, ohne gleichzeitig zwingend sachlich zuständige Behörde zu sein. Als Verfahrenspartner des Dienstleisters soll er sich zugleich für eine ordnungsgemäße Verfahrensabwicklung einsetzen. Weiterhin können Informationsanfragen über den einheitliche Ansprechpartner gestellt werden.
- Der Richtlinienvorschlag lässt einen weiten Spielraum für die Implementierung der Kontaktstellen, da lediglich subjektive Einheitlichkeit aus Sicht des Dienstleisters gefordert ist. Als rechtlich zulässige Ansiedlungsoptionen kommen in Deutschland die Verwaltungen der Länder und Kommunen, die Berufskammern, öffentlich-private und öffent-

lich-öffentliche Partnerschaften, zertifizierte Private und eine Kombinationslösung aus Kammern und Kommunalverwaltung in Betracht.

- Organisationswissenschaftlich stellt die Implementierung hohe Ansprüche an die Gestaltung des Netzwerks aus Front- und Back Offices sowie an das in den Kontaktstellen tätige Personal. Es wird eine Anknüpfung an bereits bestehende Organisationsstrukturen empfohlen.
- Im Hinblick auf die elektronische Abwicklung der Verfahren ist zunächst ein Portal von besonderer Bedeutung. Eine anspruchsvolle Aufgabe stellt auch die Vernetzung aller beteiligten Stellen, insbesondere die Interoperabilität der Systeme dar.

Das Gutachten dient als wissenschaftliche Grundlage für die Handlungsmöglichkeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, sowohl in dessen Absichten die Bundesländer zu unterstützen als auch hinsichtlich dessen Positionierung in den weiteren Verhandlungen um die Ausgestaltung der Dienstleistungs-Richtlinie und des EU-Binnenmarktes.

Das Gutachten ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie veröffentlicht:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Europa/Dienstleistungsrichtlinie/einheitliche-ansprechpartner.html>.

2. *S. Fisch/Margreiter*: „Geschichte der europäischen Verwaltungssprachen und ihrer Reformen, 1750-2000: Vergleichende und transnationale Perspektiven“

Laufzeit: 1.5.2007 bis 30.4.2009

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

1. Hintergrund

Das Projekt untersucht die Bedeutung des Stils von amtlichem Schrifttum für die behördeninterne Kommunikation und zwischen Amt und Bevölkerung. Durch den Vergleich der langfristigen Entwicklung verschiedener europäischer Verwaltungssprachen kann deren Rolle für das Funktionieren eines bürokratischen Apparates und für die Kommunikation zwischen Staat und Bürgern ebenso beschrieben werden, wie die Einflüsse der politischen Kultur auf die Entwicklung der Administration. Auf der Basis der Analyse öffentlicher Kritik an der Amtssprache und insbesondere von Initiativen zu ihrer Reform sollen Informationen über die Prinzipien des administrativen Sprachgebrauchs sowie seine Rezeption gewonnen werden.

Verwaltungssprache ist ein genuin interdisziplinäres Thema von erheblicher politischer Relevanz. Historiker und Verwaltungswissenschaftler können den Stil von amtlichem Schrifttum und die Kommunikation innerhalb der Behördenhierarchie sowie zwischen Amt und Bevölkerung als Ausdruck einer spezifischen politischen Kultur und Verwaltungskultur untersuchen. Bisher fehlt allerdings ein vergleichender Blick auf einen längeren Entwicklungszeitraum, den dieses Forschungsprojekt in die aktuelle Diskussion einbringen will.

In der Analyse von Aktenstilformen und rhetorischen Mustern im behördlichen Schriftverkehr ermittelt die Verwaltungsgeschichtsforschung neue Evidenzen für die Rekonstruktion von Organisationsprinzipien und Verwaltungspraxis. Außerdem ermöglicht sie die Rückbindung der Verwaltungssprache an kulturelle Praktiken in anderen Bereichen: Die veränderten Kommunikationsformen innerhalb der Verwaltung korrespondierten mit Veränderungen der verbalen Interaktionsformen innerhalb der Familie und zwischen Gruppen.

2. Zielstellung/ Forschungsfragen

Es werden Projekte zur Reform der Verwaltungssprache und die öffentliche Kritik daran untersucht. Diese normativen Texte enthalten empirische Beobachtungen, mit denen der Reformbedarf der bestehenden Praxis begründet wird.

Verwaltungssprache kann als spezifische Kommunikationsform zur Bearbeitung von Anträgen, Eingaben und sonstigen Aufträgen verstanden werden. Die Resultate dieser stark formalisierten und rechtsförmigen Verfahren werden in einem weiteren Schritt an die Bürger bzw. an andere Behörden oder auch die Politik kommuniziert. Die dabei verwendete Sprache muss präzise sein und dadurch auf das selbst-referentielle, rechtsgebundene und hoch formalisierte Verfahren der administrativen Entscheidungsfindung abgestimmt sein. Gleichzeitig wird von der Verwaltungssprache erwartet, dass sie den Bürgern die Entscheidungen und Vorgaben der Verwaltung auf verständliche Art zugänglich macht. Als Fachsprache ist die Amtssprache daher eine Besonderheit, weil sie funktionale sprachliche Lösungen für rechtsförmige Entscheidungsprozesse ebenso bereitstellen muss, wie Hilfsmittel für die Kommunikation mit dem ‚Publikum‘. Sie ist ein Medium der Verschriftlichung und damit ein wesentliches Element der Rationalisierung des Verwaltungshandelns. Die Reformprojekte zur Amtssprache setzten sich daher immer mit diesen Anforderungen an eine Fachsprache auseinander, die einer komplexen, rechtsstaatlich verfassten und daher juristisch untermauerten Verwaltungstätigkeit entsprechen muss.

Einen weiteren Fokus bildet ferner das sich verändernde Beziehungsgefüge zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern. Diese Figuration hat sich seit dem 18. Jahrhundert mit der Entstehung des Rechtsstaates, mit dem Wandel von einem ordnenden zu einem gestaltenden und fürsorgenden Staat, mit neuen Herausforderungen durch Industrialisierung und Bevölkerungsvermehrung, Technisierung und der Integration von Nationalstaaten in supranationale politische Einheiten erheblich verändert. Diese Veränderungen wurden von intensiven Auseinandersetzungen über Verwaltungssprache begleitet.

3. Vorgehen

Zuerst wird ein Datenbankformat definiert, das neben den bibliographischen Daten auch analytische Kategorien enthält, mit denen die Reform-

projekte dokumentiert werden können. Durch die Verwendung analytischer Kategorien können quantitative und vergleichende Analysen durchgeführt werden. Die Quellen werden in Archiven und Bibliotheken an wichtigen Verwaltungsstandorten in Deutschland, Frankreich und Österreich erhoben. Das Ziel dieses Arbeitsschrittes ist einerseits die Dokumentation der veröffentlichten Reformprojekte, andererseits die Sammlung dieser Schriften an der DHV.

Ausgehend von der Analyse der publizierten Reformprojekte werden die Aktivitäten der auf nationaler und internationaler Ebene tätigen Behörde, Vereine und Institute im Bereich der Verwaltungssprachreform untersucht. Hierdurch sollen die Beziehung zwischen Reformaktivitäten und Reformprojekten festgestellt und deren zentralen Akteure ermittelt werden.

4. Erwarteter Ertrag für Wissenschaft, Gesellschaft und Praxis

Eine vergleichende Studie der Amtssprache kann wichtige Einblicke in die politische Kultur (z. B. Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen), Verwaltungskultur (v. a. die Einstellung gegenüber Öffentlichkeit) und das jeweilige Staatsverständnis vermitteln. Die historische Analyse erweitert dieses analytische Schema um die Möglichkeit, die Bedeutung von jeweils spezifischen Verwaltungstraditionen für die Implementation von Innovationen und für die Adaption der Verwaltungspraxis an eine neue politische Kultur verfolgen.

5. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zählt seit jeher zu den zentralen Aufgaben des Forschungsinstituts. In seiner vorläufigen Stellungnahme zum Forschungsinstitut vom 22. Januar 1999 hat der Wissenschaftsrat hervorgehoben, dass das Institut mit seinen Forschungsreferentenstellen über ein spezifisches Instrument der Nachwuchsförderung verfügt, das jährlich im Durchschnitt zu etwa fünf Dissertationen führt. Auch die bisher geübte Begrenzung der Beschäftigungsdauer auf maximal zweieinhalb Jahre wurde unter dem Aspekt kurzer Promotionszeiten begrüßt.

Letzte Dissertationen:

- *Heide Klug*, Hochschulreformen und Informationssysteme. Organisation – Personen – Technik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 30. Juli 2007.
- *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*; 17. Februar 2006.
- *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*, 21. Januar 2006.
- *Sebastian Wolf*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Technische Universität Darmstadt, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heidrun Abromeit*, 6. Dezember 2005.
- *Stefan Werres*, Grundrechtsschutz in der Insolvenz, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, 12. September 2005.
- *Martin Schurig*, Politikfinanzierung in Frankreich, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*, 27. Juli 2005.
- *Andrea Nessel dreher*, Entscheiden im Informationszeitalter, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ. Prof. Dr. *Hermann Hill*, 26. Juli 2005.
- *Alexander Windoffer*, Die Klärungsbedürftigkeit und –fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 31. Januar 2005.

Letzte Habilitationen:

- *Jörn von Lucke*, Hochleistungsportale, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heinrich Reinermann*, 19. Juli 2007.

- *Gottfried Konzendorf*, Reform in der Übergangsgesellschaft – Ein Beitrag zur Theorie der Reform, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, 25. Januar 2005.
- *Christian Koch*, Verwaltungsrecht im Europäischen Verfassungsverband – auf dem Weg zu einem Recht der Integrationsverfahren, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Rainer Pitschas*, 19. Juli 2004.
- *Dieter Beck*, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen – Ein interaktionsanalytischer Zugang, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*, 14. Mai 2001.
- *Matthias Niedobitek*, Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge – Bund, Länder und Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera*, 24. Januar 2000.

6. Veranstaltungen

Das Institut stellt sich der Öffentlichkeit von Verwaltungswissenschaften und Verwaltungspraxis durch eigene Veranstaltungen, die durch ihre Forschungsorientierung vom Fortbildungsprogramm der Hochschule Speyer unterschieden sind. Auch Experten aus der Praxis werden in die wissenschaftlichen Beratungen einbezogen.

Drei Formen kennzeichnen das Veranstaltungsprogramm: Forschungskolloquien, Forschungsseminare und in begrenztem Umfang Arbeitstagungen. Neben Veranstaltungen im nationalen Rahmen führt das Forschungsinstitut auch internationale Symposien und Tagungen durch.

6.1 Forschungskolloquien

In den institutsinternen Forschungskolloquien, die traditionell während der Vorlesungszeit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer an durchschnittlich fünf Terminen stattfinden, diskutieren alle Projektleiter und Projektleiterinnen und Projektbearbeiter bzw. Projektbearbeiterinnen nach etwa der Hälfte der Bearbeitungszeit eines Vorhabens ihren methodischen Ansatz und die bisherigen Forschungsergebnisse mit den Mitgliedern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts. Zusätzlich werden seit einigen Semestern neue Forschungsprojekte durch eine Kurzpräsentation zu Beginn der Projektlaufzeit vorgestellt.

Die Forschungskolloquien sind ein Instrument der interdisziplinären Vernetzung der Institutsarbeit. An den Kolloquien nehmen die Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats sowie als Gäste die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschule und gelegentlich Vertreter von Wissenschaft und Praxis teil. Regelmäßig werden auch ausländische oder sonstige auswärtige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem Gastvortrag eingeladen. Für die Mitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts dient das Kolloquium nicht nur dazu, sich frühzeitig der Kritik zu stellen und gegebenenfalls rechtzeitig Korrekturen vorzunehmen, sondern auch dem interdisziplinären Gespräch im Allgemeinen.

6.1.1 Wintersemester 2005/2006

Im Wintersemester 2005/2006 stand das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*. Folgende Forschungskolloquien fanden statt:

- | | |
|------------|---|
| 24.11.2005 | Präsentation der Projekte:
<i>T. König/Junge</i> : „Die Formulierung nationaler Positionen – Eine vergleichende Studie zu europäischen Gesetzesvorhaben“
<i>T. König/Mäder</i> : Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Untersuchung der Unitarisierungsaus- |
|------------|---|

- wirkungen der Europäischen Union auf die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten“
- 15.12.2005 Präsentation des Projektes:
Böhret/Brenski/Oertel: „WiDuT – Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle (Verwaltungsmodernisierung in den Ländern)“
- 22.12.2005 Präsentation des Projektes:
Wirtz/Lütje/Schierz: „E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung“
- 05.01.2006 Präsentation des Projektes:
von Arnim/Heiny/Iltner: „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“
- 12.01.2006 Präsentation der Projekte:
Jansen/Franke/Wald: „Netzwerkstrategien und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“
Jansen/Stoll/Barnekow: „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“
- 20.01.2006 **Gastvortrag:**
Frau Professorin Dr. *Tanja Börzel*, Lehrstuhl für Europäische Integration an der Freien Universität Berlin
„Die Emplementation von EU-Politik und EU-Recht: neue Forschungsansätze“

6.1.2 Sommersemester 2006

Im Sommersemester 2006 stand das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*. Folgende Forschungskolloquien fanden statt:

- 06.07.2006 Präsentation der Projekte:
von Arnim/Wolf: „Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse“
von Arnim/Heiny/Iltner: „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“

- 20.07.2006 Präsentation der Projekte:
R. Fisch/Margies: „Bürgernahe Verwaltungssprache“
Klages/Masser: „Aufbau eines kennzahlengestützten Monitoring-systems für die Berliner Bürgerämter“
- 27.07.2006 Präsentation der Projekte:
Knorr/Jahn: „Wettbewerbsverzerrung im Verkehrswesen“
S. Fisch/Horstmann: „Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Verwaltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der BRD 1949-1975“

6.1.3 Wintersemester 2006/2007

Im Sommersemester 2006 stand das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*. Folgende Forschungskolloquien fanden statt:

- 13.12.2006 Präsentation der Projekte:
Sommermann/von Bredow: „Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes“
Knorr/Jahn: „Predatory Pricing im Luftverkehr – Mythos oder Realität?“
- 03.01.2007 Präsentation der Projekte:
Färber/Otter: „Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“
Färber/Dalezios: „Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems“
- 10.01.2007 Präsentation der Projekte:
Siedentopf/Speer: „Der Europäische Verwaltungsraum und seine Anforderungen an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland“
Ziekow/Siegel: „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt: Begleitende Evaluation des zweiten Modellversuchs des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen“
- 16.01.2007 **Gastvortrag:**
 Dr. *Andreas Arndt*, Monopolkommission Bonn
 „Privatisierung der Deutschen Bahn“

Präsentation des Projekts:

Jansen/Barnekow/Stoll: „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“

31.01.2007

Präsentation der Projekte:

Wirtz/Lütje/Schierz: „E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung“

Bohne/Bugdahn: „Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung“

6.1.4 Sommersemester 2007

Im Sommersemester 2007 steht das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*. Folgende Forschungskolloquien finden statt:

20.06.2007

Gastvortrag:

Ministerialdirektor a.D. *Klaus-Henning Rosen*

„Zerfaserte Staatlichkeit und ‚good governance‘ – Regierungsberatung im Yemen zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

04.07.2007

Präsentation der Projekte:

Jansen/Heidler: „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“

Klages/Daramus/Masser: „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“

11.07.2007

Präsentation der Projekte:

Ziekow/Windoffer: „Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen“.

König/Daimer/Finke: „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“

6.2 Forum des akademischen Mittelbaus in Speyer (FAKS)

Das „Forum des akademischen Mittelbaus in Speyer“ (FAKS) bietet Speyerer Nachwuchswissenschaftlern an DHV und FÖV die Möglichkeit, interessante wissenschaftliche Themen, methodische Fragen und eigene Arbeiten jenseits der Lehrstuhl- bzw. Projektstätigkeit in ungezwungenem Rahmen zu diskutieren. Das FAKS wurde bislang geleitet von Dr. *Thomas Horstmann* und Dr. *Sebastian Wolf*.

Bisher fanden FAKS-Sitzungen zu folgenden Themen statt:

- „Methoden der verwaltungswissenschaftlichen Disziplinen und Möglichkeiten einer interdisziplinären Synthese“ (25.10.2006)
- „Integrative Verwaltungswissenschaft und Interdisziplinarität“ (08.11.2006)
- „Auf dem Weg zu einer verwaltungswissenschaftlichen Methodik“ (22.11.2006 – Referenten: *M. Weber/N. Otter*)
- „Das Kriterium der Vergleichbarkeit: Anforderungen an die Europäische Implementationsforschung“ (06.12.2006 – Referentinnen: *B. Luetgert/P. Kempf*)
- „Gefährden Wahlcomputer die Demokratie?“ (24.01.2007 – Referentin: *S. Schiedermaier*)
- „Euratom – Annäherungen an ein unbekanntes Phänomen der europäischen Integration“ (07.02.2007 – Referent: *S. Wolf*)
- „Vergangenheitsaufarbeitung an der DHV“ (09.05.2007 – Zeitzeuge em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König*, interviewt von *T. Horstmann* und *S. Wolf*)
- „Die Evolution der Beziehungen zwischen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften ausgehend vom 17. Jahrhundert“ (27.06.2007 – Referent: em. Prof. Dr. *Carl Böhret*)

6.3 Forschungsseminare

6.3.1 Rückblick 2006

Erster Workshop im Projekt ‚Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung‘ mit den am Projekt beteiligten Modellkommunen

Am 14. Februar 2006 fand im Rahmen des Projektes ‚Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung‘ der erste Workshop mit den teilnehmenden Kommunen statt. Vertreter der Modellkommunen Arnsberg, Herford, Speyer und Viernheim waren eingeladen, bisher mit dem Bürgerpanel gemachte Erfahrungen zu diskutieren und die weiteren Schritte im Projekt zu planen.

Im Rahmen des Workshops stellten die Kommunen ihr Vorgehen und ihre Aktivitäten bei der Durchführung des Bürgerpanels dar: erfragte Themen, Umgang mit den Ergebnissen von Seiten der Politik und Verwaltung, Kommunikation der Ergebnisse an die Bürgerschaft, Beteiligung der Panelisten und die Einbindung des Bürgerpanels in das kommunale Konzept zur Bürgerbeteiligung. Von wissenschaftlicher Seite wurden erste kommunal vergleichende Auswertungen präsentiert: Ausschöpfungsquoten der Stichproben, Beteiligungsmodus, Interesse und Teilnahmebereitschaften am Bürgerpanel von Seiten der Bürgerschaft wurden analysiert. Ziel des Workshops war es, gemeinsam nach Erklärungen zu suchen, wie Unterschiede zustande kommen bzw. auf welches Vorgehen diese zurückgeführt werden könnten. Welche Vorgehensweisen in den Kommunen waren effektiv und wirkten aktivierend auf die Bürgerbeteiligung und wie können diese Erfahrungen auf andere Kommunen angewendet werden?

Den Kommunen wurde die in der Entwicklung befindliche Software vorgestellt, mit der es den Kommunen erleichtert werden soll, das Bürgerpanel und die damit verbundenen Bürgerbefragungen durchzuführen. Vorgestellt wurden auch interaktive Online-Elemente, die den Dialog mit der Bürgerschaft und den Panelisten ermöglichen sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Workshops war die Diskussion der weiteren Bürger- bzw. Panelistenbeteiligung am und im Bürgerpanel: Wie können Beteiligungspotentiale genutzt werden? Welche Beteiligungsangebote können im nächsten Schritt den Panelisten gemacht werden? Wie kann eine organisatorische Anbindung des Bürgerpanels in der Verwaltung erfolgen?

Fünfter Workshop der DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“

Am 2. und 3. März 2006 fand der fünfte Workshop der DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Prinzipal-Agenten-Modelle zur Erklärung interner Governance von Universitäten am Beispiel von Graduiertenförderung und Einführung von NPM-Instrumenten“ am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft (IAAEG) in Trier statt.

Die Organisation des Workshops hatte Univ.-Prof. Dr. *Dieter Sadowski*, Universität Trier, gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, FÖV Speyer, übernommen. Mit einem Grundlagenvortrag über „Prinzipal Agenten Probleme in selbstverwalteten Organisationen“ führte Univ.-Prof. Dr. *Berthold Wigger* als Teilprojektleiter eines assoziierten Projekts der Forschergruppe in den Workshop ein. Ein weiteres assoziiertes Projekt der Forschergruppe zum Thema „Wissens- und Innovationstransfer von der Hochschule in die Wirtschaft: Institutionelle Anreizstrukturen, Arbeits- und Berufsorientierungen von (Bio)Wissenschaftlern. Konzeption und erste Erkenntnisse“ wurde von Dr. *Petra Moog*, Universität Zürich, vorgestellt. Die Vorträge von Univ.-Prof. Dr. *Dieter Sadowski*, Dr. *Peter Schneider* und *Nicole Thaller* zum Thema „Extrinsische vs. Intrinsische Motivation, explizite vs. implizite Entlohnung: Zur Anreizpolitik in professional bureaucracies“ sowie von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen* zum Thema „Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung – zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung“ stellten Berichte über (Zwischen-)Ergebnisse der Teilprojekte dar, die im Kreise der Forschergruppe angeregt diskutiert wurden. Die Frage nach optimalen Verträgen und Anreizmodellen bei mehrstufigen und multiplen Prinzipal-Agenten-Verhältnissen an Universitäten wurde ebenso in den Blick genommen wie die wichtigen Merkmale intrinsischer Motivation und die Relevanz von Sozialisierungsprozessen von Forscherinnen und Forschern. Die Analyse von Drittmitteln als geeigneter Indikator für Leistungsmessung von Forschung ergab, dass der Einsatz von Indikatoren zur Messung von Forschungsleistung eine detaillierte Betrachtung der herangezogenen Größen erfordert. Die Komplexität der Frage nach geeigneten Governanceformen für die Forschung wurde in den Diskussionen immer wieder deutlich. Am zweiten Tag des



Workshops hatten die weiteren Teilprojekte Gelegenheit, über den Stand ihrer Projekte zu berichten.

Dem Workshop vorausgegangen war am 1. März das dritte Doktorandentreffen, bei dem die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Forschergruppe ihre Promotionsprojekte vorstellten und diskutierten. Wie gewohnt, führte das interne Treffen der Forschergruppe neben den offiziellen Diskussionen zu interessanten Gesprächen und informellem Austausch, die eine wichtige Basis für die gemeinsame Arbeit darstellen.

13. WiDuT-Arbeitstagung: Verwaltung der Verwaltung

Am 13. und 14. März 2006 fand in Speyer die 13. WiDuT-Arbeitstagung mit dem Titel "Verwaltung der Verwaltung: Steuerung und beispielhafte Organisation von Querschnittsaufgaben" unter der wissenschaftlichen Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret* statt. Die Tagung wurde dieses Mal auf besonderen Wunsch und im Auftrag des Unterausschusses „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz veranstaltet, mit dem WiDuT auch bei der länderübergreifenden Dokumentation der Verwaltungsmodernisierung kooperiert.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage nach den Möglichkeiten, die verschiedenen Querschnittsaufgaben auf Landesebene besser steuern und optimieren zu können. Zu den Querschnittsaufgaben gehören traditionell die Bereiche „Zentrale Steuerung“, „Organisation“, „Innerer Dienst“, „Personal“, „Haushalt“ und „Informations- und Kommunikationstechnik“. Nach einer kurzen Einführung in die Problematik durch em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret* und die WiDuT-Referenten *Carsten Brenski* und *Martin-Peter Oertel* schilderte Dr. *Werner Kirchner* vom Standortcontrolling der BASF AG in Ludwigshafen, wie die Privatwirtschaft den Erwartungen und Anforderungen an ein umfassendes Controlling der Querschnittsaufgaben entspricht. Bei der BASF geschieht dies im Rahmen eines Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnisses zwischen einerseits internen Kunden, z.B. den Produktionsbetrieben und andererseits internen Dienstleistern, welche Querschnittsaufgaben anbieten.

Thomas Wick von der KGSt zeigte an Hand der Vergleichsringe des IKO-Netzes, wie sich Kommunen für ihre jeweiligen Querschnittsaufgaben vergleichen und die dort ermittelten Zahlen für Verbesserungen heranziehen. Am zweiten Tag stellte Prof. Dr. *Dieter Kiefer* vom Rechnungshof Baden-Württemberg einen umfassenden methodischen Ansatz zur Erfassung und Optimierung von Querschnittsaufgaben in Landesministerien vor.

Wie bei WiDuT-Arbeitstagungen üblich und bewährt, war ein wesentlicher Bestandteil der Veranstaltung auch diesmal der unmittelbare, länderübergreifende Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern. Die Berichte aus den jeweiligen Ländern zeigten, dass die Querschnittsaufgaben in unterschiedlicher Intensität thematisiert werden, mehrheitlich jedoch bereits Maßnahmen wie Ausgliederung, Zentralisierung und auch Privatisierung ergriffen worden sind. Insgesamt stehen die Querschnittsaufgaben in einem Spannungsfeld, in dem einerseits durch die zunehmende Delegation bzw. Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung Querschnittsfunktionen dezentralisiert werden, an-

dererseits durch weitgehende Zentralisierung, z.B. im Beschaffungswesen, Synergieeffekte genutzt werden sollen. Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehungen, wie sie bei der BASF konsequent angewendet werden, gibt es in den meisten Landesverwaltungen bereits im Bereich der Liegenschaftsverwaltung, des Immobilienmanagements und des Beschaffungswesens, wobei die entsprechenden Landesbetriebe z.T. ebenfalls schon in freiem Wettbewerb mit externen Dienstleistern stehen.

In der sich an die 13. WiDuT-Arbeitstagung unmittelbar anschließenden 39. Sitzung des Unterausschusses „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ wurde schließlich der Beschluss gefasst, eine länderübergreifende Vergleichsarbeit im Bereich der Querschnittsaufgaben anzustoßen. In Folge dessen liegt inzwischen auch ein Auftrag des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz an den Unterausschuss vor, ein Pilotprojekt für ein länderübergreifendes Benchmarking in seinem Zuständigkeitsbereich durchzuführen. Auf diese Weise hat die 13. WiDuT-Arbeitstagung eine Maßnahme initiiert, die den länderübergreifenden Lernprozess zusätzlich unterstützt und damit idealerweise die weitere Optimierung der Querschnittsfunktionen in den Landesverwaltungen vorantreibt.

Symposium zur „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ anlässlich der Emeritierung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf



Der Jubilar (ganz rechts) folgt interessiert den zu seinen Ehren gehaltenen Vorträgen, neben ihm Univ.-Prof. Dr. Hans Peter Bull (Hamburg, Mitte) und Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König (Speyer, links). Hinter Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Siedentopf ist der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Eckart Hien, zu sehen.

Professor Dr. Dr. h. c. *Heinrich Siedentopf* vollendete am 5. März 2006 sein 68. Lebensjahr und wurde daher mit Ablauf des 31. März 2006 emeritiert. Aus Anlass der Emeritierung veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung am 30. und 31. März 2006 ein internationales Forschungssymposium unter dem Generalthema „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“. An der Veranstaltung, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. *Siegfried Magiera* und Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* stand, nahmen über 60 Wissenschaftler und hochrangige Vertreter aus der Praxis teil.

Das Symposium war Themenschwerpunkten aus der weit gespannten Lehr- und Forschungstätigkeit von *Heinrich*

Siedentopf gewidmet. Nach einer Würdigung durch den Direktor des Forschungsinstituts, Herrn Prof. Dr. *Jan Ziekow*, sowie durch Herrn Prof. Dr. *Carl Böhrer*, der mit *Heinrich Siedentopf* einen „Virtuellen Dialog“ führte, wurden auf der Grundlage von je sechs Kurzreferaten die Themengebiete „Die Modernisierung der nationalen Verwaltungen“, „Der Europäische Verwaltungsraum“ und „Verwaltungsreform im internationalen Dialog“ diskutiert. Den abschließenden Vortrag zum The-

ma „Herausforderungen an die Verwaltungswissenschaft im Zeichen der Europäisierung und Internationalisierung“ hielt Herr Prof. Dr. Dr. *Klaus König*, bevor der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Herr Prof. Dr. *Rudolf Fisch*, den Geehrten aus der Sicht der Hochschule würdigte.

Das Symposium mit seinen über 20 Vorträgen sowie zahlreichen Diskussionsbeiträgen spiegelte nicht zuletzt das außergewöhnliche internationale Engagement *Heinrich Siedentopfs* wider. Während der Zeitspanne von 33 Jahren, in der er den Lehrstuhl für Vergleichende Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer inne hatte, pflegte *Heinrich Siedentopf* nicht nur eine intensive wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem europäischen Ausland, insbesondere Frankreich – bereits im Jahre 1983 wurde ihm von der französischen Universität Aix-Marseille die Ehrendoktorwürde verliehen –, sondern auch mit Ländern anderer Erdteile, namentlich Südasiens. Anknüpfend an eine über zehnjährige Zusammenarbeit mit dem Thailändischen Staatsrat sowie später der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit würdigten der Präsident des Thailändischen Obersten Verwaltungsgerichts, Herr Prof. Dr. *Ackaratorn Chularat*, sowie ein weiterer Richter dieses Gerichtshofs, Herr Dr. *Charnchai Sawangsagdi*, die Bedeutung der von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Kooperation für die Kodifizierung des thailändischen Verwaltungsverfahrenrechts sowie die Entwicklung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Herr Professor *Ackaratorn* ist zur Zeit Präsident der Internationalen Vereinigung der Obersten Verwaltungsgerichte. In einem Diskussionsbeitrag machte der Präsident des deutschen Bundesverwaltungsgerichts, *Eckart Hien*, deutlich, wie intensiv mittlerweile der Austausch zwischen den nationalen Gerichtsbarkeiten ist. Herr Hien selbst ist derzeit Präsident der Europäischen Vereinigung der Obersten Verwaltungsgerichte.

Im Hinblick auf das langjährige Engagement von *Heinrich Siedentopf* im Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften – er hatte dort u.a. das Amt des Präsidenten der Deutschen Sektion inne – war dieser Wissenschaft und Praxis weltweit verbindenden Vereinigung ein gesonderter Themenkreis gewidmet. Es wirkten dabei der Präsident des Internationalen Instituts, Herr Prof. Dr. *Strehl*, der Präsident der Deutschen Sektion, Herr Staatsminister a.D. Prof. Dr. *Hans Peter Bull* (ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats und Ehrenmitglied des FÖV) sowie der Generalsekretär der Deutschen Sektion, Herr Dr. *Christoph Hauschild* mit.



Prof. Dr. Jacques Ziller (Florenz) referierte über die Europäische Implementationsforschung. Neben ihm von links nach rechts: Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann (Speyer), Prof. Dr. Hedda von Wedel (Europäischer Rechnungshof Luxemburg) und Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera (Speyer).

„Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. Detlef Merten



Der Jubilar, Prof. Dr. Dr. Detlef Merten (rechts), nimmt die Glückwünsche entgegen

Aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten* zum 1. April 2006 veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer am 15. September 2006 ein Symposium unter dem Thema „Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“, dessen wissenschaftliche Leitung Prof. Dr. *Siegfried Magiera* und Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* innehatten. An der Veranstaltung nahmen rund 40 Wissenschaftler und hochrangige Vertreter der Praxis aus dem In- und Ausland als Referenten und Gäste teil.

Die Themenschwerpunkte der Veranstaltung waren der umfangreichen Lehr- und Forschungstätigkeit des Geehrten gewidmet und umfassten zentrale Bereiche seiner wissenschaftlichen Arbeit. Nach eingehender Würdigung des langjährigen Wirkens von Professor *Merten* am Forschungsinstitut durch den Direktor, Prof. Dr. *Jan Ziekow*, bildeten Vorträge der Professoren Dr. *Heinz Schäffer* von der Universität Salzburg und Dr. *Karl-Peter Sommermann* zum Thema „Entwicklungsperspektiven des Rechtsstaats“ den Auftakt der Veranstaltung.

Auch der zweite Themenkomplex mit dem Arbeitstitel „Leistungsgrenzen und Finanzierung des Sozialstaats“ war einem Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit des Geehrten entnommen. Hierzu referierten Wissenschaftler, deren Lebenswerk mit dem Wirken von Professor *Merten* eng verbunden ist, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Hans-Jürgen Papier*, und sein ehemaliger Habilitand, Prof. Dr. *Ferdinand Kirchhof*. Der Nachmittag der Veranstaltung war zwei Themenbereichen gewidmet, die Professor *Merten* über Jahrzehnte wesentlich mitgeprägt hat und weiterhin maßgeblich begleitet. Zunächst gaben die Referentinnen und Referenten in vier konzentrierten Einführungsstatements einen Überblick über die unterschiedliche Problematik der „Durchsetzung der Grundrechte“. Während Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Klaus Stern* das Problemfeld dogmatisch aus deutscher Sicht beleuchtete, erläuterte Prof. Dr. *María Jesús Montoro Chiner* von der Universität Barcelona dies am Beispiel des Rechts zum Schutze der Privatsphäre und der Unverletzlichkeit der Wohnung nach spanischem Verfas-



Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, diskutiert angeregt mit Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof (rechts) und Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann (links im Bild)

sungsrecht. Prof. Dr. *Kirsten Schmalenbach* von der Universität Graz gab einen Überblick über die Besonderheiten der Grundrechtsdurchsetzung in Österreich und Prof. Dr. *Siegfried Magiera* stellte die Freizügigkeit der Unionsbürger als einen materiellen Aspekt der Grundrechtsdurchsetzung dar. Den Abschluss des Symposiums bildeten vier Kurzbeiträge hochrangiger Persönlichkeiten aus der ausländischen und europäischen Verfassungsgerichtsbarkeit zum Thema „Herausforderungen an die Gerichtsbarkeit in Europa“, namentlich des Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofs, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Karl Korinek*, der Richterin am Verfassungsgerichtshof Sarajevo, Frau Prof. Dr. *Constance Grewe*, des Richters am polnischen Verfassungsgerichtshof, Prof. Dr. *Mirosław Wyrzykowski*, und des Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Vassilios Skouris*. Zum Abschluss der Veranstaltung würdigte der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Prof. Dr. *Rudolf Fisch*, die Verdienste des Geehrten im Rahmen seiner langjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit an der Hochschule.

First European Summit on Modernizing Government

Vom 23. bis zum 25. August 2006 wurde in Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. *Hermann Hill* in Kooperation von DHV und FÖV eine internationale Sommerakademie „First European Summit on Modernizing Government“ für Vertreter europäischer Staaten aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt. Die Veranstaltung baute auf einem Forschungsprojekt mit Hörern der DHV Speyer auf, in dem eine Datenbank und Länderberichte zu den aktuellen Modernisierungsvorhaben aller europäischer Staaten erstellt wurden. Mit der Sommerakademie sollten diese Untersuchungen fortgesetzt und vertieft sowie ein Netzwerk nach dem Vorbild der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den (deutschen) Ländern“ (WiDuT) begründet werden. Mittelfristig soll daraus ein „Forschungszentrum für vergleichende Verwaltungsmodernisierung in Europa“ entstehen, für welches auch Drittmittel eingeworben werden sollen.

Im Rahmen der Tagung fanden Workshops zu den Themen Concepts, Culture and Convergence, Organization, Finances, Quality/Evaluation, Strategic Governance, New Challenges, Leadership statt. Nähere Informationen hierzu finden sich unter: www.dhv-speyer.de/eusmg.

Eine Auswahl der Tagungsbeiträge erscheint im Nomos-Verlag, Baden-Baden, als Band 7 der Schriftenreihe „Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen“ mit dem Titel „Modernizing Government in Europe“.

Im Rahmen der Sommerakademie fanden auch Gespräche zur Vorbereitung eines European Public Sector Award (EPSA) statt. Dieser wurde am 14. März 2007 unter der Trägerschaft der Bertelsmann Stiftung, der DHV Speyer und der European Group for Public Administration (EGPA) in Berlin gestartet. Er folgt dem Speyerer Qualitätswettbewerb, der bisher für Deutschland, Österreich und die Schweiz durchgeführt wurde. Weitere Informationen finden sich unter: www.epsa-award.eu.

Forscherguppe GPEJ

Die Forschergruppe „Effektivität des Rechtsschutzes“ (GPEJ) mit gemeinsamen Seminaren und Workshops, gefördert von der DFG und der brasilianischen Partnerorganisation CAPES, traf sich unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* zum bereits sechsten Mal vom 17.-20. September 2006, diesmal wieder am FÖV. Die Forschergruppe beschäftigte sich während ihres Workshops mit den „Grundlagen für die Erarbeitung des Mustergesetzes zum Verwaltungsrechtsschutz“.

Bilaterales Symposium mit Rechtswissenschaftlern der Universidad del Rosario (Bogotá, Kolumbien) zum Thema „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* fand in Speyer am 16. und 17. Oktober 2006 das Symposium „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“ statt. Die in spanischer Sprache durchgeführte Veranstaltung diente dem Ziel, den Status der Bürger im Verhältnis zur öffentlichen Gewalt aus unterschiedlichen Themenperspektiven zu beleuchten und im rechtsvergleichenden Dialog der beteiligten deutschen und kolumbianischen Rechtswissenschaftler gemeinsame Forschungsinteressen herauszuarbeiten.

Zunächst gab die ehemalige Präsidentin des Kolumbianischen Staatsrats, Frau Prof. Dr. *Consuelo Sarria Olcos* von der Universidad Externado de Colombia in Bogotá, einen profunden Überblick über den Rechtsschutz des Bürgers durch die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Kolumbien. Mit dem Recht auf effektiven Rechtsschutz aus deutscher verfassungsrechtlicher Perspektive befasste sich das nachfolgende Referat von Herrn Prof. Dr. *Martin Ibler*, Universität Konstanz. Von kolumbianischer Seite trug weiter Frau Prof. *Rocio Mercedes Araújo Oñate*, eine ehemalige Teilnehmerin des Magisterstudiengangs in Speyer, vor. Ihr Referat behandelte die Entwicklungslinien der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Kolumbien aus historischer Sicht, während der nachfolgende Vortrag von Herrn Prof. Dr. *Manuel Fernando Quinche Ramírez*, ebenfalls von der Universidad del Rosario in Bogotá, das interamerikanische System des Menschenrechtsschutzes in den Blick nahm.

Die überaus lebhaften rechtsvergleichenden Diskussionen, an denen auch weitere interessierte Gäste deutscher und lateinamerikanischer Herkunft teilnahmen, wurden sodann durch einen Vortrag von Herrn Prof. Dr. *Jesús María Casal Hernández*, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universidad Católica Andrés Bello in Caracas, um die venezolanische Perspektive bereichert. Sein Vortrag befasste sich ebenso wie das Referat von Frau *Natalia Bernal Cano*, Doktorandin kolumbianischer Herkunft an der Université Paris 1 (Panthéon-Sorbonne), mit Formen und Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit in einem demokratischen Gemeinwesen. Ebenfalls aus demokratietheoretischer Sicht zog Herr Prof. Dr. *Carlos Ariel Sánchez Torres*, Universidad del Rosario, Bilanz hinsichtlich der Kontrolle der öffentlichen Hand in Kolumbien. Den Abschluss des Symposiums bildeten zwei Referate von Speyerer Seite: Herr Ass. iur. *Lippold Freiherr von Bredow*, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, behandelte Rechtsschutzmöglichkeiten des Individuums bei grenzüberschreitenden Umweltbeein-

trächtigungen und Herr *Sommermann* befasste sich in seinem Vortrag über den Verwaltungsrechtsschutz im europäischen Kontext mit den durch Gemeinschafts- und Völkerrecht bedingten Konvergenzen, aber auch weiter bestehenden Unterschieden in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

An das Symposium schloss sich am 18. Oktober 2006 ein Besuch beim Verfassungsgerichtshof und beim Oberverwaltungsgericht des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz an. Nach einem Gespräch mit Herrn Prof. Dr. *Karl-Friedrich Meyer*, der in Personalunion Präsident des Verfassungsgerichtshofes und des Oberverwaltungsgerichts sowie Honorarprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ist, über die Rolle und Bedeutung der Landesverfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland wurden anschließend mit dem Vorsitzenden Richter des 8. und 9. Senats des Oberverwaltungsgerichts Koblenz, Herrn Dr. *Jürgen Held*, sowie dem Vorsitzenden Richter der 7. Kammer des Verwaltungsgerichts Koblenz, Herrn Dr. *Peter Fritz*, ausführlich Stellung und Funktion der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit aus der Sicht der zweiten und der ersten Instanz erörtert. Die Gäste erhielten zudem die Gelegenheit, eine mündliche Gerichtsverhandlung zu besuchen.

Symposium des Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“

Vom 2. bis 3. November 2006 trafen sich die Mitglieder des interdisziplinär orientierten Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“, dem namhafte, mit dem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung befasste Wissenschaftler angehören, unter der Leitung von Herrn em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* (Speyer) und Herrn Prof. Dr. *Christoph Reichard* (Potsdam) zum ersten Symposium des Arbeitskreises mit dem Titel „Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltung“.

Nach der Begrüßung durch Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* (stellv. Direktor des gastgebenden Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer) sprachen am ersten Tag des Symposiums Herr em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* zum Thema „Verwaltungskulturen und Verwaltungswissenschaften“ und Herr Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Inhaber des Lehrstuhls für Public Management an der Universität Potsdam, zum Thema „Verwaltung aus der Sicht der Managementlehre“, denen sich Herr Prof. Dr. *Geert Bouckaert* (Leuven) mit einer international orientierten Betrachtung zum „Öffentlichen Managerialismus in Europa“ sowie Herr Prof. Dr. *Thomas Edeling* (Potsdam) mit nationalem Focus zum „Öffentlichen Managerialismus in Deutschland, insbesondere in öffentlichen Unternehmen“ anschlossen.

Am 3. November eröffnete Herr Prof. Dr. *Kuno Schedler* (St. Gallen) interessante Theoriezugänge zum öffentlichen Management aus Schweizer Sicht, dem Herr em. Prof. Dr. Dr. h.c. *Klaus Lüder* (Speyer) und Herr Prof. Dr. *Lothar Streitferdt* (Hamburg) zu den Aspekten des Modelldenkens zum öffentlichen Management folgten. Herr Prof. Dr. *Eckhard Schröter* (Friedrichshafen) befasste sich in seinem Beitrag mit einer demokratietheoretischen Kritik des Gegenstands „öffentlicher Managerialismus“. Den Abschluss des Symposiums, bei welchem sich den Teilnehmern in anregender interdisziplinärer Arbeitsatmosphäre nicht selten Querschnittseinblicke eröffneten und die von durchweg intensivem Dialog der Teilnehmer geprägt war, bildete ein Diskussionsgespräch zwischen Herrn Prof. Dr. *Her-*

mann Hill (Speyer), Herrn *Klaus Lüder* und Herrn Prof. Dr. *Werner Jann* (Potsdam) mit dem Titel „Die managerialistische Verwaltung aus Sicht der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

Forschungssymposium des Arbeitskreises Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Am 4. November 2006 kamen die Mitglieder des Arbeitskreises *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts* unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* (Speyer) und Herrn Prof. Dr. *Werner Jann* (Potsdam) in Speyer zusammen.

Herr Prof. Dr. *Harald Fuhr*, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Universität Potsdam, trug zum Thema „Regieren in der Globalisierung“ vor. Die aufschlussreiche Kommentierung des Vortrags übernahmen als kompetente Vertreter der Praxis Herr Dr. *Manfred Konukiewicz* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn) und Herr Dr. *Albrecht Stockmayer* (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, Eschborn).

Es folgte die Diskussion im Arbeitskreis, an die sich dessen Redaktionskonferenz anschloss, in welcher eine zeitnah bevorstehende Werkveröffentlichung des Arbeitskreises inhaltlich und zeitlich koordiniert wurde.

6.3.2 Ausblick auf die nächste Berichtsperiode (2007)

Workshop der Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“

Im Mittelpunkt des siebten internen Workshops der Forschergruppe „Governance der Forschung“, der am 15. und 16. Februar 2007 am FÖV Speyer stattfand, standen die Forschungspolitischen Thesen der Forschergruppe, die nationale und europäische Forschungsförderung, die Nutzung bibliometrischer Daten sowie organisatorische Fragen. Der Workshop markierte zudem den Auftakt der zweiten Förderphase (2006-2009) der interdisziplinären und ortsübergreifenden Forschergruppe, die seit 2003 durch die DFG gefördert wird. Die Organisation des Workshops übernahmen diesmal Frau Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (FÖV Speyer) sowie Herr PD Dr. *Ulrich Schmoch* (ISI Karlsruhe).

Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landtages Rheinland-Pfalz (AWWFK)

Am 1. März 2007 fand eine Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des rheinland-pfälzischen Landtags in Speyer statt, an dem von Seiten der Regierung namentlich die Staatssekretärin im Wissenschaftsministerium, Frau *Dorothee Dzwonnek*, teilnahm. Nach einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses bot sich die Gelegenheit zur Präsentation des FÖV durch den Direktor, Herrn Prof. Dr. *Jan Ziekow*, und die Geschäftsführerin, Frau Dr. *Margrit Seckelmann*, sowie der DHV Speyer durch deren jetzigen Rektor, Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*.

WiDuT – Präsentation auf der 41. Sitzung des Unterausschusses „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ des Arbeitskreises VI der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 5. und 6. März 2007 in Hannover

Armin Liebig, M.A., Mag.rer.publ., von der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (WiDuT) präsentierte auf der Sitzung Inhalte und Nutzung der exklusiv für die Kooperationspartner von WiDuT eingerichteten Datenbank. Die Datenbank bietet Zugriff auf über 1000 Dokumente zur Verwaltungsmodernisierung, viele davon im Volltext, und ist damit wesentliches Service-Element von WiDuT. Außerdem stellte Herr *Liebig* die neueste Ausgabe des Berichts zu den Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2004/2005 vor (Speyerer Forschungsbericht 250). Dieser zum zweiten Mal von WiDuT herausgegebene Band dokumentiert ebenfalls die enge Kooperation zwischen dem Arbeitskreis VI und WiDuT, die auch zukünftig fortgesetzt werden soll.

Neue Governance für die Forschung“ Wissenschaftspolitische Tagung der Forschergruppe „Governance der Forschung“ am 14./15. März 2007 in Berlin

Die von Prof. Dr. *Dorothea Jansen* am FÖV koordinierte Forschergruppe „Governance der Forschung“ präsentierte die Ergebnisse ihrer bisherigen Forschung am 14. und 15. März 2007 auf einer Tagung an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften der wissenschaftspolitischen Öffentlichkeit. Die Tagung bildete den Abschluss der ersten Phase des interdisziplinären Forschungsprogramms, das seit Ende 2003 durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen einer ortsverteilten Forschergruppe mit acht Teilprojekten gefördert wird. Zu den über 90 Teilnehmern zählten neben den Mitgliedern der Forschergruppe hochrangige Vertreter der Wissenschaftspolitik aus Bund und Ländern, der Forschungsförderung sowie der Hochschulen und der außeruniversitären Forschung.

Wissenschaftliches Besuchsprogramm für brasilianische Bundesrichter

In der Zeit vom 25. März bis 6. April 2007 besuchte eine Delegation brasilianischer Bundesrichter Deutschland. Das Besuchsprogramm wurde von dem Stellvertretenden Direktor des FÖV, Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*, seit dem 1. April 2007 Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, und Herrn Bundesrichter Professor Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* koordiniert. Zur Vorbereitung des Programms im Frühjahr 2007 führte Herr Prof. *Perlingeiro* einen Gastforscheraufenthalt am FÖV durch. Das Besuchsprogramm stand im Zusammenhang mit dem dreiseitigen Kooperationsvertrag des FÖV mit der Brasilianischen Bundesuniversität Fluminense (Niterói /Rio de Janeiro) und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. In diesem Rahmen wird unter der Leitung der genannten Koordinatoren seit einigen Jahren ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der brasilianischen Partnerorganisation CAPES gefördertes Forschungsvorhaben zur Effektivität des Rechtsschutzes durchgeführt, an dem von Speyerer Seite auch Herr Ass. iur. *Lippold Freiherr von Bredow*, Forschungsreferent am FÖV, mitwirkt.

Kolloquium „Veränderung in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung“ (Univ.-Prof. Dr. R. Fisch)

Aus Anlass der Emeritierung von Herrn Prof. Dr. *Rudolf Fisch* fand am 15. Juni in Speyer ein Forschungskolloquium statt. Die wissenschaftliche Leitung hatte Herr Prof. Dr. *Hermann Hill* übernommen. Das Kolloquium trug den Titel „Veränderungen in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung“. Dabei wurden Veränderungen in Organisationen unter sozialwissenschaftlichen, betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Gesichtspunkten betrachtet. Vorträge wurden gehalten von Herrn em. Prof. Dr. *Carl Böhret*, Herrn Prof. *Dieter Frey* (München), Herrn Prof. Dr. *Hans Georg Gemünden* (Berlin), Herrn Prof. Dr. *Siegfried Greif* (Osnabrück), Frau Prof. Dr. *Ingela Joens*, Herrn Prof. Dr. *Walter Oechsler* (beide Mannheim), Herrn Prof. Dr. *Norbert Thom* (Bern) sowie vom Ehrenmitglied des FÖV, Herrn em. Prof. Dr. *Hans-Peter Bull* (Hamburg).

Achter interner Workshop der Forschergruppe „Governance der Forschung“

Am 20. und 21. September 2007 findet der achte interne Workshop der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Nationale und europäische Forschungsförderung: Auswirkungen auf die Hochschul- und Forschungspolitik sowie die Mikroebene der Forschung“ an der Universität Hamburg statt. Frau Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (Koordinationsprojekt Z1, FÖV Speyer) sowie Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute* (Teilprojekt P4, Universität Hamburg) haben die Organisation und wissenschaftliche Leitung des Workshops übernommen. Die internen Workshops der Forschergruppe finden halbjährlich statt. Sie dienen der Erörterung und Diskussion wissenschaftlicher Fragestellungen, der Planung von Publikationen, der allgemeinen Koordination der Arbeit der Forschergruppe sowie dem persönlichen Austausch zwischen den sieben Teil- und zwei Zentralprojekten. Im Vorfeld des Workshops findet der fünfte Doktoranden-Workshop statt. Hier präsentieren und diskutieren die Doktoranden der Forschergruppe ihrer Dissertationsprojekte. Die Forschergruppe „Governance der Forschung“ wird seit 2003 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Sprecherin der Forschergruppe: Prof. Dr. *Dorothea Jansen*.

6.4 Arbeitstagungen

6.4.1 Rückblick 2006

50. Jahrestagung der Deutschen Sektion des IIAS in Speyer

Am 28. und 29. September 2006 fand anlässlich des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) die Jahrestagung „Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik“ in Speyer statt. Auf Einladung des FÖV, das damit erneut seine Position als europäisches Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften unterstrich, kamen zahlreiche hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltungspraxis sowie -wissenschaft aus dem deutschsprachigen In- und Ausland zu einer Konferenz unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. *Jan Ziekow* zusammen.



Der Tagungsleiter, Prof. Dr. Jan Ziekow, bei der Eröffnung der Tagung

Im Vorfeld dieses Treffens tagte der Vorstand der Deutschen Sektion des IIAS in Speyer. Im Rahmen dieser Sitzung wurde der langjährige Präsident der Deutschen Sektion, Herr Prof. Dr. *Hans Peter Bull* (Hamburg), verabschiedet. Auf Bitten des Vorstands wird er der Deutschen Sektion als Vorstandsmitglied erhalten bleiben. Zu seinem Nachfolger wurde der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. *Hans Bernhard Beus*, derzeit Staatssekretär im Bundeskanzleramt, gewählt.

Am 28. September folgte der Eröffnung der Konferenz durch Herrn *Bull* eine Grußadresse durch Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Ludwig Adamovich*, dem früheren Präsidenten des Österreichischen Verfassungsgerichtshofes. Es schloss sich eine Begrüßung der Teilnehmer und eine Einführung durch Herrn *Ziekow*, dem Direktor des FÖV und wissenschaftlichen

Leiter der Tagung, an. Den Gegenstand der weiteren Vorträge stellten die Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik in mehreren Bezügen dar: im Kontext der Verwaltungswissenschaften, in der unterschiedlichen Perspektive der Ebenen Kommune, Land und Bund sowie im internationalen Vergleich.

Zunächst legte Herr Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, Dr. *Reinhard Timmer*, potentielle Zukunftslinien der Verwaltungspolitik dar und stellte die aktuelle Verwaltungsreformstrategie der Bundesregierung und das Programm E-Government 2.0 vor. Herr Privatdozent Dr. *Veith Mehde* (Hamburg) beleuchtete sodann retrospektiv die Entwicklung von Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsreform in den vergangenen fünf Jahrzehnten.

Nachdem Herr Ministerialdirigent Dr. iur. habil. *Utz Schliesky* (Schleswig-Holsteinisches Finanzministerium, Kiel) den Teilnehmern durch seinen Vortrag über die verwaltungspolitische Strategie eines Bundeslandes die Länderperspektive eröffnet hatte, referierte der Präsident des Bundesverwaltungsamts, Herr Dr. *Jürgen Hensen*, zu der Thematik unternehmerischen Handelns im Prozess der Behördenmodernisierung, bevor Prof. *Hans-Joachim Hilbertz*, Vorstand der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt, Köln), zur Problematik einer Verwaltungsreform im Spannungsfeld zwischen Effektivitätsstreben einerseits und Sparprogrammen andererseits sprach. Die Beiträge der Referenten



Ministerialdirektor Dr. Timmer bei der Vorstellung der Verwaltungsreformstrategie der Bundesregierung

regten die Tagungsteilnehmer zu zahlreichen engagierten Diskussionsbeiträgen an.

Am 29. September, dem zweiten Veranstaltungstag, stand zunächst der Vortrag „Neue Öffentlichkeit und `Local Governance` im Zeitalter der Dezentralisierung – Das Beispiel Deutschland“ von Prof. Dr. *Rainer Pitschas* (FÖV) auf dem Programm.

Es schlossen sich die in plastischer Schilderung vorgetragenen Beiträge „Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik in Österreich“ von Herrn Landesamtsdirektor Prof. Dr. *Gerhart Wielinger* (Amt der steiermärkischen Landesregierung, Graz) und „Verwaltungspolitische Errungenschaften in der Schweiz“ von Prof. Dr. *Ernst Buschor* (Vizepräsident des ETH-Rates, Zürich, zugleich Korrespondierendes Mitglied des FÖV) an, die zur internationalen Perspektive überleiteten. Den Schluss der gut besuchten und mit Interesse aufgenommenen 50. Jahrestagung der IIAS bildeten der resümierende Beitrag „Fortschritte, Fehlschläge und Moden – Eine Zwischenbilanz“ Herrn *Bulls* sowie das Schlusswort des Tagungsleiters, Herrn *Ziekow*.

6.4.2 Ausblick auf die nächste Berichtsperiode (2007)

Nachwuchstagung zu „Hochschulen und außerwissenschaftliche Forschung unter Reformdruck“

Das neue Ordentliche Mitglied des FÖV, Herr Prof. Dr. *Georg Krücken*, plant gemeinsam mit Frau Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, Herrn Prof. Dr. *Hellmut Wagner* und Frau Dr. *Margrit Seckelmann* die Durchführung einer Nachwuchswissenschaftlertagung am 11. und 12. Oktober 2007 in Speyer. Die Veranstaltung trägt den Titel „Hochschulen und außerwissenschaftliche Forschung unter Reformdruck – Hochschul- und Wissenschaftsmanagement, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsrecht.“

Im Rahmen der Tagung sollen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler (Doktorandinnen und Doktoranden, Postdocs) die Gelegenheit erhalten, ihre Arbeit zu präsentieren. Mit ihrer breiten und thematisch offenen Ausrichtung will die Tagung zur besseren Vernetzung der im interdisziplinären Themenbereich „Hochschul- und Wissenschaftsmanagement, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsrecht“ Arbeitenden im deutschsprachigen Raum beitragen.

Für die drei besten Vorträge auf der Grundlage eines Vortrags-Manuskriptes werden Preise in Höhe von 2000 €, 1000 €, 500 € verliehen; für den besten interdisziplinären Vortrag gibt es ebenfalls auf der Grundlage eines Manuskriptes einen Sonderpreis in Höhe von 2000 €, der von der Andrea-von-Braun-Stiftung gestiftet wird. Darüber hinaus erhalten die Preisträgerinnen und Preisträger ein Publikationsangebot für die Zeitschriften „Hochschulmanagement“ und „Wissenschaftsmanagement“. Die Konferenzsprache ist deutsch.

Die Tagung wird gemeinsam vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) und dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

ausgerichtet. Die Auswahl der Vorträge erfolgt durch Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (FÖV, ZWM), Prof. Dr. *Georg Krücken* (FÖV, ZWM), Dr. *Margrit Seckelmann* (FÖV) und Prof. Dr. *Hellmuth Wagner* (ZWM).

7. Nationale und internationale Beziehungen

Das Forschungsinstitut unterhält zahlreiche Kontakte zu in- und ausländischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen. So ist das FÖV Teil einer Vielzahl von Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene. Es pflegt institutionalisierte Beziehungen zu einer Vielzahl in- und ausländischer Forschungseinrichtungen, richtet Tagungen mit internationalem Teilnehmerkreis aus und wird von Delegationen ausländischer Forschungseinrichtungen oder auch Regierungsstellen besucht, die sich über die Arbeit des Instituts und den Stand der Forschung informieren. Zur Pflege nationaler und internationaler Beziehungen tragen überdies Gastvorträge, der Aufenthalt von Gastforschern am Institut sowie Vorträge von Mitgliedern des Instituts im In- und Ausland über ihre Forschungsergebnisse bei.

7.1 Aufbau und Pflege von Netzwerken

Einen zentralen systematischen Ansatz zur Vernetzung mit externen Forschern bildet die Einrichtung von Arbeitskreisen (s.o. 3.1.5, 3.2.5 und 3.3.5). Im Kontext der Gründung des Zentrums für Wissenschaftsmanagements (s.u. 8.2) steht die Etablierung einer ortsverteilten Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“, die von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen* koordiniert wird (s.o. Projekt I/5. und I/15. unter 3.1.4.1.1).

Im Hinblick auf die Verwaltungspraxis besteht mit der von Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret* geleiteten Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (s.u. 4.1) seit 1996 ein Netzwerk aus Kooperationspartnern in den Staatskanzleien und Innenministerien der Länder. Dieses setzt sich zusammen aus den jeweiligen Modernisierungsbeauftragten, mit denen WiDuT kommuniziert und im Rahmen seiner Transferaufgabe u.a. durch die regelmäßige Veranstaltung von Arbeitstagungen die Behandlung modernisierungsrelevanter Fragestellungen initiiert, koordiniert und moderiert.

7.2 Kooperationsvereinbarungen

Das FÖV wirkt an internationalen Forschungsaktivitäten und wissenschaftlichen Tagungen im Rahmen des *Transatlantic Policy Consortium (TPC)* mit. Das TPC ist ein Netzwerk von derzeit knapp 40 europäischen und nordamerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, das im Jahr 1998 gegründet wurde und dessen Mitglieder je zur Hälfte aus den USA und der Europäischen Union kommen. Seit September 2004 ist der Lei-

ter der Sektion III, Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, Chairman des *TPC Research Committee*. Das TPC veranstaltet jährlich eine wissenschaftliche Tagung in den USA oder Europa. In diesem Jahr findet eine Tagung zum Thema „*Adapting Universities to the Global Society*“ in Bloomington (Indiana) statt, in deren Verlauf das TPC auch sein zehnjähriges Bestehen feiert. In diesem Jahr erscheint beim LIT Verlag der dritte Band der *Transatlantic Public Policy Series* unter dem Titel „*Transatlantic Perspectives on Security Imperatives*“. Herausgegeben von *Slawomir Dębski* (Polish Institute of International Affairs).

Das FÖV ist über eine am 25. Januar 1996 unterzeichnete Kooperationsvereinbarung mit dem *Forschungszentrum Karlsruhe* – Technik und Umwelt verbunden. Damit wurde die bereits vorher bestehende intensive Zusammenarbeit auf eine förmliche Grundlage gestellt. Formen der Zusammenarbeit sind insbesondere die Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte und wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zudem finden jährlich gemeinsame Forschungskolloquien statt, im Jahre 2002 zum Thema „Wissenschaftsmanagement“. Ergänzt wird die Vereinbarung aus dem Jahre 1996 durch einen am 7. Oktober 2002 unterzeichneten Kooperationsvertrag auf dem Gebiet des Wissenschaftsmanagements.

Das Forschungsinstitut hat am 14. Mai 2003 einen Kooperationsvertrag mit dem Landtag Rheinland-Pfalz unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichten sich das FÖV und die Landtagsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz zu einer engen Zusammenarbeit inhaltlicher und personeller Art. Dritte Vertragspartei ist die DHV Speyer. Im Rahmen des Kooperationsvertrags werden auch die Kontakte zu weiteren in- und ausländischen Parlamenten intensiviert. In Zusammenhang mit der Kooperationsvereinbarung steht auch eine Verstärkung der Kontakte zur Historischen Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz.

Seit April 2004 kooperiert die von Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhrer* geleitete Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (s.u. 4.1) mit dem Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz. Hierdurch soll die von WiDuT betriebene Dokumentation zur Verwaltungsmodernisierung mittels Online-Datenbank um aktuelle Materialien und Dokumente des Unterausschusses erweitert werden. Zudem wird auf dieser Grundlage jährlich (erstmalig in 2004) eine länderübergreifende Dokumentation der Modernisierungsprozesse in den Verwaltungen des Bundes und der Länder als Speyerer Forschungsbericht herausgegeben. Die neueste Ausgabe des Berichts zu den Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2004/2005 vor (Speyerer Forschungsbericht 250) wurde am 5. und 6. März 2007 auf der 41. Sitzung des Unterausschusses „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ des Arbeitskreises VI der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder in Hannover vorgestellt, ebenso wie eine exklusiv für die Kooperationspartner von WiDuT eingerichtete Datenbank. Diese bietet Zugriff auf über 1000 Dokumente zur Verwaltungsmodernisierung, viele davon im Volltext, und ist damit wesentliches Service-Element von WiDuT.

Mit der *Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona* (Spanien), besteht seit 1987 ein Abkommen über Zusammenarbeit, das sich auf die gegenseitige Information über die Forschung auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaft-

ten, die regelmäßige Veranstaltung gemeinsamer Seminare und anderer wissenschaftlicher Veranstaltungen über die öffentliche Verwaltung sowie den Austausch von Mitarbeitern und Veröffentlichungen erstreckt. Im November 2005 fand in Speyer das 9. Gemeinsame Seminar zum Thema „Aktuelle Probleme des Verwaltungsrechts im Zeichen der Europäisierung“ statt. – Regelmäßige Kontakte unterhält das Forschungsinstitut auch zum *Instituto Nacional de Administración Pública (INAP)* in Madrid, das dem spanischen Ministerium für öffentliche Verwaltung angegliedert ist. Die wissenschaftliche Verbindung findet vor allem im Rahmen von Tagungen und dem systematischen Austausch von Publikationen statt.

Auch zum *Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften*, Brüssel (Belgien), dessen Mitglied das FÖV ist, unterhält das Forschungsinstitut enge Beziehungen. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König* war bis 2001 Vizepräsident des Instituts und übt gegenwärtig das Amt des Vizepräsidenten der Deutschen Sektion aus. Im Rahmen der Zusammenarbeit finden regelmäßig gemeinsame Tagungen statt, so die Tagung der Deutschen Sektion des IIAS unter der wissenschaftlichen Leitung des FÖV-Ehrenmitglieds Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* (Präsident der Deutschen Sektion des IIAS, zugleich Ehrenmitglied des FÖV) und des Direktors des FÖV, Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, vom 28. bis 29. September 2006 in Speyer zum Thema „Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik“ (dazu auch 5.3).

Über die Leiterin der Sektion II, Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, kooperiert das FÖV mit der *Association of Local Public Economic Studies (ALPES)*, Ferrara (Italien). Im Rahmen der Zusammenarbeit fand im Herbst 2002 ein von der Volkswagen-Stiftung geförderter und von Univ.-Prof. Dr. *Färber*, der Koordinatorin der deutschen Gruppe der Vereinigung, wissenschaftlich geleiteter internationaler Workshop zum Thema „Reforms of local fiscal equalization in Europe“ statt.

Enge Kontakte mit der *Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation* in Moskau bestehen seit 1995. Im November 1996 wurde eine formelle Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Themen Verwaltungsstrukturen und -verfahren im Zentralstaat und den Teilgebieten (einschließlich des öffentlichen Dienstrechts), Staatsaufgaben in der sozialen Marktwirtschaft sowie die Europäische Integration und internationale Kooperation.

Die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hat unter Beteiligung des Forschungsinstituts im Mai 1989 mit der *Universität Wuhan, Wuchang, Hubei* (Volksrepublik China) eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden Informationen und Veröffentlichungen ausgetauscht und finden gegenseitige Gastforscheraufenthalte statt. – Eine Kooperationsvereinbarung mit der *Graduate School of Public Administration der Dongguk-Universität* in Seoul (Südkorea), die gleichlautend zu der mit der Universität Wuhan abgeschlossenen ist, trat im Dezember 1989 in Kraft. Die Kooperation lebt durch wechselseitige Besuche mit einem intensiven Informationsaustausch einschließlich von Fachvorträgen. – Im Juni 1997 wurde eine Kooperationsvereinbarung mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der *Universität Hanyang*, Seoul (Südkorea) geschlossen.

Eine wichtige Kooperation zum asiatischen verwaltungswissenschaftlichen Kontext unterhält das FÖV seit Dezember 2004 zum *Korea Institute of Public Administration (KIPA)*. An dieser Kooperation sind auch weitere Institute, insbeson-

dere aus dem asiatischen Raum, beteiligt. Das hohe Ansehen, das das FÖV im Rahmen dieser Kooperation genießt, äußerte sich beispielsweise auch darin, dass das FÖV als einziges westeuropäisches Forschungsinstitut zu einer Internationalen Konferenz zum Thema „*Civil Service Reform*“ eingeladen wurde, die am 7. und 8. Juni 2006 in Seoul durch das *Korea Institute of Public Administration* (KIPA) mit Vertretern diverser *National Institutes of Public Administration* durchgeführt wurde. Das Ordentliche Mitglied des FÖV Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas* vertrat das Institut und hielt einen Vortrag zum Thema „*Civil Service System Reform in Germany – Strengthening Professionalism and Leadership in the Era of Governance*“.

Seit 1992 pflegen Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* eine enge Zusammenarbeit mit dem thailändischen Staatsrat (bis 1997) und der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (seit 2000). Im Rahmen der sechs Dialogseminare mit dem thailändischen Staatsrat begleiteten sie als deutsche Experten zugleich die Ausarbeitung des 1996 verabschiedeten thailändischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und nahmen an den konzeptionellen Vorüberlegungen der Schaffung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit teil. Diese hat mittlerweile im März 2001 ihre Arbeit aufgenommen. Im September 2003 besuchten der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtshofs mit Richterkollegen das Forschungsinstitut, wo der fachliche Austausch auf der Grundlage von Vorträgen fortgesetzt wurde. – Ein Teil der Vorträge der deutschen Teilnehmer, die im Rahmen der Dialogseminare gehalten wurden, sind in den „Speyerer Forschungsberichten“ 122, 129, 142 und 180 dokumentiert. – Nach dem Besuch einer Delegation von Funktionsträgern des vietnamesischen *Nationalen Instituts für öffentliche Verwaltung* (Hanoi) im Juli 1993 entwickelte sich eine Zusammenarbeit mit dieser Einrichtung sowie dem vietnamesischen Justizministerium. Die Kooperation konkretisiert sich vor allem in Gastforscheraufenthalten, in der Teilnahme an Seminaren sowie in Vorträgen.

Am 28. Sept. 2004 unterzeichneten Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* (in Vertretung des Direktors des Forschungsinstituts) und der Rektor der Brasilianischen Bundesuniversität Fluminense, Prof. *Cícero Mauro Fialho Rodrigues*, einen Kooperationsvertrag, an dem auch die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer beteiligt ist. Der seit dem Jahr 2000 bestehende wissenschaftliche Austausch, der auf brasilianischer Seite von Bundesrichter Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und auf Speyerer Seite von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* initiiert wurde, fand seitdem in wissenschaftlichen Veranstaltungen in Brasilien und Deutschland unter Einbeziehung der Justiz- und Verfassungsgerichtsbarkeit beider Länder, darunter ein Bundesverfassungsrichter und der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Gestalt. Zur Vertiefung der Zusammenarbeit wurde eine Forschergruppe gebildet, der auch Wissenschaftler der Universität Erfurt und der Universität von Buenos Aires angehören und die sich mit Fragen der Effektivität des nationalen und transnationalen Rechtsschutzes befasst. In der Zeit vom 30. November bis zum 3. Dezember 2005 fand ein Seminar der Forschergruppe an der Bundesuniversität Fluminense mit dem Schwerpunkt „Rechtsschutz im Umweltrecht“ statt. Vom 17. bis 20. September 2006 traf sich die Forschergruppe unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*, um Grundprinzipien zu formulieren, die in einer zweiten Phase der Forschungszu-

sammenarbeit als Leitlinien für die Erarbeitung eines Musterkodex für den Verwaltungsrechtsschutz dienen sollen. In der Zeit vom 25. März bis 6. April 2007 besuchte eine Delegation brasilianischer Bundesrichter das FÖV. Über diesen Besuch wird ausführlich im nächsten Jahresbericht berichtet werden (vgl. aber auch 6.3.2). Die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Forschergruppe wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der brasilianischen Partnerorganisation CAPES gefördert.

7.3 Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung nimmt in jedem Jahr in- und ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die bereits über einige Forschungserfahrung (in der Regel nachgewiesen durch eine Promotion oder eine vergleichbare wissenschaftliche Qualifikation) sowie gute Deutschkenntnisse verfügen, als Gastforscher/innen auf. Über die Aufnahme der Gastforscher/innen, die von einem/einer der Speyerer Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen wissenschaftlich betreut werden, entscheidet der Institutsvorstand. Den Gastforschern und Gastforscherinnen steht die Infrastruktur des Instituts sowie der Hochschule, insbesondere die auch im internationalen Vergleich gut ausgestattete Bibliothek, zur Verfügung.

Im Jahr 2006 hielten sich eine Gastforscherin und folgende Gastforscher am FÖV auf:

Prof. Dr. *Peter Becker*, Österreich

Dr. *Cristina Fraenkel*, Italien

Prof. Dr. *Ricardo García Macho*, Spanien

Prof. *Arthur B. Gunlicks*, Ph.D., USA

Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva*, Brasilien

8. Strategische Partnerschaften

8.1 Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Der wichtigste strategische Partner des FÖV ist die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (DHV).

Als ausschließlich postuniversitäre Einrichtung nimmt die DHV Speyer die Aufgabe wahr, die Verwaltungswissenschaften in Ausbildung, Fortbildung und Forschung zu pflegen. Ihr obliegt die Ausbildung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes (Referendare/Referendarinnen), die Fortbildung von Führungskräften im öffentlichen Bereich und die Forschung über rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme internationaler, staatlicher und kommunaler Verwaltungen. Die Hochschule Speyer besitzt das Promotions- und Habilitationsrecht. Sie ist Mitglied der Hochschulrektorenkonferenz.

Die Hochschule wurde 1947 von der französischen Besatzungsmacht als Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften gegründet und 1950 unter ihrem heutigen Namen durch Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bestätigt. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Durch ein Rahmenabkommen von 1952 haben Bund und Länder die Hochschule in gemeinsamer Trägerschaft übernommen. Nach der Wiedervereinigung sind auch die neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dem Verwaltungsabkommen über die Hochschule beigetreten.

Die Inhaber der 17 Lehrstühle der Hochschule vertreten das Öffentliche Recht, die Verwaltungswissenschaft, die Wirtschaftswissenschaften sowie Neuere Geschichte, Empirische Sozialwissenschaften und Politikwissenschaft als Schwerpunkte. Ein 18. Stiftungslehrstuhl beschäftigt sich mit Fragen des Wissenschaftsmanagements. Darüber hinaus vermitteln leitende Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Führungskräfte der Wirtschaft als Honorarprofessoren/-professorinnen und Lehrbeauftragte angewandtes Verwaltungswissen. Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis hat sich nicht nur in der Lehre außerordentlich bewährt, sondern auch zu zahlreichen Anstößen für neue Forschungsarbeiten beigetragen.

8.2 Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)

Das Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM) ist eine gemeinsame Selbsthilfeeinrichtung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, Wissenschaftsförderorganisationen und engagierten Einzelpersonen, die sich in gegenseitiger Unterstützung der weiteren Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements annehmen. Im Vorfeld der Gründung des ZWM als eingetragener Verein am 30. April 2002 war das ZWM zunächst als Servicebereich des FÖV tätig.

Die Aktivitäten des ZWM werden von folgenden Zielen und Aufgabenfeldern geleitet:

Ziele

- Verbesserung der wissenschaftsadäquaten Rahmenbedingungen von Lehre und innovativer Forschung,
- Aufbau einer nationalen Plattform für Wissenschaftsmanagement in Speyer, die über Netzwerke in- und ausländische Expertinnen/Experten einbindet,
- Austauschbörse und Ansprechpartner für umsetzbare Forschungsergebnisse und Anwendungserfahrungen aus dem Bereich des Wissenschaftsmanagements.

Aufgaben

- **Ausbildung**

Angebot des einsemestrigen postgradualen Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement und eines zweisemestrigen Aufbaustudiums mit Schwerpunkt Wissenschaftsmanagement in Kooperation mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (DHV);

- **Weiterbildung in ausgewählten Themenbereichen**

Weiterbildung im Wissenschaftsmanagement für Führungs- und Nachwuchsführungskräfte verschiedener Ebenen;

- **Durchführung anwendungsbezogener Forschungsvorhaben**

Praxisorientierte Projekte auf wissenschaftlicher Grundlage auf Anregung und in Abstimmung mit den Partnern und in Zusammenarbeit mit Forschern aus dem Netzwerk des Zentrums;

- **Dokumentation, Wissenstransfer, Beratung sowie Publikationen von Forschungsergebnissen**

Aufbau einer digitalen Wissensbasis für Wissenschaftsmanagement mit z.B. Ansprechpartnern zu Theorie und Praxis des Wissenschaftsmanagements, Fallstudien und best practice-Beispielen;

- **Aufbau und Pflege von Netzwerken**

Etablierung von nationalen und internationalen Netzwerken zwischen Wissenschaftlern, Wissenschaftsmanagern und Wissenschaftsförderern, z.B. themenspezifische Netzwerke für virtuellen und persönlichen Erfahrungsaustausch;

- **Durchführung von Werkstattgesprächen und Tagungen**

Veranstaltungen zu aktuellen Themen des Wissenschaftsmanagements und Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich.

Mitglieder und Partner des ZWM

Die Mitglieder und nationalen und internationalen Kooperations- und Netzwerkpartner des ZWM stammen aus dem öffentlichen und privaten Sektor:

- Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftsförderorganisationen, Bildungs- und Wissenschaftsministerien des In- und Auslandes, des Bundes und der Bundesländer,
- hochschul- und forschungsbezogene Unternehmen,
- Wissenschaftsmanager und Forscher in öffentlichen, privaten und industriellen Forschungseinrichtungen.

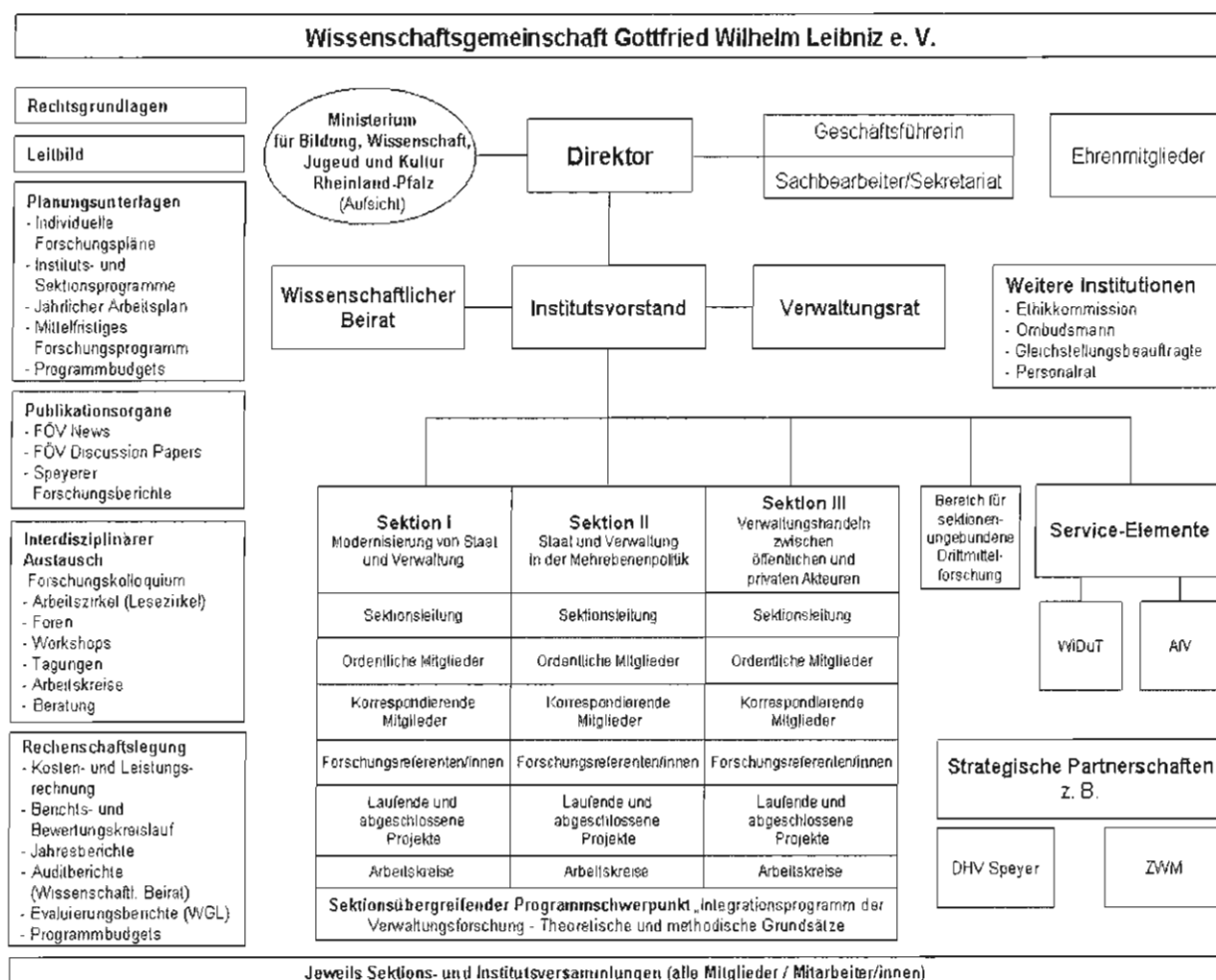
Zu den Mitgliedern gehören z.B. die Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit der Gründung mit 38 Mitgliedern ist die Zahl der institutionellen und persönlichen Mitglieder kontinuierlich gestiegen.

Das ZWM hat bisher folgende strategische Partnerschaften geschlossen: Für die Aus- und Weiterbildung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und für die Forschung mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Die mit einem Kooperationsvertrag manifestierte strategische Partnerschaft mit dem FÖV kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass die Geschäftsstelle des ZWM in Speyer angesiedelt ist. Ebenfalls mit einem Kooperationsvertrag wurde die internationale Zusammenarbeit mit EARMA – der European Association of Research Managers and Administrators mit Sitz in Brüssel besiegelt.

Das ZWM ist für weitere Kooperationen offen.

9. Statistischer Teil

9.1 Organisation



9.2 Finanzierung

Als der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) zugehörige Einrichtung wird das Forschungsinstitut vom Bund und den Ländern gemeinsam (jeweils 50 %) finanziert.

Angeichts der relativ geringen institutionellen Förderung ist das Forschungsinstitut auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen, um flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, aktuelle Fragen aufgreifen und in Projekten bearbeiten zu können. Die Drittmittelquote des Jahres 2006 belief sich, bezogen auf den Gesamthaushalt, auf rund 26 %. Nicht einbezogen sind dabei Einnahmen aus Verkäufen und Ähnlichem.

9.2.1 Gesamtbudget (in EURO)*

	Summe		Anteil am Gesamthaushalt	
Institutionelle Förderung				
Bund	1.020.612	1.035.000	37,04 %	34,81 %
Länder	1.020.612	1.035.000	37,04 %	34,81 %
eigene Einnahmen	3.276	10.098	0,12 %	0,34 %
Drittmittel	711.182	892.677	25,80 %	30,03 %
Summe	2.755.682	2.972.775	100 %	100 %

* Gesamthaushalt: Institutionelle Förderung und Drittmittel.

9.2.2 Drittmittel 2006 getrennt nach Zuwendungsgebern
(gerundet auf 1.000 EURO)

Drittmittelgeber	Summe	Anteil am Gesamthaushalt
EU	0	0
davon Projekte	—	
davon Veranstaltungen	—	
Drittstaaten	0	0
davon Projekte		
davon Veranstaltungen		
Bund	98	3,56 %
davon Projekte	98	3,56 %
davon Veranstaltungen	—	—
Länder	222	8,03 %
davon Projekte	220	7,98 %
davon Veranstaltungen	2	0,05 %
DFG	152	5,51 %
davon Projekte	139	5,05 %
davon Veranstaltungen	13	0,46 %

Drittmittelgeber	Summe	Anteil am Gesamthaushalt
Stiftungen	228	8,26 %
davon Projekte	228	8,26 %
davon Veranstaltungen	–	–
Sonstige	12	0,44 %
davon Projekte	12	0,44 %
davon Veranstaltungen	–	–
gesamt	711	25,80 %

*9.2.3 Drittmittel 2006 getrennt nach Arbeitsschwerpunkten
(gerundet auf 1.000 EURO)*

	EU	Dritt- staaten	Bund/ Länder/ Gemeinden	DFG	Stif- tungen	Son- stiges
Sektion I: Modernisierung in Staat und Verwal- tung	–	–	106	110	61	12
Sektion II: Staat und Verwal- tung in der Mehr- ebenenpolitik	–	–	70	42	–	–
Sektion III: Verwaltungshan- deln zwischen öf- fentlichen und pri- vaten Akteuren	–	–	10	–	167	–
Servicebereiche	–	–	134	–	–	–

9.2.4 Haushaltsausgaben

	Summe		Anteil am Gesamt- haushalt	
	€ 2006	€ 2005	2006	2005
Personalausgaben	1.486.862	1.587.993	55,48 %	52,94 %
Sachausgaben	543.120	772.751	20,27 %	25,76 %
Investitionen	15.723	26.590	0,59 %	0,89 %
Haushaltstechnische Verrechnungen*	583.000	587.300	21,76 %	19,58 %
DFG	51.050	51.750	1,90 %	1,73 %
Summe	2.679.755	2.999.794	100 %	100 %

* anteilige Personalkosten für Verwaltungs- und Bibliotheksleistungen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

9.3 Personaldaten

9.3.1 Personalübersicht

Das Forschungsinstitut verfügte nach dem Stellenplan im Jahr 2006 über insgesamt 19 Stellen für wissenschaftliches und Leitungspersonal sowie vier Stellen für nicht-wissenschaftliches Personal.

Stellenplan 2006

Vergütungs- / Besoldungsgruppe	Anzahl (Soll)	Anzahl (Ist) ¹ (Stand: 31.12.2006)
<i>Stellenplan für wissenschaftliches und Leitungspersonal</i>		
BAT I a	1	1
BAT I b	7	5
BAT II a	11	10
abgeordnete Beamte	–	–
Zwischensumme	19	16

¹ Erfasst ist die Auslastung des Stellenplans. Die Anzahl der tatsächlich Beschäftigten liegt höher, da teilweise auch halbe BAT IIa-Stellen belegt wurden und drittmittelfinanzierte Stellen den Stellenplan nicht belasten.

<i>Stellenplan für nicht-wissenschaftliches Personal</i>		
BAT IV a	1	0
BAT V c	1	1
BAT VII	2	2
Zwischensumme	4	3
Summe	23	19

Weitere Beschäftigungsverhältnisse

Vertragsart	Wertigkeit	Anzahl (Ist)
<i>Drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (zum Teil nicht ganzjährig)</i>		
Dienstvertrag	BAT I b/TV-L E 14	-
Dienstvertrag	BAT II a/TV-L E 13	3
Dienstvertrag	BAT II a / 2 (TV-L E 13 / 2)	11
Dienstvertrag	Wissenschaftliche Hilfskraft	7
Werkvertrag	---	13

9.3.2 Merkmale des wissenschaftlichen Personals
(Stichtag: 31. Dezember 2006)

	insgesamt	davon weiblich
höchste akademische Qualifikation		
Hochschulabschluss	18	5
Promotion	8	2
Habilitation	2	0
Ausbildung (Erststudium)		
Juristen	5	1
Verwaltungswissenschaftler	3	0
Ökonomen	5	1
Soziologen	8	3
Politologen	6	2
Historiker	1	0
Pädagogen	–	–
Sonstige	–	–
	28	7

Ausbildung getrennt nach Arbeitsschwerpunkten

	Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung	Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik	Sektion III: Verwaltungs- handeln zwischen öffentli- chen und privaten Akteuren	Service- Bereiche
Juristen	–	1	3	1
Verwaltungs- wissenschaftler	–	3	–	–
Ökonomen	2	2	1	–
Soziologen	5	–	2	1
Politologen	2	2	1	1
Historiker	–	–	1	–
Pädagogen	–	–	–	–
Sonstige	–	–	–	–

9.4 Stellenplanung für den Programmzeitraum*

Referenten	Bes.-Gruppe Verg.-Gruppe	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	BAT I a	1	1	1	1	1	1
	BAT I b	7	7	7	7	7	7
	BAT II a**	11	11	11	11	11	11
	Summe	19	19	19	19	19	19
Sekretariat	BAT IVa	1	1	1	1	1	1
	BAT Vc	2	2	2	2	2	2
	BAT VIII/VII	1	1	1	2	2	2
	Summe	4	4	4	5	5	5

* Die Drittmittelfinanzierung wurde in dieser Übersicht über die Planung der institutionell geförderten Stellen nicht berücksichtigt.








** Mit Zustimmung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur werden zwei weitere Stellen BAT II a (TV-L E 13) von 2007 bis 2008 aus Mitteln des FÖV finanziert, die dieses aus Overhead-Kosten gewonnen hat.

Anhang I:

Projektübersicht

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

Neue Formen von öffentlichem Management und Governance									
Laufende Projekte									
1.	Klages / Masser / Daramus	Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung		28.2.					
2.	Fisch, R. / Beck/ N.N.	Aufgaben für die öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhun- dert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung		30.9.					
3.	Fisch / Margies	Bürgernahe Verwaltungssprache		28.2.					
4.	Wirtz / Lütje / Schierz	E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung		31.3.					
5.	Jansen / Hohn	Transformationspfade des deutschen Systems der außeruniversitären For- schung – Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Merk- male und Bedingungen erfolgreicher Produkt- innovation		1.8.	28.2.				
6.	von Arnim / Wolf	Der Beitrag internationaler und supranationaler Orga- nisationen zur Korruptions- bekämpfung in den Mit- gliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse			31.7.				
7.	Klages/ Masser/ (Fallberg/ Hayn)	Aufbau eines kennzahlen- gestützten Monitoring- systems für die Berliner Bürgerämter		1.8.	31.1.				

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

8.	Jansen/ Semmet	Forschergruppe „Inter- nationale Wettbewerbs- fähigkeit und Innovations- fähigkeit von Universitäten und Forschungseinrich- tungen – Neue Gover- nanceformen (Phase II)	1.12. —			30.11.			
9.	Jansen/ von Görtz/ Heidler	Organisationale; nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen	1.11. —			31.10.			
10.	Krücken / Blümel / Kloke	Professionalisierung im deutschen Hochschul- system		15.4. —		14.4.			
11.	Mühlen- kamp / Glöckner	Analyse und Evaluation des neuen doppelten kommunalen Haushalts- rechts		1.6. —		31.5.			
12.	Klages / Daramus	Regionales Bürgermonito- ring in der Metropolregion Rhein-Neckar		1.6. —	31.1.				

Abgeschlossene Projekte

13.	König, K.	Regieren in der vorgeschrittenen Moderne	—						
14.	Jansen / Klug	Forschergruppe „Inter- nationale Wettbewerbs- fähigkeit und Innovations- fähigkeit von Universitäten und Forschungseinrich- tungen – Neue Gover- nanceformen (Phase I)	30.11. —						
15.	Jansen / Franke / Wald	Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen	31.10. —						

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

16.	Reichard / N.N.	Evaluierung kommunaler Managementreformen in Deutschland – Ergebnissi- cherung nach 10 Jahren Reformaktivitäten	31.3. —						
17.	von Arnim / Heiny / Ittner	Systemmängel in Politik und Verwaltung und Stra- tegien zu ihrer Überwin- dung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen	14.11. —						
18.	Klages / Daramus	Begleitende Evaluation des ersten Durchlaufs des Bürgerhaushalts im Bezirk Berlin-Lichtenberg	30.4. — 1.6.- 31.8						

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

Folgenabschätzung									
Laufende Projekte									
19.	Färber/ Dalezios	Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öf- fentlichen Dienst		1.4.		31.3.			
20.	Fisch, R./ Margies	Nachhaltige Modernisie- rung der Verwaltungs- kommunikation		1.6.		31.5.			
21.	Ziekow/ Windoffer	Verfahren der Folgen- bewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit		1.7.			30.6		
22.	Wirtz / Ullrich	e-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesund- heitskarte		1.4.		31.3.			
23.	Knorr / Bellmann	Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing		1.8.		31.7.			

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

Der Europäische Verwaltungsraum									
Laufende Projekte									
1.	König T./ von Hagen (ZEI Bonn)/ Bräuninger (Universität Konstanz)/ Luetgert (DHV)/ Mäder/ Treutlein (ZEI Bonn)	Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Unter- suchung der Unitarisie- rungsauswirkungen der Eu- ropäischen Union auf die Gesetzgebungen der Mit- gliedstaaten			31.1.				
2.	Siedentopf / Speer	Der Europäische Verwal- tungsraum und seine An- forderungen an die Perso- nalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland			31.1.				
3.	König / Daimer/ Finke	Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine ver- gleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union							
4.	Sommer- mann / von Bredow	Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im euro- päischen Rechtspre- chungsraum: Zum Vor- rang des Primärrechts- schutzes							

Abgeschlossene Projekte									
5.	König, T. / Daimer / Finke	Nationale Strukturen und Europäische Integration. Eine mehrstufige Zwei- Ebenen-Analyse des Ver- fassungsbildungsprozesses in der Europäischen Union							
6.	König, T. / Junge	Die Formulierung natio- naler Positionen – Eine vergleichende Studie zu europäischen Gesetzes- vorhaben	30.9.						

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

Analyse und Vergleich föderaler Systeme									
Laufende Projekte									
7.	Färber / Baranova	Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa – eine empirische Untersuchung ausgewähl- ter föderativer Steuersys- teme in Europa und Russ- land im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Fortschritt der wirtschaftli- chen Integration			1.1.- 1.12.				
8.	Färber / Dalezios	Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems		31.3.					
9.	Färber / Otter	Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikatio- nen einer interjurisdiktionel- len Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“							
10.	Färber / Richter	Aufgabendezentralisierung in Nordrhein-Westfalen		23.1.- 22.4.					

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)									
Laufende Projekte									
1.	Jansen / Barnekow / Stoll	Diffusion von Energieeffi- zienz- und Klimaschutzin- novationen im öffentlichen und privaten Sektor (Zweite Phase)			30.4.				
2.	Knorr / Jahn	Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen		31.7.					
3.	S. Fisch / Horstmann	Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Ver- waltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1975	15.2.		14.2.				

Pro- jekt- Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften									
Laufende Projekte									
4.	Ziekow / Siegel	Fehler im Vergabeverfahren	1.1.- 31.3. 1.9.						
5.	Ziekow / Windoffer	Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen	10.7. 30.6.						
6.	Bohne / Bugdahn	Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung	30.4.						
7.	Ziekow / Siegel	Evaluation der Vergabepaxis im Gebäudemanagement des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes Nordrhein-Westfalen	1.10. 31.1 2.						
Weitergeführte Projekte									
8.	Merten / Montoro Chiner	Grundrechte und Verwaltungsverfahren im Bereich von Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften im spanisch-deutschen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses von wissenschaftlichen Ausschüssen auf Inhalt, Gestalt und Überprüfbarkeit von Verwaltungsverfahren	30.6.						
9.	Merten / Koch	Grundrechte in Deutschland und Europa	14.6. 15.6.		14.6.				
10.	Schäffer / N.N.	Grundrechte in Österreich	30.6.						

Anhang II:

**Übersicht über die in den letzten
fünf Jahren abgeschlossenen Forschungsvorhaben**

2002

1. *A. Unkelbach*: „Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien“ (Projektleiter: *Sommermann*)

Veröffentlichungen: *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 145, Berlin 2001; *Alexandra Unkelbach*, Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien, ‚Speyerer Forschungsberichte‘ Bd. 216, Speyer 2001.

2. *Intveen*: „Experimentelle Rechtsetzung, insbesondere retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung an ausgewählten Beispielen“ (Projektleiter: *Böhret*)

Veröffentlichung: *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Handbuch Gesetzesfolgenabschätzung, Baden-Baden 2001.

3. *Amos*: „Geschichte des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der (Deutschen) Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 1962-2001“ (Projektleiter: *S. Fisch/Morsey*)

Veröffentlichung: *Heike Amos*, Zur Geschichte des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der (Deutschen) Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 1956/1962-2001, ‚Speyerer Forschungsberichte‘ Bd. 228, Speyer 2002.

4. *Reinermann*: „Behinderungen der Ausschöpfung des informationstechnologischen Potentials in der öffentlichen Verwaltung“

Veröffentlichungen: *Heinrich Reinermann*, Verwaltungsinnovation und Informationsmanagement. 92 Speyerer Thesen zur Bewältigung der informationstechnischen Herausforderung, Band 42 der Reihe Heidelberger Forum, 2. neubearbeitete Auflage, Heidelberg 1987; *ders.*, Die Krise als Chance: Wege innovativer Verwaltungen, ‚Speyerer Forschungsberichte‘ Bd. 139, Speyer, 1. Auflage Juli 1994, 6. unveränderte Auflage Juli 1998; *ders.*, Das Internet und die öffentliche Verwaltung, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), 52. Jg., Heft 1/Januar 1999, S. 20-25; *ders.*, Die Verwaltungsreform, das Neue Steuerungsmodell und das Internet. Ein Plädoyer, der „heterarchischen“ Selbstorganisation größere Chancen einzuräumen, in: Zeitschrift für Personalvertretungsrecht (ZfPR), Heft 5, 1999, S. 167-170; *ders.*, Theorie und Praxis der Verwaltungsmodernisierung: Was sagt die Wissenschaft? in: BTB Magazin für Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst, Dezember 1999, S. 185-190; *ders.*, Verwaltungsreform und technische Innovation – ein schwieriges Dauerverhältnis, in: Multimedia@Verwaltung, Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999, hrsg. von Herbert Kubicek et. al., Heidelberg 1999, S. 11-25; *ders.*, Wird eGovernment die Verwaltung verändern?, in: Stadt und Gemeinde, Heft 1-2/2002, S. 6-8; *ders.*, Kann „Electronic Government“ die öffentliche Verwaltung verändern?, in: Verwaltungsrundschau, Heft 5/2002, S. 164-169; *ders.*, Transformation zu Electronic Government, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.), Electronic Government in Deutschland. Ziele · Stand · Barrieren · Beispiele ·

Umsetzung, ‚Speyerer Forschungsberichte‘ Bd. 226, Speyer 2002, S. 104-117; Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.), *Electronic Government in Deutschland. Ziele · Stand · Barrieren · Beispiele · Umsetzung*, ‚Speyerer Forschungsberichte‘ Bd. 226, Speyer 2002.

5. *Grimm/Weber*: „Betriebsgründungen, Wirtschaftsförderung sowie Wissenschafts- und Technologietransfer im Ruhrgebiet“ (Projektleiterin: *Jansen*)

Veröffentlichungen: *Dorothea Jansen*, Supporting Newly Founded Firms – Personal and Professional Networks, FÖV Discussion Papers Nr. 3, Speyer 2003; *Dorothea Jansen/Mike Weber*, Zur Organisation des Gründungserfolgs. Eine organisationstheoretische Untersuchung des Erfolgs neu gegründeter Betriebe im Ruhrgebiet, Wiesbaden 2003; *Dorothea Jansen/Mike Weber*, Helping Hands and Entrepreneurship – Supporting Newly Founded Firms, in: Michael Dowling/Jürgen Schmude/ Dodo zu Knyphausen-Aufsess (eds.), *Advances in Interdisciplinary European Entrepreneurship Research*, Band 3, Münster 2003.

2003

1. *Wagner/Spindler*: „Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens des Landes Niedersachsen“ (Projektleiter: *Lüder/Behm*)

Veröffentlichung: *Klaus Lüder*, Dokumentation Eröffnungsbilanz – Pilotprojekt Stadt Uelzen –, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 231, Speyer 2003.

2. *Fisch, S*: „Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive“

Veröffentlichungen: *Wilfried Rudloff*, Politikberater und opinion-leader? Der Einfluß von Staatswissenschaftlern und Versicherungsexperten auf die Entstehung der Invaliditäts- und Altersversicherung, in: Stefan Fisch/Ulrike Haerendel (Hrsg.), *Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat*. Berlin 2000, S. 93-119; *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive*, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168, Berlin 2004; *Wilfried Rudloff*, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren, in: Stefan Fisch/ders. (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 153-188; *Wilfried Rudloff*, Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik – Grundlinien in historischer Perspektive, in: Steffen Dagher/Christoph Greiner/Kirsten Leinert/Nadine Meliß/ Anne Menzel (Hrsg.), *Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven*, Wiesbaden 2004; *Wilfried Rudloff*, Verwissenschaftlichung von Politik und Verwaltung? Politikberatung in den sechziger Jahren, in: Peter Collin/Thomas Horstmann (Hrsg.), *Das Wissen des Staates. Wissensbasierte Organisation in Verwaltung und Regierung*, Baden-Baden 2004; *Wilfried Rudloff*, Ansatzpunkte und Hindernisse der Hochschulreform in der Bundesrepublik der sechziger Jahre: Studienreform und Gesamthochschule, in: *Jahrbuch für Universitätsge-*

schichte 8 (2005), S. 71-90; *Wilfried Rudloff*, Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des „Bildungsbooms“, FÖV Discussion Paper Nr. 19, Speyer 2005.

3. *Löhr*: „Prozessgrundrechte im europäischen Vergleich“ (Projektleiter: *Merten*)
Veröffentlichung in Vorbereitung.

4. *Pitschas*: „Neue Steuerungsmodelle in der öffentlichen Verwaltung und Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts“

Veröffentlichungen: *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung und lokale Demokratie, in: *Verwaltung und Management* 3 (1997), S. 260-265; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsrecht im funktionalen Wandel des spätmodernen Staates, in: *R. Pitschas* (Hrsg.), *Entwicklungen des Staats- und Verwaltungsrechts in Südkorea und Deutschland*, Berlin 1998, S. 171-186; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung im Gegenlicht der rechtsstaatlich-demokratischen Amts- und Dienstverfassung, in: *Verwaltung und Management* 4 (1998), S. 324-331; *Rainer Pitschas*, Struktur- und Funktionswandel der Aufsicht im Neuen Verwaltungsmanagement, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 1998, S. 907-915; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung, Dienstrechtsreform und neues Personalmanagement, in: *Die Verwaltung*, Bd. 32 (1999), S. 1-19; *Rainer Pitschas*, Dienstleistungsverwaltung und serviceorientierte Rechtskonkretisierung, in: *Bayerische Verwaltungsblätter* 2000, S. 97-103; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung im Rhythmus der Wirtschaftsentwicklung – eine Einführung, in: *R. Pitschas* (Hrsg.), *Integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht*, Berlin 2002, S. 15-18; *Rainer Pitschas*, Verantwortungsk Kooperation zwischen Staat und Bürgergesellschaft. Vom hierarchischen zum partnerschaftlichen Rechtsstaat am Beispiel des Risikoverwaltungsrechts, in: *Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), *Perspektiven der Verwaltungsforschung*, Berlin 2002, S. 223-267; *Rainer Pitschas/Christian Koch* (Hrsg.), *Staatsmodernisierung und Verwaltungsrecht in den Grenzen der europäischen Integrationsverfassung*, Baden-Baden 2002; *Rainer Pitschas*, Staats- und Verwaltungsmodernisierung als Wertkonzept des europäischen Rechts- und Sozialstaats, in: *Rainer Pitschas/Christian Koch* (Hrsg.), *Staatsmodernisierung und Verwaltungsrecht in den Grenzen der europäischen Integrationsverfassung*, Baden-Baden 2002, S. 13-25; *Rainer Pitschas*, Neues Verwaltungsrecht im partnerschaftlichen Rechtsstaat, in: *Festschriftkomitee* (Hrsg.), *Rechtsfragen der modernen öffentlich-rechtlichen Theorie*, Festschrift für Jong Hyun Seok zum 60. Geburtstag, Seoul/Korea 2003, S. 165-187; *Rainer Pitschas*, *Reformas da Administração Pública na União Europeia. Porque necessitamos de mais ética no serviço público?*, in: *Juan Mozzicafreddo, João Salis Gomes/João S. Batista* (organizadores), *Ética e Administração. Como Modernizar os Serviços Públicos?*, Oeiras/Portugal 2003, S. 31-46; *Rainer Pitschas*, Europäisches Verwaltungsverfahren und Handlungsformen der gemeinschaftlichen Verwaltungskooperation, in: *Hermann Hill/Rainer Pitschas* (Hrsg.), *Europäisches Verwaltungsverfahren*, Berlin 2004; *Rainer Pitschas*, Neues Verwaltungsrecht im partnerschaftlichen Rechtsstaat?, *DÖV* 2004, S. 231-238; *Rainer Pit-*

schas, Politische Dezentralisierung als Herausforderung an die kommunale Aus- und Weiterbildung, in: *Verwaltung und Management* 2004, S. 172-179; *Rainer Pitschas*, Mediation als Methode und Instrument der Konfliktmittlung im öffentlichen Sektor, in: *NVwZ* 2004, S. 396-403.

5. *Beck*: „Einsatz von entscheidungsunterstützenden Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen“ (Projektleiter: *R. Fisch*)

Veröffentlichungen: *Beck, Dieter*, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang, Wiesbaden 2001; *Beck, Dieter*, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben. Eine sozialpsychologische Perspektive, *Speyerer Vorträge* Nr. 67, Speyer 2002; *Beck, Dieter*, Das Verhältnis Verwaltung – Bürger in Deutschland. Sozialpsychologische Aspekte der Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen, in: *H. Siedentopf* (Hrsg.), *Neuntes Deutsch-Französisches Verwaltungskolloquium*, *Speyerer Arbeitshefte* Nr. 149, Speyer 2002; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Übersicht ausgewählter Verfahren und Werkzeuge zur Entscheidungsfindung, in: *Richard Bessoth/Hans-Joachim Schmidt* (Hrsg.), *Schulleitung. Ein Lernsystem*, Band 2: Haushalt/Planung, Lerneinheit 22.01, Übersicht ausgewählter Verfahren und Werkzeuge zur Entscheidungsunterstützung, Neuwied 2002; *Fisch, Rudolf/Beck, Dieter*, Entscheidungsfindung in der Administration, in: *Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), *Perspektiven der Verwaltungsforschung*, Berlin 2002, S. 103-125; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Zusammenarbeit in Organisationen. Eine sozialpsychologische Perspektive, in: *Hermann Knödler/ Michael Harold Stierle* (Hrsg.), *Globale und monetäre Ökonomie*, Heidelberg 2003, S. 263-281; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Ein Entscheidungsdesign für politisch-administrative Aufgabenstellungen, in: *Erich H. Witte* (Hrsg.), *Sozialpsychologie politischer Prozesse*, Lengerich 2003, S. 206-234; *Beck, Dieter*, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben. Zur Sozialpsychologie von Erörterungsterminen, Teil 1: Praktische Theorien und Methoden zur Situationsanalyse, in: *Verwaltung und Management*, 8/2002, S. 101-108; *Beck, Dieter*, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben. Zur Sozialpsychologie von Erörterungsterminen, Teil 2: Fallvergleich zweier unterschiedlich konflikthafter Erörterungstermine, in: *Verwaltung und Management*, 8/2002, S. 179-184; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Fallstudien zu rationalem Entscheiden (Rezension), in: *Personalführung*, 35, 2, (2002), S. 72-73; *Koch, Stefan/Beck, Dieter*, *Verwaltungspsychologie: Begriffsbestimmung und Forschungsgebiete*, *FÖV Discussion Paper* Nr. 5, Speyer 2003; *Beck, D./Fisch, R.*, Entwicklung der Zusammenarbeit in Teams im Rahmen des Teamrollenansatzes von Belbin, in: *S. Stumpf/A. Thomas* (Hrsg.), *Teamarbeit und Teamentwicklung*, S. 317-340, Göttingen 2003; *Fisch, R./Beck, D.*, Teamdiagnose und -entwicklung im Rahmen des SYMLOG-Ansatzes, in: *S. Stumpf/A. Thomas* (Hrsg.), *Teamarbeit und Teamentwicklung*, S. 341-355, Göttingen 2003; *Fisch, R./Beck, D.*, Komplexes Entscheiden und Entscheidungshilfen, in: *R. J. Schweizer/C. Jeanrenaud/S. Kux/B. Sitter-Liver* (Hrsg.), *Verwaltung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Probleme, Lösungswege*. 20. Kolloquium (2001) der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, S. 331-341, Freiburg CH 2003; *Fisch, R./Beck, D.*, Verfahren und Werkzeuge zur Entscheidungsunterstützung, in: *R. J. Schweizer/C. Jeanrenaud/ S. Kux/B. Sitter-Liver* (Hrsg.), *Verwaltung im 21. Jahr-*

hundert. Herausforderungen, Probleme, Lösungswege. 20. Kolloquium (2001) der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, S. 343-365, Freiburg, CH 2003; *Beck, Dieter/Best, Christoph/Fisch, Rudolf/Rother, Karl-Heinz* (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21, Berlin 2004; *dies.*, (2004). Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21 – Einführung und Übersicht, in: D. Beck/C. Best/R. Fisch/K.-H. Rother (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21, Berlin 2004, S. 17-21; *Beck, Dieter*, Sozialpsychologische Aspekte der Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen, in: D. Beck/C. Best/R. Fisch/K.-H. Rother (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21, Berlin 2004, S. 101-114; *Fisch, Rudolf/Beck, Dieter*, (2004). Ein sozialpsychologischer Bezugsrahmen für die gute Gestaltung politisch-administrativer Entscheidungsprozesse, in: Artur Benz/Heinrich Siedentopf/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung, Berlin 2004, S. 201-216; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Einsatz entscheidungsunterstützender Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 235, Speyer 2005; *Fisch, Rudolf/Beck, Dieter* (Hrsg.), Komplexitätsmanagement in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung. Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen, Wiesbaden 2004.

6. *Knödler*: „Reformen in Russland: Ansätze und Perspektiven für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ (Projektleiter: *Duwendag*)

Veröffentlichungen: *Hermann Knödler*, Deutsche Direktinvestitionen, Wachstum und Strukturwandel in Russland, in: Dieter Duwendag (Hrsg.), Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden 2002, S. 169-190; *Hermann Knödler*, Deutsche Direktinvestitionen, Wachstum und Strukturwandel in Russland (Übersetzung auf russisch), in: Nachrichten der Universität für Wirtschaft und Finanzen Sankt Petersburg, Heft 3/2002, S. 43-61; *Hermann Knödler*, Bedeutung und Potential ausländischer Direktinvestitionen fuer die Russische Volkswirtschaft (Übersetzung auf russisch), in: Wissenschaftliche Nachrichten der Ökonomischen Fakultät der Humanistischen Universität der Gewerkschaften Sankt Petersburg, Heft 7/2002, S. 42-47; *Hermann Knödler*, Regionale Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen der Industrie: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen im Vergleich, in: Hermann Knödler/Michael Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Festschrift für Dieter Duwendag, Berlin 2003, S. 283-308; Abschlussbericht in Vorbereitung.

7. *Franz*: „Voraussetzungen der Online-Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichung: *Arne Franz*, Der Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung und Bürgern – Typisierungen, Charakteristika, Auswirkungen auf die Modellierung von Kommunikationsangeboten, FÖV Discussion Papers Nr. 14, Speyer 2004.

8. *von Arnim*: „Parteipolitisierung der Verwaltung?“

Veröffentlichungen: *Hans Herbert von Arnim*, Der Staat als Beute? Politikfinanzierung und Ämterpatronage (Teil 1), in: *WechselWirkung & Zukünfte*, Mai/Juni 2002, S. 14-23; *Hans Herbert von Arnim*, Den Staat zur Beute gemacht? Ämterpatronage und mangelnde Verfolgungsbereitschaft der Justiz (Teil 2), in: *WechselWirkung & Zukünfte*, Juli/August 2002, S. 30-34; *Hans Herbert von Arnim*, Wer kümmert sich um das Gemeinwohl? Von der Auflösung der politischen Verantwortung im Parteienstaat, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 2002, S. 223-232; *Hans Herbert von Arnim*, Das Parteienkartell lähmt die Republik. Zwölf Thesen zum Zustand der Republik, in: *Die Welt* vom 27.7.2002

9. *Bauer*: „Überwachung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen“

Veröffentlichungen: *Hartmut Bauer*, Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten und zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen – WpÜG, Abschnitt 2 – Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für den Wertpapierhandel (§ 4 Aufgaben und Befugnisse, § 5 Beirat, § 6 Widerspruchsausschuss, § 7 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Inland, § 8 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland, § 9 Verschwiegenheitspflicht), in: Bruno Kropff/Johannes Semler (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 9 (im Erscheinen); *Hartmut Bauer*, Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten und zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen – WpÜG, Abschnitt 6 – Verfahren (§ 40 Ermittlungsbefugnisse der Bundesanstalt, § 41 Widerspruchsverfahren, § 42 Sofortige Vollziehbarkeit, § 43 Bekanntgabe und Zustellung, § 44 Veröffentlichungsrecht der Bundesanstalt, § 45 Mitteilungen an das Bundesaufsichtsamt, § 46 Zwangsmittel, § 47 Kosten), in: Bruno Kropff/Johannes Semler (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 9 (im Erscheinen); *Hartmut Bauer*, Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten und zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen – WpÜG, Abschnitt 7 – Rechtsmittel (§ 48 Statthaftigkeit, Zuständigkeit, § 49 Aufschiebende Wirkung, § 50 Anordnung der sofortigen Vollziehung, § 51 Frist und Form, § 52 Beteiligte am Beschwerdeverfahren, § 53 Anwaltszwang, § 54 Mündliche Verhandlung, § 55 Untersuchungsgrundsatz, § 56 Beschwerdeentscheidung; Vorlagepflicht, § 57 Akteneinsicht, § 58 Geltung von Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozessordnung), in: Bruno Kropff/Johannes Semler (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 9 (im Erscheinen).

10. *Fisch*, S: „Staat, Politik und Verwaltung in Deutschland und Frankreich seit 1850“

Veröffentlichungen: „Bulletin des Deutsch-Französischen Komitees für die Erforschung der deutschen und französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“/ *Bulletin du Comité Franco-Allemand de recherches sur l'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIXème et XXème siècles*; Mit-herausgeber seit 1997, zuletzt erschienen Nr. 15/2002; Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert/Sociétés d'après-

guerre en France et en Allemagne au 20e siècle. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Ilja Mieck und Pierre Guillen, München 1998; Deutschland – Frankreich – Rußland. Begegnungen und Konfrontationen/La France et l'Allemagne face à la Russie. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Ilja Mieck und Pierre Guillen, München 2000; *geplant*: Machtstrukturen im Staat: Organisationen und Personen/Les structures de pouvoir en France et en Allemagne: Les institutions et les hommes. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Stefan Fisch, Florence Gauzy und Chantal Metzger, erscheint voraussichtlich 2004; *geplant*: Apprendre et enseigner en Allemagne et en France/Lernen und Lehren in Deutschland und Frankreich. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Stefan Fisch, Florence Gauzy und Chantal Metzger, erscheint voraussichtlich 2004.

11. *Pitschas*: „Elektronische Kommunikation und Informationsgesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzrechts“

Veröffentlichungen: *Rainer Pitschas*, Geben moderne Technologien und die europäische Integration Anlass, Notwendigkeit und Grenzen des Schutzes personenbezogener Informationen neu zu bestimmen?, in: Verhandlungen des 62. Deutschen Juristentages, Bd. II/1 (Sitzungsberichte), München 1998, S. M 9 – M – M 74; *ders.*, „Sicherheitspartnerschaften“ der Polizei und Datenschutz, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 24/2000, S. 1805-1815; *ders.*, Die Reform des Datenschutzrechts in Deutschland, in: *Ders./Shigeo Kisa* (Hrsg.), Internationalisierung von Staat und Verfassung im Spiegel des deutschen und japanischen Staats- und Verwaltungsrechts, Berlin 2002, S. 327-336.

2004

1. *Frenzel*: „Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik“ (Projektleiter: *Bohne*)

Veröffentlichungen: *Eberhard Bohne*, Chancen und Risiken der Regulierung im Energiemarkt aus umweltpolitischer Sicht, in: Minister für Wirtschaft des Saarlandes u. a. (Hrsg.), 2. Saarländischer Energietag – Energie, Europa '93 und die Regionen, Saarbrücken 1993, S. 34-47; *Eberhard Bohne*, Eine Strombörse mit Umweltinstrumenten für eine preis- und umweltgerechtere Stromversorgung, in: DVBl. 1994, S. 829-835; *Eberhard Bohne*, Grundzüge einer wettbewerbs- und umweltorientierten Reform des energierechtlichen Ordnungsrahmens der Stromwirtschaft, in: Wolfgang Hoffmann-Riem/Jens-Peter Schneider (Hrsg.), Umweltpolitische Steuerung in einem liberalisierten Strommarkt, Baden-Baden 1995, S. 140-206; *Eberhard Bohne*, Liberalisierung des Strommarktes als Organisationsproblem, in: Klaus Lüder (Hrsg.), Staat und Verwaltung, Fünfzig Jahre Hochschule der Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 122, Berlin 1997, S. 211-248; *Eberhard Bohne*, Probleme der Liberalisierung des Strommarktes, in: Dokumentation des zweiten rheinland-pfälzischen Energiesymposiums zum Thema „Energiecontrolling/ Energiemanagement“ am 18.09.1997, Ökologische Gespräche, Band 11, Speyer 1997, S. 19-42; *Eberhard Bohne*, Li-

beralisierung der Energiemärkte: Rechts- und verwaltungswissenschaftliche Perspektiven, in: Wolfgang Barz/Anke Hülster/Klaus Kraemer/Wolfgang Ströbele (Hrsg.), *Energie und Umwelt*, Münster 1998, S. 233-254; *Eberhard Bohne* (Hrsg.), *Kommunen im wirtschaftlichen Wettbewerb*, Wiesbaden 1999; *Sabine Frenzel*, *Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik- Neubestimmung der Aufgabenbereiche von Staat und Wirtschaft*, Speyerer Energieforum am 14. und 25. Juni 2002, ZNER 2002, S. 304-306; *Eberhard Bohne/Sabine Frenzel*, *Formale und informale Ordnung des Zugangs zum Strommarkt*, in: Reinhard Hendler/Peter Marburger/ Michael Reinhardt/ Meinhard Schröder (Hrsg.), *Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts* 2003, Band 71, 2003, S. 363-448; *Eberhard Bohne*, *Ordnungspolitische Probleme im Strommarkt*, in: ders. (Hrsg.), *Neubestimmung ordnungspolitischer Aufgaben des Staates im Strommarkt*, 2003, S. 1-10; *Sabine Frenzel*, *Stromhandel im liberalisierten Strommarkt*, in: Reiner Förster/Eberhard Oehler/Siegfried Schwab/Hanspeter Stihl (Hrsg.), *Verwaltungs- und Versorgungsbetriebe*, Mannheimer Schriften zur Verwaltungs- und Versorgungswirtschaft, Bd. 8, 2003, S. 173-186; *Eberhard Bohne*, *Im Regulierungswahn*, in: *Infrastruktur-Recht*, Heft 8 und 9/2005, S. 170-175; Veröffentlichung der Dissertation von Sabine Frenzel in Vorbereitung.

2. *Oertel/Windoffer: „Dauer von Zulassungsverfahren“* (Projektleiter: *Ziekow*)

Veröffentlichungen: *Jan Ziekow*, *Zügige Verwaltungsverfahren*, in: ders. (Hrsg.), *Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren*, Berlin 1998, S. 59-95; *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer*, *Dauer von Zulassungsverfahren*, *Verwaltung und Management* 2002, S. 324 ff.; *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, *Beschleunigung von Zulassungsverfahren. Empfehlungen zur Optimierung von Organisationen und Verfahren am Beispiel des Landes Baden-Württemberg*, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Schriftenreihe der Stabsstelle für Verwaltungsreform, Bd. 25, Stuttgart 2004; *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, *Dauer von Zulassungsverfahren. Eine empirische Untersuchung zu Implementation und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung*, *Verwaltungswissenschaftliche Abhandlungen*, Bd. 19, Köln/Berlin/München 2005.

3. *Schurig: „Die Besoldung und Versorgung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes und die Ausgestaltung der Politikfinanzierung in der Europäischen Union“* (Projektleiter: *von Arnim*)

Veröffentlichungen: *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, *The Statute for Members of the European Parliament*, FÖV Discussion Papers No. 4, Speyer 2003; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, *Das Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments*, *Deutsches Verwaltungsblatt* 2003, S. 1176-1186; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, *The Statute for Members of the European Parliament*, zur Veröffentlichung eingereicht bei einer englischsprachigen wissenschaftlichen Zeitschrift; *Hans Herbert von Arnim*, *Political Finance: Checks and Abuses. Current Problems and New Developments*, FÖV Discussion Papers No. 6, Speyer 2003; *Hans Herbert von Arnim*, *Politikfi-*

finanzierung: Zwischen Notwendigkeit und Missbrauch, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 2003, 1076-1080; *Hans Herbert von Arnim*, Political Finance: Checks and Abuses. Current Problems and New Developments, zur Veröffentlichung angenommen von einer englischsprachigen wissenschaftlichen Zeitschrift; *Hans Herbert von Arnim*; A Salary of 9.035 Euros for Members of the European Parliament?, *FÖV Discussion Papers* No. 7, Speyer 2004; *Hans Herbert von Arnim*, 9.035 Euro für EU-Abgeordnete?, Berlin 2004; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung, Münster 2004; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The European Party Financing Regulation, Hamburg 2004; *Hans Herbert von Arnim*, 'Fraudulent and unacceptable?' The uncontrolled growth in allowances in the European Parliament, in: *European Law Review*, Oktober 2004, S. 698-710; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Das Finanzierungssystem von Beamten und sonstigen Bediensteten der EU, Veröffentlichung in deutscher und englischer Sprache in Vorbereitung; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die Bezahlung und Versorgung von Mitgliedern der Kommission, des Gerichtshofes und des Rechnungshofes der EU, Veröffentlichung in deutscher und englischer Sprache in Vorbereitung; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Abschlussbericht in Vorbereitung.

Im Rahmen des Projektes gehaltene Vorträge: *Hans Herbert von Arnim*, Parteienfinanzierung: Zwischen Notwendigkeit und Missbrauch, Vortrag beim Centre for European Constitutional Law in Athen am 14. Juni 2002 (wird veröffentlicht); *Volker Heydt*, Die Besteuerung des europäischen öffentlichen Dienstes, Vortrag im Forschungskolloquium am 8.1.2004 (wird veröffentlicht).

Aus dem Projekt hervorgehende Dissertation: *Martin Schurig*, Politikfinanzierung in Frankreich, Berlin 2006.

4. *Nesseldreher*: „Entscheiden im Informationszeitalter“ (Projektleiter: *Hill*)
Veröffentlichungen: *Hermann Hill*, Modernisieren im Mind Age, in: *Hill* (Hrsg.), *Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie*, 2001, S. 75-90; *Hermann Hill*, Electronic Government – Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39-40/2002, S. 24-36; *Hermann Hill*, eGovernment – Mode oder Chance zur nachhaltigen Modernisierung der Verwaltung?, in: *Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl)* 2003, S. 737-744; Abschlussbericht in Vorbereitung.
5. *Amos*: „Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1947 bis 1949. Darstellung und Dokumentation“ (Projektleiter: *Fisch*, *S./Morsey*)
Veröffentlichung: *Heike Amos*, Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR 1946-1949, Darstellung und Dokumentation, Schriftenreihe Diktatur und Widerstand, Bd. 12, Münster 2006.
6. *Hohn*: „Transformationspfade und Leistungsfähigkeit des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung“ (Projektleiterin: *Jansen*)
Veröffentlichungen: *Hans-Willy Hohn/Uwe Schimank*: Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade

in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt am Main/New York 1990; *Hans-Willy Hohn*: Kognitive Strukturen und Steuerungsprobleme der Forschung. Kernphysik und Informatik im Vergleich. Frankfurt am Main/New York 1998; *Hans-Willy Hohn*, Forschungspolitische Reformen im kooperativen Staat. Der Fall der Informationstechnik, Discussion Paper Nr. 21, Speyer 2005; Abschlussbericht in Vorbereitung.

7. *Daramus/Hayn/Masser*: „Mitarbeiterbefragung in der bundesdeutschen Zollverwaltung“ (Projektleiter: *Klages*)

Veröffentlichung in Vorbereitung: *Helmut Klages/Kai Masser*, Optimierung des Ertrags von Mitarbeiter/innenbefragungen, in: „die innovative verwaltung“; interner Abschlussbericht liegt vor.

8. *Frenzel*: „Ökologische Steuerreform: Energieintensive Prozesse / Energieaudit“ (Projektleiter: *Bohne*)

Abschlussbericht in Vorbereitung.

9. *von Lucke*: „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichungen: *Jörn von Lucke*: Governmental Portal, Departmental Portal und Life-Event-Portal – Portale für die öffentliche Verwaltung, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000, S. 7-22; *Peter Hallams/Jörn von Lucke*: Drei Portale aus Australien: GIC, TIGERS und Centrelink, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000, S. 40-56; *Heinrich Reinermann*: Portale – Tore zur Welt des Wissens, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000, S. 1-6; *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke* (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000; *Jörn von Lucke*: Überlegungen zu Portalen für den öffentlichen Sektor in Deutschland – Eine einführende Portalstudie für das Bundesministerium des Innern, Speyer/Berlin 2000; *Jörn von Lucke*: Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung, in: Kurt Bauknecht/Wilfried Brauer/ Thomas Mück: Informatik 2001 – Wirtschaft und Wissenschaft der New Economy – Visionen – Wirklichkeit, Tagungsband der GI/OCG-Jahrestagung Wien 2001, Österreichische Computergesellschaft, Wien 2001, S. 293-300; *Heinrich Reinermann*: Internet Portals in Public Administration – The Readjustment of Information and of Administrative Practice, in: Bechmann, Gotthard/Krings, Bettina-Johanna/ Rader, Michael (Eds.): Across the Divide – Work, Organization and Social Exclusion in the European Information Society, Edition Sigma, Berlin 2003, S. 241-251; *Heinrich Reinermann*: Internetportale in der öffentlichen Verwaltung: Die Neuordnung von Informationen und Geschäftsprozessen, in: Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.): Perspektiven der Verwaltungsforschung – Beiträge zur Wissenschaftlichen Arbeitstagung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung vom 8. bis 10. Oktober 2001 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 154, Berlin

2002, S. 127-137; *Heinrich Reinermann*: Öffentlicher Dienst und Verwaltungsgenetik, in: Gerald Quirchmayr/Roland Wagner/ Maria Wimmer, Österreichische Computer Gesellschaft, Wien 2000, S. 139-172; *Heinrich Reinermann/ Jörn von Lucke*: „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“ – Einführende Gedanken, in: politik-digital, Politik und Neue Medien – Salto Portale, Redaktion politik-digital, Berlin 2002; Online: <http://www.politik-digital.de/netzpolitik/egovernment/speyer.shtml>; *Heinrich Reinermann*: Lebenslagenprinzip, in: Thomas Schildhauer (Hrsg.): Lexikon Electronic Business, München 2003, S. 194-196; *Ruth Schleicher/Jörn von Lucke*: Verwaltungsportale Made in Germany, in: Politik-digital.de, Politik und Neue Medien – Dossier: das Deutschland-Portal, Redaktion politik-digital (Ruth Schleicher), Berlin 2002; Online: <http://www.politik-digital.de/netzpolitik/egovernment/dtl3.shtml>; *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke*: 6. Speyerer Qualitätswettbewerb: Die Preisträger und ihre Innovationen und Lösungen – Electronic Government, in: innovative Verwaltung – Fachzeitschrift für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 24. Jahrgang, Heft 12, Wiesbaden 2002, S. 26-27; Online: <http://www.dhv-speyer.de/Qualitaetswettbewerb/Qualitaetswettbewerb%20seit%201992/6.%20QW-Beschreibung-Preistraeger%202002.htm>; *Heinrich Reinermann*: Internationaler Erfahrungsaustausch zu E-Government – 5 Jahre „Microsoft Government Leaders Conferences“, in: Microsoft E-Government Newsletter, CeBIT-Ausgabe vom 11. März 2003; Online: <http://www.microsoft.com/germany/ms/business/government/initiativen/leaderconf.htm>; *Heinrich Reinermann*: eGov Thought Leaders Roundtable in Sophia Antipolis, in: Microsoft E-Government Newsletter vom 6. Juni 2003; Online: <http://www.microsoft.com/germany/ms/business/government/veranstaltungen/roundtable.htm>; *Jörn von Lucke*: Citizen-Relationship-Management über Hochleistungsportale der öffentlichen Verwaltung, in: Wolfgang Uhr/Werner Esswein/Eric Schoop (Hrsg.): Wirtschaftsinformatik 2003 – Medien – Märkte – Mobilität, Heidelberg 2003, S. 901-915; *Jörn von Lucke*: Vision eines elektronischen Dokumentensafes, in: Hinrich Bonin (Hrsg.): Zukunft von Verwaltung und Informatik – Festschrift für Heinrich Reinermann, Final – Technical Reports and Working Papers, 13. Jahrgang, Heft 4, Lüneburg 2003; *Arne Franz/Jörn von Lucke*: Vier Dimensionen – Vielfältiges Verhältnis Bürger – Verwaltung – Welche Rolle spielen die Bürger beim Electronic Government, in: Kommune21, 3. Jahrgang, Heft 12, Tübingen 2003, S. 20-21; *Jörn von Lucke*, Olympische Dimension – Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung, in: Kommune21 – eGovernment, Internet und Informationstechnik, 4. Jahrgang, Heft 5, Esslingen 2004, S. 18-19; *Jörn von Lucke*, Portale als zentraler Zugang zu E-Government-Diensten, in: Christoph Reichard/Michael Scheske/Tino Schuppan (Hrsg.), Das Reformkonzept E-Government – Potenziale – Ansätze – Erfahrungen, Buchreihe E-Government und die Erneuerung des öffentlichen Sektors, Band 1, Münster 2004, S. 79-94; *Jörn von Lucke*, Auszüge eines Interviews mit Florian Oel: Ärger mit Elise – Die neue Online-Jobvermittlung der Arbeitsagentur soll schneller und effektiver sein. Nur funktioniert sie nicht so recht, in: taz-die Tageszeitung, 15. Januar 2004, S. 6; Online: <http://www.taz.de/pt/2004/01/15/a0156.nf/text>; *Jörn von Lucke*, Auszüge eines Interviews mit Stefan Deges: TECHNOLOGIEPANNEN/ Mit dem Arbeitslosengeld II droht der nächste Flop – Beste Ideen auf Halde,

in: Rheinischer Merkur, 30.09.2004, Nr. 40/2004, S. 11; Online:
http://www.merkur.de/aktuell/wi/wp_044001.html.

2005

1. *Franz/Koch/Oertel/Windoffer*. „Überprüfung ausgewählter Aspekte des Vorschlags zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt KOM (2004) 2“ (Projektleiter: *Böhret/Grunow/Ziekow* [Koordination])

Veröffentlichung: *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow* (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 241, Speyer 2006.

2. *Bauer*: „Das demokratische Prinzip des Grundgesetzes vor den Herausforderungen der Europäisierung und der Globalisierung“

Hartmut Bauer, Europäisierung des Verfassungsrechts, JBl 2000, S. 750-763; *Hartmut Bauer*, Das Bestimmtheitsgebot für Verordnungsermächtigungen im Europäisierungssog – Zugleich ein Beitrag zu »gemeinschaftsrechtsspezifischen Verordnungsermächtigungen«, in: Hans-Joachim Cremer u.a. (Hrsg.), Tradition und Weltoffenheit des Rechts, Festschrift für Helmut Steinberger, Berlin u.a. 2002, S. 1061–1085; *Hartmut Bauer*, Internationalisierung des Wirtschaftsrechts: Herausforderung für die Demokratie, in: *Hartmut Bauer u.a.* (Hrsg.), Umwelt, Wirtschaft und Recht, Symposium aus Anlaß des 65. Geburtstages von Reiner Schmidt, Tübingen 2002, S. 69-88; *Hartmut Bauer*, Die Verfassungsentwicklung des wiedervereinten Deutschland, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Band I, Heidelberg 2003, S. 699-789; *Hartmut Bauer/Peter M. Huber/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005; *Hartmut Bauer*, Demokratie in Europa – Einführende Problemskizze, in: *Hartmut Bauer u.a.* (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005, S. 1–17; *Hartmut Bauer*, Kommentierung von Artikel 80 GG (Erlaß von Rechtsverordnungen), in: Horst Dreier (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 2. Aufl., Band II, Tübingen 2006, S. 1825-1871; *Hartmut Bauer*, Parlamentsverordnungen, in: *Hartmut Bauer u.a.* (Hrsg.), Wirtschaft im offenen Verfassungsstaat, Festschrift für Reiner Schmidt zum 70. Geburtstag, München 2006.

3. *Franz*: „Mobile Kommunikation – Anwendungsbereiche und Implikationen für die öffentliche Verwaltung“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichungen: *Arne Franz*, Mobile Kommunikation: Anwendungsbereiche und Implikationen für die öffentliche Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 238, Speyer 2005; *Arne Franz*, Mobile Kommunikation in öffentlichen Verwaltungen. Anwendungsbereiche, Implikationen und Zukunftsperspektiven, Studie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer in Zusammenarbeit mit Vodafone, Speyer u.a. 2005.

4. *Reichard*: „Outputbudgets als Steuerungsinstrumente im modernen Verwaltungsmanagement“

Veröffentlichung in Vorbereitung.

5. *Franz*: „Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgern im Informationszeitalter – Rahmenbedingungen, Gestaltungsperspektiven, Auswirkungen“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichungen: *Arne Franz*, Der Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung und Bürgern: Typisierungen, Charakteristika, Auswirkungen auf die Modellierung von Kommunikationsangeboten, FÖV Discussion Paper Nr. 14, Speyer 2004; *Arne Franz/Jörn von Lucke*, Vier Dimensionen – Vielfältiges Verhältnis Bürger – Verwaltung, in: *Kommune21*, H. 12 (2003), S. 22-23; *Arne Franz*, Gibt es für kommunale Bürgerämter/Bürgerbüros einen dauerhaften Stellenwert im Konzept des „elektronischen Rathauses“?, *Speyerer Arbeitsheft* Nr. 160, Speyer 2003; *Heinrich Reinermann*, Das Elektronische Rathaus, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften: Bürger und Kommunlaverwaltung*, 41. Jahrgang, Band 2, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2002, S. 61-82; *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), *Portale in der öffentlichen Verwaltung*, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 205, Speyer 2000; *Heinrich Reinermann*, Der öffentliche Sektor im Internet – Veränderungen der Muster öffentlicher Verwaltungen, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 206, Speyer 2000; *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), *Electronic Government in Deutschland, Ziele – Stand – Barrieren – Beispiele – Umsetzung*, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 226, Speyer 2002; *Jörn von Lucke*, *Electronic Government – Regieren und Verwalten im Informationszeitalter*, *Schriftenreihe der Hochschule Speyer*, Berlin 2002; *Heinrich Reinermann*, *Transformation zu Electronic Government*, Vortrag am 12. Juni 2002 beim 1. E-Government-Kongress der Deutschen Telekom AG in Bonn.

6. *Kempf*: „Die Herausbildung eines gemeineuropäischen Verwaltungsverfahrensrechts“ (Projektleiter: *Sommermann*)

Veröffentlichungen: *Karl-Peter Sommermann*, Europäisches Verwaltungsrecht oder Europäisierung des Verwaltungsrechts? in: *DVBl.* 1996, S. 889-898; *ders.*, Konvergenzen im Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozeßrecht europäischer Staaten, in: *DÖV* 2002, S. 133-143; *Petra Kempf*, Die Herausbildung eines gemeineuropäischen Verwaltungsverfahrensrechts, *Speyerer Forschungsbericht* 2007 (Veröffentlichung in Vorbereitung).

7. *Trautmann*: „Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union“ (Projektleiter: *Magiera*)

Veröffentlichungen: *Magiera, Siegfried/Trautmann, Ramona*, Der Rechnungshof, in: *W. Weidenfeld/W. Wessels* (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 101-104; Abschlussbericht in Vorbereitung.

8. *Hermonies*: „Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht“ (Projektleiter: *Hill*)

Veröffentlichungen: *Ulrich Keilmann/Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag – Vorläufige Bilanz eines bislang bundesweit einmaligen neuen Steuerungsmodells in Rheinland-Pfalz, in: *Verwaltung und Management* 2004, S. 306-310; Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), *Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags in Rheinland-Pfalz*. Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005, Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Bd. 28, Mainz 2005.

9. *Rudloff*: „Wissenschaft, Politik und Bildungswesen in der Ära des bundesdeutschen Bildungsbooms (1957 bis 1974). Untersuchungen zur Wandlung eines Politikfeldes“ (Projektleiter: *S. Fisch*)

Veröffentlichungen: *Wilfried Rudloff*, Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms, in: *Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe* (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003, S. 259-282; *Wilfried Rudloff*, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren, in: *Stefan Fisch/ders.* (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 153-188; *Wilfried Rudloff*, Ansatzpunkte und Hindernisse der Hochschulreform in der Bundesrepublik der sechziger Jahre: Studienreform und Gesamthochschule, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 8 (2005), S. 71-90; *ders.*, Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik – Grundlinien in historischer Perspektive, in: *Steffen Dagher/Christoph Greiner/Kirsten Leinert/Nadine Meliß/ Anne Menzel* (Hrsg.), *Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven*, Wiesbaden 2004; *ders.*, Verwissenschaftlichung von Politik und Verwaltung? Politikberatung in den sechziger Jahren, in: *Peter Collin/Thomas Horstmann* (Hrsg.), *Das Wissen des Staates. Wissensbasierte Organisation in Verwaltung und Regierung*, Baden-Baden 2004; Abschlussbericht in Vorbereitung.

10. *Masser/Fallberg/Hayn*: „Aufbau eines kennzahlengestützten Monitoring-systems für die Berliner Bürgerämter“ (Projektleiter: *Klages*)

Veröffentlichung: *Helmut Klages* (Hrsg.), *Aufbau eines Monitoringsystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter*, Abschlussbericht, Speyerer Forschungsberichte Nr. 244, Speyer 2006.

11. *Bauer*: „Entwicklungsperspektiven des deutschen Föderalismus“

Veröffentlichungen: *Hartmut Bauer*, Zustand und Perspektive des deutschen Föderalismus aus Sicht der Wissenschaft, in: *Michael Kloepper* (Hrsg.), *Umweltföderalismus*, Berlin 2002, S. 31-62; *Hartmut Bauer*, Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland – Zugleich ein Beitrag zum Wettbewerbsföderalismus, *DÖV* 2002, S. 837-845; *Hartmut Bauer*, Verfassungspoker im Bundesrat – Zur umstrittenen Bundesratsabstimmung vom 22. März 2002, *RuP* 2002, S. 70-82 (auch in: *Hans Meyer* (Hrsg.), *Abstimmungskonflikt im Bundesrat im Spiegel der*

Staatsrechtslehre, Baden-Baden 2003, S. 119-133); *Hartmut Bauer*, Die Bundestreue: Prägender Grundsatz des deutschen Bundesstaatsrechts (in russischer Sprache), in: *Kazanski Federalist*, Nr. 1 (5), 2003, S. 21-35 (auch in: *Konstituzionnoje Prawo: Wostochnoewropeskoje Obosrenie*, Nr. 3 [44] 2003, S. 14-21; außerdem im Internet abrufbar unter <www.kazanfed.ru> [Stand: 01.04.2003]); *Hartmut Bauer*, Bundesstaatstheorie und Grundgesetz, in: Alexander Blankenagel, Ingolf Pernice, Helmuth Schulze-Fielitz (Hrsg.), *Verfassung im Diskurs der Welt, Liber Amicorum für Peter Häberle zum 70. Geburtstag*, Tübingen 2004, S. 645-680.

12. *Färber*: „Fiskalföderalismus im Vergleich“

Veröffentlichungen: *Gisela Färber*, Finanzverfassung, Besteuerungsrechte und Finanzausgleich, in: *Gisela Färber/Stefan Fisch/Hans Herbert von Amim* (Hrsg.), *Föderalismus: Hält er noch, was er verspricht? Seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, auch im Lichte ausländischer Erfahrungen, Referate der 67. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 17. bis 19. März 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000, S. 125-166; *Gisela Färber*, Länderbericht Australien, in: *Gisela Färber/Stefan Fisch/Hans Herbert von Amim* (Hrsg.), *Föderalismus: Hält er noch, was er verspricht? Seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, auch im Lichte ausländischer Erfahrungen, Referate der 67. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 17. bis 19. März 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000, S. 263-268; *Gisela Färber*, Effizienzprobleme des Verwaltungsföderalismus, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 2001, H. 12, S. 485-496; *Gisela Färber*, Effizienz zentralisierter und dezentralisierter Verwaltungen, in: *Peter Pernthaler/Peter Bußjäger* (Hrsg.), *Ökonomische Aspekte des Föderalismus*, Wien 2001, S. 105-138; *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, Paper Presented at the Annual Conference of the IPSA Research Committee „Comparative Federalism and Federation Research“, October 4th-7th, 2001 in Javéa, Spain, FÖV Discussion Paper Nr. 1, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2002; *Gisela Färber*, Local Government Borrowing in Germany, in: *Bernard Dafflon* (Hrsg.), *Local Public Finance in Europe – Balancing the Budget and Controlling the Debt*, *Studies in Fiscal Federalism and State-Local Finance*, ed. By Wallace E. Oates, Cheltenham, Northampton 2002, S. 135-164; *Gisela Färber/Annette Fugmann-Hesing/ Martin Junkernheinrich*, *Reform der Gemeindefinanzen – ein Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung*, Gütersloh 2003; *Gisela Färber*, Perspektiven der europäischen Finanzverfassung, in: *Hermann Knödler/Michael H. Stierle* (Hrsg.), *Globale und monetäre Ökonomie*, *Festschrift für Dieter Duwendag*, Heidelberg 2003, S. 209-222; *Gisela Färber*, Reform der Finanzverfassung: Was kann Deutschland von anderen föderativen Staaten lernen?, in: *Wolfgang Franz/Klaus Adam* (Hrsg.), *Instrumente der Finanzpolitik – Grundlagen, Staatsaufgaben, Reformvorschläge*, *Festschrift für Rolf Peffekoven zum 65. Geburtstag*, Frankfurt/M 2003, S. 21-32; *Gisela Färber/Nils Otter*, Die öffentlichen Aufwendungen in den Funktionsbereichen „Allgemeine öffentliche Dienste“ und „Bildungswesen“, Länderreport für die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Forschungsprojektes „International Comparison of Cost of Administration“ im Auftrag des Instituts für Föderalismus, Innsbruck 2003,

Manuskript; *Gisela Färber*, At the Misery of The German Financial Constitution, in: Arthur Gunlicks (Hrsg.), *German Public Policy and Federalism – Current Debates on Political, Legal and Social Issues*, New York, Oxford 2003, S. 47-64; *Gisela Färber*, Probleme des föderativen Systems in Deutschland und Europa, hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2004; *Gisela Färber*, Problems Related to the Economic Viability of Autonomous Arrangements, Centralism and Fiscal Federalism, in: Z. A. Skurbaty (Hrsg.), *Beyond a One-Dimensional State: An Emerging Right to Autonomy?*, Leiden/Boston 2005, S. 83-102; *Gisela Färber*, Steuerungsziele und -instrumente im Finanzausgleich föderaler Staaten, in: Helfried Bauer/Margit Schratzenstaller (Hrsg.), *Reform des Finanzausgleichs/öffentlichen Finanzmanagements – internationale Erfahrungen und Reformperspektiven für Österreich* (erscheint demnächst); *Gisela Färber*, Aspekte einer bedarfsgerechten Steuerverteilung, in: Martin Junkernheinrich (Hrsg.), *Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich – Theorie – Methodik – Instrumente*, Berlin 2005, S. 69-90; *Gisela Färber*, Die Finanznot der Kommunen, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), *Jahrbuch des Föderalismus 2004 – Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, Baden-Baden 2004, S. 176-194.

13. *Färber*: „Räumliche Aspekte des föderativen Systems“

Veröffentlichungen: *Gisela Färber*, Neuere Ansätze des Subventionsabbaus: Grundideen, Erfahrungen des Auslands, Erfolgsbedingungen, in: *Gisela Färber/ Bernhard Seidel* (Hrsg.), *Subventionsabbau: Führt eine andere Subventionspolitik endlich zum Erfolg? Schnittpunkte von Forschung und Politik Bd. 3*, hrsg. von der Gesellschaft für Programmforschung (GfP), Münster u.a. 2002, S. 25-54; *Gisela Färber*, Ein unzulängliches Instrument, in: *Der Architekt – Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten* Heft 3-4 2003, *Kultur des Wohneigentums*, S. 32-34; *Gisela Färber*, Die Eigenheimzulage verfehlt ihre Ziele; in: *Finanzreport NRW 4/2003*; auch veröffentlicht unter: <http://www.finanzreport.nrw.de/fr0304/red/contra.htm>; *Gisela Färber*, Wirkungen der Eigenheimzulage, in: *Wohnungswirtschaft und Mietrecht 2003* Heft 4, S. 196-200; *Gisela Färber*, Federal Regulation of Local Tax Bases and Local Fiscal Equalisation in Germany, in: *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), *Reforms of Local Fiscal Equalisation in Europe*, Papers Presented at the ALPES Conference 30.9.-2.10.2002 in Speyer, *Speyerer Forschungsbericht* Nr. 323, Speyer 2003, S. 401-428; *Gisela Färber* unter Mitarbeit von *Sandra Renn*, Wirkungen der Eigenheimzulage – Probleme der Subventionierung des Erwerbs von Wohnungseigentum durch die Eigenheimzulage, Schriftenreihe des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 192, Dortmund 2003; *Gisela Färber*, Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems; in: *Gisela Färber* (Hrsg.), *Das föderative System in Deutschland – Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwirtschaftlicher Sicht*, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. Nr. 224, Hannover 2005, S. 146-173; *Gisela Färber* mit Hans Pohle: Vorwort; in: *Gisela Färber* (Hrsg.), *Das föderative System in Deutschland – Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwirtschaftlicher Sicht*, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. Nr. 224, Hannover

2005, S. 1-9; *Gisela Färber*, Aspekte einer bedarfsgerechten Steuerverteilung, in: Martin Junkernheinrich (Hrsg.): Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich – Theorie – Methodik – Instrumente, Berlin 2005, S. 69-90; *Gisela Färber*, Föderale Wohnungspolitik – miteinander – gegeneinander – nebeneinander; in: Paul Gans/Hans H. Nachtkamp (Hrsg.), Wohnungspolitik und Wohnraumversorgung, Mannheimer Schriften zu Wohnungswesen, Kreditwirtschaft und Raumplanung 4/2005, S. 3-28; *Gisela Färber*, Die regionalen Auswirkungen dezentralisierter föderaler Steuersysteme – Probleme und Perspektiven für Deutschland und Österreich – in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung Tübingen (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2006 – Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2006.

14. *Otter*: „Fiskalföderalismus im Vergleich – Analysekonzept und ausgewählte Anwendungsfälle“ (Projektleiterin: *Färber*)

Veröffentlichungen: *Nils Otter*, Problems of Local Fiscal Equalization in Germany, in: G. Färber/N. Otter (Hrsg.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Speyerer Forschungsbericht Nr. 232, Speyer 2003, S. 429-448; *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Speyerer Forschungsbericht Nr. 232, Speyer 2003; *Nils Otter*, Grundzüge der deutschen Finanzverfassung, in: H. Siedentopf (Hrsg.), Zehn Jahre Deutsch-Französische Verwaltungskolloquien zwischen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration Straßburg/Paris, Speyerer Arbeitsheft Nr. 163, Speyer 2003, S. 99-121; *Nils Otter/Thomas Döring*, Provision of Local Public Services Between Legal Regulations and Administrative Responsibilities – the Case of Germany, Philipps-Universität Marburg, Volkswirtschaftliche Beiträge Nr. 12/2003, Marburg 2003; *Nils Otter*, Föderalismus und Staatsaufgaben – Ein Analyserahmen zum Vergleich alternativer Möglichkeiten der Aufgabenverteilung im föderativen Staat, FÖV-Discussion Papers Nr. 10, Speyer 2004; *Gisela Färber/Nils Otter*, Reform der Finanzverfassung – eine vertane Chance?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 13-14/2005, 29. März 2005, S. 33-38; *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), Spatial Aspects of Federative Systems, Speyerer Forschungsbericht Nr. 242, Speyer 2005; *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, Paper Presented at the Annual Conference of the IPSA Research Committee „Comparative Federalism and Federation Research“, October 4th-7th, 2001 in Javéa, Spain, FÖV Discussion Paper Nr. 1, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2002; *Gisela Färber*, Centralism and Fiscal Federalism; in: Antonio Chiesi/ Bruno Dallago/Jens Woelk (Hrsg.), Organising Cohabitation – The Trentino-South Tyrol Experience and Prospects for the Balkans (erscheint demnächst); *Gisela Färber*, Reform der Finanzverfassung: Was kann Deutschland von anderen föderativen Staaten lernen?, in: Wolfgang Franz/Klaus Adam (Hrsg.): Instrumente der Finanzpolitik – Grundlagen, Staatsaufgaben, Reformvorschläge, Festschrift für Rolf Peffekoven zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M. 2003, S. 21-32.

15. *Kempf*: „Die Herausbildung eines gemeineuropäischen Verwaltungsverfahrensrechts“ (Projektleiter: *Sommermann*)

Veröffentlichungen: *Karl-Peter Sommermann*, Europäisches Verwaltungsrecht oder Europäisierung des Verwaltungsrechts? in: DVBl. 1996, S. 889-898; *ders.*, Konvergenzen im Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozeßrecht europäischer Staaten, in: DÖV 2002, S. 133-143; *Petra Kempf*, Die Herausbildung eines gemeineuropäischen Verwaltungsverfahrensrechts, Speyerer Forschungsbericht 2007 (Veröffentlichung in Vorbereitung).

16. *Trautmann*: „Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union“ (Projektleiter: *Magiera*)

Veröffentlichungen: *Magiera, Siegfried/Trautmann, Ramona*, Der Rechnungshof, in: W. Wiedenfeld/W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 101-104; Abschlussbericht in Vorbereitung.

17. *Otter*: „Fiskalföderalismus im Vergleich – Möglichkeiten und Grenzen der Messung fiskalischer Dezentralität“ (Projektleiterin: *Färber*)

Veröffentlichungen: *Nils Otter*, Problems of Local Fiscal Equalization in Germany, in: G. Färber/N. Otter (Hrsg.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Speyerer Forschungsbericht Nr. 232, Speyer 2003, S. 429-448; *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Speyerer Forschungsbericht Nr. 232, Speyer 2003; *Nils Otter*, Grundzüge der deutschen Finanzverfassung, in: H. Siedentopf (Hrsg.), Zehn Jahre Deutsch-Französische Verwaltungskolloquien zwischen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration Straßburg/Paris, Speyerer Arbeitsheft Nr. 163, Speyer 2003, S. 99-121; *Nils Otter/Thomas Döring*, Provision of Local Public Services Between Legal Regulations and Administrative Responsibilities – the Case of Germany, Philipps-Universität Marburg, Volkswirtschaftliche Beiträge Nr. 12/2003, Marburg 2003; *Nils Otter*, Föderalismus und Staatsaufgaben – Ein Analyserahmen zum Vergleich alternativer Möglichkeiten der Aufgabenverteilung im föderativen Staat, FÖV-Discussion Papers Nr. 10, Speyer 2004; *Gisela Färber/Nils Otter*, Reform der Finanzverfassung – eine vertane Chance?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 13-14/2005, 29. März 2005, S. 33-38; *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), Spatial Aspects of Federative Systems, Speyerer Forschungsbericht Nr. 242, Speyer 2005; *Nils Otter*, Fiskalföderalismus im Vergleich – Möglichkeiten und Grenzen der Messung fiskalischer Dezentralität, Speyerer Forschungsbericht Nr. 247, Speyer 2006; *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, Paper Presented at the Annual Conference of the IPSA Research Committee „Comparative Federalism and Federation Research“, October 4th-7th, 2001 in Javéa, Spain, FÖV Discussion Paper Nr. 1, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2002; *Gisela Färber*, Centralism and Fiscal Federalism; in: Antonio Chiesi/ Bruno Dallago/Jens Woelk (Hrsg.), Organising Cohabitation – The Trentino-South Tyrol Experience and Prospects for the Balkans (erscheint demnächst); *Gisela Färber*, Reform der Finanzverfassung: Was kann Deutschland von anderen föderativen Staaten lernen?, in:

Wolfgang Franz/ Klaus Adam (Hrsg.): Instrumente der Finanzpolitik – Grundlagen, Staatsaufgaben, Reformvorschläge, Festschrift für Rolf Peffekoven zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M. 2003, S. 21-32.

18. *Rudloff*: „Wissenschaft, Politik und Bildungswesen in der Ära des bundesdeutschen Bildungsbooms (1957 bis 1974). Untersuchungen zur Wandlung eines Politikfeldes“ (Projektleiter: *S. Fisch*)

Veröffentlichungen: *Wilfried Rudloff*, Politikberater und opinion-leader? Der Einfluß von Staatswissenschaftlern und Versicherungsexperten auf die Entstehung der Invaliditäts- und Altersversicherung, in: Stefan Fisch/Ulrike Haerndel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat. Berlin 2000, S. 93-119; *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168, Berlin 2004; *Wilfried Rudloff*, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren, in: Stefan Fisch/ders. (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 153-188; *Wilfried Rudloff*, Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik – Grundlinien in historischer Perspektive, in: Steffen Dagher/Christoph Greiner/Kirsten Leinert/Nadine Meliß/ Anne Menzel (Hrsg.), Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004; *Wilfried Rudloff*, Verwissenschaftlichung von Politik und Verwaltung? Politikberatung in den sechziger Jahren, in: Peter Collin/Thomas Horstmann (Hrsg.), Das Wissen des Staates. Wissensbasierte Organisation in Verwaltung und Regierung, Baden-Baden 2004; *Wilfried Rudloff*, Ansatzpunkte und Hindernisse der Hochschulreform in der Bundesrepublik der sechziger Jahre: Studienreform und Gesamthochschule, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 71-90; *Wilfried Rudloff*, Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des „Bildungsbooms“, FÖV Discussion Paper Nr. 19, Speyer 2005.

19. *Böhret/Grunow/Ziekow/Brenski/Felder/Franz/Keivandarian/Koch/Oertel/ Reuter/Schmidt/Windoffer*: „Überprüfung ausgewählter Aspekte des Vorschlags zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt KOM (2004) 2“

Veröffentlichung: *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow* (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Speyerer Forschungsberichte 241, Speyer 2005.

20. *Siegel*: „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt: Begleitende Evaluation des zweiten Modellversuchs des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen“ (Projektleiter: *Ziekow*)

Veröffentlichungen: *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von Vorschriften der VOB/A

erster Abschnitt – 2. Modellversuch für Kommunen, 1. Sachstandsbericht, 2004; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von den Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt, 2. Modellversuch für Kommunen – 2. Sachstandsbericht, 2005; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Zulassung von Nachverhandlungen im Vergabeverfahren? Rechtliche Rahmenbedingungen und erste Zwischenergebnisse des Zweiten Modellversuchs des Landes Nordrhein-Westfalen, in: *Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (NZBau)* 2005, S. 22-28; *Thorsten Siegel*, Lockerung des Nachverhandlungsverbots?, in: *Pitschas/ Ziekow* (Hrsg.), Vergaberecht im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 176, Berlin 2006, S. 171-191; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt – 2. Modellversuch für Kommunen, Abschlussbericht, 2006.

2006

1. *K. König: „Regieren in der vorgeschrittenen Moderne“*

Klaus König u.a., Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept, Berlin 2002; *Klaus König*, Regieren als politisches Management und als öffentliche Governance, in: *Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung, Berlin 2002, S. 201 ff.; *Klaus König*, Verwaltete Regierung, Köln u.a. 2002; *Klaus König*, Governance – Economic Governance – Corporate Governance, in: *Hermann Knödler/Michael Stierle* (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Heidelberg 2003, S. 331 f.; *Klaus König*, Governance im Mehrebenensystem, in: *Jürgen Bröhmer* u.a. (Hrsg.), Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte, Köln u.a. 2005, S. 1461 ff.; *Klaus König*, Öffentliches Management in einer legalistischen Verwaltungskultur, in: *Werner Jann* u.a. (Hrsg.), Public Management, Berlin 2006, S. 23 ff.

2. *Klug: Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen“ Phase I (Projektleiter: Jansen)*

Heide Klug/Dorothea Jansen, Erster Schritt in die richtige Richtung. Diskussion um neue Governance der Forschung, in: *Wissenschaftsmanagement*, 4. Jg., Juli/August 2005, S. 6-8; *Dorothea Jansen* (Hrsg.), New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, New York u.a. 2007; *Dorothea Jansen*, Innovation durch Organisation, Märkte oder Netzwerke?, in: *Dirninger, C./ Pichler, Rupert/ Reith, Reinhold* (Hrsg.), Innovationskultur in historischer und ökonomischer Perspektive. Modelle, Indikatoren und regionale Entwicklungslinien, Innsbruck 2006, S. 77-97; *Dorothea Jansen*, Governance of Research – Working towards Interdisciplinary Concepts, in: *Dorothea Jansen* (Hrsg.), New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, New York u.a. 2007, S. 109-133; *Dorothea Jansen* (Hrsg.), Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe „Governance der Forschung“ – Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte For-

schung. Speyer, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 2007.

3. *Franke/Wald*: „Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ (Projektleiter: *Jansen*)

Katinka Bartl, Projektdokumentation: Stichprobenziehung, Erhebungsverfahren, Auswertungsverfahren, Daten, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Unveröffentlichtes Manuskript 2005; *Karola Franke/Andreas Wald*, Möglichkeiten der Triangulation quantitativer und qualitativer Methoden in der Netzwerkanalyse, in: Betina Hollstein/Florian Straus (Hrsg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006; *Karola Franke/Andreas Wald/Katinka Bartl*, Die Wirkung von Reformen im deutschen Forschungssystem. Eine Studie in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Mikroökonomie, Speyerer Forschungsberichte Nr. 245, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2006; *Dorothea Jansen*, Networks, social capital and knowledge production, FÖV Discussion Paper No. 8, Speyer 2004; *Dorothea Jansen*, Governance of Research Networks, FÖV Discussion Paper No. 11, Speyer 2004; *Dorothea Jansen*, Innovation durch Organisationen, Märkte oder Netzwerke?, in: Christian Dirninger/Rupert Pichler/ Reinold Reith (Hrsg.), Innovationskultur: Modelle – Indikatoren – Transfer, Innsbruck 2006; *Dorothea Jansen*, Research networks – origins and consequences: Preliminary evidence from a study of astrophysics, nanotechnology and micro-economics in Germany, in: Max Albert (ed.), Scientific Competition. Theory and Policy. Conferences on New Political Economy, Vol. 24, (im Erscheinen); *Dorothea Jansen/Andreas Wald/Karola Franke/Ulrich Schmoch/Torben Schubert*, Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung – Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59. Jahrgang, Heft 1/2007, S. 125-149; *Andreas Wald*, Zur Messung von Input und Output wissenschaftlicher Produktion. Daten und Ergebnisse einer Untersuchung auf der Ebene von Forschungsgruppen, FÖV Discussion Paper No. 20, Speyer 2005; *Andreas Wald/Karola Franke/ Dorothea Jansen*, Governance Reforms and Scientific Production – Evidence from German Astrophysics, in: Dorothea Jansen (Hrsg.), New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, New York u.a. 2007, S. 213-232.

4. *Reichard/N.N.*: „Evaluierung kommunaler Managementreformen in Deutschland – Ergebnissicherung nach 10 Jahren Reformaktivitäten“

J. Bogumil, S. Grohs, S. Kuhlmann, Ergebnisse und Wirkungen kommunaler Verwaltungsmodernisierung in Deutschland – Eine Evaluation nach zehn Jahren Praxiserfahrung. In: Bogumil, J./Jann, W. /Nullmeier, F. (Hrsg.): Politik und Verwaltung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 37, Wiesbaden 2006, 151-184; *Christoph Reichard*, Neues Steuerungsmodell – Anspruch und Wirklichkeit. In: DIFU (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag. Berlin 2006, S. 183-197.

5. *Heiny/Ittner*: „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“ (Projektleiter: *von Arnim*)

Bisher: *Hans Herbert von Arnim*, Der gekaufte Abgeordnete – Nebeneinkünfte und Korruptionsproblematik, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 25. Jg., Heft 3/2006, S. 249-254; *Hans Herbert von Arnim*, Nach-amtliche Karenzzeiten für Politiker? Ein Kommentar zum Fall Gerhard Schröder, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 39. Jg., Heft 2/2006, S. 44-47; *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Korruption. Begriff, Bekämpfungs- und Forschungslücken, FÖV Discussion Paper Nr. 33, Speyer 2006; *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, FÖV Discussion Paper Nr. 35, Speyer 2006.

In Vorbereitung: zwei von den Projektbearbeitern und dem Projektleiter gemeinsam verfasste Bücher, die die Projektthematik aufarbeiten. Verlagsverträge liegen vor.

6. *Daramus*: „Begleitende Evaluierung des ersten Durchlaufs des Bürgerhaushaltes im Bezirk Berlin-Lichtenberg“ (Projektleiter: *Klages*)

Helmut Klages/Carmen Daramus, „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin 2007, *Speyerer Forschungsbericht* Nr. 249, Speyer 2007.

Interne Berichte: *Carmen Daramus*, Erste Befragung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der fünf dezentralen Bürgerversammlungen zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Beobachtung der Sitzung des Redaktionsteams zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer, 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der zweiten zentralen Bürgerversammlung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Bürgerbefragung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Zweite Befragung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2006.

7. *Daimer/Finke*: „Nationale Strukturen und Europäische Integration. Eine mehrstufige Zwei-Ebenen-Analyse des Verfassungsbildungsprozesses in der Europäischen Union“ (Projektleiter: *T. König*)

S. Hug/T. Schulz, Referendums in the EU's constitution building process, paper presented at the DOSEI Final Conference, 19-21 June 2005, Brussels 2005; *T. König* (ed.), *Measuring and Analysing European Constitution Building*. European Union Politics, Special Issue, 6/2005: 259-269; *T. König/S. Daimer/D. Finke*, Signing off on the Status quo? A Veto player Analysis of the European Constitution, paper presented at the DOSEI Final Conference, Brussels, 19-21 June 2005; *T. König/D. Finke*, Who is in the trap? Analysing

European Constitutions-building in the Context of Eastern Enlargement, paper prepared for presentation at conference „Osterweiterung“, WZB 31st March to 1st April 2006; *T. König/S. Hug*, Policy-making Processes and the European Constitution: A Comparative Study of Member States and Accession Countries, London: Routledge 2006 (forthcoming); *G. Tsebelis*, Agenda Setting in the EU Constitution: From the Giscard Plan to the Pros Ratification (?) Document, paper presented at the DOSEI Final Conference, 19-21 December 2005, Brussels 2005.

8. *Junge*: „Die Formulierung nationaler Positionen – Eine vergleichende Studie zu europäischen Gesetzesvorhaben“ (Projektleiter: *T. König*)

Christopher Achen, Evaluating Political Decision making Models, in: Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006 (im Erscheinen); *Konstantin Baltz/Thomas König/Gerald Schneider*, Immer noch ein etatistischer Kontinent: Die Bildung nationaler Positionen zu EU-Verhandlungen, in: Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch, *Interessenpolitik in Europa. Regieren in Europa*, Band 7, Baden-Baden 2005, 283-309; *Dirk Junge/Thomas König*, What's Wrong with EU Spatial Analysis? Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches, eingereicht beim *Journal of Theoretical Politics* 2006; *Thomas König*, The Unit of Analysis and the Model Approach, Research Note, in: *Journal of Theoretical Politics*, 17 (3), 363-369, London 2005; *Thomas König/Dirk Junge* 2004. „The Art of Spatial Modelling. Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches in the Study of EU Legislative Politics“. Paper presented at the ECPR General Conference, Budapest 7-10, 2005; *Thomas König/Björn Hörnl/Sandra Lechner/Winfried Pohlmeier*, Bicameral Conflict Resolution in the European Union. An Empirical Analysis of Conciliation Committee Bargains, *British Journal of Political Science* 2006 (im Erscheinen); *Thomas König/Dirk Junge*, Die räumliche Modellierung von EU Entscheidungssituationen. Akteure, Dimensionen, Interessen, Stimmengewichte und die Natur des Politikraums, *FÖV-Discussion Papers* 25, Speyer 2006; *Thomas König/Dirk Junge*, Formal and Informal Council Decision Making: A Serious Contradiction?, Vortrag auf dem Workshop „Who Governs in the Council of Ministers?“, Robert Schumann Centre for Advanced Studies, Florenz, 19.-20. Mai 2006; *Thomas König/Sven-Oliver Proksch*, A Procedural Exchange Model of EU Legislative Politics, in: Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006, 211-238; *Thomas König/Sven-Oliver Proksch*, Exchanging and Voting in the Council: Endogenizing the Spatial Model of Legislative Politics, in: *Journal of European Public Policy*, 13 (5), 647-669, Oxford 2006; *Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen* (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006.

Anhang III:

**Übersicht über die in den letzten fünf Jahren
durchgeführten Verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagungen
und Forschungsseminare**

2002 Zweiter Workshop der Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“

Workshop vom 28. Februar bis 1. März 2002 zur Vorbereitung der Antragstellung an die DFG (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

„Eigenverantwortung in Organisationen“

Forschungskolloquium vom 4. bis 6. März 2002 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*/Dr. *Stefan Koch*)

Veröffentlichung: *Stefan Koch/Jürgen Kaschube/Rudolf Fisch* (Hrsg.), *Eigenverantwortung für Organisationen*, Schriftenreihe Wirtschaftspsychologie, Göttingen/ Bern/Toronto/Seattle 2003.

„Aktuelle Probleme der Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Österreich“

Tagung am 15. und 16. April 2002 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*)

Die Vorträge der Tagung werden veröffentlicht werden.

ALPES-Workshop „Reforms of local fiscal equalization in Europe“

Workshop vom 30. September bis 2. Oktober 2002 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*)

Veröffentlichung: *Gisela Färber/Nils Otter* (Eds.), *Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe*, Speyerer Forschungsberichte Nr. 232, Speyer 2003.

Dritter Workshop der Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“

Workshop am 16. und 17. Oktober 2002 zur Vorbereitung der Antragstellung an die DFG (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung „Der Europäische Verwaltungsraum – Supranationale und mitgliedstaatliche Verwaltung in der Europäischen Union –“

Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften vom 21. bis 23. Oktober 2002 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*)

Die Vorträge der Arbeitstagung werden veröffentlicht werden.

„Die Verfassungs- und Verwaltungsentwicklung im europäischen Mehrebenensystem“

8. Gemeinsames Seminar mit der Escola d'Administració Pública de Catalunya vom 27. bis 29. Oktober 2002 in Barcelona (Leitung: Prof. *Josep Maria Guinart i Solà*/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Veröffentlichung: *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Aktuelle Fragen zu Verfassung und Verwaltung im europäischen Mehrebenensystem, Speyerer Forschungsberichte Nr. 230, Speyer 2003; 2., unveränderte Auflage, Speyer 2003.

Forschungssymposium „Verwaltungswissenschaft und Verwaltungswissenschaften“

Forschungssymposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König am 29. und 30. November 2002 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*)

Veröffentlichung: *Jan Ziekow* (Hrsg.), Verwaltungswissenschaften und Verwaltungswissenschaft. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 159, Berlin 2003.

Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

Symposium am 6. und 7. Dezember 2002 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*/Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Potsdam)

2003 Forschungskolloquium „Erfahrungen mit Methoden zur Handhabung komplexer Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung“

Forschungskolloquium vom 31. März bis 2. April 2003 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*/Privatdozent Dr. *Dieter Beck*)

10. WiDuT-Arbeitstagung

Zehnte Arbeitstagung der wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern am 30. Juni und 1. Juli 2003 zum Thema „Von der Information zur Kommunikation: Verwaltung in den Außenbeziehungen“ (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*)

Symposium: Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

Symposium am 27. und 28. Juni 2003 in Potsdam (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*/Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Potsdam)

Symposion „Demokratie in Europa“

Symposion vom 10. bis 12. Juli 2003 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bauer*/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*/Univ.-Prof. Dr. *Peter Michael Huber*)

2004 Workshop I der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zu „Abstimmung des Erhebungsdesigns: Auswahl von Untersuchungseinheiten und Indikatorendiskussion“

Workshop vom 12. bis 13. Februar 2004 in Karlsruhe (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*/Prof. Dr. *Stefan Kuhlmann*/Dr. *Ulrich Schmoch*).

Öffentliche Podiumsdiskussion „Politikfinanzierung in der Europäischen Union“ im Rahmen der Europawoche 2004

Podiumsdiskussion am 5. Mai 2004 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*).

Forschungskolloquium „Rechtsschutz in Brasilien, Argentinien und Deutschland im Vergleich“

Forschungskolloquium vom 24. bis 26. Mai 2004 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*/Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva*)

Workshop II der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zu „Neue Governanceformen in der Forschung – Disziplinäre Theorieansätze, Schnittstellen, Integrationsmöglichkeiten“

Workshop vom 1. bis 2. Juli 2004 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*).

11. WiDuT-Arbeitstagung

Elfte Arbeitstagung der wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern am 27. und 28. September 2004 zum Thema „Personalrotation in der Praxis – Konzepte, Konflikte, Konsequenzen –“ (Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*)

Symposium: Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

Symposium am 22. und 23. Oktober 2004 in Potsdam (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*/Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Potsdam)

Forschungssymposium „Estado de Derecho y Tutela Judicial en América Latina – Rechtsstaat und Rechtsschutz in Lateinamerika“

Symposium am 5. November 2004 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Armin von Bogdandy* [Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht]/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Forschungssymposium „Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik“

Forschungssymposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag am 3. Dezember 2004 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*)

Veröffentlichung: *Jan Ziekow* (Hrsg.), Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik, Speyerer Forschungsberichte Nr. 243, Speyer 2006.

2005 Workshop „Stand und Perspektiven des Leistungsauftrages in Rheinland-Pfalz“

Workshop in Kooperation mit dem Landtag Rheinland-Pfalz und dem Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*)

Veröffentlichung: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags in Rheinland-Pfalz. Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005, Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Bd. 28, Mainz 2005.

Workshop III der Forschergruppe zur „Verschränkung externer und interner Governance in der Forschung“

Workshop vom 17. bis 18. Februar 2005 in Kassel (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Barbara Kehm* (Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung, Universität Kassel), Univ.-Prof. Dr. *Uwe Schimank* (Fernuniversität Hagen), Univ.-Prof. Dr. *Jürgen Enders* (Universität Twente), Univ.-Prof. Dr. *Thomas Groß* (Universität Gießen), Univ.-Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute* (Universität Hamburg)).

Internationale Tagung „Spatial Aspects of Federative Systems“

Internationale Tagung in Zusammenarbeit mit der Akademie für Raumordnung und Landesplanung in der Zeit vom 23. bis 25. Februar 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*/Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Horst Zimmermann*/Univ.-Prof. Dr. *Bernard Dafflon*/Univ.-Prof. Dr. *Erich Thöni*)

Veröffentlichung: *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), Spatial Aspects of Federative Systems, Speyerer Forschungsberichte Nr. 242, Speyer 2005.

Workshop „Empfiehl sich eine Reform der Atomverwaltung?“

Workshop in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 23. Mai 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Expertenworkshop „Neue Governance der Forschung – Steuerungsinstrumente in Theorie und Praxis“

Expertenworkshop der DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“ und des Zentrums für Wissenschaftsmanagement am 10. Juni 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

Akademische Feier

Am 21. Juni 2005 fand aus Anlass der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* eine Akademische Feier statt.

Veröffentlichungen: *Hans Peter Bull*, Vom Auf- und Abbau der Bürokratie, Vorträge des Forschungsinstituts 1, Speyer 2006; *Janbernd Oebbecke*, Rechtswissenschaftliche Forschung und Verwaltung, Vorträge des Forschungsinstituts 2, Speyer 2006.

Projekt-Konferenz: „Domestic Structures and European Integration. A multi-stage two-level analysis of constitution building in the European Union

Vom 20. bis 22. Juni 2005 fand in Brüssel die Abschlusskonferenz des DOSEI-Projekts statt.

Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung 2005 „Towards a European Research Area“

Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung 2005 in der Zeit vom 19. bis 21. Oktober 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

12. WiDuT-Arbeitstagung: „Experimentelle Rechtsetzung: Gesetzesfolgenabschätzung – Erfahrungen und Perspektiven im In- und Ausland“

27./28. Oktober 2005 (Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhrer*)

Symposium „Continuidad constitucional y protección judicial en América Latina – Verfassungskontinuität und Rechtsschutz in Lateinamerika“

Symposium am 28. Oktober 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

9. Gemeinsames Seminar mit der Escola d'Administració Pública de Catalunya

Vom 16. bis 18. November 2005 findet das 9. Gemeinsame Seminar mit der Escola d'Administració Pública de Catalunya in Speyer statt. Das Thema lautet „Aktuelle Probleme des Verwaltungsrechts im Zeichen der Europäisierung“ (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *María Jesús Montoro Chiner*/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Workshop IV der Forschergruppe „Netzwerke und Leitbilder in ihrer Verflechtung mit Governancemechanismen der Außen- und Innensteuerung“

Workshop vom 17. bis 18. November 2005 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

2006 Erster Workshop im Projekt ‚Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung‘ mit den am Projekt beteiligten Modellkommunen

Am 14. Februar 2006 fand im Rahmen des Projektes ‚Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung‘ der erste Workshop mit den teilnehmenden Kommunen statt.

Fünfter Workshop der DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“

Am 2. und 3. März 2006 fand der fünfte Workshop der DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Prinzipal-Agenten-Modelle zur Erklärung interner Governance von Universitäten am Beispiel von Graduiertenförderung und Einführung von NPM-Instrumenten“ am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft (IAAEG) in Trier statt (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dieter Sadowski*, Universität Trier, gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*).

13. WiDuT-Arbeitstagung: Verwaltung der Verwaltung

Am 13. und 14. März 2006 fand in Speyer die 13. WiDuT-Arbeitstagung mit dem Titel „Verwaltung der Verwaltung: Steuerung und beispielhafte Organisation von Querschnittsaufgaben“ statt (Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*).

Symposium zur „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ anlässlich der Emeritierung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf

Professor Dr. Dr. h. c. *Heinrich Siedentopf* vollendete am 5. März 2006 sein 68. Lebensjahr und wurde daher mit Ablauf des 31. März 2006 emeritiert. Aus Anlass der Emeritierung veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung am 30. und 31. März 2006 ein internationales Forschungssymposium unter dem Generalthema „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“. (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

„Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. Detlef Merten

Aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten* zum 1. April 2006 veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer am 15. September 2006 ein Symposium unter dem Thema „Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“ (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

First European Summit on Modernizing Government

Vom 23. bis zum 25. August 2006 wurde in Speyer in Kooperation von DHV und FÖV eine internationale Sommerakademie „First European Summit on Modernizing Government“ für Vertreter europäischer Staaten aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*).

Forschergruppe GPEJ

Die Forschergruppe „Effektivität des Rechtsschutzes“ (GPEJ) mit gemeinsamen Seminaren und Workshops, gefördert von der DFG und der brasilianischen Partnerorganisation CAPES, traf sich bereits sechsten Mal vom 17.-20. September 2006, diesmal wieder am FÖV (Leitung: Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

50. Jahrestagung der Deutschen Sektion des IIAS in Speyer

Am 28. und 29. September 2006 fand anlässlich des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) die Jahrestagung „Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik“ in Speyer statt. (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*).

Bilaterales Symposium mit Rechtswissenschaftlern der Universidad del Rosario (Bogotá, Kolumbien) zum Thema „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“

Am 16. und 17. Oktober 2006 fand in Speyer das Symposium „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“ statt. Die in spanischer Sprache durchgeführte Veranstaltung diente dem Ziel, den Status der Bürger im Verhältnis zur öffentlichen Gewalt aus unterschiedlichen Themenperspektiven zu beleuchten und im rechtsvergleichenden Dialog der beteiligten deutschen und kolumbianischen Rechtswissenschaftler gemeinsame Forschungsinteressen herauszuarbeiten (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

Symposium des Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“

Vom 2. bis 3. November 2006 trafen sich die Mitglieder des interdisziplinär orientierten Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“, dem namhafte, mit dem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung befasste Wissenschaftler angehören, zum ersten Symposium des Arbeitskreises mit dem Titel „Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltung“ (Leitung: em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* und Prof. Dr. *Christoph Reichard* (Potsdam)).

Forschungssymposium des Arbeitskreises Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Am 4. November 2006 kamen die Mitglieder des Arbeitskreises *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts* in Speyer zusammen. (Leitung: em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* und Prof. Dr. *Werner Jann* (Potsdam)).

Anhang IV:

Rechtsgrundlagen

Auszug aus dem

**Landesgesetz über die Deutsche Hochschule für
Verwaltungswissenschaften Speyer (Verwaltungshochschulgesetz – DHVG)
vom 2. März 2004 in der Fassung des Ersten Gesetzes zur Änderung des
Verwaltungshochschulgesetzes vom 19. Oktober 2005
(GVBl. Rheinland-Pfalz 2005, S. 488)**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 67

Rechtsstellung und Aufgaben

- (1) Bei der Hochschule besteht das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Es untersteht in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Rechtsaufsicht dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums und in Auftragsangelegenheiten der Fachaufsicht dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium.
- (2) Dem Forschungsinstitut obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung; dies umfasst die Erschließung und Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- (3) Das Forschungsinstitut hat das Recht der Selbstverwaltung und das eigene Satzungsrecht im Rahmen der Gesetze. Es nimmt seine Aufgaben als eigene Angelegenheiten wahr (Selbstverwaltungsangelegenheiten), soweit sie nicht als staatliche Aufgaben zur Erfüllung im Auftrag des Landes übertragen sind (Auftragsangelegenheiten). Satzungen bedürfen der Genehmigung durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium.

§ 68

Mitglieder

- (1) Das Forschungsinstitut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder.
- (2) Die Ordentlichen Mitglieder werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat für die Dauer von fünf Jahren aus dem Kreis der auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesenen Wissenschaftler aus dem In- und Ausland berufen; Wiederberufung ist möglich. Die Berufung ist dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium anzuzeigen. Der Institutsvorstand entscheidet auf der Grundlage eines individuellen Forschungsplans des zu berufenden Mitglieds, der sich in das Forschungsprogramm des Forschungsinsti-

tuts einpassen muss. Die Ordentlichen Mitglieder sind zur Wahl des Institutsvorstands berechtigt und können in den Institutsvorstand gewählt werden.

(3) Die Korrespondierenden Mitglieder werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat für die Dauer von fünf Jahren berufen; Wiederberufung ist möglich. Korrespondierende Mitglieder können sein:

1. auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesene Wissenschaftler,
2. an in- oder ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen tätige Wissenschaftler anderer Disziplinen, welche die Verwaltungsforschung durch interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut fördern können, und
3. Praktiker, die bei der Fortentwicklung der Verwaltungswissenschaften mitwirken.

Die Korrespondierenden Mitglieder wirken beratend und unterstützend bei den Forschungsprojekten mit und sind Teil eines wissenschaftlichen Netzwerks, welches die Forschungsk Kooperation des Forschungsinstituts unterstützt.

§ 69 Organe

Organe des Forschungsinstituts sind der Institutsvorstand, der Direktor, der Institutsverwaltungsrat und der Wissenschaftliche Beirat.

§ 70 Durchführungsbestimmungen

Das Nähere über Aufgaben und Organisation des Forschungsinstituts regelt der Ministerpräsident durch Rechtsverordnung.“

**Landesverordnung
über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
vom 22. Dezember 2005**

(GVBl. Rh.-Pf. 2006, S. 16-18 zuletzt geändert am 19. Dezember 2006,
GVBl. Rh.-Pf. 2006, 438-440)

Aufgrund des § 70 des Verwaltungshochschulgesetzes vom 2. März 2004 (GVBl. S. 171), geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 2005 (GVBl. S. 488), BS 223-20, wird verordnet:

§ 1

Aufgaben

(1) Zur Förderung der Verwaltungsforschung (§ 67 Abs. 2 des Verwaltungshochschulgesetzes – DHVG –) pflegt das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Forschungsinstitut) die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen.

(2) Das Forschungsinstitut entwickelt unter der Verantwortung seiner Direktorin oder seines Direktors ein Leitbild und ein Forschungsprogramm, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte ergeben. Das Leitbild und das Forschungsprogramm werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat beraten und beschlossen. Das Forschungsprogramm ist jährlich fortzuschreiben. Darüber hinaus stellt das Forschungsinstitut einen jährlichen Arbeitsplan auf, aus dem sich der für die Forschungsleistungen erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergibt.

(3) Das Forschungsinstitut übernimmt neben eigenen Forschungsvorhaben im Rahmen seines Forschungsprogramms die Durchführung von Forschungsvorhaben auf Antrag derjenigen Gebietskörperschaften, die an der Finanzierung des Forschungsinstituts beteiligt sind, zu angemessenen Anteilen. Forschungsvorhaben für Dritte sind im Rahmen freier Kapazitäten möglich, sofern die Kosten für die Inanspruchnahme von Personal- und Sachmitteln vom Auftraggeber getragen werden.

(4) Das Forschungsinstitut fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen sowie in seiner Forschungstätigkeit die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Mainstreaming).

§ 2

Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten

(1) Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehören insbesondere

1. die Entwicklung des Leitbildes und des Forschungsprogramms,
2. die Planung und Durchführung der Forschung,
3. die Pflege und Entwicklung von Kooperationen mit deutschen und ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Netzwerken, insbesondere im europäischen Forschungsverbund,
4. die Berufung Ordentlicher und Korrespondierender Mitglieder,
5. die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
6. die Weiterbildung des Personals,
7. die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags,
8. die Verwaltung eigenen Vermögens und
9. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Aufgaben des Forschungsinstituts.

(2) Die §§ 9, 74, 75 und 76 DHVG gelten für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 3

Institutsvorstand

(1) Der Institutsvorstand besteht aus mindestens fünf Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern.

(2) Die Mitglieder der jeweiligen Gruppe des Forschungsinstituts wählen aus ihrer Mitte die ihrer Gruppe angehörenden Mitglieder des Institutsvorstands für die Dauer von vier Jahren. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Institutsvorstands findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.

(3) Die Mitglieder des Institutsvorstands sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(4) Der Institutsvorstand beschließt insbesondere

1. das Leitbild und das Forschungsprogramm sowie den jährlichen Arbeitsplan
2. die Tätigkeitsberichte des Forschungsinstituts,
3. die Forschungsvorhaben und die Projektleitung,
4. den Haushaltsvoranschlag und die Grundsätze der Mittelverteilung innerhalb des Forschungsinstituts (zum Beispiel das Programmbudget),
5. die Institutsordnung,
6. die Einstellung und den Einsatz von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie
7. den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen.

§ 4

Direktorin oder Direktor

(1) Die Berufung der Direktorin oder des Direktors und der Stellvertretenden Direktorin oder des Stellvertretenden Direktors des Forschungsinstituts erfolgt auf Vorschlag des Institutsvorstands mit Zustimmung des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium aus dem Kreis der Ordentlichen Mitglieder. Die Amtsperiode entspricht der des Institutsvorstandes. Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt erfolgt eine neue Berufung für die verbleibende Amtsperiode.

(2) Die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts

1. leitet das Forschungsinstitut zusammen mit dem Institutsvorstand,
2. schlägt dem Institutsvorstand das Leitbild, das Forschungsprogramm und den jährlichen Arbeitsplan zur Beratung und Beschlussfassung vor,
3. trägt die Verantwortung für das Budget und das Personal des Forschungsinstituts,
4. bereitet die Beschlüsse des Institutsvorstands vor und führt sie aus,
5. vertritt das Forschungsinstitut nach außen,
6. führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte des Forschungsinstituts und
7. berichtet dem Institutsverwaltungsrat

(3) Bei der Erledigung der Aufgaben nach Absatz 2 wird die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer unterstützt. Soweit zur Erledigung dieser Aufgaben nicht eigene Personal- oder Sachmittel des Forschungsinstituts zur Verfügung stehen, kann sich das Forschungsinstitut im Einvernehmen mit der Rektorin oder dem Rektor der Hochschule des Personals und der sächlichen Einrichtungen der Hochschule bedienen. Das Nähere regelt ein zwischen Hochschule und Forschungsinstitut geschlossener Vertrag, der der Zustimmung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf.

(4) Die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts nimmt gegenüber dem Personal des Forschungsinstituts die Dienstvorgesetzten- und Arbeitgeberfunktionen wahr.

§ 5

Wissenschaftlicher Beirat

(1) Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Forschungsinstituts. Er unterstützt Evaluierungen des Forschungsinstituts.

(2) Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus mindestens drei und höchstens fünf nicht dem Forschungsinstitut angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die verschiedene Fachrichtungen des Forschungsinstituts vertreten sol-

len. Mindestens ein Mitglied soll seine berufliche Tätigkeit im Ausland ausüben. Die Mitglieder werden auf Vorschlag des Institutsvorstands von dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen. Eine erneute Berufung ist nur einmalig zulässig.

(3) Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 6

Institutsverwaltungsrat

(1) Der Institutsverwaltungsrat dient der Verbindung des Forschungsinstituts mit der Verwaltungspraxis und der Wahrung des gesamtstaatlichen Interesses aufgrund der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung des Forschungsinstituts nach Artikel 91 b des Grundgesetzes (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vom 28. November 1975 (Banz. Nr. 240 S. 4) in der jeweils geltenden Fassung. Er berät den Institutsvorstand, erörtert den jährlichen Arbeitsplan und vermittelt insbesondere den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis.

(2) Das Einvernehmen des Institutsverwaltungsrats ist erforderlich bei

1. der Entwicklung des Leitbildes und des Forschungsprogramms,
2. der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags und
3. der Institutsordnung.

(3) Der Institutsverwaltungsrat besteht aus

1. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Bundes,
2. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz, wobei ein Mitglied dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium und ein Mitglied dem für die Angelegenheiten der Rechtspflege zuständigen Ministeriums angehören muss, sowie
3. je einer Vertreterin oder einem Vertreter derjenigen Länder, die durch Erklärung gegenüber dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz dem Institutsverwaltungsrat beitreten.

Die Mitglieder werden von den jeweils zuständigen Stellen des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums des Landes Rheinland-Pfalz sowie dem Institutsvorstand namentlich benannt. Vertretung und Stimmübertragung sind zulässig. Den Vorsitz führt das Mitglied, das dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz angehört; die Vertretung erfolgt durch das dem für die Angelegenheiten der Rechtspflege zuständigen Ministeriums des Landes Rheinland-Pfalz angehörende Mitglied. Die Direktorin oder der Direktor und die stellvertretende Direktorin oder der stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts sowie das vorsitzende Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Institutsverwaltungsrats teil.

(4) Der Institutsverwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

Personal, Finanzierung und Haushaltsgrundsätze

- (1) Das Personal des Forschungsinstituts steht im unmittelbaren Dienst des Landes Rheinland-Pfalz.
- (2) Das Forschungsinstitut wird gemäß der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung und der Ausführungsvereinbarung zu dieser Rahmenvereinbarung von den Vertragschließenden, vorbehaltlich der Entscheidungen der hiernach zuständigen Stellen gemeinschaftlich finanziert.
- (3) § 72 DHVG gilt für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 8

Institutsordnung

Das Nähere über Aufgaben und Organisation des Forschungsinstituts regelt eine Institutsordnung, die der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf.

§ 9

Übergangsbestimmung

- (1) Der bei In-Kraft-Treten dieser Verordnung im Amt befindliche Institutsvorstand bleibt bis zur erstmaligen Wahl des Institutsvorstands nach § 3 im Amt.
- (2) Der bei In-Kraft-Treten dieser Verordnung im Amt befindliche Geschäftsführende Direktor und dessen Stellvertretender Direktor bleiben bis zur erstmaligen Berufung der Direktorin oder des Direktors und der stellvertretenden Direktorin oder des stellvertretenden Direktors des Forschungsinstituts nach § 4 im Amt.

§ 10

In-Kraft-Treten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 10. Februar 2001 (GVBl. S. 54, BS 223-20-2), außer Kraft.

Mainz, den 22. Dezember 2005

Der Ministerpräsident

Kurt Beck

Institutsordnung
des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung
bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung gibt sich nach § 12 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 10. Februar 2001 (GVBl. 2001, S. 54) folgende Verfahrensordnung (Institutsordnung):

§ 1

Zusammensetzung des Institutsvorstandes

- (1) Der Institutsvorstand besteht aus mindestens fünf Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern.
- (2) Für die Mitglieder des Institutsvorstandes werden Abwesenheitsvertretungen gewählt.

§ 2

Verfahren des Institutsvorstandes

- (1) Der Institutsvorstand wird von seiner Direktorin oder seinem Direktor zu seinen Sitzungen schriftlich einberufen. Hierbei ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Der Institutsvorstand ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens zwei Mitglieder des Institutsvorstandes dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangen.
- (2) Die Einladung soll eine Woche vor dem Sitzungstermin den Mitgliedern des Institutsvorstandes zugegangen sein. In begründeten Ausnahmefällen kann die Ladungsfrist abgekürzt werden.
- (3) Jedes Mitglied des Instituts kann unter Beachtung der Fristen nach Abs. 2 schriftlich verlangen, dass eine näher bezeichnete Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen wird.
- (4) Falls kein Mitglied des Institutsvorstandes oder dessen Vertreter widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, in der Sitzung des Institutsvorstandes beraten und beschlossen werden.
- (5) Die Direktorin oder der Direktor kann weitere Personen um ihre Teilnahme an der Sitzung des Institutsvorstandes bitten, wenn dies wegen der zu behandelnden Angelegenheiten zweckmäßig erscheint.
- (6) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz in der Sitzung des Institutsvorstandes. Der Institutsvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Institutsvorstand beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder; über die Annahme und Durchführung der einzelnen Forschungsvorhaben beschließt er mit der Mehrheit der Zahl seiner Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Direktorin oder des Direktors.

(7) Über Angelegenheiten, die eine Sektion betreffen, darf nur nach Stellungnahme der betreffenden Sektionsleiterin oder des betreffenden Sektionsleiters oder seiner Stellvertreterin oder seines Stellvertreters entschieden werden.

§ 3

Umlaufverfahren, Dringlichkeitsentscheidungen

(1) Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Institutsvorstandes unterliegen und nicht bis zur nächsten Sitzung des Institutsvorstandes aufgeschoben werden können, sind von allen Vorstandsmitgliedern im schriftlichen Umlaufverfahren zu entscheiden. Im Umlaufverfahren kann die Entscheidung nur ohne Gegenstimme getroffen werden. In jedem Fall muss die Mehrheit der Vorstandsmitglieder zustimmen.

(2) Kann in einer Angelegenheit nach Absatz 1 wegen äußerster Dringlichkeit der Entscheidung ein Umlaufverfahren nicht durchgeführt werden, so kann die Direktorin oder der Direktor entscheiden (Dringlichkeitsentscheidung). Entscheidungen nach Satz 1 sind dem Institutsvorstand in der nächsten Sitzung mitzuteilen; er kann sie aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind.

(3) Die in § 2 Abs. 4 Nummern 1, 2, 4 und 5 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut genannten Angelegenheiten können nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein.

§ 4

Verfahren der Institutsversammlung

(1) Die Institutsversammlung wird von der Direktorin oder dem Direktor schriftlich einberufen. Die Ladungsfrist soll zwei Wochen betragen. Die Institutsversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Viertel der nach § 7 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut Teilnahmeberechtigten dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangt.

(2) Bei der Einberufung ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Falls kein Mitglied oder keine Mitarbeiterin oder kein Mitarbeiter des Instituts widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, beraten und beschlossen werden.

(3) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz der Institutsversammlung.

(4) Die Institutsversammlung kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden Empfehlungen gegenüber dem Institutsvorstand und der Direktorin oder dem Direktor aussprechen.

§ 5

Sektionen

(1) Jede Sektion entwickelt im Rahmen der Forschungsplanung des Instituts für ihren Forschungsschwerpunkt ein Programm, in das sich die Forschungsprojekte

der Sektion einfügen. Das Programm soll in regelmäßigen Abständen fortentwickelt werden.

(2) Die Sektionsleiterinnen oder Sektionsleiter koordinieren die Forschungsprojekte und Veranstaltungen der Sektion. Sie fördern die wissenschaftlichen Kontakte der Sektion mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie wissenschaftlichen Institutionen. Sie repräsentieren die Sektion und vertreten die Angelegenheiten der Sektion im Institutsvorstand. Der Institutsvorstand wählt für die Dauer seiner Amtszeit die Sektionsleiterinnen oder Sektionsleiter aus seiner Mitte und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter aus dem Kreis der Ordentlichen Mitglieder des Forschungsinstituts; auch die Direktorin oder der Direktor und die stellvertretende Direktorin oder der stellvertretende Direktor sind wählbar. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Institutsvorstands findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.

(3) Die Sektionsleiterinnen oder Sektionsleiter halten die Direktorin oder den Direktor über die Angelegenheiten der Sektion auf dem Laufenden.

(4) Forschungsreferentinnen oder Forschungsreferenten können im Einvernehmen mit dem jeweiligen Sektionsleiter neben ihren Forschungsaufgaben mit Aufgaben der Sektion betraut werden (Sektionsreferentinnen oder Sektionsreferenten).

§ 6

Direktorin / Direktor

(1) Die Direktorin oder der Direktor und seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter werden im Einvernehmen mit der Hochschule vom Institutsvorstand vorgeschlagen.

(2) Die Direktorin oder der Direktor wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer sowie Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter und ein Sekretariat unterstützt. Der Direktor ist Vorgesetzter der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers sowie der Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter, der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Sekretariats. Die wissenschaftliche Verantwortung der Projektleiterinnen oder Projektleiter bleibt unberührt.

§ 7

Mitwirkung des Wissenschaftlichen Beirats bei der Berufung von Mitgliedern

Vor der Berufung eines Mitglieds gibt der Institutsvorstand dem Wissenschaftlichen Beirat Gelegenheit zur Stellungnahme. Dazu informiert er den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats von der Berufungsabsicht.

§ 8

Projektleiterinnen / Projektleiter

- (1) Jedes Forschungsprojekt wird von einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern des Instituts geleitet. Eine gemeinsame Projektleitung mit einer nicht dem Institut angehörenden Wissenschaftlerin oder einem solchen Wissenschaftler ist möglich.
- (2) Die Projektleiterinnen und Projektleiter setzen die Projektbearbeiterinnen und Projektbearbeiter ihrer Eignung und Befähigung gemäß ein und treffen die notwendigen Maßnahmen, damit das jeweilige Projekt im vorgesehenen Zeitraum abgeschlossen werden kann. Der erfolgreiche Abschluss eines Forschungsprojekts wird durch Vorlage eines in der Regel zur Veröffentlichung vorgesehenen Abschlussberichts dokumentiert.

§ 9

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- (1) Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind die auf den Planstellen des Instituts geführten oder aus Drittmitteln finanzierten Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten, die mit der Bearbeitung von Forschungsaufgaben betraut sind.
- (2) Die Projektleiter arbeiten mit den Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten vertrauensvoll zusammen, um die erfolgreiche Durchführung des Projekts sicher zu stellen. Im Übrigen werden die Rechte und Pflichten der Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten vertraglich festgelegt.

§ 10

Arbeitstagungen und Forschungsseminare

- (1) Das Institut führt unter der wissenschaftlichen Leitung von Mitgliedern des Instituts Arbeitstagungen und Forschungsseminare durch. Eine Kooperation mit anderen Einrichtungen sowie eine gemeinsame Leitung mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern ist möglich.
- (2) Arbeitstagungen dienen der Vermittlung und Erörterung von Forschungsergebnissen unter Beteiligung einer größeren Fachöffentlichkeit. Forschungsseminare zielen auf die vertiefte Diskussion konkreter Forschungsprojekte oder aktueller Themen in einem begrenzten Teilnehmerkreis. Arbeitstagungen und Forschungsseminare sollen die Begegnung und den Austausch von Wissenschaft und Praxis fördern.

§ 11

Arbeitskreise

Für interdisziplinäre und längerfristige Fragestellungen können Mitglieder des Instituts Arbeitskreise einrichten, in denen unter Beteiligung auswärtiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und gegebenenfalls auch Praktikerinnen und Praktiker in regelmäßigen Sitzungen Forschungsthemen systematisch erörtert

werden. Die gemeinsame Leitung von Arbeitskreisen mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Praktikerinnen und Praktikern ist möglich. Die Arbeitskreise dienen insbesondere der Pflege eines Netzwerks von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in dem jeweiligen Forschungsgebiet. Die Ergebnisse der Arbeitskreise sollen veröffentlicht werden.

§ 12

Forschungskolloquien

In den Forschungskolloquien wird über die Zwischenergebnisse laufender Forschungsprojekte berichtet und diskutiert. Die Forschungskolloquien dienen der interdisziplinären Vernetzung der Institutsarbeit und der Vorstellung von Forschungsvorhaben der Gastforscher des Instituts. Auswärtige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können zu Gastvorträgen eingeladen werden.

§ 13

Veröffentlichung von Forschungsergebnissen

Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sind die beteiligten Mitglieder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die einen eigenen wissenschaftlichen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen und Mitautoren zu nennen. Falls keine Einigung erreicht werden kann, entscheidet der Institutsvorstand.

§ 14

Hoheitliche Forschung, Gemeinnützigkeit der entgeltlichen Auftragsforschung

- (1) Die Institutsforschung unterscheidet sich in hoheitliche Forschung und in entgeltliche Auftragsforschung im Ressortbereich der Bundes- oder Landesbehörden sowie für Private.
- (2) Der Bereich der entgeltlichen Auftragsforschung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (3) Zweck des Betriebs ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben im Bereich der wissenschaftlichen Erforschung staatlichen Verwaltungshandelns im Auftrag von Bund, Ländern, Gemeinden oder anderer Auftraggeber. Diese Projekte dienen der Hervorbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich des Verwaltungshandelns. Die im Rahmen der Forschungsprojekte gewonnenen Erkenntnisse sollen entweder über öffentlich zugängliche Projektberichte in einer der Publikationsreihen des FÖV oder in einem anerkannten Fachverlag, über wissenschaftliche Artikel, Tagungen, die Nachrichtenreihen oder die Homepage des FÖV der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

(4) Der Betrieb gewerblicher Art der entgeltlichen Forschungstätigkeit des FÖV ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(5) Mittel des Bereichs der gewerblichen Auftragsforschung des FÖV dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Sie sind in diesem Rahmen für den vom Mittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden. Die Mittel sind bei der für Haushaltsfragen zuständigen Stelle auf gesonderten Konten zu führen.

(6) Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung erhält bei Auflösung oder Aufhebung des Betriebs gewerblicher Art oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.

(7) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Einwerbung und Annahme von Drittmitteln darf nicht mit einer Beschaffungentscheidung des Instituts in Zusammenhang stehen. Die rechtlichen und tatsächlichen Leistungsbeziehungen zwischen Drittmittelgeber und Forschungsinstitut sind zu dokumentieren und aufzubewahren.

§ 15

In-Kraft-Treten

Diese Institutsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft. Gleichzeitig tritt die Institutsordnung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 27. Juni 2001 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 17. September 2001, S. 1735f.) außer Kraft.

§ 16

Überprüfung

Vier Jahre nach dem In-Kraft-Treten prüft der Institutsvorstand, ob sich die Bestimmungen dieser Institutsordnung bewährt haben.

Speyer, den 7. Dezember 2004

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow

Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung
bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Die Institutsordnung wurde von der Staatskanzlei am 28. Dezember 2004 genehmigt.

Anhang V:

Personenverzeichnis

- Arndt 198
 von Arnim 8, 32, 34, 41, 57, 59, 80,
 81, 82, 94, 96, 98, 102, 103, 173,
 174, 197, 264

 Baranova 126
 Barnekow 21, 147, 149, 150, 176,
 197, 199
 Bartl 78, 97, 263
 Bauer, C. 21, 143,
 Bauer, H. 8, 107, 133, 139, 168, 171,
 254
 Beck 48, 49, 50, 96, 102, 103, 104,
 174, 189, 195
 Becker 19, 218
 Bellmann 21, 92
 Benz 37, 50, 96
 Blümel 66
 Blümel, A. 22
 Böck 97
 Bohne 9, 23, 34, 143, 150, 158, 169,
 173, 174, 175, 178, 189, 196,
 199, 215
 Böhret 9, 19, 22, 27, 41, 97, 98, 99,
 104, 184, 186, 187, 188, 195,
 197, 200, 202, 211, 214, 215,
 261, 266
 Börzel 197
 Bouckaert 19, 182, 208
 Bräuninger 27, 112, 139
 von Bredow 22, 118, 120, 198
 Brenner 22, 184
 Brenski 97, 102, 184, 186, 187, 188,
 197, 202, 261, 266
 Broß 72, 96
 Bugdahn 23, 143, 158, 160, 174,
 175, 178, 199
 Bull 20, 96, 204, 211, 212, 216
 Buschor 19

 Czada 95

 Dafflon 10, 107
 Daimer 23, 116, 120, 123, 137, 199,
 264
 Dalezios 23, 84, 94, 127, 129, 198
 Daramus 24, 45, 47, 69, 82, 83, 100,
 102, 199, 264
 Derlien 19, 96
 Deubel 72, 96
 Döhler, M. 96
 Dzwonnek 35, 209

 Ebling 35
 Edeling 182, 208
 Eggensberger 33
 Elsner 35
 Engel 38

 Fallberg 59
 Färber 10, 23, 28, 29, 34, 84, 94,
 107, 126, 127, 129, 131, 134,
 136, 137, 139, 140, 198, 216,
 258, 259, 260
 Felder 261, 266
 Finke 24, 116, 120, 121, 122, 123,
 137, 139, 199, 264
 Fisch 195
 Fisch, R. 10, 27, 41, 48, 49, 50, 57,
 86, 94, 99, 102, 104, 198, 204,
 206, 211
 Fisch, S. 11, 28, 143, 152, 170, 174,
 176, 191, 198, 261, 266

- Fraenkel* 218
Frank 35
Franke 64, 65, 76, 78, 97, 99, 104, 197, 263
Franz 261, 266
Frenzel 194
Fuhr 72, 96
- Garcia Macho* 218
Gebauer 72, 96
Gerhards 33
Glöckner 24, 67
Gökelmann 35
Grewe 19
Grimm 72, 96
Grubert 35
Grunow 97, 186, 261, 266
Gunlicks 218
- von Hagen* 27, 112
Haritz 19
Haus 35
Hauschild 204
Hauser 35
Hayn 59
Heidler 25, 64, 97, 199
Heiny 80, 82, 102, 105, 197, 264
Heinze 96
Hermonies 97, 103, 174, 189, 194
Hilf 19
Hill 11, 41, 96, 97, 98, 99, 103, 105, 174, 183, 184, 189, 206, 209, 211
Hohn 25, 54, 56, 57, 100
Horstmann 152, 173, 174, 178, 198, 199, 200
- Hrbek* 19
Huber 254
Hübers 33
Hug 118
Hüper 72, 96
- Ittner* 80, 82, 102, 105, 197, 264
- Jahn* 26, 150, 179, 198
Jann 71, 79, 95, 182, 183, 209
Jansen 1, 12, 21, 25, 29, 30, 34, 54, 61, 63, 64, 65, 73, 75, 76, 78, 105, 107, 134, 139, 147, 149, 150, 169, 173, 174, 176, 178, 189, 197, 199, 201, 209, 210, 211, 213, 214, 262, 263
Jug 33
Jung 35
Junge 123, 125, 196, 265
Jungkind 33
- Keivandarian* 261, 266
Kempf 200, 255, 260
Keseberg 35
Kirchhof 205
Klages 12, 24, 28, 41, 45, 59, 61, 69, 82, 93, 97, 98, 100, 103, 105, 188, 198, 199
Kloke 26, 66
Klug 73, 75, 139, 194, 262
Knorr 12, 21, 26, 92, 143, 150, 152, 169, 174, 176, 179, 198
Koch, C. 26, 34, 163, 173, 174, 176, 195, 261, 266
Koch, S. 50, 57
Koch, W. 35
Kohler-Koch 19

- König, K. 13, 41, 71, 73, 95, 98, 100, 182, 200, 204, 208, 209, 216, 262
 König, T. 1, 13, 23, 24, 27, 96, 107, 112, 113, 114, 116, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 136, 137, 139, 196, 199, 264, 265
 Konukiewicz 72, 96
 Konzendorf 195
 Kraemer 14, 41, 102
 Krech 35
 Kropp 95
 Krücken 14, 22, 26, 41, 66, 98, 100, 213, 214

 Liebig 27, 34, 102, 184, 188, 210
 von Lucke 194
 Lüder 183, 208
 Luetger 114
 Luetgert 112, 113, 200
 Lütje 52, 54, 102, 103, 197, 199

 Mäder 27, 112, 113, 196
 Magiera 15, 107, 115, 134, 138, 140, 141, 195, 203, 205, 206, 260
 Margies 27, 50, 52, 86, 94, 98, 103, 105, 198
 Margreiter 28, 191
 Masser 28, 45, 47, 59, 60, 100, 103, 105, 198, 199
 Merten 15, 26, 119, 143, 162, 163, 164, 165, 167, 174, 176, 177, 179, 205
 Montoro Chiner 19, 162, 163, 164, 205
 Mühlenkamp 15, 24, 41, 67, 171
 Murswieck 96
 Muth 35

 Nesseldreher 103, 174, 189, 194
 Niedobitek 195
 Nothnagel 33

 Oebbecke 36
 Oertel 97, 175, 184, 186, 187, 197, 202, 261, 266
 Ostertag 149, 150
 Otter 28, 107, 129, 136, 139, 198, 200, 258, 260

 Papier 19, 119, 205
 Perlingeiro Mendes da Silva 217, 218
 Pitschas 16, 94, 143, 156, 170, 171, 172, 173, 175, 179, 180, 195, 199
 Pläßmann 35

 Reich 35
 Reichard 16, 19, 41, 79, 80, 96, 97, 98, 100, 101, 106, 182, 208, 253, 263
 Reinermann 194, 252
 Reuter 261, 266
 Richter 29, 131
 Rienaß 35
 Roellecke 20
 Rogge 150
 Rosen 199
 Rudloff 180, 261, 265, 266

 Schäffer 17, 143, 166, 168, 205
 Schatz 96
 Schedler 183
 Schenker-Wicki 38
 Schiedermair 200

- Schierz 52, 54, 103, 197, 199
 Schilke 99, 102
 Schimanke 95
 Schmidt, O. 261, 266
 Schmitz 35
 Schröter 183
 Schurig 173, 194
 Schwarte 35
 Seckelmann 29, 33, 209, 213, 214
 Semmet 29, 61, 101
 Senff 35
 Siedentopf 1, 17, 30, 50, 107, 114, 115, 136, 138, 141, 198, 203, 204, 217, 260
 Siegel 30, 103, 154, 155, 156, 160, 173, 174, 175, 177, 180, 189, 198
 Sommermann 1, 17, 22, 34, 50, 73, 95, 107, 115, 118, 119, 120, 133, 134, 136, 138, 139, 141, 142, 182, 198, 203, 205, 207, 208, 209, 210, 217, 254, 255, 260, 262
 Speer 30, 114, 115, 141, 198
 Stadelmaier 72, 96
 Stege 35
 Stern 205
 Stockmayer 72, 96
 Stoll 30, 147, 150, 176, 197, 199
 Stolleis 19
 Strehl 204
 Streitferdt 183
 Timmer 35
 Trautmann 260
 Treutlein 112
 Trute 18, 143, 211
 Ullrich 31, 90, 94
 Unkelbach, A. 115
 Vaubel 19
 Vettters 31, 41
 Vollmer 35
 Wagner 213, 214
 Wahl 19
 Wald 65, 76, 78, 97, 99, 197, 263
 Walther 172
 Walz 149, 150
 Weber 149, 150, 176, 200
 Werres 194
 Wewer 72, 96
 Windoffer 31, 34, 88, 94, 103, 156, 158, 174, 175, 178, 180, 181, 189, 194, 199, 261, 266
 Wirtz 18, 31, 41, 52, 54, 90, 94, 97, 99, 101, 102, 103, 197, 199
 Wolf 32, 41, 57, 59, 97, 99, 103, 106, 194, 197, 199, 200
 Wollmann 19, 79
 Wurster 35
 Zech 35
 Zeh 72, 96
 Ziekow 18, 30, 31, 34, 73, 88, 94, 97, 103, 143, 154, 155, 156, 158, 160, 172, 173, 174, 175, 177, 178, 181, 182, 186, 189, 198, 199, 205, 209, 211, 212, 216, 261, 262, 266
 Ziller 39
 Zimmermann 19

Anhang VI:

Speyerer Forschungsberichte

- Nr. 1 *Werner Hugger*, Der Test als Instrument zur Verbesserung von Gesetzen, Juni 1978 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 2 *Michael J. Seifert*, Indikatoren zur quantitativ-vergleichenden Organisationsforschung, 2 Bde., September 1978.
- Nr. 3 *Klaus König*, Integrative Tendenzen in der Verwaltungswissenschaft, Oktober 1978 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 4 *Michael Borchmann*, Abgrenzung von Staatsaufgaben gegenüber privaten Agenden seit 1815 nach der repräsentativen Literatur, März 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 5 *Heinrich Reinermann*, Die Informations- und Dokumentationsleitstelle „Verwaltung und Verwaltungswissenschaften“, März 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 6 *Heinrich Siedentopf/Karl-Rolf Schmid*, Personalbemessung in der Ministerialverwaltung, April 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 7 *Klaus König*, Social Sciences Knowledge in the Policy of Administrative Reforms, Juli 1979.
- Nr. 8 *Hartmut Picht*, Die Ziele des Europäischen Währungssystems aus der Sicht der EG-Staaten, Oktober 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 9 *Werner Jann/Eva Kronenwett*, Handlungsspielräume und Entscheidungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik Deutschland – untersucht am Beispiel der Förderung strukturschwacher Räume, Band 1, Band 2, November 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 10 *Werner Hugger*, Handlungsspielräume und Entscheidungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik Deutschland – untersucht am Beispiel des Gesundheitswesens, November 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 11 *Peter Fricke/Werner Hugger*, Test von Gesetzentwürfen – Voraussetzungen einer testorientierten Rechtsetzungsmethodik – Teil 1, Dezember 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 12 *Peter Fricke/Werner Hugger*, Test von Gesetzentwürfen – Experimentelle Methoden zur Unterstützung der Rechtsetzungspraxis – Teil 2, Band 1: Bericht, Band 2: Anlagen, September 1980 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 13 *Carl Böhrer* (Hrsg.), Gesetzgebungspraxis und Gesetzgebungslehre – Ein Erfahrungsaustausch, März 1980; 2. Aufl. August 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 14 *Klaus König*, Verwaltungswissenschaften und Verwaltungsreformen, Oktober 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 15 *Rolf Maier*, Hochschul- und Wissenschaftsverwaltung als Gegenstand der Verwaltungswissenschaft und der Fortbildung, Juni 1980 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 16 *Klaus König*, Developments of the intra-administrative Organization in the Federal Republic of Germany, November 1980.
- Nr. 17 *Bernd Janson*, Die Pflicht des Staates zur Bereitstellung von Ausbildungsstätten und ihre Grenzen, Dezember 1980 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 18 *Helmut Klages/Willi Herbert*, Staatssympathie. Eine Pilotstudie zur Dynamik politischer Grundeinstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Januar 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 19 *Jolanta Urbanowicz/Georg Adamowitsch*, Die Kader der öffentlichen Verwaltung in der Volksrepublik Polen – Organisation, Dienstrecht, Aus- und Fortbildung, Februar 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 20 *Hartmut Picht/Claus-Peter Matt*, Staatsverwaltung und Wirtschaftswachstum – Eine empirische Untersuchung staatlicher Verdrängungseffekte für die Bundesrepublik Deutschland 1960 – 1979, 2 Bände, April 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 21 *Rainer Eck*, Lebenssituation, Wertorientierung und politische Kultur – Ergebnisse der Grundauswertung einer Umfrage im Jahr 1979, April 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 22 *Klaus König/Michael Protz*, Encyclopaedia of Public Administration – An International and Integrative Conception, Report of a Workshop, Sept. 16 – 18, 1981, Dezember 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 23 *Willi Blümel* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Enteignungsrechts, Juni 1982; 2. Aufl. Februar 1983.
- Nr. 24 *Ingo Heberlein*, Auswirkungen der Verwaltungsverfahrensgesetze auf die Dogmatik des Verwaltungsrechts, 2 Bände, August 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 25 *Michael Protz*, Administrative Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik – Länderberichte: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, August 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 26 *Klaus König*, Entwicklungspolitik und internationale Verwaltungsbeziehungen aus der Sicht der Aus- und Fortbildung, Oktober 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 27 *Werner Patzig*, Erfahrungen mit der Kodifizierung des Organisationsrechts im Landesverwaltungsgesetz von Schleswig-Holstein, Oktober 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 28 *Gerhard Franz*, Wirtschaftslage, Aspirationsdynamik und politischer Anspruchsdruck in der Bundesrepublik Deutschland – Zeitreihenanalyse zur Veränderungsdynamik persönlicher und politischer Einstellungen im ökonomischen Wandel, Mai 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 29 *Detlef Merten/Ferdinand Kirchhof*, Quantitative Analyse der zentralen Rechtsnormen des Bundes und Bayerns, Juni 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 30 *Klaus König/Michael Protz-Schwarz*, Administrative Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik – Verwaltungsförderung und -ausbildung durch internationale Organisationen: Vereinte Nationen, Weltbank, OECD und Europäische Gemeinschaften, Juli 1983.
- Nr. 31 *Willi Herbert*, Anspruchsexplosion im Wohlfahrtsstaat? – Theoretische und empirische Analysen zur Anspruchsentwicklung –, Juli 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 32 *Bernd Rückwardt*, Wirtschaftlichkeit durch Privatisierung? – Problemaufriß und Materialauswertung –, August 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 33 *Klaus König*, Zum Konzept der Entwicklungsverwaltung, August 1983.
- Nr. 34 *Klaus König*, Evaluation als Kontrolle der Gesetzgebung, Dezember 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 35 *Gerhard Franz*, Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und ökonomisches Verhalten in Zeiten öffentlicher Verschuldung – Beiträge zu einer Sozialpsychologie der Staatsverschuldung in demokratischen Regierungssystemen, Januar 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 36 *Karl-Heinz Dittrich*, Wertorientierungen, Zeitwahrnehmung und politischer Protest – Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Veränderung von Orientierungsmerkmalen, März 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 37 *Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Verwaltungsförderung: Historische Entwicklung und Verwaltung – Das Beispiel Preußens, März 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 38 *Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Verwaltungsförderung: Der sozialistische Weg – Das Beispiel der DDR, April 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 39 *Olaf-Sven Költzow*, Ausgaben und Personal der Flächenländer im Vergleich, Mai 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 40 *Francesco Capotorti/Ghita Ionescu/Heinrich Siedentopf*, L'Application de la Législation Communautaire par les Etats Membres, Mai 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 40 *Francesco Capotorti/Ghita Ionescu/Heinrich Siedentopf*, The Implementation of Community Legislation by Member States, März 1985.
- Nr. 41 *Wilfried Frankenbach/Heinrich Reiner mann*, Benutzerorientierte und bürgerfreundliche Informationstechnik für kleinere Kommunalverwaltungen, Oktober 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 42 *Willi Blümel*, (Hrsg.), Teilbarkeit von Planungsentscheidungen, Dezember 1984; 2., unveränderte Aufl. September 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 43 *Klaus König/Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Die Stellung der Länder in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dezember 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 44 *Michael G. Schimek*, Legitimierende und delegitimierende Einflüsse auf die Regierungspopularität – Eine Interventionsanalyse der Regierungspopularität der sozial-liberalen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 – 1981, Januar 1985.
- Nr. 45 *Carl Böhret*, Hochschulen und ihr Umfeld – Erfahrungen und Erwartungen im Meinungsspiegel, Januar 1985 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 46 *Klaus Lüder* (Hrsg.), Betriebswirtschaftliche Organisationstheorie und öffentliche Verwaltung – Einige neuere Erkenntnisse und Entwicklungen der Organisationstheorie mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für Verwaltungsorganisation, Januar 1985 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 47 *Hans F. Illy/Eugen Kaiser*, „Entwicklungsverwaltung“: Wandlungen im Selbstverständnis eines Forschungsbereiches, März 1985 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 48 *Klaus Lüder* (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven des öffentlichen Rechnungswesens, Januar 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 49 *Willi Blümel* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Planfeststellungsrechts, März 1986; 2., unveränderte Aufl. September 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 50 *Roman Loeser*, Die Bundesverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland – Bestand, Rechtsformen und System der Aufbauorganisation, 2 Bde., Februar 1986; 2. Aufl. Oktober 1987; 3., unveränderte Aufl. November 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 51 *Roman Loeser*, Organisationsgesetze vom ausgehenden Mittelalter zur Bundesrepublik Deutschland – Quellensammlung –, Oktober 1986; 2. Aufl. August 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 52 *Carl Böhret* (Hrsg.), Simulationsmodelle für die öffentliche Verwaltung – Erfahrungen und Entwicklungstendenzen, Juli 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 53 *Klaus König*, Zur Überprüfung von Rechtsetzungsvorhaben des Bundes, Juli 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 54 *Bernhard R. Scholz*, Bodenschutz zwischen Datenschwemme und Informationsdefizit – politisch-administrative Lösungsansätze, Oktober 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 55 *Willi Blümel* (Hrsg.), Planfeststellung und Flurbereinigung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Januar 1987; 2. Aufl. Mai 1987; 3. Aufl. März 1988, 4., unveränderte Aufl. Oktober 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 56 *Helmut Klages/Joachim Braun/Peter Röhrig* (Hrsg.), Soziale Selbsthilfe – Entwicklungsperspektiven und Unterstützungsmöglichkeiten durch die Sozial- und Gesundheitspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden, April 1987; 2. Aufl. Februar 1988.

- Nr. 57 *Heimo Prokop*, Staatliches Problemlösungsverhalten und „Verwaltungskultur“ in Frankreich und Italien, September 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 58 *Erhard Blankenburg/Helmut Klages/Dieter Stempel* (Hrsg.), Überlegungen zu einer Strukturanalyse der Zivilgerichtsbarkeit, September 1987.
- Nr. 59 *Stefan Schmidt-Meinecke*, Bundesländer und Europäische Gemeinschaft – Entwicklung und Stand der Länderbeteiligung im Europäischen Einigungsprozeß –, September 1987; 2. Aufl. März 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 60 *Arthur Benz/Angelika Benz*, Dezentralisierungspolitik in Frankreich. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 61 *Arthur Benz*, Die Reform des Verhältnisses zwischen Staat und Lokalverwaltung in Großbritannien. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 62 *Joachim Jens Hesse/Arthur Benz*, „New Federalism“ unter Präsident Reagan. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 63 *Arthur Benz*, Anpassungsprozesse in der föderativen Staatsorganisation der Bundesrepublik Deutschland. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- (Nr. 64) *Joachim Jens Hesse/Arthur Benz*, Staatliche Modernisierung im internationalen Vergleich: Analyseansatz und Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, erschienen in: Joachim Jens Hesse/Arthur Benz, Die Modernisierung der Staatsorganisation. Institutionspolitik im internationalen Vergleich, Nomos: Baden-Baden 1990 (nur über den Buchhandel erhältlich).
- Nr. 65 *Willi Blümel* (Hrsg.), Bedarfsplanung – Planfeststellung – Immissionsschutz, März 1988; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1988; 3., unveränderte Aufl. September 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 66 *Klaus König*, Developments in Privatization in the Federal Republic of Germany – Problems, Status, Outlook –, April 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 67 *Carl Böhret* (Hrsg.), Aspekte der öffentlichen Verwaltung und Verwaltungswissenschaften in Spanien – Aspectos de la Administración Pública y de las Ciencias Administrativas en España, Juni 1989; 2., unveränderte Aufl. Juni 1990.

- Nr. 68 *Gisela Färber*, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und Informationstechnik – Zukünftige Perspektiven und Implikationen für Staat und Verwaltung, September 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 69 *Volker Schlegel*, Bestimmungsgründe organisatorischer Entscheidungen in Stadtverwaltungen, Oktober 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 70 Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer / Kernforschungszentrum Karlsruhe – Abteilung für angewandte Systemanalyse – (Hrsg.), Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben. Zwischenergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes, 2 Bde., Dezember 1988.
- Nr. 71 *Klaus Lüder* (Hrsg.), Forschungsk Kooperation zwischen industriellen Unternehmen und Hochschulen, Dezember 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 72 *Klaus König*, Kritik öffentlicher Aufgaben, Dezember 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 73 *Klaus Lüder/Hannes Streim/Christiane Hinzmann/Brigitte Kampmann/Günter Merschbächer/ Ralph Otte*, Vergleichende Analyse öffentlicher Rechnungssysteme – Länderberichte.
- Band 1: *Streim/Lüder/Hinzmann*, USA, März 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 2: *Lüder/Otte*, Kanada, März 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 3: *Lüder/Otte*, Frankreich und Großbritannien, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 4: *Lüder/Streim/Kampmann*, Dänemark, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 5: *Streim/Kampmann*, Schweden, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993;
- Band 6: *Lüder/Merschbächer*, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993;
- Band 7: *Lüder/Kampmann*, Italien, Oktober 1992;
- Band 8: *Lüder/Kampmann*, Spanien, Oktober 1992; 2., unveränderte Aufl. Januar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 9: *Lüder*, Japan, März 1993.
- Nr. 74 *Konrad Littmann*, Finanzpolitik bei Bevölkerungsrückgang. Anmerkungen zu einer notwendigen Neuorientierung staatlicher Entscheidungen, März 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 75 *Willi Blümel* (Hrsg.), Planung und Sondernutzung von Straßen, Juni 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1991; 3., unveränderte Aufl. November 1995.

- Nr. 76 *Klaus Lüder*, Comparative Government Accounting Study – Interim Summary Report, März 1989; Revised Edition August 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 77 *Uwe Stehr*, Determinanten der Kreditvergabepolitik der internationalen Entwicklungsbanken, August 1989.
- Nr. 78 *Siegfried Magiera*, The Emergence of a „Europe of Citizens“ in a Community without Frontiers, August 1989.
- Nr. 79 *Carl Böhret/Rainer Kestermann/Mathias Reiser*, Folgenanalysen im verwaltungspolitischen Prozeß der Technikgestaltung, November 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 80 *Heimo Prokop/Reinhild Günther/Joachim Beuck*, Reaktionsmuster der öffentlichen Verwaltung angesichts von Ereignissen mit (bisher) unbekannten Folgen, Dezember 1989, 2., unveränderte Aufl. August 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 81 *Matthias Niedobitek*, Pläne und Entwicklung eines Europas der Bürger, – Zwischenbericht –, Oktober 1989, 2., unveränderte Aufl. Mai 1992.
- Nr. 82 *Willi Herbert*, Bürgernahe Verwaltung als Leitbild öffentlichen Handelns – Einstellungen von Mitgliedern des höheren Dienstes der öffentlichen Verwaltung zu Staat, Politik und Gesellschaft, Dezember 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 83 *Klaus König/Nicolai Dose*, Klassifizierungsansätze staatlicher Handlungsformen – Eine steuerungstheoretische Abhandlung, Dezember 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 84 *Heinz-Josef Sprengkamp*, Regierungszentralen in Deutschland. Bibliographie mit Annotierungen, Dezember 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1992.
- Nr. 85 *Willi Blümel* (Hrsg.), Abweichungen von der Planfeststellung, Februar 1990; 2., unveränderte Aufl. November 1995.
- Nr. 86 *Karl-Peter Sommermann*, Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarates, März 1990; 2., unveränderte Aufl. Juli 1990 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 87 *Klaus König*, Zur Verfahrensrationalität einer kontraktiven Aufgabenpolitik, März 1990; 2., unveränderte Aufl. März 1994.
- Nr. 88 *Erhard Blankenburg/Christiane Simsa/Johannes Stock/Heimfrid Wolff*, Mögliche Entwicklungen im Zusammenspiel von außer- und innergerichtlichen Konfliktregelungen, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz, 2 Bde., September 1990; 2., unveränderte Aufl. Januar 1993.
- Nr. 89 *Klaus Lüder/Christiane Hinzmann/Brigitte Kampmann/Ralph Otte*, Vergleichende Analyse öffentlicher Rechnungssysteme – Querschnittsanalyse, Oktober 1990; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 90 *Willi Blümel/Wolfgang Bernet* (Hrsg.), *Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozeßrecht*, Dezember 1990; 2., unveränderte Aufl. Juni 1992; 3., unveränderte Aufl. Januar 1994; 4., unveränderte Aufl. Oktober 1995; 5., unveränderte Aufl. März 1996.
- Nr. 91 *Wolfgang Bernet*, *Zur landes- und kommunalrechtlichen Entwicklung in der DDR*, Oktober 1990; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 92 *Wolfram Schmittel*, *Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens – Der Fall Negertalsperre. Teilstudie im Rahmen des Projekts „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“*, November 1990, 2., unveränderte Aufl. Juni 1991.
- Nr. 93 *Klaus Lüder*, *Die zentrale Rolle des Rechnungskonzeptes für die Ausgestaltung des öffentlichen Rechnungswesens*, Januar 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 94 *Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), *Verwaltungsgerichtsbarkeit – Umweltschutz – Kommunale Selbstverwaltung, Referate des 7. deutsch-polnischen Verwaltungskolloquiums*, Februar 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 95 *Willi Blümel* (Hrsg.), *Verkehrslärmschutz – Verfahrensbeschleunigung*, Februar 1991; 2., unveränderte Aufl. Februar 1995.
- Nr. 96 *Lutz Boden*, *Zum Entwurf einer Gemeindeordnung für Sachsen, – Anmerkungen aus gemeindeverfassungsrechtlicher Sicht –*, Dezember 1990; 2., unveränderte Aufl. Juni 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 97 *Klaus Lüder/Christiane Hinzmann/Brigitte Kampmann/Ralph Otte*, *Vergleichende Analyse öffentlicher Rechnungssysteme – Konzeptionelle Grundlagen für das staatliche Rechnungswesen mit besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland*, März 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 98 *Hans Lühmann*, *Neuordnung des Amtshaftungsrechts im vereinigten deutschen Staat – Zurück zur Rechtswidrigkeit?*, April 1991; 2., erweiterte Aufl., September 1992; 3., überarbeitete Aufl. August 1994; 4. überarbeitete Aufl. Oktober 1995.
- Nr. 99 *Klaus König*, *Zur Transformation einer real-sozialistischen Verwaltung in eine klassisch-europäische Verwaltung*, April 1991; 2., unveränderte Aufl. April 1992; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1992; 4., unveränderte Aufl. Oktober 1996.
- Nr. 100 *Christine Landfried*, *Politikorientierte Folgenforschung – Zur Übertragung der Chaostheorie auf die Sozialwissenschaften*, Juni 1991; 2., überarbeitete Aufl. März 1992; 3., unveränderte Aufl. Februar 1993; 4., unveränderte Aufl. September 1994; 5., unveränderte Aufl. Juli 1996.

- Nr. 101 *Willi Herbert*, Wandel und Konstanz von Wertstrukturen, Juni 1991; 2., korrigierte Aufl. August 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom). Siehe Verzeichnis der selbständigen Verlagspublikationen im Anhang Nr. 91.
- Nr. 102 *Rainer Pitschas/Armin Iff*, Soziale Sicherung in Brasilien und Peru – Auswahlbibliographie mit Annotierungen und einer Einführung in das Entwicklungssozialrecht. *Seguridade Social no Brasil e no Peru – Bibliografia seletiva com anotações e uma introdução ao Direito Social de Desenvolvimento*, Juni 1991, 2., unveränderte Aufl. September 1991.
- Nr. 103 *Thomas Petermann*, Von Bordeaux nach Istanbul – Öffentlichkeitsbeteiligung beim Bau eines Teilstücks der Autobahn A 98/A 861. Teilstudie im Rahmen des Projekts „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“, September 1991.
- Nr. 104 *Alexander Kurz*, Juristische Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Planung und Genehmigung umweltrelevanter Großvorhaben. Juristischer Schlußbericht im Rahmen des Projekts „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“, Oktober 1991; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1992; 3., unveränderte Aufl. November 1994.
- Nr. 105 *Willi Blümel* (Hrsg.), Verkehrswegeplanung in Deutschland, November 1991; 2., ergänzte Aufl. Februar 1992; 3., unveränderte Aufl. September 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 106 *Karl-Peter Sommermann*, Die deutsche Verwaltungsgerichtsbarkeit, Oktober 1991; 2., durchgesehene Aufl. November 1991; 3., unveränderte Aufl. Mai 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 107 *Alexander Kurz*, Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen – normative und genehmigungsrechtliche Bestandsaufnahme –, Teilstudie im Rahmen des Projekts „Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen“, Oktober 1991; 2., durchgesehene Aufl. Februar 1992.
- Nr. 108 *Willi Blümel* (Hrsg.), Spezielle Aspekte der Autonomen Gemeinschaften in Spanien – Aspectos especiales de las Comunidades Autónomas en España, Februar 1992.
- Nr. 109 *Thomas Gensicke*, Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren – Vorstellung und Erläuterung von Ergebnissen einiger empirischer Untersuchungen in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1977 bis 1991, Teilstudie im Rahmen des Projekts „Beobachtung und Verknüpfung grundlegender Wertwandlungstendenzen gegenüber Staat, Politik und Gesellschaft“, April 1992, 2., unveränderte Aufl. Juni 1992; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 110 *Gisela Färber*, Revision der Personalausgabenprojektion der Gebietskörperschaften bis 2030 – Unter Berücksichtigung neuerer Bevölkerungsvorausschätzungen, der deutschen Einigung und der Beamtenversorgungsreform, April 1992; 2., unveränderte Aufl. November 1992;

- 3., überarbeitete Aufl. Februar 1995; 4., unveränderte Aufl. September 1995.
- Nr. 111 *Christiane Simsa*, Praxis und Zukunft der außergerichtlichen Regulierung von Verkehrsunfällen, September 1992; 2., unveränderte Aufl. März 1996.
- Nr. 112 *Markus Ohlhauser*, Regierung und Ministerialverwaltung in den deutschen Ländern – Bibliographie mit Annotierungen, Oktober 1992; 2., unveränderte Aufl. Februar 1994.
- Nr. 113 *Günter Gaentzsch*, Aufgaben der öffentlichen Verwaltung – Bestandsaufnahme und Kritik – (Veröffentlichung eines internen Berichts aus dem Jahr 1980), Oktober 1992; 2., unveränderte Aufl. Februar 1994; 3., unveränderte Aufl. April 1995; 4., unveränderte Aufl. April 1996.
- Nr. 114 *Willi Blümel/Helmut Klages/Ignaz Bender/Klaus Paffrath*, Delegation von Zuständigkeiten der Bundesländer auf die Hochschulen im Personalbereich – Auswertung der Gespräche mit den Wissenschafts- bzw. Kultusministerien der Länder –, Dezember 1992; 2., unveränderte Aufl. August 1993; 3., unveränderte Aufl. Februar 1994; 4., unveränderte Aufl. April 1996.
- Nr. 115 *Willi Blümel* (Hrsg.), Einschaltung Privater beim Verkehrswegebau – Innenstadtverkehr, Januar 1993; 2., unveränderte Aufl. März 1993; 3., unveränderte Aufl. Februar 1995.
- Nr. 116 *Willi Blümel*, Stand und aktuelle Probleme der Aus- und Fortbildung der öffentlichen Bediensteten in der Bundesrepublik Deutschland, November 1992; 2., unveränderte Aufl. Januar 1993; 3., unveränderte Aufl. Juni 1994; 4., unveränderte Aufl. März 1996.
- Nr. 117 *Willi Blümel/Siegfried Magiera/Detlef Merten/Karl-Peter Sommermann*, Verfassungsprobleme im vereinten Deutschland, Januar 1993; 2., durchgesehene Aufl. März 1993; 3., unveränderte Aufl. August 1993; 4., unveränderte Aufl. November 1994; katalanische Fassung siehe „Selbstständige Verlagspublikationen“, Nr. 106.
- Nr. 118 *Willi Blümel/Ignaz Bender* (Hrsg.), Delegation Ministerien – Universitäten im Personalbereich. Auswertungsseminar am 18./19. März 1992, Februar 1993; 2., unveränderte Aufl. August 1993; 3., unveränderte Aufl. Februar 1994; 4., unveränderte Aufl. November 1994.
- Nr. 119 *Willi Blümel*, Aktuelle Probleme des Atomrechts, Februar 1993; 2., unveränderte Aufl. März 1993.
- Nr. 120 *Gisela Färber*, Subventionen vor dem EG-Binnenmarkt – Eine Bestandsaufnahme von nationalen Beihilfen und EG-Interventionen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien –, April 1993; 2., unveränderte Aufl. November 1994.
- Nr. 121 *Klaus König*, Zur innenpolitischen Agenda – Die amerikanische Bundesregierung am Beginn der neunziger Jahre, April 1993.

- Nr. 122 *Heinrich Siedentopf/Karl-Peter Sommermann/Christoph Hauschild*, The Rule of Law in Public Administration: The German Approach, Juli 1993; 2., unveränderte Aufl. September 1993; 3., unveränderte Aufl. September 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 123 *Dieter Duwendag/Thomas Gäckle*, Monetary Implications of Public Sector Borrowing in Germany, 1974 – 1989, Juli 1993.
- Nr. 124 *Thomas Gensicke*, Gesundheit in der modernen Gesellschaft – Empirische Analysen zum Lebensbereich „Gesundheit“ in der Bundesrepublik Deutschland, Juli 1993.
- Nr. 125 *Klaus Lüder/Brigitte Kampmann*, Harmonisierung des öffentlichen Rechnungswesens in der Europäischen Gemeinschaft, September 1993; 2., unveränderte Aufl. Mai 1994; 3., unveränderte Aufl. April 1995.
- Nr. 126 *Thomas Gäckle*, Stabilisierungsprogramme in den Reformstaaten Polen, CSFR und Ungarn, Juli 1993.
- Nr. 127 *Willi Blümel/Martin Pfeil* (Hrsg.), Neue Länderstraßengesetze, September 1993.
- Nr. 128 *Georg Smolka*, Die Auswanderung als politisches Problem in der Ära des Deutschen Bundes (1815-1866), November 1993; 2., korrigierte Aufl. Oktober 1995.
- Nr. 129 *Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann*, Law Reform and Law Drafting, Dezember 1993; 2., unveränderte Aufl. September 1994.
- Nr. 130 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Thomas Behrens*, Flexibilität der Hochschulhaushalte – Auswertung der Gespräche mit den Finanz- und Wissenschaftsministerien der Länder, November 1993; 2., durchgesehene Aufl. Februar 1994; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1995.
- Nr. 131 *Willi Blümel/Ignaz Bender* (Hrsg.), Flexibilität der Hochschulhaushalte. Auswertungsseminar am 14./15. Oktober 1993, Januar 1994; 2., unveränderte Aufl. August 1994.
- Nr. 132 *Wolfram Moersch*, Aus- und Fortbildungskonzept für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst in den neuen Bundesländern, Januar 1994; 2., überarbeitete Aufl. Juli 1994.
- Nr. 133 *Klaus König/Jan Heimann*, Vermögenszuordnung im Aufgabenzuschnitt des öffentlichen Sektors der neuen Bundesländer – Ein Zwischenbericht –, März 1994.
- Nr. 134 *Thomas Gäckle*, Vertiefung versus Erweiterung der EG – Einige handels- und integrationspolitische Aspekte –, April 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 135 *Dietmar Behrendt*, Aufgaben und Möglichkeiten der Mittelstandsförderung – am Beispiel von Mittelstädten, insbesondere der Stadt Suhl/Thüringen, Mai 1994; 2., unveränderte Aufl. Juli 1994.

- Nr. 136 *Gottfried Konzendorf* unter Mitarbeit von *Gabriele Fröhlich*, Heranalternde Gesellschaft – Selbständiges Leben im Alter, Empirische Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der über 57jährigen Bevölkerung der Stadt Speyer, Mai 1994; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1994.
- Nr. 137 *Thomas Drysch*, Politikfinanzierung in Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, Dezember 1994.
- Nr. 138 *Matthias Niedobitek*, Neuere Entwicklungen im Verfassungsrecht der deutschen Länder, Juni 1994; 2., unveränderte Aufl. August 1994; 3., unveränderte Aufl. November 1995.
- Nr. 139 *Heinrich Reinermann*, Die Krise als Chance: Wege innovativer Verwaltungen, Juli 1994; 2., unveränderte Aufl. September 1994; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1994; 4., unveränderte Aufl. Januar 1995; 5., unveränderte Aufl. Juli 1995; 6., unveränderte Aufl. Juni 1997 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 140 *Willi Blümel*, Die Planfeststellung, Zweiter Teil: Die Planfeststellung im geltenden Recht – Habilitationsschrift aus dem Jahre 1967 –, 2 Bde., August 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 141 *Dietmar Behrendt*, Aufgabenwandel und Personalstrukturanalyse am Beispiel der Stadt Suhl/ Thüringen, unter besonderer Berücksichtigung eines basalen Personalentwicklungskonzepts, September 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 142 *Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann*, Modernization of Legislation and Implementation of Laws, September 1994; 2., unveränderte Aufl. Dezember 1994.
- Nr. 143 *Klaus Lüder*, Das Rechnungswesen der kanadischen Provinzen und Kommunen – Neuere Entwicklungen und Umsetzungserfahrungen, dargestellt am Beispiel der Provinz British Columbia –, September 1994.
- Nr. 144 *Jurij Starilow*, Neuere Reformansätze im russischen Dienstrecht, Rußland auf dem Weg zum Berufsbeamtentum, Zusammenfassung in russischer Sprache, November 1994; 2., unveränderte Aufl. Dezember 1994.
- Nr. 145 *Willi Blümel/Martin Pfeil*, Neuere Entwicklungen im Umwelt- und Verwaltungsverfahrenrecht, September 1995; 2., unveränderte Aufl. Februar 1997.
- Nr. 146 *Klaus König/Manfred Miller*, Materialien zur Organisation und Reform von Landesverwaltungen, Januar 1995; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1995; 3., unveränderte Aufl. März 1997.
- Nr. 147 *Carl Böhrer/Gottfried Konzendorf* (Hrsg.), Selbständiges Leben im Alter – Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis, Februar 1995; 2., unveränderte Aufl. November 1995.
- Nr. 148 *Heidrun Gleim-Egg*, Kommunikative Problembewältigung in Staat und Privatwirtschaft, Februar 1995; 2., unveränderte Aufl. April 1996.

- Nr. 149 *Manfred Miller*, Vorstudien zur Organisation und Reform von Landesverwaltungen, 2 Bde., Juni 1995; 2., unveränderte Aufl. November 1995; 3., überarbeitete Aufl. September 1998.
- Nr. 150 *Rudolf Fisch/Dieter Beck* (Hrsg.), Abfallnotstand als Herausforderung für die öffentliche Verwaltung: Entsorgung, Verringerung und Vermeidung von Sonderabfall, November 1995.
- Nr. 151 *Elke Löffler*, The Modernization of the Public Sector in an International Comparative Perspective: Concepts and Methods of Awarding and Assessing Quality in the Public Sector in OECD Countries, November 1995; 2., unveränderte Aufl. Mai 1996.
- Nr. 152 *Bang-Sik Lee*, Vergleich des Finanzausgleichs in Korea und der Bundesrepublik Deutschland, – Ansätze und Berechnungen zur Einführung eines Systems des horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Provinzen in Korea –, Oktober 1995.
- Nr. 153 *Olga Schabanowa*, Dynamik von Wertorientierungsprozessen in Rußland, November 1995.
- Nr. 154 *Thomas Gensicke*, Deutschland im Wandel, Sozialer Wandel und Wertewandel in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung, Dezember 1995; 2., korrigierte Aufl. April 1996.
- Nr. 155 *Klaus König*, Zur Kritik eines neuen öffentlichen Managements, Dezember 1995; 2., unveränderte Aufl. Februar 1997; 3., unveränderte Aufl. Februar 1998.
- Nr. 155 *Klaus König*, On the critique of New Public Management, Juni 1996.
- Nr. 156 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig*, Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich, – Erhebung und vergleichende Analyse zum Haushaltsvollzug in den Bundesländern –, Januar 1996.
- Nr. 157 *Willi Blümel* (Hrsg.), Planungsrechtliche Optimierungsgebote – Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung – Folgekosten, März 1996.
- Nr. 158 *Willi Blümel* (Hrsg.), Das spanische Verwaltungsrecht nach dem Reformgesetz von 1992 – El Derecho Administrativo Español según de la Ley 30/1992, Juni 1996.
- Nr. 159 *Klaus Lüder* (ed.), Recent Developments in Comparative International Governmental Accounting Research, Juni 1996.
- Nr. 160 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts I, Mai 1996.
- Nr. 161 *Klaus Mudersbach*, Die juristische Vorschrift als holistischer Text, November 1996.
- Nr. 162 *Rainer Pitschas/Jürgen Wedler*, Dezentrale Informationsordnung und „reflexives“ Informationsverwaltungsrecht – Konstitutionsrahmen, -bedingungen und -merkmale eines Informationsrechts der öffentlichen Verwaltung – (in Vorbereitung).

- Nr. 163 *Willy Zimmer*, Die Reformen des Ausländerrechts, des Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts in Frankreich und Deutschland, September 1996.
- Nr. 164 *Lucia Eckert*, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, April 1997.
- Nr. 165 *Rainer Pitschas/Rosemarie Peters*, Die Rolle der Sozialpartner im Europäischen Integrationsprozeß – Zur Rolle der Sozialpartner in den Bereichen soziale Sicherung und Beschäftigung unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Portugal, November 1996.
- Nr. 166 *Carl Böhret/Götz Konzendorf/Klaus G. Troitzsch*, Die naturwissenschaftliche, technische und medizinische Forschungslandschaft in Rheinland-Pfalz – Ergebnisse einer Befragung –, September 1996.
- Nr. 167 *Gabriele Homburg/Heinrich Reiner mann/Klaus Lüder*, Hochschul-Controlling, November 1996; 2., unveränderte Aufl. März 1997.
- Nr. 168 *Matthias Niedobitek*, Die Beziehungen der Europäischen Union zu Rußland, Januar 1997.
- Nr. 169 *Hans Herbert von Arnim*, Das neue Abgeordnetengesetz – Inhalt, Verfahren, Kritik und Irreführung der Öffentlichkeit –, Februar 1997.
- Nr. 170 *Willi Blümel* (Hrsg.), Die Straße als Mehrzweckinstitut, April 1997.
- Nr. 171 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig*, Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich – Auswertung der Gespräche mit den Finanz- und Wissenschaftsministerien der Länder –, Februar 1997.
- Nr. 172 *Helmut Klages*, Verwaltungsmodernisierung: „harte“ und „weiche“ Aspekte, Mai 1997; 2., unveränderte Aufl. März 1998; 3., unveränderte Aufl. Juni 1999.
- Nr. 173 *Klaus König* (Hrsg.), Ministerialorganisation zwischen Berlin und Bonn, August 1997; 2., unveränderte Aufl. März 1998.
- Nr. 174 *Elke Löffler*, The Modernization of the Public Sector in an International Comparative Perspective – Implementation Strategies in Germany, Great Britain and the United States –, Mai 1997; 2., unveränderte Aufl. März 1999.
- Nr. 175 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts II, September 1997.
- Nr. 176 *Maleika K. Grün/Benedikt Morsey*, Prospektive Gesetzesfolgenabschätzung zum Problembereich Somatische Gentherapie, August 1997.
- Nr. 177 *Carl Böhret/Peter Wordelmann* unter Mitarbeit von *Maleika K. Grün* und *Wilfried Frankenbach*, Lernmodell Virtuelle Zukunft – Experimentelle Politik im Planspiel TAU –, August 1997.
- Nr. 178 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig* (Hrsg.), Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich. Auswertungsseminar am 20./21. Februar 1997, Dezember 1997.

- Nr. 179 *Monika John*, Verwaltungsorganisation im Reformprozeß – Der Entwurf eines Landesorganisationsgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern –, Januar 1998.
- Nr. 180 *Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann*, Implementation of Administrative Law and Judicial Control by Administrative Courts, April 1998.
- Nr. 181 *Helmut Klages*, Verwaltungsmodernisierung: „harte“ und „weiche“ Aspekte II., März 1998.
- Nr. 182 *Michael Harold Stierle*, Volkswirtschaften in der Globalisierung. Konzeptionelle Analyse der zentralen Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften, März 1998; 2., unveränderte Aufl. Januar 2002; 3., unveränderte Aufl. Februar 2005.
- Nr. 183 *Klaus König/Natascha Füchtner* (Hrsg.), „Schlanker Staat“ – Verwaltungsmodernisierung im Bund. Zwischenbericht, Praxisbeiträge, Kommentare, Mai 1998; 2., unveränderte Aufl. Juli 1999.
- Nr. 184 *Klaus König* (Hrsg.), Gesetzgebung und Regierung, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Waldemar Schreckenberger, September 1998.
- Nr. 185 *Willi Blümel* (Hrsg.), Straßenplanungen und Gesamtplanungen, Juni 1998.
- Nr. 186 *Eberhard Bohne/César Colino/Andrea E. Pandolfini*, The Evolution of Integrated Permitting and Inspections of Industrial Installations in the European Union: An Empirical Comparative Analyses of Existing and Emerging Integrated Permitting Procedures, Structures and Decisions in EU Member States, First Interim Report to the European Commission, Juli 1998 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 187 *Götz Konzendorf* unter Mitarbeit von *Tobias Bräunlein*, Verwaltungsmodernisierung in den Ländern – Überblick und Einblicke, September 1998; 2., unveränderte Aufl. November 1998; 3., unveränderte Aufl. Juli 1999; 4., unveränderte Aufl. April 2003.
- Nr. 188 *Hans Helbing*, Alternative Möglichkeiten der Neuordnung von Mittelbehörden, September 1998.
- Nr. 189 *Detlef Merten/Rainer Pitschas/Matthias Niedobitek*, Neue Tendenzen im öffentlichen Dienst, September 1998; 2., unveränderte Aufl. Februar 1999 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 190 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts III, Oktober 1998.
- Nr. 191 *Detlef Merten* (Hrsg.), Der Staat am Ende des 20. Jahrhunderts, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Helmut Quaritsch, Oktober 1998.
- Nr. 192 *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Rechtsoptimierung mittels Gesetzesfolgenabschätzung: Waldgesetz Rheinland-Pfalz, Dezember 1998.

- Nr. 193 *Helmut Klages/Thomas Gensicke*, Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Januar 1999; 2., unveränderte Aufl. 2002.
- Nr. 194 *Olaf Schaefer*, Energiewirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Eine Literaturstudie zur Stellung der Kommunen in einem liberalisierten Energiemarkt, März 1999.
- Nr. 195 *Willi Blümel* (Hrsg.), Umweltgesetzbuch – Klagebefugnis, März 1999.
- Nr. 196 *Klaus König/Natascha Füchtner* (Hrsg.), Verwaltungsmodernisierung im Bund – Schwerpunkte der 13. Legislaturperiode, April 1999.
- Nr. 197 *Klaus König/R. Scott Fosler* (Hrsg.), Regionalization below State-Level in Germany and the United States, Juni 1999.
- Nr. 198 *Birte English/Rudolf Fisch*, Projektgruppen in der öffentlichen Verwaltung – Aktuelle Verbreitung, Chancen, Modernisierungsaspekte, September 1999; 2., unveränderte Aufl. Dezember 1999; 3., unveränderte Aufl. März 2002; 4., unveränderte Aufl. Mai 2004.
- Nr. 199 *Michael Harold Stierle*, Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit Südostasien im internationalen Vergleich: Eine empirische Analyse, Juli 1999.
- Nr. 200 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter/Ralf Schweinsberg* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts IV, Oktober 2000.
- Nr. 201 *Gisela Färber/Silvia Stiller/Wolfgang Schaff*, Zur Einstellungspräferenz von BeamtInnen und Angestellten unter besonderer Berücksichtigung des Schulbereichs, Gutachten im Auftrag der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg, August 1999.
- Nr. 202 *Jurij Starilow*, Gerichtliche Verwaltungskontrolle im System des russischen Staats- und Verwaltungsrechts, Oktober 1999.
- Nr. 203 *Willi Blümel*, Fragen der Entwidmung von Eisenbahnbetriebsanlagen, Januar 2000.
- Nr. 204 *Thomas Gensicke*, Deutschland im Übergang – Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement, März 2000.
- Nr. 205 *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), Portale in der öffentlichen Verwaltung, Internet • Call Center • Bürgerbüro, Februar 2000; 2., erweiterte Aufl. Juli 2000; 3., unveränderte Aufl. Mai 2002.
- Nr. 206 *Heinrich Reinermann*, Der öffentliche Sektor im Internet – Veränderungen der Muster öffentlicher Verwaltungen –, Mai 2000; 2., unveränderte Aufl. September 2000.
- Nr. 207 *Klaus König/Elke Löffler* (Eds.), Accountability Management in Intergovernmental Partnerships, März 2000.
- Nr. 208 *Carsten Nemitz*, Erfolgsfaktoren für eine Reform politischer Systeme, April 2000.

- Nr. 209 *Klaus König*, Zur Managerialisierung und Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung, Juni 2000.
- Nr. 210 *Götz Konzendorf* (Hrsg.), Neuorganisation der Mittelinstanzen – Konzeptionen und Umsetzung, August 2000.
- Nr. 211 *Klaus König* (Hrsg.), Verwaltung und Verwaltungsforschung – Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert, August 2000.
- Nr. 212 *Klaus Lüder*, Entwicklung und Stand der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Australien, August 2000.
- Nr. 213 *Giovanna Landi*, Industrial Permitting and Inspections in Italy. Legal framework, procedures, environmental impact assessment and major accident prevention at the national level, in Emilia Romagna and in Lombardy (in Vorbereitung).
- Nr. 214 *Gisela Färber*, Theorie und Praxis kommunaler Gebührenkalkulation, Dezember 2000.
- Nr. 215 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Das Widerspruchsverfahren in Rheinland-Pfalz – Bestandsaufnahme, Probleme, Perspektiven –, Februar 2001.
- Nr. 216 *Alexandra Unkelbach*, Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien – Empirische und rechtliche Eckdaten des deutschen Gremienwesens auf Bundesebene –, Mai 2001.
- Nr. 217 *Ulrike Haerendel*, Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament, Februar 2001.
- Nr. 218 *Hans Herbert von Arnim/Stefan Brink*, Methodik der Rechtsbildung unter dem Grundgesetz. Grundlagen einer verfassungsorientierten Rechtsmethodik, Februar 2001.
- Nr. 219 *Klaus König/Markus Adam* (Hrsg.), Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, März 2001; 2., unveränderte Aufl. November 2005.
- Nr. 220 *Hermann Hill* (Hrsg.), Parlamentarische Steuerungsordnung, März 2001.
- Nr. 221 *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Gesetzliche Regelungen der Verfahrenskooperation von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange – Empirische Untersuchungen mit rechtlichen Einführungen –, Juni 2001.
- Nr. 222 *Angelika Benz/Natascha Füchtner* (Hrsg.), Einheit und Vielfalt – Verwaltung im Wandel, Mai 2001.
- Nr. 223 *Kai-Olaf Jessen*, Neuere Ansätze parlamentarischer Steuerung und Kontrolle, Oktober 2001.
- Nr. 224 *Helmut Klages/Kai Masser* (Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen [AfV]), Mitarbeiterbefragung in der Saarländischen Landesverwaltung – Befragung von 21 Dienststellen –, Mai 2002.

- Nr. 225 *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Folgen von Folgenforschung. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. Carl Böhret am 16./17. November 2001, Mai 2002.
- Nr. 226 *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), Electronic Government in Deutschland, Ziele • Stand • Barrieren • Beispiele • Umsetzung, Juli 2002.
- Nr. 227 *Peter Wordelmann* unter Mitarbeit von *Ariane Böttcher/Thomas Gregor/Jörg Regenaermel/Sylvia Veit*, Gesetzesfolgenabschätzung zum Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, Juli 2002.
- Nr. 228 *Heike Amos*, Zur Geschichte des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der (Deutschen) Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 1956/1962-2001, November 2002.
- Nr. 229 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Public Private Partnership – Projekte, Probleme, Perspektiven –, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern und der Initiative D 21, März 2003.
- Nr. 230 *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Aktuelle Fragen zu Verfassung und Verwaltung im europäischen Mehrebenensystem, April 2003; 2., unveränderte Aufl. Juli 2003.
- Nr. 231 *Klaus Lüder*, Dokumentation Eröffnungsbilanz – Pilotprojekt Stadt Uelzen –, April 2003.
- Nr. 232 *Gisela Färber/Nils Otter* (Eds.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Oktober 2003.
- Nr. 233 *Carsten Brenski* (Hrsg.), im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2003/2004, Speyer, Mai 2005.
- Nr. 234 *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Guidelines on Regulatory Impact Assessment (RAI) – Leitfaden zur Gesetzesfolgenabschätzung (GFA), prepared for the Federal Ministry of the Interior and for the Ministry of the Interior of Baden-Wuerttemberg, Speyer, Dezember 2004.
- Nr. 235 *Dieter Beck/Rudolf Fisch*, Entscheidungsunterstützende Verfahren für politisch-administrative Aufgaben, Speyer, Januar 2005.
- Nr. 236 *Hans Herbert von Arnim* (Hrsg.), Politikfinanzierung in der Europäischen Union. Die Finanzierung von Parteien und Abgeordneten als Elemente der Europäischen Verfassung, Speyer, Februar 2005.
- Nr. 237 *Thomas König/Thomas Bräuninger*, Gesetzgebung im Föderalismus, Speyer, April 2005.
- Nr. 238 *Arne Franz*, Mobile Kommunikation: Anwendungsbereiche und Implikationen für die öffentliche Verwaltung, Speyer, Juni 2005.
- Nr. 239 *Heike Amos*, Der „Beratende Finanzausschuß für die französische Besatzungszone“. Aspekte seiner Tätigkeit 1946 bis 1948/49, November 2005.

- Nr. 240 *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Die Reform des Verwaltungsprozessrechts in Spanien – La Reforma del Proceso Contencioso-Administrativo en España, November 2005.
- Nr. 241 *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow* (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Januar 2006.
- Nr. 242 *Gisela Färber/Nils Otter* (Eds.), Spatial Aspects of Federative Systems, Dezember 2005.
- Nr. 243 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik, März 2006.
- Nr. 244 *Helmut Klages* (Hrsg.), Aufbau eines Monitoringsystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Abschlussbericht, Mai 2006.
- Nr. 245 *Karola Franke/Andreas Wald/Katinka Bartl*, Die Wirkung von Reformen im deutschen Forschungssystem. Eine Studie in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Mikroökonomie, Juni 2006.
- Nr. 246 *Carl Böhret/Carsten Brenski/Martin-Peter Oertel* unter Mitarbeit von *Kathrin Böck*, Personalrotation in der Praxis. Konzepte – Konflikte – Konsequenzen, November 2006.
- Nr. 247 *Nils Otter*, Fiskalföderalismus im Vergleich – Möglichkeiten und Grenzen der Messung fiskalischer Dezentralität, Dezember 2006.
- Nr. 248 *Thomas König/Stephanie Daimer/Daniel Finke* (Hrsg.), Plebiszit und Ratifikation. Eine vergleichende Untersuchung von Referenden zur Europäischen Verfassung, Dezember 2006.
- Nr. 249 *Helmut Klages/Carmen Daramus*, 'Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg'. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin, März 2007.
- Nr. 250 *Carsten Brenski/Armin Liebig* (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2004/2005, Februar 2007.
- Nr. 251 *Thomas König/Lars Mäder*, Bürokratisierung oder Politisierung? Eine Untersuchung der Umsetzungseffekte von Europäischen Richtlinien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zeitraum von 1985-2003, Juni 2007.
- Nr. 252 *Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Symposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Juli 2007.
- Nr. 253 *Sebastian Wolf*, Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten, Oktober 2007.

- Nr. 254 *Klaus König/Christoph Reichard* (Hrsg.), Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur, Dezember 2007.
- Nr. 255 *Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser*, Das Bürgerpanel -- Ein Weg zu breiter Bürgerbeteiligung, Januar 2008.

Anhang VII:

Selbständige Verlagspublikationen

1. *Peter Eichhorn/Heinrich Siedentopf/Bernd Adamaschek/Albrecht Graf von Ingelheim*, Effizienzeffekte der Verwaltungsreform. Exemplarische Ansätze einer Wirkungsanalyse der territorialen und funktionalen Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 20, Baden-Baden 1976.
2. *Carl Böhret/Marie Therese Junkers*, Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 55, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976.
3. *Rudolf Dieckmann*, Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung – unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 65, Berlin 1977.
4. *Hans-Werner Laubinger/Dieter Krause*, Gesetzesvollzug und Personalaufwand, Speyerer Arbeitshefte Nr. 2, Speyer 1977.
5. *Günter Epping*, Bodenmarkt und Bodenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 67, Berlin 1977.
6. *Carl Hermann Ule*, Rechtstatsachen zur Dauer des Verwaltungs-(Finanz-) Prozesses, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 69, Berlin 1977.
7. *Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Bewertungssysteme für den öffentlichen Dienst. Zur Problematik einer leistungs- und funktionsgerechten Bezahlung in der öffentlichen Verwaltung, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 25, Baden-Baden 1978.
8. *Hans-Werner Laubinger/Dieter Krause*, Schwerbehindertengesetz und Personalaufwand, Speyerer Arbeitshefte Nr. 16, Speyer 1977.
9. *Peter Eichhorn/Bernd Rückwardt*, Bibliographie zur öffentlichen Unternehmung 1967 bis 1976, Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 1, Baden-Baden 1978.
10. *Heinrich Reinermann/Gerhard Reichmann*, Verwaltung und Führungskonzepte. Management by Objectives und seine Anwendungsvoraussetzungen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 70, Berlin 1978.
11. *Berndt Rückwardt*, Koordination des Verwaltungshandelns. Grundlagen der Koordination, Koordinationsbedarf, Instrumente der Koordination, Anwendungsbeispiele, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 72, Berlin 1978.
12. *Rainer Koch*, Organisationsplanung für den Personalbereich. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Verwaltungsreformlehre, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 73, Berlin 1978.
13. *Frido Wagener* unter Mitarbeit von *Gerd Kirchhoff/Petra Petersen*, Forschungsprogramm Staatsorganisation, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation. Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 9, Baden-Baden 1979.
14. *Klaus König/Hero Kind*, Zur Weiterentwicklung des vertikalen Laufbahngefüges, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 12, Baden-Baden 1980.

15. *Carl Böhret/Werner Hugger*, Der Praxistest von Gesetzentwürfen – am Beispiel des Referentenentwurfs eines Jugendhilfegesetzes (JHG), Baden-Baden 1980.
16. *Bernd Janson*, Rechtsformen öffentlicher Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 55, Baden-Baden 1980.
17. *Albert Günther*, Probleme des Kreisfinanzsystems, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 80, Berlin 1980.
18. *Heinrich Reiner mann/Herbert Fiedler/Klaus Grimmer/Klaus Lenk* (Hrsg.), Organisation informationstechnik-gestützter öffentlicher Verwaltungen, Informatik-Fachberichte, Bd. 44, Berlin/Heidelberg/New York 1981.
19. *Arthur Arie h Neubauer*, Organisationsentwicklung in der öffentlichen Verwaltung, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 330, Frankfurt am Main 1981.
20. *Axel Bürger*, Außenseiter in Spitzenpositionen der Staatsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland – England – USA, Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 273, Frankfurt am Main/Bern 1981.
21. *Erk Volkmar Heyen*, Otto Mayer – Kleine Schriften zum öffentlichen Recht, 2 Bde., Berlin 1981.
22. *Helmut Kern*, Monetäre Wirkungen der Staatsverschuldung – Konsequenzen für das Debt Management, Berlin 1981.
23. *Carl Böhret/Peter Franz*, Technologiefolgenabschätzung – Institutionelle und verfahrensmäßige Lösungsansätze, Frankfurt am Main/New York 1982.
24. *Carl Böhret/Werner Jann/Eva Kronenwett*, Handlungsspielräume und Steuerungspotential der regionalen Wirtschaftsförderung – Eine empirische Untersuchung anhand von Programmen in zwei Bundesländern. Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 67, Baden-Baden 1982.
25. *Frido Wagener/Bernd Rückwardt*, Führungskräfte in Ministerien, Baden-Baden 1982.
26. *Gerald E. Caiden/Heinrich Siedentopf* (ed.), Strategies for Administrative Reform, Lexington, Mass. 1982.
27. *Andreas Trümper*, Raumbezogene Planung im Großstadt-Umland-Bereich, Schriftenreihe der Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Bd. 8, Bonn 1982.
28. *Heinrich Reiner mann* (Hrsg.), Referatedienst Staat und Verwaltung, Baden-Baden 1980 – 1982.
29. *Peter Fricke*, Modelle zur Institutionalisierung einer Gesetzeskontrolle – Darstellung und vergleichende Bewertung, Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Politikwissenschaft, Bd. 40, Frankfurt am Main 1983.

30. *Helmut Klages/Willi Herbert*, Wertorientierung und Staatsbezug – Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1983.
31. *Werner Jann*, Staatliche Programme und „Verwaltungskultur“, Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 49, Opladen 1983.
32. *Elmar Poschen*, Die ökonomischen Folgen der kommunalen Gebietsreform für die betroffenen Bürger und Unternehmen – Eine Untersuchung am Beispiel von ausgewählten Modellen in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe 'Kommunale Gebietsreform', Bd. II, 4, Baden-Baden 1983.
33. *Astrid Wender-Luetjohann*, Entscheidungsspiele in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, Opladen 1983.
34. *Herbert Sperber*, Erfolgsbedingungen der öffentlichen Entwicklungshilfe, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 21, Baden-Baden 1984.
35. *Ulrich Bauermeister*, Ökonomische und administrative Probleme der kommunalen Konzessionsabgabe: dargestellt am Beispiel der Elektrizitätsversorgung; Europäische Hochschulschriften, Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 572, Frankfurt am Main/Bern/New York 1984.
36. *Willi Blümel* (Hrsg.), Die Vereinheitlichung des Verwaltungsverfahrensrechts, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 93, Berlin 1984.
37. *Brita Steinbach-van der Veen*, Steuerinzidenz – Methodologische Grundlagen und empirisch-statistische Probleme von Länderstudien; Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 25, Frankfurt am Main/Bern/New York 1985.
38. *Heinrich Reiner mann/Herbert Fiedler/Klaus Grimmer/Klaus Lenk/Roland Traunmüller* (Hrsg.), Öffentliche Verwaltung und Informationstechnik – Neue Möglichkeiten, neue Probleme, neue Perspektiven; Informatik-Fachberichte, Bd. 98, Berlin/Heidelberg/New York 1985.
39. *Albert Peters*, Ökonomische Kriterien für eine Aufgabenverteilung in der Marktwirtschaft – Eine deskriptive und normative Betrachtung für den Allokationsbereich; Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 26, Frankfurt am Main/Bern/New York 1985.
40. *Gerhard Franz/Willi Herbert*, Werte, Bedürfnisse, Handeln: Ansatzpunkte politischer Verhaltenssteuerung, Frankfurt am Main/New York 1986.
41. *Hans F. Illy/Klaus Schimitzek* (Hrsg.), Entwicklung durch Dezentralisierung? Studien zur Regional- und Kommunalverwaltung in der Dritten Welt, München 1986.
42. *Edda Müller*, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation, Opladen 1986.
43. *Arthur B. Gunlicks*, Local Government in the German Federal System, Duke University Press Policy Studies, Durham, N. C. 1986.
44. *Hans Herbert von Arnim/Dagmar Weinberg*, Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler, Bd. 59, Wiesbaden 1986.

45. *Jürgen Faltin*, Freigemeinnützige Krankenhausträger im System staatlicher Krankenhausfinanzierung, Köln/Berlin/Bonn/München 1986.
46. *María Jesús Montoro Chiner*, La funció pública en el federalisme Alemany; Col·lecció „ESTUDIS“ 7, Generalitat de Catalunya, Barcelona 1986.
47. *Helmut Klages/Gerhard Franz/Willi Herbert*, Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft – Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen, Frankfurt am Main/New York 1987.
48. *Roland Greve/Heinrich Reinermann*, Organisation der Datenverarbeitung in der Landesverwaltung von Baden-Württemberg; Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 2, Heidelberg 1987.
49. *Heinrich Reinermann*, Verwaltungsinnovation und Informationsmanagement. 105 Speyerer Thesen zur Bewältigung der informationstechnischen Herausforderung; 2. neubearb. Auflage, Reihe Heidelberger Forum, Bd. 42; Heidelberg 1987.
50. *Dieter Duwendag*, Capital Flight from Developing Countries: Estimates and Determinants for 25 Major Borrowers; SUERF-Series Nr. 52 A, Tilburg 1987.
51. *Tschi-Ho Tschang*, Kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland (in koreanischer Sprache), Seoul 1987.
52. *Ferdinand Kirchhof*, Private Rechtsetzung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 98, Berlin 1987.
53. *Hans F. Illy/Wolfgang Schmidt-Streckenbach* (Hrsg.), Studenten aus der Dritten Welt in beiden deutschen Staaten, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 20, Berlin 1987.
54. *Hans F. Illy/Brun-Otto Bryde* (Hrsg.), Staat, Verwaltung und Recht in Afrika 1960-1985, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 99, Berlin 1987.
55. *Carl Böhret/Helmut Klages/Heinrich Reinermann/Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Herausforderungen an die Innovationskraft der Verwaltung, Opladen 1987.
56. *Heinrich Siedentopf/Khalid Shams et al.*, Local Initiatives for Decentralized Development – New Approaches in Asia and Pacific –, Asian and Pacific Development Centre, Vol. 1: The Overview, Kuala Lumpur 1987, Vol. 2: Case Studies, Kuala Lumpur 1987, Vol. 3: Country Studies, Kuala Lumpur 1988.
57. *Günter Merschbäcker*, Öffentliche Rechnungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz – Bestandsaufnahme, Analyse und zweckorientierte Beurteilung, Hochschulschriften zur Betriebswirtschaftslehre, Bd. 54, München 1987.
58. *Joachim Braun/Peter Röhrig*, Praxis der Selbsthilfeförderung. Das freiwillige soziale Engagement am Beispiel von vier Städten, Frankfurt/New York 1987.

59. *Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Die Stellung der Länder in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 38, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1988.
60. *Gisela Färber*, Probleme der Finanzpolitik bei schrumpfender Bevölkerung, Frankfurt/New York 1988.
61. *Christoph Hauschild/Caridad Tharan*, Local Initiatives for Decentralized Development – New Approaches in Asia and Pacific –, Report of the Policy Meeting, 11th-16th October 1987, Asian and Pacific Development Centre, Kuala Lumpur 1988.
62. *Roman Loeser*, Das Bundesorganisationsgesetz, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 23, Baden-Baden 1988.
63. *Heinrich Reiner mann/Herbert Fiedler/Klaus Grimmer/Klaus Lenk/Roland Traunmüller* (Hrsg.), Neue Informationstechniken – Neue Verwaltungsstrukturen?, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 1, Heidelberg 1988.
64. *Roland Greve/Heinrich Reiner mann*, Organisation der Datenverarbeitung in der Kommunalverwaltung von Baden-Württemberg, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 4, Heidelberg 1988.
65. *Heinrich Siedentopf/Jacques Ziller* (Hrsg.), Making European Policies Work – The Implementation of Community Legislation in the Member States –, 2 Vol., London 1988.
Heinrich Siedentopf/Jacques Ziller (Hrsg.), L'Europe des Administrations? – La mise en oeuvre de la législation communautaire dans les États membres –, 2 Tomes, Bruxelles 1988.
66. *Gerhard Franz*, Sozialpsychologie politischer Legitimierung. Empirische Analysen zum Erscheinungsbild der Stimmungsdemokratie, Frankfurt/New York 1988.
67. *Hans Herbert von Arnim*, Wirtschaftlichkeit als Rechtsprinzip, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 536, Berlin 1988.
68. *Siegfried Magiera/Detlef Merten*, Bundesländer und Europäische Gemeinschaft, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 103, Berlin 1988.
69. *Gerhard Maier-Rigaud*, Umweltpolitik in der offenen Gesellschaft, Opladen 1988.
70. *Hans F. Illy/Eugen Kaiser/Klaus Schimitzek*, Lokale Verwaltungsinstitutionen und Selbsthilfemaßnahmen in Entwicklungsländern – Problemaufriß, Fallstudien, Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Förderung, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 90, München/Köln/London 1988.
71. *Dieter Duwendag* (Hrsg., Einführung), Europa-Banking; Bankpolitik im Europäischen Finanzraum und währungspolitische Integration, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 27, Baden-Baden 1988.
72. *Carl Böhret/Gabriele Fröhlich/Michael Hofmann* (unter Mitarbeit von *Ulrich Kienitz*), Zwischenbilanzierung der Fachhochschulausbildung des Bundes,

- Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 25, Baden-Baden 1989.
73. *Hans Herbert von Arnim* (Hrsg.), Finanzkontrolle im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 105, Berlin 1989.
 74. *Gabriele Hippler/Hermann Haas/Gerhard Franz*, Führung und Arbeitsmotivation in Kommunalverwaltungen, Gütersloh 1989.
 75. *Siegfried Magiera* (Hrsg.), Das Europa der Bürger in einer Gemeinschaft ohne Binnengrenzen, Baden-Baden 1990.
 76. *Joachim Jens Hesse/Arthur Benz*, Die Modernisierung der Staatsorganisation – Institutionspolitik im internationalen Vergleich: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland; Baden-Baden 1990.
 77. *Heinz W. Kloos*, Landinformationssysteme in der öffentlichen Verwaltung, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 7, Heidelberg 1990.
 78. *Ralph Otte*, Konzernabschlüsse im öffentlichen Bereich – Notwendigkeit und Zwecke konsolidierter Jahresabschlüsse von Gebietskörperschaften dargestellt am Beispiel der Bundesverwaltung der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris 1990.
 79. *Carl Böhret*, Folgen. Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen 1990.
 80. *Klaus König* (Hrsg.), Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991.
 81. *Helmut Klages/Gabriele Hippler*, Mitarbeitermotivation als Modernisierungsperspektive, Gütersloh 1991.
 82. *Heinrich Reinermann* (Hrsg.), Führung und Information, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 8, Heidelberg 1991.
 83. *Klaus Lüder* (Hrsg.), Staatliches Rechnungswesen in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund neuerer internationaler Entwicklungen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 108, Berlin 1991.
 84. *Klaus Lüder/Christiane Hinzmann*, Finanzieller Jahresbericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Prototyp) 1990 – Pilotstudie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Kooperation mit dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf/Speyer 1992.
 85. *Thomas Gäckle*, Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems zur Europäischen Währungsunion – Geld- und budgetpolitische Voraussetzungen, Baden-Baden 1992.
 86. *Helmut Gembries*, Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 4, Kaiserslautern 1992.
 87. *Matthias Niedobitek*, Kultur und Europäisches Gemeinschaftsrecht, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 14, Berlin 1992.
 88. *Heinrich Reinermann*, Verwaltungsorganisatorische Probleme und Lösungsansätze zur papierlosen Bearbeitung der Geschäftsvorfälle – Die

- GGO I im Lichte elektronischer Bürosysteme –, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation (hrsg. vom Bundesministerium des Innern), Bd. 15, Bonn 1992.
89. *Hans-Peter Michler*, Rechtsprobleme des Verkehrsimmissionsschutzes, Düsseldorf 1993.
 90. *Detlef Merten/Rainer Pitschas* (Hrsg.), Der Europäische Sozialstaat und seine Institutionen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 109, Berlin 1993.
 91. *Willi Blümel/Hellmut Wagner* (Hrsg.), Technische und rechtliche Fragen der Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland – Fachtagung am 7./8. Mai 1992 in Karlsruhe, Baden-Baden 1993.
 92. *Willi Herbert*, Wandel und Konstanz von Wertstrukturen, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 52, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1993.
 93. *Christiane Hinzmann*, Neukonzeption staatlicher Rechnungslegung am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen, Schriftenreihe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 14, Ludwigsburg/Berlin 1993.
 94. *Klaus König/Nicolai Dose* (Hrsg.), Instrumente und Formen staatlichen Handelns, Verwaltungswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 2, Köln/Berlin/Bonn/München 1993.
 95. *Rainer Pitschas* (Hrsg.), Verwaltungsintegration in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 110, Berlin 1993.
 96. *Carl Böhrer*, Funktionaler Staat. Ein Konzept für die Jahrhundertwende?, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 53, Frankfurt am Main 1993.
 97. *Gernot Biehler*, Die Bodenkonfiskation in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 nach Wiederherstellung der gesamtdeutschen Rechtsordnung 1990, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 647, Berlin 1994.
 98. *Petra Hartmann*, Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft – unter besonderer Berücksichtigung neuartiger Kooperationsformen im Bereich der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik, Nomos Universitätsschriften Wirtschaft, Bd. 16, Baden-Baden 1994.
 99. *Jürgen Cupei*, Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG durch UVP? – Eine vergleichende Analyse der Umsetzung der UVP-Richtlinie in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, Baden-Baden 1994.
 100. *Willi Blümel/Rainer Pitschas* (Hrsg.), Reform des Verwaltungsverfahrenrechts, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 114, Berlin 1994.
 101. *Siegfried Magiera/Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Das Recht des öffentlichen Dienstes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 17, Berlin 1994.

102. *Klaus Paffrath*, Verwaltungsvereinfachung im Hochschulbau, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Bd. 1551, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994.
103. *Willi Blümel* (Hrsg.), Verkehrswegerecht im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 115, Berlin 1994.
104. *Alexander Kurz*, Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen, Rechtliche Beurteilung unter besonderer Berücksichtigung des gestuften Genehmigungsverfahrens, Schriftenreihe Recht – Technik – Wirtschaft, Bd. 69, Köln/Berlin/Bonn/München 1994.
105. *Christoph Demmke*, Die Implementation von EG-Umweltpolitik in den Mitgliedstaaten – Umsetzung und Vollzug der Trinkwasserrichtlinie –, Schriftenreihe „Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft“, Bd. 171, Baden-Baden 1994.
106. *Willi Blümel/Siegfried Magiera/Detlef Merten/Karl-Peter Sommermann*, Problemes constitucionals a l'Alemanya unificada, Barcelona 1994.
107. *Klaus Lüder* (Hrsg.), Öffentliches Rechnungswesen 2000, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 117, Berlin 1994.
108. *Klaus König/Gunnar Folke Schuppert/Jan Heimann* (Hrsg.), Vermögenszuordnung – Aufgabentransformation in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe „Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst“, Bd. 29, Baden-Baden 1994.
109. *Klaus König/Volker Meßmann*, Organisations- und Personalprobleme der Verwaltungstransformation in Deutschland, Baden-Baden 1995.
110. *Heinrich Reinermann* (Hrsg.), Neubau der Verwaltung – Informationstechnische Realitäten und Visionen, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 11, Heidelberg 1995.
111. *Hermann Hill/Helmut Klages* in Verbindung mit dem Deutschen Landkreistag (Hrsg.), Kreisverwaltung der Zukunft – Vergleichende Untersuchung aktueller Modernisierungsansätze in ausgewählten Kreisverwaltungen (im Rahmen des Innovationsrings Kreisverwaltung der Zukunft), Düsseldorf 1995.
112. *Heike Kuhn*, Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft, Schriften zum Europäischen Recht, Berlin 1995.
113. *Brigitte Kampmann*, Staatsverschuldung – Begrenzungskonzepte in der Kritik, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 38, Baden-Baden 1995.
114. *Hermann Hill/Helmut Klages* (Hrsg.), Trends in Public Sector Renewal: Recent Developments and Concepts of Awarding Excellence, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 58, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995.
115. *Gisela Färber*, Binnenmarktgerechte Subventionspolitik in der Europäischen Union: Strukturen, Normen und Defizite, Reihe „Wirtschaftswissenschaften“, Bd. 31, Frankfurt a.M./New York 1995.

116. *Ulrich Wiek*, Politische Kommunikation und Public Relations in der Rundfunkpolitik, Eine politikfeldbezogene Analyse, Schriftenreihe „Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations und Kommunikationsmanagement“, Berlin 1996.
117. *Hermann Hill/Helmut Klages/Elke Löffler* (Hrsg.), Quality, Innovation and Measurement in the Public Sector, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 64, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1996.
118. *Petra Bülow*, Fortentwicklung des Verwaltungsverfahrenrechts unter besonderer Berücksichtigung des Planfeststellungsrechts, Rothenburg o.Tbr. 1996.
119. *Ulrich Cordes*, Das öffentliche Rechnungswesen: Datenquelle für den Staatssektor der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Wiesbaden 1996.
120. *Heike Amos*, Justizverwaltung in der SBZ/DDR: Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre, Arbeiten zur Geschichte des Rechts in der DDR, Bd. 1, Köln/Weimar/Wien 1996.
121. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren), Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalt- und Rechnungswesen, Heft 1, Stuttgart 1996.
122. *James L. Chan/Rowan H. Jones/Klaus Lüder* (Hrsg.), Research in Governmental and Nonprofit Accounting, A Research Annual, Vol. 9, Greenwich/Connecticut 1996.
123. *Sayeed Klewitz-Hommelsen*, Ganzheitliche Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung und ihre Beschränkung durch den Datenschutz, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 15, Heidelberg 1996.
124. *Klaus König/Jan Heimann*, Aufgaben- und Vermögenstransformation in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe „Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst“, Bd. 34, Baden-Baden 1996.
125. *Günter Wilms*, Das Europäische Gemeinschaftsrecht und die öffentlichen Unternehmen – Die Kompetenz der Kommission aus Art. 90 Abs. 3 EG-Vertrag und ihre Anwendung auf die Elektrizitätswirtschaft, Schriftenreihe zum Europäischen Recht, Bd. 28, Berlin 1996.
126. *Thomas Behrens*, Globalisierung der Hochschulhaushalte, Neuwied/Kriftel/Berlin 1996.
127. *Götz Konzendorf*, Folgen der „Heranalternden Gesellschaft“ und Ansatzpunkte aktiver Politik – mit einer Fallstudie zur Mittelstadt Speyer, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 66, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1996.
128. *Klaus König/Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Öffentliche Verwaltung in Deutschland, Baden-Baden 1996/97.
129. *Thomas Ammelburger*, Strukturprobleme der Bestandskraftlehre – Reform des Verwaltungsverfahrenrechts –, Rothenburg o. Tbr. 1997.

130. *Rudolf Fisch/Dieter Beck* (Hrsg.), *Entsorgungsnotstand und Verwaltungshandeln, Fallbeispiele – Konzepte – Perspektiven, Ein multidisziplinärer Zugang, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 36, Baden-Baden 1997.*
131. *Andreas Graudin*, *Die Stellung der nationalen Minderheiten in den Verfassungen der baltischen Republiken und ihre einfachgesetzliche Umsetzung, Europäische Hochschulschriften, Reihe II Rechtswissenschaften, Bd. 2092, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1997.*
132. *Detlef Merten* (Hrsg.), *Die Stellung der Landesparlamente aus deutscher, österreichischer und spanischer Sicht, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 33, Berlin 1997.*
133. *Heike Amos*, *Auferstanden aus Ruinen ..., Die Nationalhymne der DDR 1949 bis 1990, Berlin 1997.*
134. *Sebastian Zieger*, *Verfahrensevaluation im Rahmen der Förderung innovativer Entwicklungsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen, Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Bd. 13, Berlin 1997.*
135. *Matthias Niedobitek*, *The Cultural Dimension in EC Law, London/The Hague/Boston 1997.*
136. *Klaus König/Angelika Benz* (Hrsg.), *Privatisierung und staatliche Regulierung: Bahn, Post und Telekommunikation, Rundfunk, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 39, Baden-Baden 1997.*
137. *Karl-Peter Sommermann*, *Staatsziele und Staatszielbestimmungen, Jus Publicum, Bd. 25, Tübingen 1997.*
138. *Willi Blümel/Rainer Pitschas* (Hrsg.), *Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozeß im Wandel der Staatsfunktionen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 121, Berlin 1997.*
139. *Ralph-Peter Rembor*, *Controlling in der Kommunalverwaltung. Koordination dezentraler Verantwortung, Wiesbaden 1997.*
140. *Rainer Pitschas/Juan Mozzicafreddo/José Manuel P. Leite Viegas/Rosemarie Peters/João S. Batista*, *Policies on Labour Relations and Social Dialogue in European Countries – The Portuguese and German Cases –, Baden-Baden 1997.*
141. *Carl Böhrer/Götz Konzendorf*, *Ko-Evolution von Gesellschaft und funktionalem Staat. Ein Beitrag zur Theorie der Politik, Opladen/Wiesbaden 1997.*
142. *Willi Blümel/Klaus König* (Hrsg.), *Verantwortung für die Forschung, Vorträge anlässlich des Festaktes zum 20jährigen Bestehen des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 23. September 1996, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 125, Berlin 1998.*
143. *Klaus Lüder/Christiane Behm/Ulrich Cordes*, *Praxiseinführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren) – Dokumentation*

- des Modellprojekts „Wiesloch“ –, Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 4, Stuttgart 1998.
144. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushaltswesens, Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 5, Stuttgart 1998.
 145. *Hans Herbert von Arnim*, Diener vieler Herren. Die Doppel- und Dreifachversorgung von Politikern, München 1998.
 146. *Bernd Pfeifer*, Probleme des spanischen Föderalismus, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 51, Berlin 1998.
 147. *Thomas Gensicke*, Die neuen Bundesbürger – Eine Transformation ohne Integration, Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 207, Opladen/Wiesbaden 1998.
 148. *Elke Löffler*, Verwaltungsmodernisierung im internationalen Vergleich – Meßkriterien und Implementationsstrategien in Deutschland, Großbritannien und den USA, Stuttgart/Berlin/Bonn/Budapest/Düsseldorf/Heidelberg/Prag/Sofia/Warschau/Wien/Zürich 1998.
 149. *Detlef Barth*, Brasiliens Verfassung und die Agrarreform: Agrarstruktur und Entwicklung. Die Agrarreform in Brasilien im Prozeß der Transformation unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungsgebung von 1987/88, Mettingen 1998.
 150. *Heike Amos*, Die Westpolitik der SED 1948/49 – 1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.
 151. *Rainer Pitschas* (Hrsg.), Die Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 129, Berlin 1999.
 152. *Christine Ahlgrimm*, Neugestaltung des öffentlichen Haushaltswesens auf der Grundlage des Ressourcenverbrauchs, Nomos Universitätsschriften: Recht, Bd. 317, Baden-Baden 1999.
 153. *Klaus König*, Verwaltungsstaat im Übergang. Transformation, Entwicklung, Modernisierung, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 41, Baden-Baden 1999.
 154. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren), 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 6, Stuttgart 1999.
 155. *Hans-Christof Kraus*, Theodor Anton Heinrich Schmalz (1760-1831), Jurisprudenz, Universitätspolitik und Publizistik im Spannungsfeld von Revolution und Restauration, Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte: Ius Commune, Bd. 124, Frankfurt am Main 1999.
 156. *Wito Schwanengel*, Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen Ländern, Beiträge zum Beamtenrecht, Bd. 6, Berlin 1999.

157. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren), Tokyo 1999 (in japanischer Sprache; deutsche Fassung siehe „Selbständige Verlagspublikationen“, Nr. 119).
158. *Jörn von Lucke*, Internet-Technologien in der gesetzlichen Rentenversicherung. Effizienzsteigerung und Kostensenkung durch Internet-Technologien am Beispiel gesetzlicher Rentenversicherungsträger, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 21, Heidelberg 1999.
159. *Alexander Willand*, Besoldungs- und Versorgungsstrukturen des Ministeramtes. Eine Untersuchung zu den Ministergesetzen in Bund und Ländern, Berlin 2000.
160. *Michael Harold Stierle*, Globalisierungsdefizite Deutschlands in den Wirtschaftsbeziehungen mit Südostasien. Ein internationaler Vergleich, Berlin 2000.
161. *Hellmut Wagner* (Hrsg.), Rechtliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung – Forschungsfreiheit und staatliche Regulierung –, Bd. 1: Freiheit von Wissenschaft und Forschung, Bd. 2: Allgemeine forschungsrelevante Regelungen, Bd. 3: Forschungsbereiche, Bd. 4: Ergebnisse und Materialien, Baden-Baden 2000.
162. *Hermann Hill/Hagen Hof* (Hrsg.), Wirkungsforschung zum Recht II – Verwaltung als Adressat und Akteur, Schriftenreihe Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 15, Baden-Baden 2000.
163. *Ilja Mieck/Pierre Guillen* (Hrsg.), Deutschland – Frankreich – Rußland, Begegnungen und Konfrontationen, La France et l'Allemagne face à la Russie, München 2000.
164. *Klaus König/Natascha Füchtner*, „Schlanker Staat“ – eine Agenda der Verwaltungsmodernisierung im Bund, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 45, Baden-Baden 2000.
165. *Klaus König/Klaus-Dieter Schnapauff* (Hrsg.), Die Deutsche Verwaltung unter 50 Jahren Grundgesetz. Europa – Bund – Länder – Kommunen, Forschungstagung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Verbindung mit der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften und dem Bundesministerium des Innern vom 13. bis 15. Oktober 1999 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 26, Baden-Baden 2000.
166. *Stefan Fisch/Ulrike Haerendel* (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland, Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 141, Berlin 2000.
167. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Bd. 194.1: *Bernhard von Rosenbladt*, Gesamtbericht; Bd. 194.2: *Helmut Klages/Hans-Joachim Braun*, Zugangswege in den neuen und alten Bun-

- desländern; Bd. 194.3: *Sybille Picot*, Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Stuttgart/Berlin/Köln 2000.
168. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Bernhard von Rosenblatt*, Volunteering in Germany. Results of the 1999 Representative Survey on Volunteering and Civic Engagement, München 2000.
 169. *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Anerkannte Naturschutzverbände als 'Anwälte der Natur': Rechtliche Stellung, Verfahrensbeteiligung und Fehlerfolgen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 139, Berlin 2000.
 170. *Heinrich Reineremann*, Regierung und Verwalten im Informationszeitalter – Unterwegs zur virtuellen Verwaltung, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 22, Heidelberg 2000.
 171. *Heinrich Reineremann/Christian Roskopf*, Merkantilismus und Globalisierung, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 168, Baden-Baden 2000.
 172. *Matthias Niedobitek*, Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. Bund, Länder und Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Jus Publicum, Bd. 66, Tübingen 2001.
 173. *Rudolf Fisch/Dieter Beck/Birte English* (Hrsg.), Projektgruppen in Organisationen. Praktische Erfahrungen und Erträge der Forschung, Schriftenreihe Wirtschaftspsychologie, Göttingen 2001.
 174. *Klaus König/Heinrich Siedentopf* (eds.), Public Administration in Germany, Baden-Baden 2001.
 175. *Wolfram Moersch*, Leistungsfähigkeit und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips: Eine rechtsdogmatische und rechtspolitische Studie, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 73, Berlin 2001.
 176. *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung, Beiträge zu einem Forschungssymposium des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung am 27. und 28. April 2000 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 145, Berlin 2001.
 177. *Thorsten Siegel*, Die Verfahrensbeteiligung von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange. Eine Analyse der rechtlichen Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung der Beschleunigungsgesetzgebung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 146, Berlin 2001.
 178. *Dieter Beck*, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang, Wiesbaden 2001.
 179. *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Handbuch Gesetzesfolgenabschätzung (GFA). Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Baden-Baden 2001.

180. *Gerd Eckstein*, Regionale Strukturpolitik als europäischer Kooperations- und Entscheidungsprozeß, Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI Politikwissenschaft, Bd. 440, Frankfurt am Main 2001.
181. *Klaus König/Markus Adam/Benedikt Speer/Christian Theobald*, Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 151, Berlin 2002.
182. *Klaus König* (Hrsg.), Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2002.
183. *Karin Tondorf/Reinhard Bahnmüller/Helmut Klages* unter Mitarbeit von *Raimund Brenner*, Steuerung durch Zielvereinbarungen – Anwendungspraxis, Probleme, Gestaltungsüberlegungen, Schriftenreihe Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband 17, Berlin 2002.
184. *Ulrich Albertshauser*, Verselbständigung von Verwaltungsorganisationen als Modernisierungsstrategie?, Berlin 2002.
185. *Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung. Beiträge zur Wissenschaftlichen Arbeitstagung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung vom 8. bis 10. Oktober 2001 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 154, Berlin 2002.
186. *Wito Schwanengel*, Einwirkungen der Landesparlamente auf die Normsetzung der Exekutive. Verordnungsgebung unter Parlamentseinfluß, Beiträge zum Parlamentsrecht, Bd. 55, Berlin 2002.
187. *Dieter Duwendag* (Hrsg.), Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 46, Baden-Baden 2002.
188. *Thomas Steigleder*, Kontrollierte Selbstregulierung in der naturwissenschaftlich-technischen Forschung, Baden-Baden 2002.
189. *Elmar Döhler*, Autonome Besteuerungsrechte für Gliedstaaten und Gemeinden in ausgewählten föderativen Finanzverfassungen, INFER Research Edition, Vol. 7, Berlin 2002.
190. *Jörn von Lucke*, Regieren und Verwalten im Informationszeitalter, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 156, Berlin 2003.
191. *Heike Amos*, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003.
192. *Stefan Koch/Jürgen Kaschube/Rudolf Fisch* (Hrsg.), Eigenverantwortung für Organisationen, Schriftenreihe Wirtschaftspsychologie, Göttingen/Bern/Toronto/Seattle 2003.

193. *Dorothea Jansen/Mike Weber*, Zur Organisation des Gründungserfolgs. Eine organisationstheoretische Untersuchung des Erfolgs neu gegründeter Betriebe im Ruhrgebiet, Wiesbaden 2003.
194. *Holger Holzward*, Der rechtliche Rahmen für die Verwaltung und Finanzierung der gemeinschaftlichen Strukturfonds am Beispiel des EFRE, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 96, Berlin 2003.
195. *Jan Ziekow* (Hrsg.), Verwaltungswissenschaften und Verwaltungswissenschaft. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 159, Berlin 2003.
196. *Hans Herbert von Arnim*, 9053 Euro Gehalt für Europaabgeordnete? Der Streit um das europäische Abgeordnetenstatut, Berlin 2004.
197. *Heinrich Siedentopf/Benedikt Speer* unter Mitarbeit von *Alexandra Unkelbach*, Auslandserfahrungen und Fremdsprachenkenntnisse in der Einstellungs- und Entsendepraxis des deutschen höheren Ministerialdienstes, Studie im Auftrag der „Berliner Initiative“, Robert Bosch Stiftung, Berlin 2004.
198. *Eberhard Bohne/Charles F. Bonser/Kenneth M. Spencer* (Hrsg.), Transatlantic Perspectives on Liberalization and Democratic Governance, Transatlantic Public Policy Series 1, Münster 2004.
199. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von den Vorschriften der VOB/A Erster Abschnitt, Düsseldorf 2004.
200. *Antje Draheim*, Probleme der finanzpolitischen Willensbildung in Europa. Eine kritische Analyse der europäischen Haushalts- und Finanzverfassung, Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 111, Frankfurt am Main 2004.
201. *Tobias Bräunlein*, Integration der Gesetzesfolgenabschätzung ins Politisch-Administrative System der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 86, Frankfurt am Main 2004.
202. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung, Recht: Forschung und Wissenschaft, Bd. 4, Münster 2004.
203. *Dieter Beck/Christoph Best/Rudolf Fisch/Karl-Heinz Rother* (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21. Beteiligungsformen als Strategien zur Planerstellung und -umsetzung in Wissenschaft und Praxis, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 166, Berlin 2004.
204. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The European Party Financing Regulation, Recht: Forschung und Wissenschaft, Bd. 5, Münster 2004.

205. *Rudolf Fisch/Dieter Beck* (Hrsg.), Komplexitätsmanagement – Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung, Wiesbaden 2004.
206. *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168, Berlin 2004.
207. *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, Beschleunigung von Zulassungsverfahren. Empfehlungen zur Optimierung von Organisationen und Verfahren am Beispiel des Landes Baden-Württemberg, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Schriftenreihe der Stabsstelle für Verwaltungsreform, Bd. 25, Stuttgart 2004.
208. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von den Vorschriften der VOB/A Erster Abschnitt, 2. Modellversuch für Kommunen – 2. Sachstandsbericht, Düsseldorf 2005.
209. *Ulrike Haerendel* unter Mitarbeit von *Margit Peterle*, Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage, Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, hrsg. von Hansjoachim Henning und Florian Tennstedt, II. Abteilung: Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), 6. Band, Mainz 2004.
210. *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, Dauer von Zulassungsverfahren. Eine empirische Untersuchung zu Implementation und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung, Verwaltungswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 19, Köln/Berlin/München 2005.
211. *Arne Franz*, Mobile Kommunikation in öffentlichen Verwaltungen. Anwendungsbereiche, Implikationen und Zukunftsperspektiven, Studie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer in Zusammenarbeit mit Vodafone, Speyer u.a. 2005.
212. Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags in Rheinland-Pfalz. Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005, Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Bd. 28, Mainz 2005.
213. *Nils Otter*, Ökonomische Erkenntnisprogramme in der Finanzwissenschaft. Eine Analyse unter der methodologischen Konzeption von Imre Lakatos, Marburg 2005.
214. *Alexander Windoffer*, Die Klärungsbedürftigkeit und –fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 174, Berlin 2005.

215. *Hartmut Bauer/Peter M. Huber/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Demokratie in Europa, Schriftenreihe Verfassungsentwicklung in Europa, Bd. 1, Tübingen 2005.
216. *Heike Amos*, Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946-1949, Darstellung und Dokumentation, Schriftenreihe Diktatur und Widerstand, Bd. 12, Münster 2006.
217. *Margrit Seckelmann*, Industrialisierung, Internationalisierung und Patentrecht im Deutschen Reich 1871-1914, Schriften zur Europäischen Rechtsgeschichte, Band 201, Frankfurt am Main 2006.
218. *Eberhard Bohne*, The Quest for Environmental Regulatory Integration in the European Union: Integrated Pollution Prevention and Control, Environmental Impact Assessment and Major Accident Prevention. Comparative Environmental Law & Policy Series Volume 10, Alphen aan den Rijn 2006.
219. *Sebastian Wolf*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Baden-Baden 2006.
220. *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Frankfurt u.a. 2006.
221. *Rainer Pitschas*, Trusted Governance due to Public Value Management. Public Governance in Europe between Economization in Commonwealth: a Value-Based Concept of Public Administration, Speyerer Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Frankfurt a.M. 2006.
222. *Hans-Christof Kraus*, Englische Verfassung und politisches Denken im Ancien Régime 1689 bis 1789, Veröffentlichungen des deutschen Historischen Instituts London, Bd. 60, München 2006.
223. *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Flexibilisierung des Vergabeverfahrens? Evaluation des Zweiten Modellversuchs "Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt" des Landes Nordrhein-Westfalen, Schriften zum Wirtschaftsverwaltungs- und Vergaberecht, Bd. 11, Baden-Baden 2007.
224. *Jan Ziekow/Alexander Windoffer* (Hrsg.), Ein Einheitlicher Ansprechpartner für Dienstleister. Anforderungen des Vorschlags einer EU-Dienstleistungsrichtlinie und Gestaltungsoptionen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007.
225. *Dorothea Jansen* (Ed.), New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, Dordrecht 2007.
226. *Jan Ziekow* (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik. Tagung aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften am 28. und 29. September

2006 in Speyer, Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 32, Baden-Baden 2007.

- 227. *Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 131, Berlin 2007.
- 228. *Jan Ziekow/Alexander Windoffer*, Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 8, Baden-Baden 2008.

Anhang VIII:

FÖV Discussion Papers

1. *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, März 2002.
2. *Eberhard Bohne/Sabine Frenzel*, Formale und informale Ordnung des Zugangs zum Strommarkt, März 2003.
3. *Dorothea Jansen*, Supporting Newly Founded Firms – Personal and Professional Networks, Juli 2003.
4. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The Statute for Members of the European Parliament, September 2003; 2. unveränderte Auflage Oktober 2003.
5. *Stefan Koch/Dieter Beck*, Verwaltungspsychologie: Begriffsbestimmung und Forschungsgebiete, September 2003.
6. *Hans Herbert von Arnim*, Political finance: Checks and Abuses Current problems and new developments, Dezember 2003.
7. *Hans Herbert von Arnim*, A salary of 9,053 Euros for Members of the European Parliament?, Speyer, Januar 2004.
8. *Dorothea Jansen*, Networks, social capital and knowledge production, Januar 2004.
9. *Kira Baranova*, Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa, Mai 2004.
10. *Nils Otter*, Föderalismus und Staatsaufgaben – Ein Analyserahmen zum Vergleich alternativer Möglichkeiten der Aufgabenverteilung im föderativen Staat, September 2004.
11. *Dorothea Jansen*, Governance of research networks, Oktober 2004.
12. *Rainer Pitschas*, Looking Behind New Public Management. „New“ Values of Public Administration and the Dimensions of Personnel Management in the Beginning of the 21st Century, Oktober 2004.
13. *Helmut Klages*, Wie marode sind die Deutschen? Ein empirischer Beitrag zur Mentalitätsdebatte, Oktober 2004.
14. *Arne Franz*, Der Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung und Bürgern. Typisierungen, Charakteristika, Auswirkungen auf die Modellierung von Kommunikationsangeboten, November 2004.
15. *Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser*, Vertrauensverlust in der Demokratie – Lösen Beteiligungsstrategien das Problem?, November 2004.
16. *Carl Böhret*, „Die Zukunft sieht als aus“ – Signale für die (Kommunal-)Politik aus der Übergangsgesellschaft, Dezember 2004.
17. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die Besoldung und Versorgung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes und die Ausgestaltung der Politikfi-

finanzierung in der Europäischen Union. Ein Bericht über Verlauf und Ertrag eines Forschungsprojekts, Speyer, Februar 2005.

18. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Remuneration and Financial Provision for Members of Civil Service and the Forms of Political Finance in the European Union – An Account of the Origin and Impact of a Research Project, Speyer, März 2005.
19. *Wilfried Rudloff*, Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des „Bildungsbooms“, Speyer, Mai 2005.
20. *Andreas Wald*, Zur Messung von Input und Output wissenschaftlicher Produktion. Daten und Ergebnisse einer Untersuchung auf der Ebene von Forschungsgruppen, Speyer, Mai 2005.
21. *Hans-Willy Hohn*, Forschungspolitische Reformen im kooperativen Staat. Der Fall der Informationstechnik, Speyer, Juli 2005.
22. *Eberhard Bohne*, Kriterien und institutionelle Voraussetzungen des Bürokratieabbaus, Speyer, Oktober 2005.
23. *Eberhard Bohne*, EU and US Security Strategies from the Perspective of National and European Identities, Januar 2006.
24. *Gisela Färber*, Haushaltsnotlagen in der deutschen Finanzverfassung – Ursachen, Abhilfe, Vermeidung –, Januar 2006.
25. *Thomas König/Dirk Junge*, Die räumliche Modellierung von EU-Entscheidungssituationen. Akteure, Dimensionen, Interessen, Stimmengewichte und die Natur des Politikraums, Januar 2006.
26. *Harald Dalezios*, Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems. Theoretische Überlegungen zu Identifikation regionaler Unterschiede im Steueraufkommen und ihrer ökonomischen Determinanten, Februar 2006
27. *Jason Dedrick/Kenneth L. Kraemer*, Is production pulling knowledge work to China? A study of the global computer industry.– Mit einer Einführung von Heinrich Reiner mann, Februar 2006.
28. *Sonja Bugdahn*, Reforming the World Trade Organization – a Choice between Effectiveness and Equity?, März 2006.
29. *Andreas Knorr*, The Rail Liberalisation Index 2004 – A Critical Appraisal, März 2006.
30. *Hermann Hill*, Nachhaltige Verwaltungsmodernisierung, Mai 2006.
31. *Sebastian Wolf*, Maßnahmen internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung auf nationaler Ebene – Ein Überblick –, Mai 2006.

32. *Andreas Knorr*, Will 'Blacklists' Enhance Airline Safety?, Juli 2006.
33. *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Korruption. Begriff, Bekämpfungs- und Forschungslücken, Mai 2006; 2., durchgesehene Aufl. November 2006; 3., unveränderte Aufl. März 2007.
34. *Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Gerhardt Paul Schierz*, Elektronische Beschaffung in der Öffentlichen Verwaltung – Eine Analyse der Implementierungsbarrieren von e-Procurement in Kommunen –, Juli 2006.
35. *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, Oktober 2006, 2., durchgesehene Aufl. Dezember 2006; 3., unveränderte Aufl. März 2007.
36. *Sven Barnekow/Dorothea Jansen*, Local utilities coping with the transformation of the energy market and their role for the diffusion of climate friendly technologies, November 2006.
37. *Rudolf Fisch/Dieter Beck*, Organisationsgestaltung und Veränderungsmanagement. Die Organisationskultur als kritischer Erfolgsfaktor, November 2006.
38. *Karoline B. Jahn*, Instrumente, Probleme und Erfolgsaussichten der Regulierung von Entgelten für den Netzzugang nach dem Energiewirtschaftsgesetz, Dezember 2006.
39. *Dorothea Jansen*, Theoriekonzepte in der Analyse sozialer Netzwerke. Entstehung und Wirkungen, Funktionen und Gestaltung sozialer Einbettung, Februar 2007.
40. *Gisela Färber/Harald Dalezios*, Aufkommenswirkungen und finanzielle Risiken des Optionsmodells – Eine kritische Analyse des Vorschlags des Saarlandes –, September 2007.
41. *Dorothea Jansen/Sven Barnekow/Ulrike Stoll*, Innovationsstrategien von Stadtwerken – lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen, September 2007.

Anhang IX:

Vorträge

- Nr. 1 *Hans Peter Bull*, Vom Auf- und Abbau der Bürokratie, Januar 2006.
- Nr. 2 *Janbernd Oebbecke*, Rechtswissenschaftliche Forschung und Verwaltung, Januar 2006.

Direktor

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* (Tel.: 06232/654-385)

Geschäftsführerin

Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, M.A. (Tel.: 06232/654-387)

Sachbearbeiter

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug* (Tel.: 06232/654-380)

Sekretariat

Sigrid Hübers (Tel.: 06232/654-386)

Irene Eggensberger (Tel.: 06232/654-381)

Elisabeth Gerhards (Tel.: 06232/654-382)

Ursula Jungkind (Tel.: 06232/654-381)

Ruth Nothnagel (Tel.: 06232/654-383)